Montag, 11. Februar 1985 - D ***

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 35 - 7.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Essen (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 200,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts

TAGESSCHAU

POLITIK

Asyl: Einen Novellierungsantrag zum Asylverfahrensgesetz will der Berliner Senat im Bundesrat einbringen. Angestrebt wird eine zeitliche Beschränkung der Asylgewährung auf zwei bis drei Jahre; danach soll im jeweiligen Einzelfall geprüft werden, ob die Voraussetzungen für eine Asyl-Anerkennung noch gegeben sind. (S. 4)

Grüne: Mit sechs Frauen auf den ersten zehn Plätzen ihrer Landesliste und einem Türken als Spitzenkandidat wollen die Grünen in die NRW-Landtagswahl gehen. Der Landesverband beschloß außerdem, das Prinzip der Rotation aufzugeben. (S. 4)

China-Kontakte: Berlin will sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und China zunutze machen. Finanzsenator Kunz reiste gestern zu Verhandlungen nach Peking. (S. 10)

Interflug: Aus Anlaß der Leipziger Frühjahrsmesse wird die staatliche „DDR"-Fluggesellschaft erstmals Linienflüge in die Bundesrepublik veranstalten. Geplant sind Messe-Verbindungen zwischen Leipzig und Düsseldorf, Hamburg und Stuttgart.

Südkorea: Trotz eines offiziellen amerikanischen Protests gegen die Behandlung Kim Dae Jungs halten die Sicherheitsbehörden den aus dem Exil heimgekehrten Oppositionspolitiker weiter unter Hausarrest. Das Haus wird von rund 600 Polizisten ständig bewacht.

Notprogramm: Der äthiopische Staatschef Mengistu hat die Rationierung von Benzin und einen Importstopp für Luxusgüter angeordnet. Die Devisen würden zur Bekämpfung der Hungersnot benötigt. (S. 10)

Warschauer Pakt: Der dem östlichen Militärbündnis zugrundeliegende Vertrag, der im Mai nach 30jähriger Dauer ausläuft, soll unverändert erneuert werden. Unklar ist noch der Zeitraum der Verlängerung.

Thatcher im Tief: Die Popularität der britischen Premierministerin Margret Thatcher, die heute zehn Jahre an der Spitze der Konservativen Partei steht, ist auf den tiefsten Stand seit vier Jahren gesunken. Nur noch 34 Prozent der Briten sind mit ihrer Amtsführung zufrieden, ergab eine Meinungsumfrage.

ZITAT DES TAGES



„Berlin ist in seiner Lage geradezu herausgefordert und für eine gedeihliche Entwicklung auch darauf angewiesen, Brücken zu schlagen, Kontakte herzustellen, Begegnungsplatz zu sein."

Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Jürgen Schmude in einem WELT-Gespräch (S. 10)
FOTO: JUPP DARCHINGER

WIRTSCHAFT

Ölmarkt: Vor einer zu starken Ausdünnung der Raffineriestandorte und einer weiteren Stillegung von Tankstellen warnt das Energiewirtschaftliche Institut der Universität Köln. Dadurch könnte es zu Engpässen in einigen Bundesländern kommen. (S. 11)

US-Aktien: Die Weichen für eine Fortsetzung der Hausse sind gestellt. Präsident Reagan lehnte Vorschläge des Schatzamts für eine höhere Belastung der Unternehmen ab. (S. 11)

Neuer Stahlstreit: Zwischen der EG und den USA droht ein neuer Konflikt. Diesmal geht es um Lieferungen halbfertiger Stahlprodukte, die die Amerikaner beschränkt sehen möchten. (S. 11)

KULTUR

Nebenrolle: Das New Japan Philharmonic Orchestra erweist der deutschen Musikkultur seine Reverenz, ohne sich zutiefst vor ihr zu verbeugen. Beethoven und Bach spielen auf der Europa-Tournee des Orchesters, die in München begann, nur eine Nebenrolle; den Europäern soll traditionelle japanische Musik nähergebracht werden. (S. 17)

Alban Berg: Mit einem Konzert im Kölner Funkhaus, bei dem 14 frühe Lieder und drei instrumentale Kammermusikwerke aufgeführt wurden, krönte der WDR sein Alban-Berg-Marathon zum 100. Geburtstag des Komponisten. Daß es ein glanzvolles Ereignis wurde, verdankt der WDR nicht zuletzt seinem Redakteur für Kammermusik, Matejka. (S. 17)

WELT-Serie Länderchefs

Kennen wir die Ministerpräsidenten unserer Bundesländer? Horst Stein hat diesen Männern beim Regieren zugeschaut. Die zweite Folge der WELT-Serie porträtiert den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, der sich am 10. März zur Wiederwahl stellt. Seite 6

SPORT

Ski Alpin: Der Schwede Jonas Nilsson gewann überraschend bei den Weltmeisterschaften in Bormio (Italien) den Titel im Herren-Slalom vor dem Luxemburger Marc Girardelli. (S. 14)

Tennis: Nach zehnjähriger Tätigkeit ist der Berliner Walther Rosenthal als Präsident des Deutschen Tennis-Bundes (DTB) zurückgetreten. Neuer Präsident wurde Claus Stauder. (S. 16)

AUS ALLER WELT

„Superflic": Ruhm erntete Robert Broussard, als er 1977 den Gangster Jacques Mesrine in Paris zur Strecke brachte. Heute tritt der 48jährige Beamte seinen neuen Posten als Koordinator aller französischen Polizeidienste im Kampf gegen den Terrorismus an. (S. 18)

Union Carbide: Die schottische Stadt Livingston hat dem US-Konzern den Bau eines Werks für die Verarbeitung von Gasen untersagt. Die Stadt befürchtet ein Unglück wie in Bhopal.

Wetter: Kalt, niederschlagsfrei. Minus 7 bis minus 10 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Schnee und Glatteis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.

Weinberger zerstreut Bedenken: Schutzschirm auch für Europa

Hernu auf Distanz zum SDI-Projekt / Wehrkundetagung in München beendet

R. MONIAC/DW. München

Der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger hat Befürchtungen der Europäer gegen die von Washington geplante „Strategische Verteidigungsinitiative" (SDI) zu zerstreuen gesucht. In seiner Rede für die internationale Wehrkundetagung in München, die von Staatssekretär Richard Perle verlesen wurde, versicherte Weinberger, daß dieser Schutzschirm im Weltraum nicht nur für die USA, sondern gleichermaßen für Westeuropa gelten sollte. Wegen Vereisung seines Flugzeugs in London hatte Weinberger nicht nach München kommen können.

Der US-Verteidigungsminister erklärte, das inzwischen eingeleitete Forschungsprogramm stehe im Einklang mit den Bündnisverpflichtungen der USA und sei „sicher klug" angesichts gewaltiger Fortschritte der Sowjetunion in der strategischen Verteidigungsrüstung. Er erwähnte auch „die gefährliche Möglichkeit" einer sowjetischen Aufkündigung des ABM-Vertrages, der lediglich die Unterhaltung einer kleinen Zahl bodengestützter Abwehrmittel gegen ballistische Raketen zuläßt.

„Es gibt keine Festung und es kann keinen Rückzug geben", hieß es in Weinbergers Manuskript. Er bekräftigte die Beteuerung des US-Präsidenten, daß die vitalen Interessen Amerikas unlösbar mit denen seiner Alliierten verbunden seien. Zusätzlich zitierte er voller Zustimmung die Aussage von Bundeskanzler Kohl auf der Konferenz: „Wir wissen, wohin wir gehören, und wir wissen, wo wir stehen: auf der Seite der Freiheit." Weinberger äußerte im übrigen seine

SEITE 2: Blicke in den Weltraum

feste Überzeugung, daß das SDI nicht nur Schutz gegen die sowjetischen Interkontinentalraketen verspreche, sondern auch gegen die auf Europa gerichteten SS-20 und ballistischen Raketen operativ-taktischer Art.

Kohl sprach sich am Samstag für eine deutsche Beteiligung am SDI-Forschungsprogramm aus und forderte die USA auf, der Bundesrepublik ein regierungsamtliches Angebot für eine deutsche Teilnahme zu unterbreiten. Er appellierte an alle Seiten, die im März beginnenden bilateralen Genfer Verhandlungen über die Begrenzung der strategischen Rüstung nicht durch westliche Ungeduld zu belasten. Sie müßten genützt werden, um ein Wettrüsten im Weltall zu verhindern. Ergebnisse könnten erst in Jahren erwartet werden. Allgemein wurde von den rund 150 Teilnehmern der Tagung aus vielen westlichen Ländern begrüßt, daß zum ersten Mal in der Geschichte dieser Konferenz ein deutscher Regierungschef in München dabei war.

Mit ähnlicher Aufmerksamkeit wurde der französische Verteidigungsminister Hernu aufgenommen. Hernu machte starke Bedenken gegen die amerikanischen SDI-Pläne geltend und sagte, Frankreich wolle die Nutzung des Weltraumes allein zu friedlichen Zwecken. Er sprach sich dafür aus, bei den Genfer Verhandlungen einen fünfjährigen Stationierungsstopp für Raketen und Laserwaffen zu vereinbaren.

Auch britische Politiker, wie der

● Fortsetzung Seite 10

Scharfe Kontroverse um WDR-Gesetz

CDU sieht schwerwiegenden Eingriff in Rundfunkfreiheit / Rau sucht Gespräch mit Nowottny

GERNOT FACIUS, Bonn

Das von der SPD-Mehrheit im Düsseldorfer Landtag beschlossene „Vorschaltgesetz" für ein neues WDR-Gesetz wird zu einem zentralen Thema im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf. Das Gesetz, das zum einen die Amtszeit der derzeitigen Aufsichtsgremien des Westdeutschen Rundfunks vom 28. Februar bis zum 30. September verlängert und zum anderen Abschluß und Änderungen von Verträgen mit Direktoren nur befristet zuläßt, wird von der CDU als „einmaliger Eingriff in die Rundfunkfreiheit" gewertet. Der FDP-Bundesvorsitzende, Außenminister Genscher, appellierte an Ministerpräsident Johannes Rau (SPD), das „WDR-Parteibuch-Gesetz" zu stoppen. Bereits am Freitag hatte die nordrhein-westfälische CDU unter Bernhard Worms eine Verfassungsklage gegen die Übergangsregelung angedroht.

Der gewählte neue WDR-Intendant Friedrich Nowottny, derzeit Chef des WDR-Studios Bonn, kündigte an, daß er nicht, wie geplant, am 14. Juni als Nachfolger des Sozialdemokraten Friedrich Wilhelm von Sell seinen Dienst antreten werde, sollte das „Vorschaltgesetz" zu diesem Termin noch gelten. Der parteilose Nowottny sprach davon, daß er sein Amt „ruhen lassen will", bis das Gesetz außer Kraft sei. Ministerpräsident Rau lud Nowottny kurzfristig zu einem Gespräch ein mit dem Ziel, zu einer „sachlichen und dem WDR dienlichen Betrachtung der durch das Vorschaltgesetz entstandenen Lage" zu kommen. Nowottny erklärte sich „grundsätzlich bereit, mit jedermann Gespräche zu führen". Zunächst einmal, so sagte er am Freitagabend, „gehe ich jedoch in Urlaub".

Der Ministerpräsident ließ durch seinen Pressesprecher davor warnen, den WDR in den Parteienstreit hineinzuziehen. Eine parteipolitische Auseinandersetzung über die Übergangsregelung könne weder im Interesse des Senders noch des Intendanten sein.

Von CDU und FDP, aber auch von den Kirchen und verschiedenen Verbänden wird die nach der Übergangszeit gültige Zusammensetzung des WDR-Rundfunkrats scharf kritisiert. Bemängelt wird ein Übergewicht der zur SPD hin tendierenden Gruppen. Die katholische Kirche argumentierte, bei einem knappen Ein-Drittel-Stimmanteil der sogenannten „gesellschaftlich relevanten Gruppen" könne von dem verfassungsrechtlich gebotenen „effektiven Einfluß" dieser Kräfte im Rundfunkrat „gar keine Rede sein". Vor diesem Hintergrund sind Befürchtungen zu sehen, die SPD wolle den Intendanten so lange in seiner personellen Dispositionsfreiheit einengen, bis ein ihr genehmer Rundfunkrat im Amt sei.

„Man hätte Popieluszko verhaften müssen"

Polnischer Religionsminister Lopatka spricht von einem Fehler der Regierung

DW. Warschau

Die Warschauer Regierung hat jetzt offen zu erkennen gegeben, daß als Folgewirkung des Thorner Prozesses um den Mord an dem Priester Jerzy Popieluszko mit einem verschärften Druck auf die Kirche zu rechnen ist, bestimmte Geistliche wegen regimekritischer Äußerungen zu maßregeln.

Der polnische Minister für Religionsfragen, Adam Lopatka, skizzierte in Gesprächen mit westlichen Zeitungen die Absichten Warschaus. Er identifizierte sich in einem Interview der schwedischen Tageszeitung „Dagens Nyheter" voll mit der im Thorner Prozeß geäußerten Kritik an dem toten Geistlichen und bezeichnete es als Fehler der Regierung, den von Angehörigen des Staatssicherheitsdienstes im Oktober 1984 ermordeten Popieluszko nicht verhaftet zu haben, „als er es verdiente". Eine Anspielung auf die Tatsache, daß der am 12. Dezember 1983 wegen angeblicher re-

gierungsfeindlicher Tätigkeit festgenommene Priester wieder auf freien Fuß gesetzt worden war.

„Die Justizbehörden hofften, daß die Kirche Disziplinarmaßnahmen ihm gegenüber ergreifen würde", erklärte Lopatka. „Aber es wurde nichts unternommen." Jetzt werde die polnische Regierung die Gesetze jedoch „buchstabengetreu" anwenden. „Wenn ein Pfarrer verhaftet werden muß, so wird das geschehen", kündigte der KP-Spitzenfunktionär an. Die Haltung der Regierung hänge vom Verhalten der Kirche ab. Und Lopatka fügte die folgenschwere Bemerkung hinzu, daß es in Polen noch weitere 100 „kritische" Priester gebe, die beobachtet werden müßten.

In Kirchenkreisen wird seit längerem damit gerechnet, daß demnächst Anklage wegen „staatsfeindlicher Betätigung" gegen Geistliche erhoben werden soll, die sich die Zielsetzungen der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" zu eigen machen und auch in Predigten ihre Auffassung nicht verhehlen. Primas Kardinal Glemp wird mit dem Problem konfrontiert werden, auf Druck des Regimes gegen sogenannte politische Priester vorzugehen.

Bereits im Falle Popieluszko war eine weitgehende Einigung dahingehend erzielt worden, den wegen seiner „Messen für die Heimat" angefeindeten Geistlichen für eine bestimmte Zeit nach Rom „abzuschieben". Kommt Glemp den Forderungen der Staats- und Parteiführung nach, riskiert er einen verschärften Konflikt vor allem mit dem niederen Klerus, der sich unerschrocken für das Programm der „Solidarität" einsetzt.

Möglicherweise kommen die Forderungen des Staates bei der Begegnung zwischen Glemp und General Jaruzelski zur Sprache, die zur Zeit vorbereitet werden soll.

Marchais-Kritiker bleiben im ZK

v. K., Paris

Mit der Wiederwahl des bisherigen Generalsekretärs George Marchais zum neuen Parteichef und der unerwartet milden Behandlung der führenden Dissidenten der Partei endete am Sonntagnachmittag der 25. Kongreß der Kommunistischen Partei Frankreichs. Der bisherige Parteisprecher Pierre Juquin, Profiliertester unter den herausragenden Verantwortlichen der Partei, die sich gegen den Entschließungsentwurf der Parteiführung und den Grundsatzbericht des Generalsekretärs gewandt hatten, bleibt aber Mitglied des Zentralkomitees. Es ist offen, ob er weiter einen Sitz im Politbüro haben wird. Weitere prominente „Dissidenten", die dem ZK trotz ihrer kritischen Haltung weiter angehören dürfen, sind der ehemalige Minister Marcel Rigout und der erste Sekretär des Pariser Parteiverbandes, Felix Damette. Ihre Wiederwahl ins Zentralkomitee könnte bedeuten, daß die Partei in Zukunft ein gewisses Maß von Kritik an der Parteilinie zuläßt, ohne jedoch „Fraktionsbildungen" zu dulden. Die Parteiführung war also bis zu einem gewissen Grad bereit, auf Ideen der „Erneuerer" einzugehen.

Seite 2: Dissidenten wiedergewählt

Berlins CDU: Keine Wahlhilfe für FDP

hrk. Berlin

Die Berliner Union rief am Wochenende zum ersten Mal offen dazu auf, nicht die FDP zu wählen, und reagierte damit auf die inzwischen angelaufene Zweitstimmen-Kampagne der Freien Demokraten. Zugleich verkündete sie in ihrer Wahlkampfzeitung „CDU-extra" erstmals parteioffiziell, Eberhard Diepgen kämpfe „um die absolute Mehrheit". Jede nicht für die CDU abgegebene Zweitstimme sei deshalb eine Stimme, auf die sich der Spitzenkandidat der CDU und Regierende Bürgermeister nicht verlassen könne, heißt es in dem CDU-Wahlkampfblatt.

Wer seine Zweitstimme nicht der CDU gebe, riskiere, daß sie verlorengehe und damit indirekt dem „rotgrünen Bereich" zugute komme. Zur Situation der Liberalen heißt es: „Die Frage, ob die FDP die Fünf-Prozent-Hürde überwindet, ist noch offen, auch wenn es politisch denkende Berliner sehr erhoffen."

Inzwischen nimmt der Kampf um die Stimmen am 10. März an Schärfe zu: Überraschend wird nun auch der bayerische Ministerpräsident Strauß am 14. Februar als Redner in die Auseinandersetzung eingreifen.

USA klagen Kuba in Weißbuch an

DW. Washington

Die Sowjetunion versuche mit Hilfe Kubas, die Staaten Mittelamerikas und Kolumbien zu Satelliten des Ostblocks zu machen, hat die US-Regierung der „New York Times" zufolge in einem Weißbuch festgestellt. Verteidigungsminister Caspar Weinberger verweise in seinem Vorwort auf Erfahrungen, die bei der Invasion Grenadas 1983 sichergestellt worden seien. Danach habe der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko die Region als „kochenden Kessel" bezeichnet, der reif für „revolutionäre Expansion" sei.

In dem Weißbuch werde erklärt, die UdSSR und Kuba „unterstützen aktiv die kommunistische Revolution in allen Ländern Mittelamerikas, außer Costa Rica, und auch in Kolumbien". Das bisher nicht veröffentlichte Papier sei im Rahmen der Bemühungen der US-Regierung ausgearbeitet worden, den Kongreß von der Notwendigkeit weiterer Wirtschafts- und Militärhilfen der USA für die Region zu überzeugen. Zur Zeit stünden offensichtlich El Salvador, Guatemala, Honduras und Kolumbien „hoch auf der kubanischen Prioritätenliste". Nicaragua sei bereits Kreml-Satellit.

Seite 2: Reif für die Revolution

DER KOMMENTAR

Nowottny

GERNOT FACIUS

An Johannes Rau liegt es, ob es um den Westdeutschen Rundfunk zu einem Eklat kommt, der ohne Beispiel wäre. Setzt er seine Unterschrift unter das von der SPD-Landtagsmehrheit verabschiedete „Vorschaltgesetz" für ein neues WDR-Gesetz, will der gewählte Intendant Friedrich Nowottny sein Amt nicht fristgemäß antreten. Noch mehr: Rau sähe sich dann mit dem Vorstoß der CDU beim Bundesverfassungsgericht konfrontiert, das „Handschellengesetz" (so Oppositionsführer Worms) durch eine einstweilige Anordnung zu verhindern.

Dieses Gesetz verlängert für eine Übergangszeit vom 28. Februar bis zum 30. September die Amtszeit der Aufsichtsgremien des WDR und läßt Abschluß und Änderungen von Verträgen mit Direktoren nur befristet zu. Nowottny werden die Hände gebunden. Er wäre, ließe er sich darauf ein, nicht frei in der Auswahl seiner engsten Mitarbeiter. Soll Nowottny, dessen Wahl an die Spitze der größten ARD-Anstalt gegen das Votum der Düsseldorfer Regierungspartei zustande kam, so lange isoliert werden, bis ein SPD-genehmer Rundfunkrat im Amt ist? Diese Frage stellen sich nicht nur CDU und FDP, die die Berufung des Parteilosen in einer Art medienpolitischer Wende-Aktion ermöglicht haben. Auch Nowottny scheint so zu denken. Denn er spricht von einer „neuen Rechtslage, unter der ich nicht bereit bin anzutreten". Da wirkt es schon reichlich komisch (wenn es nicht gar eine Verhöhnung des gewählten Intendanten ist), wenn Rau jetzt sagt, der WDR dürfe nicht in den Parteienstreit gezogen werden. Die SPD, die sich als Hüterin der „Rundfunkautonomie" geriert, ist auf dem besten Wege, an einer medienpolitisch empfindlichen Stelle, aus Enttäuschung oder aus Machterhaltung, gegen diese Autonomie zu verstoßen.

Bereits das „Vorschaltgesetz" zum geplanten Landesmediengesetz ist mit Grotesken überfrachtet. Das Gesetz soll zwar den Empfang privater TV-Programme via Satellit auch in Nordrhein-Westfalen möglich machen. Aber der WDR wird die zuständige Stelle für die Genehmigung der „Einspeisung" in die Kabelanlagen. Das aber heißt nichts anderes, als daß der Monopolist über das Hinzutreten eines Wettbewerbers entscheidet. Das Gesetz ist als Augenpulver für die nächste Runde der Ministerpräsidenten-Konferenz über eine neue Medienordnung gedacht. Man will suggerieren, daß sich auch an Rhein und Ruhr einiges in Richtung auf „Medienvielfalt" bewege. In Wirklichkeit aber gibt man dem Giganten WDR zusätzliche Macht.

Entführer von Sven Springer legen Teilgeständnis ab

Zwei junge Männer bestätigen Kidnapping aus Internat

DW. Bonn

Im Zusammenhang mit der Entführung des 19jährigen Verleger-Enkels Axel Sven Springer sind zwei Deutsche festgenommen worden. Nach Angaben der Polizei in München vom Sonntag haben beide ihre Tatbeteiligung gestanden. Gegen sie sind Haftbefehle wegen erpresserischen Menschenraubes ergangen.

Axel Sven Springer war in der Nacht zum 21. Januar aus einem Internat in Zuoz im Oberengadin entführt worden. Er hatte sich am 23. Januar vom Flughafen Zürich aus wieder gemeldet. Die Entführer hatten für seine Freilassung 15 Millionen Mark erpressen wollen, die allerdings nicht gezahlt worden sind. Bei einem der Täter handelt es sich um einen 22jährigen Abiturienten, einen ehemaligen Schüler des Internats in Zuoz, der die Schule bereits vor vier Jahren verlassen hat. In dieser Zeit war Springer nicht in diesem Internat. Der zweite Tatbeteiligte ist ein Deutscher, der in der Schweiz studiert.

Nach Darstellung der Polizei kann von folgendem Ablauf ausgegangen werden: Am 24. Januar rief erstmals ein meist englischsprechender Mann wiederholt bei den Angehörigen von Axel Sven Springer an und versicherte, dieser sei tatsächlich entführt worden. Mutmaßungen in einzelnen Veröffentlichungen, es könnte eine Vortäuschung vorliegen, seien unzutreffend. Er habe ihm nach der Entführung geholfen und ihn auch freigelassen. Dafür möchte er mit 200 000 Mark „entlohnt" werden.

Der Mann meldete sich dann erst am späten Nachmittag des 7. Februar wieder und erwähnte in einem sehr kurzen Telefongespräch, daß er am Abend erneut anrufen werde. Um 22 Uhr rief er dann in der Wohnung von Axel Sven Springer in München an und verwies auf Anrufe am nächsten Tag.

Am 8. Februar häuften sich die Anrufe des Mannes. Er wollte nur noch 110 000 Mark für seine „Bemühungen" haben. Schließlich bestellte er in einem seiner letzten Telefongespräche um 18.20 Uhr eine Vertrauensperson des Axel Sven in ein Hotel in der Münchner Innenstadt. Dort wurde dieser unter einem Kennwort fernmündlich ausgerichtet, daß sie den Koffer mit dem Geld in einer kleinen Straße hinter einem Müllcontainer abstellen solle. Dabei konnte der 22jährige Abiturient, nachdem er den Koffer an sich genommen hatte und fliehen wollte, festgenommen werden. Er legte ein Teilgeständnis ab.

Nach den bisherigen Ermittlungen hatten die Entführer Springer in einem unbewohnten Haus in der Schweiz versteckt gehalten. Die Schilderung des einen Verhafteten, er habe Springer geholfen und ihm mit einem Bolzenschneider die Handfesseln gelöst, deckten sich mit den Angaben des Opfers. In dem von dem 22jährigen gefahrenen Leihwagen wurden auch „einige Sachbeweise" gefunden, so zum Beispiel die Uhr Springers. Zur zweiten Festnahme kam es dann am Samstag in Zürich. Der Student gestand seine Tatbeteiligung. Darüber hinausgehende Mitteilungen wurden nicht gemacht.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Eine Frage an Moskau

Von Christel Pilz

Vom Frieden reden, aber Konflikte schüren – das ist Moskaus doppelgesichtige Spezialität auch in Südostasien, wo es sowjetische Waffen sind, die den Krieg in Kambodscha ermöglichen. Für die Khmers heißt das endloses Leid, weil endloser Krieg, denn immer mehr Khmers wehren sich gegen die Annexion der Vietnamesen und deren Sozialismus. Die Truppen der drei Widerstandsgruppen wuchsen auf achtzigtausend Mann.

Ein für Hanoi und Moskau alarmierender Trend. Die Konsequenz: Mehr Waffenhilfe, was die massive vietnamesische Offensive erklärt, die seit zwei Monaten das Grenzgebiet zu Thailand in Flammen hält. Täglich schlagen Geschosse sowjetischer Herkunft auf den Boden der Thais, sowjetische Luftabwehrraketen zielen auf thailändische Aufklärungsflugzeuge, thailändische Grenztruppen müssen grenzüberschreitende Operationen der Vietnamesen abwehren. Dazu hat Thailand die Last von mehr als 200 000 Khmer-Flüchtlingen zu tragen.

Jahrelang haben die Asean-Länder (Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien, Brunei und die Philippinen) in stiller Diplomatie die Kooperation der Sowjetunion zu einer politischen Lösung gesucht. Jetzt haben sie ihre Zurückhaltung abgestreift und sich entschlossen, der Weltöffentlichkeit ins Bewußtsein zu rücken, welche Schlüsselstellung die Sowjetunion für das Schicksal Kambodschas hat.

Am selben Tag zur selben Stunde bestellten vergangene Woche die Staatssekretäre aller Asean-Länder die sowjetischen Botschafter zu sich. Der gemeinsame Appell: Die Sowjetunion solle ihre Militärhilfe an Vietnam einstellen und die weltpolitische Verantwortung ausüben, die von ihr als Supermacht erwartet wird.

Als Gegenleistung offerierten die Asean-Länder eine Verbesserung der Beziehungen. Dieser Appell hat sie Sowjets in eine peinliche Lage versetzt. Sie müssen Farbe bekennen, was sie wollen: Krieg oder Frieden. Fünf Tage hatten sie für ihre Antwort Zeit. Heute und morgen wollen die Asean-Außenminister während einer Sondersitzung in Bangkok ihre weitere Strategie vis-à-vis Hanoi und Moskau besprechen.

Im Sandkasten

Von Detlev Ahlers

Der Beschluß der nordrhein-westfälischen Grünen, daß ihre Landtagsabgeordenten während der vollen Legislaturperiode – also ohne Rotation – ihr Mandat behalten dürfen, ist nur ein kleiner Schritt in Richtung parlamentarische Demokratie. Es ist erstaunlich und wird doch ohne Achselzucken hingenommen, daß eine Partei so lange braucht, um den „Vertretern des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden" (Artikel 38) eines ihrer verfassungsmäßigen Rechte zuzugestehen. Die grüne Partei hat sich als Sammelbecken auch der Parteiverdrossenheit bezeichnet, doch bald war ihr totaler Anspruch weit größer als der der „etablierten".

Die Grünen verstehen die Abgeordneten als die ihren, nicht als die des ganzen Volkes. Der Beschluß des ersten Landesverbandes, auf die Rotation zu verzichten, entsprang auch nicht dem Respekt vor dem Grundgesetz, sondern den Erfahrungen in anderen Parlamenten, daß die Rotation „unpraktisch" ist. Mit dem ebenfalls den Artikel 38 mißachtendem imperativen Mandat, das die Abgeordneten an Parteibeschlüsse bindet und aus Volksvertretern Marionetten macht, hält sie Parlamentarier weiterhin an der ganz kurzen Leine.

Ein zweifelhaftes Verhältnis zu den grundlegenden Bestimmungen des Staates zeigten die nordrhein-westfälischen Grünen auch damit, daß sie einen Türken auf den ersten Listenplatz setzten (von dem ihn der Landeswahlleiter wieder herunterholen wird). Dieser Affront gegen die Wahlgesetze, nach denen nur Deutsche wählbar sind, ist plakativ gemeint, soll auf „Ausländerdiskriminierung" aufmerksam machen. Abgesehen davon, daß die Grünen, wären sie an Integration interessiert und nicht an Konflikt, den Einwanderern der zweiten und dritten Generation raten könnten, Deutsche zu werden – ein Gesetz ist nicht dafür da, daß eine Partei dagegen verstößt, wenn sie propagandistisch Punkte sammeln will. Die Rechtsordnung kann man ändern, wenn man eine gesetzgebende Mehrheit zusammenbringt. Hier handelt es sich aber um das Phänomen, daß eine Menge von Leuten in ihr wie in einem Sandkasten spielt. Knapp zwei Drittel dieser Spieler auf der grünen Landesliste arbeiten übrigens im öffentlichen Dienst.

Reif für die Revolution

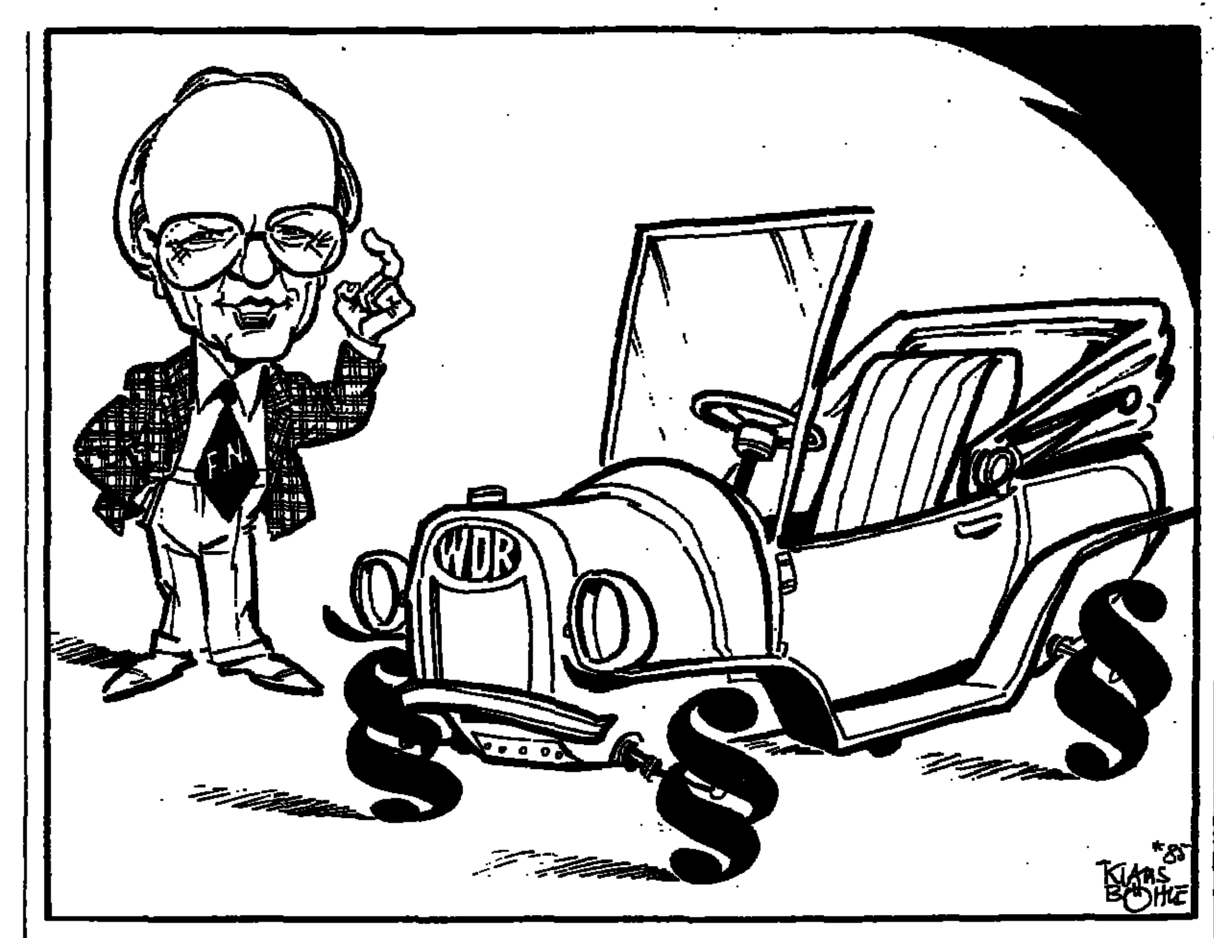
Von Heinz Barth

Der Kampf um Washingtons Mittelamerika-Politik in der zweiten Präsidentschaft Reagans ist eröffnet. In seiner Botschaft zur Lage der Nation ließ der Präsident keinen Zweifel, daß er unverändert – und womöglich noch nachdrücklicher als bisher – die demokratischen Kräfte „von Afghanistan bis Nicaragua" unterstützen wird, die Widerstand gegen sowjetisch gesteuerte Aggressionen leisten. Die „New York Times" reagierte darauf mit der Vor-Veröffentlichung eines Weißbuches der Reagan-Administration, die merkwürdige Ähnlichkeit mit der Publikation der Pentagon-Papiere während des Vietnam-Krieges aufweist.

Danach beschuldigt das Regierungspapier Kuba und die Sowjetunion, in allen zentralamerikanischen Staaten mit Ausnahme Costa Ricas den kommunistischen Umsturz vorzubereiten. Der sowjetische Außenminister Gromyko habe nach Dokumenten, die den Amerikanern bei der Besetzung Grenadas in die Hand fielen, Mittelamerika als „reif für die revolutionäre Expansion" bezeichnet.

Die vorzeitige Veröffentlichung des Weißbuches muß die Kontroverse über Reagans Forderung von 1,1 Milliarden Dollar Wirtschafts- und Militärhilfe für Mittelamerika anheizen, die im Kongreß zu Auseinandersetzungen führen dürfte. Dies um so mehr, als die Sowjets im Gegensatz zum Präsidenten, der an der Sicherung des karibischen Raumes auf keinen Fall sparen will, bei ihren finanziellen Investitionen Zeichen der Ermüdung verraten. Ihre Ausgaben über den kubanischen Verteiler sind auf täglich zehn Millionen Dollar angestiegen.

Das mag erklären, warum Fidel Castro, erfahren in der Beeinflussung der amerikanischen Öffentlichkeit, in seinem Umgang mit den USA auf Schongang umgeschaltet hat. Die Meinungsumfragen zeigen ein eher verwirrtes Bild der amerikanischen Einstellung zum Mittelamerika-Konflikt. Eine starke Mehrheit stützt den Reagan-Kurs, ist aber dagegen, Militär einzusetzen. Es kompliziert die Auseinandersetzung Reagans mit der sowjetisch-kubanischen Aktion, daß sie sich als eine Politik der Mehrdeutigkeit darstellt, die auf eine schrittweise Unterhöhlung der US-Position angelegt ist.



„Ich fahre erstmal in Urlaub – aber nicht damit!" KLAUS BÖHLE

Blicke in den Weltraum

Von Rüdiger Moniac

Das Denken über die Sicherheit gerät in Bewegung, deswegen trug die 22. Internationale Wehrkundetagung von München den Titel „Änderungen im Bündnis". Zwei Tage lang versammelten sich verantwortliche Politiker der NATO zur Erörterung vor allem der Frage, ob und wie ein neues Schutzschild-System die strategische Drohung oder den Angriff mit Nuklearwaffen auf die Allianz unwirksam machen kann. SDI (Strategic Defense Initiative) ist das Kürzel dafür. Präsident Reagan hatte vor fast zwei Jahren die „Strategische Verteidigungsinitiative" ins Rollen gebracht. Jetzt hat sie die Köpfe erreicht und bewegt sie. Alle müssen aufpassen, daß dabei das traditionelle Denken über die westliche Sicherheit nicht überrollt wird und im Umbruch zum Neuen die Grundpfeiler der gültigen NATO-Strategie bersten.

Kein geringerer als Caspar Weinberger, der US-Verteidigungsminister, hat in München diese Gefahr beschworen. Er wie Kanzler Kohl, Ministerpräsident Strauß, Verteidigungsminister Wörner und eine weitere Reihe von Fachleuten betonten, daß die Strategie der Abschreckung durch die bewegliche Reaktionsfähigkeit der NATO lebendig und wirksam bleiben müsse. Für lange Zeit, wahrscheinlich noch für Jahrzehnte, wird es nämlich kaum ein besseres Mittel geben, um die eher risikoscheue sowjetische Führung davon zu überzeugen, daß weder durch direkten noch indirekten Gebrauch militärischer Macht im Westen die Wirkung von Wohlverhalten erzielen könne. Da niemand weiß, ob die nächste Führung in Moskau mehr oder weniger risikofreudig sein wird, muß die Allianz entschlossen sein, ihre mit Drohelementen vermischte Verteidigungsfähigkeit zu erhalten und zu stärken.

Soweit herrschte in München Einigkeit. Die Ausnahme bilden nur einige Sozialdemokraten, die sich die ironische Bemerkung gefallen lassen mußten, zu einer „geschützten Minderheit" zu gehören. Der Blick auf SDI aber entzweite: besonders die Vertreter der europäischen Atommächte, der französische Verteidigungsminister Charles Hernu und der britische Industrieminister Norman Tebbit äußerten Skepsis, ja Ablehnung gegenüber der Vision Reagans von einer Welt mit möglichst wenig Nuklearwaffen. Die deutschen Regierungspolitiker, allen voran der Kanzler, waren demgegenüber offener und sprachen sich für eine Unterstützung der USA aus. Dies wohl auch deshalb, weil sie – nach anfänglichen Bedenken – die amerikanische Bereitschaft für glaubwürdig halten, ein strategischer Schutzschild gegen die nukleare Bedrohung würde auch Europa einschließen und die viel beschworene strategische Einheit des Bündnisses bewahren. Kohls „Goodwill" lief auf die Aufforderung an Washington hinaus, man solle Bonn eine Mitwirkung am SDI-Forschungsprogramm anbieten.

Trotz unbeantworteter Fragen zur strategischen Verteidigungsinitiative entwickelt sich in der Bundesregierung eine insgesamt positive Bewertung der amerikanischen Vorstellungen. Die Fragen resultieren besonders aus der Unkenntnis über die technischen Möglichkeiten. Die Forschung soll Licht in die Sache bringen, doch das wird Jahre dauern. Darauf spielte auch Weinberger an. Er sagte, vielleicht ließe sich die strategische Verteidigung nicht perfekt gestalten, auch wenn sich die USA darum bemühten. Doch auch für den Fall, daß der Schutzschild nicht ganz undurchlässig wäre, würde das neue System, so Weinberger weiter, die Kosten einer Aggression erheblich erhöhen und deren Wirkung vermindern. Verringert würde jedenfalls der Vorteil eines Erstschlages; damit wäre die strategische Stabilität erhöht.



Unterschiedliche Auffassungen zu SDI: Hernu, Kohl in München FOTO: AP

Dies erscheint schlüssig, zumal ein Aspekt miteinbezogen werden muß, auf den Weinberger hinwies. Es ist richtig, daß die Sowjetunion zwar aus taktisch-politischem Kalkül immer so tat, als würde sie das Prinzip gegenseitig gesicherter Zerstörung (Mutual Assured Destruction) als Grundlage für die Friedenserhaltung hinnehmen. Tatsächlich aber versucht sie den Westen zu täuschen. Die Beweise dafür, daß sie seit Jahren gegen den Geist des ABM-Vertrages verstößt und große Anstrengungen unternimmt, neben ihrer strategischen Angriffskapazitäten eine strategische Verteidigungsfähigkeit aufzubauen, gibt es zuhauf. Wenn ihr das gelänge, wäre die Sowjetunion die einzige Macht auf der Welt, die „ihr Schwert schwingen könnte hinter dem Schutzschild, den sie fortgesetzt entwickelt". Die strategische Stabilität wäre dann zerbrochen, und die Sowjetunion wäre allein in der Lage, den Westen zu bedrohen, ohne seine Gegendrohungen fürchten zu müssen.

Auch spricht für die SDI-Anstrengungen ein Aspekt, der in dieser Klarheit in Europa noch nicht zur Kenntnis genommen worden ist. Ihn trug Weinberger in München vor. Er resultiert aus der Enttäuschung, daß eine zuverlässige Überprüfung von vertraglich vereinbarten Waffenreduzierungen mit der Sowjetunion kaum erreichbar sein wird. Gesetzt also der Fall, es käme zu einschneidenden Verringerungen bei der strategischen Rüstung beider Weltmächte, was würde geschehen, wenn eine Seite auch nur tausend nukleare Gefechtsköpfe verbergen könnte? Wäre sie dann nicht in der Lage, den Gegner zu erpressen?

Die Münchner Tagung hat geholfen, ein neues Verständnis für die Bedingungen und Möglichkeiten der strategischen Verteidigungsinitiative zu schaffen. SDI ist nicht das Ungeheuer, als das es viele „nützliche Idioten" im Westen hinstellen. Franz Josef Strauß setzte dem in München die richtige Formel entgegen: den „Weltraum für den Frieden".

IM GESPRÄCH Vernon Walters

Achtsprachig schweigsam

Von Fritz Wirth

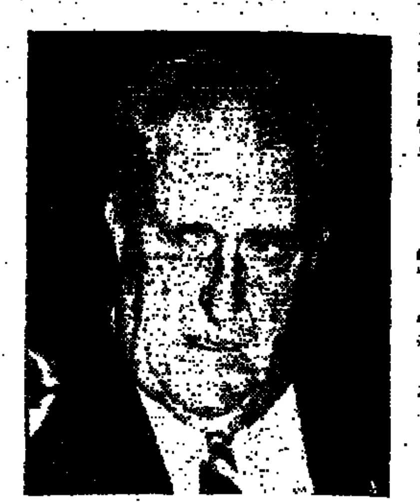
Im State Department nannte man ihn „unseren James Bond". Nicht ganz zu Unrecht, denn die meiste Zeit seiner diplomatischen Karriere arbeitete Vernon Walters „in geheimer Mission". Dennoch ist dieses literarische Attribut leicht übertrieben, denn er versuchte niemals, seine diplomatischen Missionen mit einem Hauch erotisierender Abenteuerlust zu umgeben. Ihm genügte es, inkognito zu reisen und möglichst wenig Spuren in der Öffentlichkeit zu hinterlassen.

Vernon Walters mußte 68 Jahre alt werden, bevor er zum ersten Mal in seinem Leben voll ins Rampenlicht der Politik tritt. Präsident Reagan ernannte ihn am Wochenende zum neuen amerikanischen Botschafter bei den Vereinten Nationen als Nachfolger von Jeane Kirkpatrick. „Wenn es mir gelingt, in diesem Amt nur halb so gut zu sein wie sie, bin ich schon sehr zufrieden", sagte Walters in jenem Understatement, das ihn kennzeichnet.

Er diente in den letzten vier Jahrzehnten fünf verschiedenen Präsidenten (Truman, Eisenhower, Nixon, Ford und Reagan). Einigen als Berater, einigen schlicht als Dolmetscher (Walters beherrscht acht Sprachen) und den meisten als „trouble shooter". Zwischendurch brachte er es in der Armee zum Generalleutnant und unter Nixon und Ford zum stellvertretenden CIA-Direktor.

Trotz seiner Sprachgewandtheit ist er seit Jahrzehnten der stillste Diplomat im Lande, zuständig für besonders heikle und schwierige Missionen. Er war es, der als Militärattaché in Frankreich einst Henry Kissinger nach Paris zu Geheimgesprächen über Vietnam mit Le Duc Tho einschleuste. Als Präsident Reagan nach seinem Amtsantritt herausfinden wollte, wie die Chancen seien, das Verhältnis zu Kuba zu verbessern, sandte er Walters zu Fidel Castro, und als im Jahre 1982 in den Wirren des Falkland-Krieges das amerikanische Verhältnis zu Argentinien abzukühlen drohte, fuhr Walters im Auftrag des Präsidenten nach Buenos Aires.

Er hat nach eigener Rechnung als Reagans Gesandter in schwieriger Mission bisher rund hundert Länder besucht und dabei wöchentlich durchschnittlich 10 000 Meilen zurückgelegt. Das alles war aber keineswegs so spektakulär wie die Missionen seiner frühen Jahre, als er mit Präsident Truman zum historischen Treffen mit dem rebellischen General McArthur fuhr oder im Auftrage Nixons und Kissingers mithalf, die Kontakte zu China wiederherzustellen.



Neuer US-Botschafter bei der UNO: Walters FOTO: CAMERA PRESS

Unter Nixon geriet er sehr unfreiwillig in den Watergate-Strudel mit hinein, in erster Linie deshalb, weil er sich nicht vorstellen konnte, daß ein Stabschef des Weißen Hauses wie Haldeman ihn zu Dingen auffordern konnte, die illegal waren, wie er später schrieb.

Walters ist ohne Zweifel einer der fähigsten und erfahrensten Diplomaten der amerikanischen Politik. Seine Ernennung ist ein Triumph für Außenminister Shultz, der damit die höchst unbequeme und eigenwillige Jeane Kirkpatrick durch einen loyalen und kooperativen Beamten seines Hauses ersetzt sieht. Shultz' Versuch, Walters völlig dem State Department unterzuordnen und dem Amt des UN-Botschafters den Kabinettsrang zu nehmen, scheiterte jedoch. Ronald Reagan bestand darauf, daß Walters Kabinettsmitglied wird. Für Walters ist es Höhepunkt einer höchst farbigen Karriere, die lange genug in der Dunkelkammer der Diplomatie auf ihre Entwicklung wartete.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Sie schreibt zur Europa-Debatte:

Der Bundesrat vermißt überzeugende und weiterführende Perspektiven in der Europapolitik. Um diese treffende Diagnose zu stellen, waren weder eine Grundsatzerklärung des Kanzlers noch die Stellungnahme der Ministerpräsidenten erforderlich. Daß die Gemeinschaft richtungslos dahintreibt, ist zur genüge bekannt. Über zehn Jahre ist die EG mit den gleichen Fragen beschäftigt. Aber die passenden Antworten blieben aus. Dem Bundesrat fiel auch nichts Neues ein. Schade um die vertane Zeit. Da in der Gemeinschaft bis zum März sehr schwerwiegende und kostenträchtige Entscheidungen fällig werden, hatte man von der Europa gewidmeten Sitzung der Ländervertretung Aufschlüsse über die Bonner Strategie erwartet. Es kam ganz anders ... Ein Konzept war nicht auszumachen.

Lübecker Nachrichten

Sie kommentieren die Heimkehr des Oppositionellen Kim Dae Jung nach Südkorea:

Vier Tage vor den Wahlen in Südkorea ist Kims Heimkehr eine bittere Provokation für den Staatspräsidenten Chun. Sein Versprechen, ihn nicht zu verhaften, obgleich er noch 17,5 Jahre absitzen müßte, kann ihm nicht leicht gefallen sein. Aber er kann sich einen Vergleich mit Manilas Präsident Marcos nicht leisten – und er will im April US-Präsident Ronald Reagan treffen. Eine Chance für Kim? Wohl kaum, wie der sogleich erneuerte Hausarrest ahnen läßt. Jedenfalls braucht er Todesschüsse in seiner diszipliniert verwalteten Heimat nicht zu befürchten.

Westfälische Nachrichten

Die Zeitung aus Münster freut sich über Nowottnys Standfestigkeit:

Nun hat Friedrich Nowottny sich mit seiner Intervention gar nicht auf alte oder neue Aufsichtsgremien festgelegt. Ihm geht es sicherlich auch nicht um deren Parteizugehörigkeit. Er hat nur ganz einfach klare Verhältnisse und Handlungsfreiheit vom ersten Tag seines Amtsantritts an verlangt. Natürlich hätte er mit der Auswahl wichtiger Mitarbeiter die paar Wochen bis zum Herbst warten können, aber ihm geht es ums Prinzip. Hält Nowottny solche Prinzipientreue durch, hätte der WDR mit der Wahl seines Intendanten einen Glückstreffer gelandet. Johannes Rau jedenfalls hatte gestern nicht seinen Glückstag. Was Oppositionsführer Bernhard Worms mit seiner zögerlichen Drohung, das Bundesverfassungsgericht anzurufen, wahrscheinlich nicht geschafft hätte, das gelang Nowottny wie sonst in seinem „Bericht aus Bonn": politische Kungelei so richtig vorzuführen.

Die Dissidenten wurden wieder ins Zentralkomitee gewählt

Überraschung auf dem Parteitag der französischen KP / Von August Graf Kageneck

Die Kommunistische Partei Frankreichs (KPF) bleibt zwar ein monolithischer Block unter der mehr denn je angefochtenen Führung Georges Marchais', der seit nunmehr dreizehn Jahren Generalsekretär ist. Es gab zwar wenig Pardon für die mutigen Männer, die einen anderen Kurs als den von der Parteiführung oktroyierten empfohlen und nach mehr Demokratie in der Partei verlangt hatten, aber Pierre Juquin, bisher Sprecher der Partei, wurd überraschend ebenso wieder in das Zentralkomitee gewählt wie der ehemalige Minister Marcel Rigout und Felix Damette, der Erste Sekretär der einflußreichen Sektion Paris der Partei. Zusammen mit 62 „namenlosen" Parteimitgliedern hatten sie sich bei der Abstimmung über den Entschließungsentwurf der Führung am Samstag der Stimme enthalten.

Also ist die KPF nach diesem 25. Parteitag nicht mehr dieselbe wie bisher. Noch nie hat es einen so hohen Prozentsatz von Stimmenenthaltungen (65 von 1717 Delegierten) gegeben wie dieses Mal. Noch nie haben die Chefideologen der Partei um Georges Marchais so hart mit den Dissidenten ringen müssen wie dieses Mal, um sie, Chirurgen mit einem Skalpell vergleichbar, von den Parteisoldaten zu isolieren. Noch nie gab es einen so offenen Dialog. Noch nie war die Nervosität in den Rängen der Militanten so knisternd wie diesmal im weiten Halbrund des Sportpalastes von Saint-Ouen. Es war, als fühlte die Basis, daß das Terrain, auf dem die Partei steht, Treibsand ist. Alle, die so sprachen, erfuhren zwar Verdammung aus dem Munde der Hüter der Ortodoxie, aber im Wahlausschuß, der die ZK-Mitglieder zu bestimmen hatte, wurde diese Verdammung nicht akzeptiert.

Etwa ein Dutzend Sprecher aus den Ortsverbänden, die ihre Opposition gegen die Linie Marchais schon im Vorfeld des Kongresses durch Ablehnung des Resolutionsentwurfs signalisiert hatten, brachten ohne Scheu ihre Thesen vor. Das ist völlig neu in der Geschichte dieser Partei. Vor allem verlangten sie immer wieder, daß die, die eine andere als die offizielle Parteimeinung haben, ihren Platz in der Partei ebenso haben müßten wie alle anderen. Sie sagten, daß die „Einheit der Partei", der auch sie sich verpflichtet fühlten, nicht durch das Vorhandensein mehrerer Meinungsströhmungen in Gefahr gerate. Aber alle, die so sprachen, erfuhren eiskalte Verdammung aus dem Munde der Hüter der Orthodoxie. Marchais selber hatte am Samstag vor der Presse den Ton angegeben, als er sagte: „Pierre Juquin ist ein Kamerad, der eine Meinung vorgetragen hat, mit der ich nicht übereinstimme."

Was hatte Juquin gesagt? Sein Protest, in einer schweigend angehörten zehnminütigen Intervention von der Tribüne herab vorgetragen, sprach vier Punkte an: den Platz der Kommunisten in der französischen Gesellschaft, die Beschlußfassung in der Partei, das Verhältnis zu den sozialistischen Ländern und die neue Mehrheit für die Verwirklichung des französischen Sozialismus.

Juquins Ansicht nach hat die KPF seit etwa 1977 den Kontakt zur Realität und damit zur Gesellschaft verloren. Sie ist eine „periphere" Partei geworden und wirkt nicht mehr von innen, hat damit keinerlei Einwirkungsmöglichkeit auf den gesellschaftlichen Prozeß mehr. Die Gründe dafür seien das Festhalten am Modell der sozialistischen Länder, der Verlust der Glaubwürdigkeit, weil man nicht deren Exzesse nicht, wie Juquin sagte, das „unakzeptierbar" an den Pranger stelle. Außerdem sagte Juquin, bei aller Kritik am Kapitalismus könnten einige liberale Elemente durchaus übernommen werden – wohl eine Anleihe beim neuen chinesischen Kurs.

Blasphemien gewiß in den Ohren eines Marxisten, aber im Grunde nichts anderes als das, was schon Kommunisten wie Elleinstein, Daix oder Fiszbin seit 1970 sagten, was aber immer wieder abprallte an der starren doktrinären Borniertheit einer Partei-Hierarchie, die offenbar jeden Blick für die gewandelten Realitäten im ausgehenden Jahrhundert verloren hat und die rapiden gesellschaftlichen Verwandlungen nicht mehr nachzuvollziehen vermag.

Die Führung der KPF geht also mit einem Zug auf neue Fahrt, von dem schon viele Passagiere abgesprungen sind und auf dem sich weitere viele bereitmachen, abzuspringen. Elf Prozent der Wählerschaft, schwindende Mitgliedszahlen, 65 offene Dissidenten, die in den Parteitag drängen und eine schwer kranke Parteipresse – das ist die Lage der Partei am Ende des 25. Kongresses.

Sie will nun versuchen, in Massenversammlungen im ganzen Lande das verlorengegangene Terrain wieder aufzuholen und eine „neue Volksmehrheit für den Kampf gegen die Krise" zu schaffen. Aber wird sie noch gehört werden? Vier Jahre gemeinsame Fahrt mit den Sozialisten sind brutal aus dem Gedächtnis der Parteimitglieder gelöscht worden. Der sozialdemokratische „Klassenverräter" wurde wie zur Zeit des Schismas von 1920 in den Abgrund gestoßen.

Ein Moskauer Überläufer packt aus

Sein großes Vorbild und sein großer Gönner war Andrej Gromyko, den er dann aber bitter enttäuschte, als er sich 1978 in den Westen absetzte. Jetzt veröffentlicht Arkadij Nikolajewitsch Schewtschenko seine Erinnerungen. Das Buch „Bruch mit Moskau" erscheint im Frühjahr in den USA.

Von HEINZ BARTH

Zweifel plagten ihn noch in der Stunde, in der er sich entschlossen hatte, zu den Amerikanern überzulaufen und sie um politisches Asyl zu bitten. Zweifel, ob sie ihm, Arkadij Nikolajewitsch Schewtschenko, Botschafter und einer der *Stellvertretenden* Generalsekretäre der Vereinten Nationen, nicht für einen Provokateur halten würden, der sie durch seinen angeblichen Bruch mit Moskau zu täuschen und einer das Zwerchfell der internationalen Diplomatie erschütternden Lächerlichkeit auszuliefern suchte.

Hatte er sich nicht in den fünf Jahren, die er nun in der 38. Etage des Glaspalastes am New Yorker East River die Abteilung für politische Fragen und Angelegenheiten des Sicherheitsrates dirigierte, immer als ein Mensch der harten Moskauer Linie dargestellt, der – seine eigenen Worte – „nie zögerte, die UNO-Satzung so umzubiegen wie es den Interessen der Sowjetunion entsprach"?

Warum sollte aus ihm, dem karrierebewußten Aufsteiger, mit 48 Jahren noch ein für sowjetische Verhältnisse junger Star der Nomenklatura, jählings ein Aussteiger geworden sein? Er war nicht der einzige Stellvertreter des UNO-Generalsekretärs. Immerhin war er aber mit dem 38. Stock in der Nobeletage der Weltorganisation angelangt, einer globalen Spielwiese, für nichts anderes da, als die politischen Fäden, die hier zusammenlaufen, zu unentwirrbaren Knoten zu schürzen.

Ein Diplomat, der vom Kreml an diese Schaltstelle gehievt wurde, mußte über viel Vertrauen und noch mehr Protektion in Moskau verfügen. Sein großer Protektor und bewundertes Vorbild war Andrej Gromyko, der den jungen Abrüstungsexperten frühzeitig als einen seiner Berater ins Außenministerium geholt und später auf seinen ersten Auslandsposten bei der sowjetischen UNO-Vertretung geschickt hatte.

Seine große Chance kam, als er 1970 einem Abwerbungsversuch von Boris Ponomarjow, damals am Hebel des Zentralkomitees der sowjetischen KP, widerstand und sich für das Verbleiben im diplomatischen Dienst entschied. Gromyko entlohnte ihn mit der Entsendung ins UNO-Generalsekretariat, eine für die diplomatische Spionage Moskaus unersetzliche und überdies hochbezahlte Schlüsselposition.

Für viele seiner langjährigen Mitarbeiter in New York war es eine Überraschung, für die Sowjets aber ein gewaltiger Schock, als er sich 1978 dazu durchrang, die Seiten zu wechseln. Die Verblüffung war umso größer, weil er dafür einen Augenblick gewählt hatte, als die Entspannungspolitik in hoher Blüte stand. Bei seinem „Bruch mit Moskau", wie der Titel seiner jetzt herauskommenden Memoiren lautet, ging er nach längerem Zögern das Risiko ein, die Vereinigten Staaten könnten ihm das Asyl verweigern – aus Sorge, die „rosigen Hoffnungen" (Schewtschenko) zu zerstören, die das Washington Jimmy Carters damals auf eine dauerhafte Versöhnung mit dem Kreml setzte.

„Mein Vorhaben war gefährlich" erinnert er sich. „Aber ich hatte inzwischen zuviel Abscheu vor dem System, dem ich diente, und vor mir, weil ich ihm diente." UNO-Diplomaten, die ihn seit langem kennen, halten das nur für einen Teil der Wahrheit. In ihren Augen war Arkadij Schewtschenko schon immer ein schwieriger Charakter gewesen, ein komplizierter Mensch von großem Ehrgeiz, der nicht nur aus Gewissenszwang und ideologischer Überzeugung die Fronten wechselte.

„Es war *ein Zusammen*treffen von vielen Beweggründen, die ihn zu diesem Entschluß brachten", meinen internationale Beamte, die Gelegenheit hatten, ihn lange zu beobachten. Zerrüttete Familienverhältnisse und ein fortgeschrittener Alkoholismus, der den Umgang mit ihm unberechenbar machte, erschwerten die Zusammenarbeit.

Aber das Hauptmotiv, das ihn zum Überläufer werden ließ, war mit Sicherheit sein überentwickelter Ehrgeiz, der zu Enttäuschungen führte, als er merkte, daß sich seine Karriere nicht so erfolgreich weiterentwickelte wie sie begonnen hatte. Es war sein Traum, der Nachfolger Anatolij Dobrynins als Sowjetbotschafter in Washington zu werden. So überspannt wie es zunächst schien, waren diese Erwartungen nicht.

An Intelligenz und kritischem Urteilsvermögen, auch als vielfach erprobter Amerika-Kenner, konnte er es durchaus mit Dobrynin aufnehmen. Er hatte diesem sogar sein enges Vertrauensverhältnis zu Gromyko als dessen langjähriger Mitarbeiter voraus. Als Schewtschenko Vize-Generalsekretär bei der UNO wurde, lagen schon mehr als zwölf Dienstjahre hinter dem Sowjetbotschafter in Washington – eine für einen jeden Missionschef ungewöhnlich lange Zeit auf dem gleichen Posten.

Inzwischen ist Dobrynin schon über 21 Jahre in Amerika, Doyen des diplomatischen Korps, zum Mitglied des Politbüros im Kreml aufgestiegen, und unabsetzbar solange kein Erdrutsch die Sowjet-Hierarchie durcheinanderwirbelt.

Schewtschenkos Chancen verblaßten, nachdem Amerika und die Sowjetunion sich in dem von den Medien verherrlichten Entspannungs-Menuett zwischen Kissinger und Dobrynin auf den Schein nuklearer Enthaltsamkeit geeinigt hatten. Gegen das Duo der diplomatischen Superstars war nicht mehr aufzukommen. Bitter für einen Mann, dem selbst Amerikaner, die manchen Strauß mit ihm ausfochten, trotz seiner übertünchten Sowjet-Orthodoxie intellektuellen Respekt bekundeten.

Noch bitterer für Schewtschenko war es, daß nach seinem Abfall der siegreiche Rivale Dobrynin vom KGB dazu ausersehen wurde, Frau Leondina Schewtschenko und die beiden Kinder in New York an der Rolltreppe der Aeroflot-Maschine nach Moskau abzuliefern.

Aus dem politischen Drama entwickelte sich eine menschliche Tragödie. Nachdem es die Amerikaner abgelehnt hatten, Schewtschenko gegen einen prominenten Sowjet-Dissidenten auszutauschen, beging seine Frau Selbstmord in ihrer Moskauer Wohnung. Er selbst ist nach dem Scheitern seiner diplomatischen Laufbahn in seinem Privatleben *durchaus nicht gescheitert*. Seine erfolgreiche zweite Ehe mit einer geschiedenen und sehr wohlhabenden Amerikanerin hat seinen Frieden mit der Welt des Kapitalismus abgerundet. Er residiert heute in einer der besten Wohngegenden Washingtons und wundert sich noch immer über die Schwerhörigkeit der Amerikaner, die vor zehn Jahren seine behutsame Kritik am Sowjetsystem nicht verstehen wollten.



Arkadij N. Schewtschenko, neben ihm seine amerikanische Frau, ist der bisher ranghöchste Überläufer aus der Sowjetunion FOTO: AP

Inzwischen ist er viel auf Vortragsreisen. An den Universitäten und in den Fernseh-Studios Amerikas wollte man sein Urteil vernehmen als Breschnew starb und auch als Andropow das Zeitliche segnete. Natürlich auch, als der Kreml sich zur Rückkehr nach Genf entschloß. Sein ausgewogenes, nicht immer negatives Urteil über die Sowjetunion, umsichtig aus dem orthodoxen Ölpapier von einst gewikkelt, ist sehr gefragt. Für ihn ist sein Buch, das aufmerksam gelesen werden wird, eine Art von politischem Happy End.

Überdies hat ihn seine amerikanische Ehe vom Alkoholismus befreit.

Im Reich der Pharaonen wurde der Präsident zum Touristen-Magneten

Als leichtfüßiger Wanderer mit starker Kondition entpuppte sich Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum Abschluß seines Staatsbesuchs bei der Besichtigung von Königsgräbern und Tempeln in Ober-Ägypten.

Von BERNT CONRAD

„Goethe hätte Verständnis dafür gehabt", meinte Richard von Weizsäcker, als er verstaubt, aber heiter eine halbe Stunde zu spät im Kairoer Goethe-Institut eintraf. Die Ursache: Der Bundespräsident war in Gize durch den engen Treppengang hinauf in die Grabkammer der Cheops-Pyramide gestiegen. Eine sportliche Leistung für den 64jährigen, den weder die körperliche Strapaze noch oft zu beobachtenden Beklemmungsgefühle von der Kletterpartie abhielten. „Ich habe ja Bergbauerfahrung", kommentierte er.

Unterhalb der monumentalen Riesenquadern aus dem 3. Jahrtausend vor Christi hatte der Staatsbesucher noch ein ganz modernes Erfolgserlebnis: Deutsche Touristen, die gerade die Sphinx besichtigen wollten, begrüßten ihn klatschend. Zwar wandte sich ein junger Opponent wütend ab und zeigte demonstrativ auf die Sphinx: „Dort ist die Sehenswürdigkeit." Doch seine Mitreisenden fanden in diesem Augenblick ihr Staatsoberhaupt viel interessanter.

Weizsäcker genoß die Popularität, auf die er hier bei den Touristen aus der Heimat stieß. Als ihm der Leiter des Goethe-Instituts dafür dankte, daß er trotz aller Anstrengungen noch zu den Mitarbeitern der Bildungsstätte gekommen war, winkte der Präsident ab: „Wenn man so angenehme Dinge erlebt, dann wird man nicht *angestrengt, sondern dann wird im* besten Sinne der Kreislauf angeregt." Das war durchaus kein Euphemismus; der Präsident lebte in der Tat angesichts der pharaonischen Vergangenheit und ägyptischer Gastfreundschaft auf.

Das galt noch mehr an den letzten beiden Tagen unter der sommerlichen Sonne Ober-Ägyptens. Nicht weniger als viermal kurvte ihm zuliebe der Flugzeugführer der Luftwaffenboeing 707 im Tiefflug über den 1959 vor den Fluten des Assuan-Stausees geretteten Abu-Simel-Tempel. Später auf der Philae-Insel und bei den Ausgrabungen des Deutschen Archäologischen Instituts auf der Insel Elefantine lauschte Weizsäcker wie ein folgsamer Schüler den autoritativen Erläuterungen des Institutschefs Professor Kaiser.

Eine Segelbootfahrt auf dem Nil bei rotgefärbtem Abendhimmel weckte poetische Empfindungen, deren Wiedergabe auf einer Ansichtspostkarte nur die abwehrende Reaktion „Kitsch" hervorrufen würde. Tatsächlich traf diese Einstufung ins Schwarze, als abends bei einem Dinner des Gouverneurs von Assuan nach einer fabelhaften nubischen Folklore-Gruppe eine üppige blondkolorierte Schönheit sichtlich angestrengt drittklassigen Bauchtanz produzierte. Gouverneur Osman Badr war sicherheitshalber vorher gegangen.

Am letzten Tag in Luxor dann der Höhepunkt: die Felsgräber im Tal der Könige und der gewaltige Tempel von Karnak. Hatte Karl Carstens bisher den Rekord als wandernder Bundespräsident gehalten, so eiferte ihm Richard von Weizsäcker hier nach.



Touristisches Pflichtprogramm auch für das Ehepaar von Weizsäcker: die Sphinx und die Pyramiden FOTO: DPA

Ohne zu schnaufen eilte er die 102 Stufen in das überreich verzierte Grab Amenophis III. hinunter und durch die Hitze wieder hinauf, anschließend sofort weiter in die nicht minder tiefen Grabstätten der Pharaonen Sethos, Tut-ench -Amun und Ramses VI. Zuvor hatte er die deutschen Ausgrabungen am Sethos-Tempel in Augenschein genommen; danach kraxelte er durch die Ruinen des Ramses-Tempels.

Dem Geheimnis von Weizsäckers Kondition kam der fast 80jährige Nestor der deutschen Ägyptologen, Professor Bittel, beim Mittagessen im Landhaus des Deutschen Archäologischen Instituts näher, als er von sich selbst berichtete, hier in diesem trokkenen Klima fühle er sich viel jünger und könne morgens leichtfüßig auf die Berge steigen. Der Bundespräsident stimmte ihm nachdrücklich zu: „Ja, die ganze Atmosphäre hier, Trockenheit, Wärme, Licht wirken beschwingend und beruhigend zugleich."

Wenige Stunden später, unter den gigantischen Säulen des Karnak-Tempels, klang manches aus der vom Archäologen Professor Stadelmann geschilderten vieltausendjährigen Geschichte brandaktuell. So die an einer Tempelwand eingemeisselte – und schon damals propagandistisch gefärbte – Darstellung des Krieges von Pharao Ramses II. gegen die Hethiter. Zuerst bei Kadesch in einen Hinterhalt des Hethiterkönigs geraten und schwer angeschlagen, rettete Ramses damals die Situation durch einen persönlich geleiteten Durchbruch.

Am Ende schlug ihm sein Gegner Hattusilis vor, die Waffen ruhen zu lassen, denn Frieden sei doch viel besser als Krieg. So geschah es, und in klassischen Rüstungskontrollverhandlungen wurde der erste „Nichtangriffspakt" der Weltgeschichte vereinbart. Einem späteren Staatsbesuch in Ägypten allerdings ging der Hethiter aus dem Weg. Denn das hätte als Huldigungsgeste eines Vasallen ausgelegt werden können. „Glücklicherweise haben sich die Zeiten geändert", bemerkte der Bundespräsident dazu.

Auch hier immer wieder deutsche Touristen, deren unablässiger Zustrom eine wesentliche Devisen-Einnahmequelle Ägyptens darstellt. Um die teilweise noch höchst unzureichende gastronomische Infrastruktur des Landes den ständig wachsenden Bedürfnissen anzupassen, sorgt eine mit deutscher Entwicklungshilfe arbeitende Hotelfachschule in Luxor für dringend benötigte Fachkenntnisse. Weizsäcker zeigte sich davon beeindruckt.

Leider sieht die alltägliche Praxis noch anders aus, wie die mitreisenden Journalisten im New Cataract Hotel in Assuan feststellen konnten. Dort wurde ihnen für die schon sehr lädierten Zimmer ein höherer Preis als im Zimmer selbst plakatiert abverlangt; dort sollten US-Dollar zu einem grotesken Kurs von 1:1 in ägyptische Pfunde umgewechselt und Essen bezahlt werden, die gar nicht eingenommen worden waren. Nach lautstarken Protesten und einer Verzögerung der Abfahrt des Bundespräsidenten um eine halbe Stunde griff schließlich der zufällig hinzugekommene Gouverneur von Assuan ein und zahlte sieben noch ausstehende Rechnungen aus eigener Tasche. Weizsäcker schüttelte darob nur stumm den Kopf.

WIE WAR DAS?

Zum 50. Mal kommt die „Rote Liste"

Von PETER JENTSCH

Rot signalisiert Gefahr. Doch eben diese Gefahr will ein mehrere 100 Seiten starker Wälzer auf einem der sensibelsten Gebiete der medizinischen Versorgung, der medikamentösen Therapie, ausschließen: die „Rote Liste", das Standardwerk der Arzneimittelinformation.

In diesen Tagen wird die „Rote Liste", *herausgegeben vom* Bundesverband der pharmazeutischen Industrie (BPI), wieder kostenlos an Ärzte und Apotheker versandt. Damit vornehmlich erstere, deren unzureichende pharmakologische Ausbildung auch in den eigenen Reihen kaum bestritten wird, wissen, was sie tun, wenn sie Rezepte schreiben.

Das Standardwerk „Rote Liste", 1935 erstmals erschienen und damit jetzt 50 Jahre alt, soll ihnen dabei auf die Sprünge helfen. Die Farbe des *Umschlags* der Erstausgabe, rot, hat man beibehalten; der Name „Rote Liste" ergab sich dadurch von selbst.

Und wenn man weiß, daß der „durchschnittliche" Arzt allenfalls 500 verschiedene Arzneimittel in täglicher Praxis anwendet, und dieser mediokren Kapazität rund 60 000 industriell angebotene Fertig-Arzneimittel gegenüberstehen, dann läßt sich auch der Wert der „Roten Liste" erahnen.

Denn immerhin faßt das nach Indikations- und Stoffgruppen gegliederte Kompendium in 87 Hauptgruppen das Arzneimittelangebot nach funktionsähnlichen Fertig-Arzneimitteln zusammen. Vorteil gegenüber der bis 1974 alphabetisch gegliederten Arzneimittel-Reihenfolge: der Arzt kann die für die Behandlung einer bestimmten Krankheit zur Verfügung stehenden Präparate an einer Stelle nachsehen.

Und davon machen die Kassenärzte *auch regen Gebrauch. Schließlich* sind in der neuen „Roten Liste" 8882 Spezialitäten mit 11 086 Darreichungsformen und 20 876 Preisangaben von 432 pharmazeutischen Unternehmen aufgeführt. Bei jedem Präparat werden Zusammensetzung, Anwendungsgebiete, Dosierung, Kontraindikation (Gegenanzeigen), Neben- und Wechselwirkungen, Bioverfügbarkeit und sonstige wichtige Hinweise erläutert.

Seit 1974 erscheint die „Rote Liste", die international zahlreiche Nachahmer gefunden hat, jährlich. Damit entsprach man Forderungen von Ärzten und Kassen nach besserer Übersichtlichkeit des Arzneimittelangebots.

Freilich ist diese Liste kein bewertendes Verzeichnis. Denn trotz aller Bemühungen um Transparenz gibt es bis heute, so die Mehrheit der Ärzte und Pharmakologen, keine befriedigenden und objektiven Kriterien, nach denen verbindliche Relationen zwischen Wirksamkeit und Unbedenklichkeit eines Arzneimittels sowie seinem Preis festgestellt werden können. Das aber wollen die Kritiker der „Roten Liste" nicht wahrhaben. Sie fordern eine herstellerunabhängige Transparenz- und Preisvergleichsliste.

Ost-Berlin und die 750-Jahr-Feier

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Mit dem absehbaren und umfassenden Anspruch, in der „Hauptstadt der DDR" die eigentliche 750-Jahr-Feier der Stadt 1987 auszurichten, trat SED-Chef Erich Honecker jetzt an die Öffentlichkeit. Ost-Berlin, ohnedies mit dem Platzvorteil der „preußischen Mitte" bedacht, will mit seiner Feier internationales Renommee gewinnen. Im Westteil Berlins laufen die Vorbereitungen ebenfalls an, begleitet jedoch von politischer Kritik am Senat – quer durch die Parteien.

Honecker nahm in der Gründungsversammlung des hochangesiedelten Vorbereitungskomitees im Sinne der Aneignung deutscher Geschichte durch die SED „alle progressiven Leistungen und Traditionen" Berlins für die „DDR" in Anspruch. Das Jubiläum in zwei Jahren möge dazu „beitragen, den Sozialismus weiter zu stärken und damit den Frieden", sagte er.

Während der Sitzung am 7. Februar bekräftigte der SED-Generalsekretär nicht nur die Absicht, den Wiederaufbau Berlins in seinen historischen Dimensionen voranzutreiben: Die evangelische Kirche steuerte in der Zusammenkunft durch die Hergabe und Erläuterung der Gründungsurkunden Berlins aus dem Jahre 1287 – sie liegen im Brandenburger Domstift – die eigentliche Legitimation der Stadt bei.

Während des Gründungsaktes war vom westlichen Teil Berlins keine Rede. Gleichsam als Klammer könnte sich jedoch die Ernennung von Kultur-Staatssekretär Kurt Löffler zum Sekretär des Komitees erweisen. Er war im Gespräch zwischen Honecker und Richard von Weizsäcker im September 1983 als künftiger Kontaktmann der „DDR" zur westlichen Seite benannt worden. Bisher ließ sich diese Gesprächsschiene jedoch nicht einrichten, weil in Ost-Berlin offenbar Bedenken gegen den westlichen Partner bestehen und das Interesse ohnehin schwach ausgeprägt ist, größere Rücksichtnahme zu üben.

Nach der Komitee-Gründung drüben begrüßte der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen ausdrücklich, daß die andere Seite dem Jubiläum eine derart „herausragende Bedeutung" beimesse. Sein in diesen Dingen mit ihm eng korrespondierender CDU-Fraktionsvizechef Uwe Lehmann-Braune meinte, „die ganze Stadt Berlin" werde von Ost-Berlins „verfeinerten" Wiederaufbauplänen profitieren.

Nur knapp vor dem rasanten Ostberliner Start in den Wettbewerb um die wirkungsvollere Feier gelang es dem Senat, einen hochkarätigen Beirat von 21 Persönlichkeiten ins Leben zu rufen. Er steht unter dem Vorsitz von Bundespräsident a. D. Karl Carstens. Dem Gremium gehören ferner u.a. der Ehrenvorsitzende der Deutschen Bank, Hermann Josef Abs, Verleger Axel Springer, der Industrielle Rolf Rodenstock, Ernst Reuters Sohn Edzard (Daimler-Benz), Heinz Galinski (Jüdische Gemeinde), Hans Rosenthal, Werner Knopp (Stiftung Preußischer Kulturbesitz) an.

Streit gibt es jedoch über den operativen Teil der Vorbereitungen: Quer durch die Parteien monieren vor allem die Mitglieder des federführenden Parlamentsausschusses für Bundesangelegenheiten und Gesamtberliner Fragen, daß der Senat noch immer kein überzeugendes Leitmotiv für die Feierlichkeiten vorgelegt habe.

Der neue Typ des Berufspolitikers gefährdet den Parlamentarismus

Von GEORG SCHRÖDER

Steuern wir auf eine Krise des Parlamentarismus zu? Jahrelang durfte die Frage nicht gestellt werden, wollte man nicht in die Nähe der Nationalsozialisten von vorgestern gerückt werden. Aber das Tabu löst sich im Nebel auf. Zwei Tatsachen haben das bewirkt. Erstens: Die Bundestagsabgeordneten selber rufen in diesen Tagen, in denen angesichts heranrückender schwerer Entscheidungen ihnen der Wind kalt ins Gesicht bläst, immer lauter nach einer Parlamentsreform. Zweitens: Zum erstenmal ist eine Bewegung in den Bundestag eingezogen, die grundsätzlich gegen die repräsentative Demokratie – die Voraussetzung des Parlamentarismus – und für die direkte „Basisdemokratie" ficht.

Die Selbstverständnis-Debatte im Plenum des Bundestages am 20. September 1984 war als Symptom bemerkenswert, aber gebracht hat sie nichts. Im Nachschlag legte Hildegard Hamm-Brücher in diesen Tagen das Ergebnis der Fragekünste der überfraktionellen Initiative Parlamentsreform vor. Traut man diesen Zahlen, dann wünscht die große *Mehrheit der Bundestagsabgeordneten* bei der angestrebten Reform mehr persönliche Mitwirkungsrechte, verbesserte Kontrollmöglichkeiten des Parlaments und ein verbessertes Ansehen des Bundestages. Mit schlichten Worten heißt das doch wohl: Mehr Macht für den Bundestag.

Zu wenig Macht ?

Ist solch ein Ziel überhaupt durch institutionelle Änderungen zu erreichen? Das ist im höchsten Maße zu bezweifeln. Wer das Parlament nicht im jakobinischen Geist zur Ausschuß-Regierung machen will, hat wie eh und je das Steuer in der Hand, vorausgesetzt die Abgeordneten wissen, *wohin sie steuern wollen und* haben die Entschlossenheit, dies auch durchzusetzen. Vielleicht ist es nützlich, daran zu erinnern, daß die Bundestagsfraktion der CDU/CSU 1959 gegenüber Konrad Adenauer ihren Willen unmißverständlich bekundete, daß sie und nicht ein etwaiger Bundespräsident Adenauer entscheiden würde, wer dessen Nachfolger im Palais Schaumburg sein würde. Das war damals der Grund, warum Adenauer von seiner Kandidatur absah. Oder denken wir an 1966: Aus der Bundestagsfraktion der CDU/CSU heraus wurde damals unter Führung von Barzel und Strauß der Sturz Erhards eingeleitet und durchgesetzt.

Noch einmal sei gefragt: Hat das Parlament wirklich zu wenig Macht oder liegt es an der Qualität der Abgeordneten selber, wenn die Entscheidungen aus dem Bundestag abwandern in die Parteizentralen, wie das ja vor einigen Jahren auch bei der SPD geschah.

Im Mai 1962 klagte Bundeskanzler Adenauer darüber, daß die Qualität der Abgeordneten immer mehr nachlasse, daß sie von Politik nichts verstünden, daß die großen Wirtschaftsführer nicht politisch denken könnten, daß sie sich dem Staat nicht zur Verfügung stellten. Waren das nur Ängste eines alten Mannes? Schon in den fünfziger Jahren verhehlte Adenauer nicht, daß es für seinen Geschmack ein großer Fehler gewesen sei, 1953 die Zahl der Bundestagsabgeordneten um über hundert zu erhöhen.

Sicher ist, daß der Bundestag sich durch Assistenten, durch wissenschaftliche Hilfsdienste immer mehr ausweitete, was kein Nachteil zu sein brauchte. Aber ebenso sicher ist, daß zwar die Selbstbesoldung zu erstaunlichen Höhen anschwoll, daß der Weg zu dem inzwischen nun auch höchstrichterlich anerkannten Berufspolitiker damit geölt wurde. Aber die Qualität der Mehrzahl der Abgeordneten *wurde dadurch nicht* verbessert, ganz im Gegenteil. 1957 bestand der engere Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion aus Ollenhauer, dazu die Stellvertreter Deist und Erler und die Geschäftsführer Arndt, Menzel, Mommer. Was für Persönlichkeiten, vergleicht man sie mit Vogel und seiner Mannschaft! Aus der FDP, die 1949 in den Bundestag unter dem Schlachtruf einzog, sie sei die Partei der Köpfe, ist inzwischen eine Partei ohne Köpfe geworden.

Lehrer und Beamte

Und bei der CSU muß man auch fragen, wo ist da heute ein unabhängiger Mann wie Birrenbach auf dem Feld der Außenpolitik, oder ein Gradl oder Bucerius auf dem der Deutschlandpolitik? Der Banker Pferdmenges hat nie einen Nachfolger im Bundeshaus gefunden. Und wenn man die Namen aus Industrie, mittelständischen Betrieben, Landwirtschaft liest, dann weiß man, daß die Männer und Frauen mit großer Lebens- und Berufserfahrung, die 1949 im Parlament die Grundlagen für die Bundesrepublik Deutschland zimmerten, nur sehr wenige Nachfolger von gleichem Rang gefunden haben.

Die Lehrer haben den Bundestag überschwemmt, die Lehrer und die Beamten. Das und der Einmarsch des *neuen Typs des Berufspolitikers*, der von der Universität über Assistentenstellungen bei den Parteien oder Fraktionen stracks auf das Berufsziel Mandat zu marschiert ist, der alles tun muß, damit er dieses Mandat nicht wieder verliert, sind die wirkliche Gefahr, die den Parlamentarismus bedrohen, die ihn einen guten Teil seines Ansehens verlieren ließen. Es ist doch bezeichnend, wie schnell zwei Männer, die keine Berufspolitiker waren, Richard von Weizsäcker und Karl Carstens, großes Ansehen in der Bevölkerung gefunden haben, als *sie sich in reifen Jahren der Politik* zuwandten.

Grüne in NRW weichen vom Rotations-Prinzip ab

Landesverband in zwei Lager gespalten / Liste aufgestellt

WILM HERLYN, Marl

Als erster Landesverband der Grünen haben die nordrhein-westfälischen Alternativen beschlossen, vom Prinzip der Rotation abzuweichen. Die Delegiertenkonferenz in Marl folgte damit dem Votum einer Urabstimmung an der Basis. Vier Parteitage *mit mehr als 100 Stunden Diskussion* benötigten die Grünen in den vergangenen vier Monaten, um zu diesem Schluß zu kommen. Das Fallenlassen der Rotation ist aber immer noch ein Kompromiß, denn gleichzeitig sind sich die NRW-Grünen darin *einig, daß gewählte Kandidaten* nur eine Legislaturperiode in den Parlamenten verbleiben dürfen. Noch auf dem letzten Bundesparteitag war ein gleichlautender Antrag abgelehnt worden: die Delegierten befürchteten einen „zu großen Schritt in Richtung Etablierung".

Selbst die Grünen sprechen inzwischen von einer „nordrhein-westfälischen Linie". Sie verstehen darunter den pragmatischen Kurs, der im wesentlichen vom Landesvorstand gesteuert wird. Darin spielt der Sprecher Michael Happe, Stadtplaner aus Essen, eine immer stärkere Rolle. Durchaus machtbewußt und realitätsbezogen verstand er es, den nicht-homogenen Landesverband – bei aller Freude an Endlosdebatten – letztlich mehrheitlich zu Ergebnissen zu zwingen. Nach dem Desaster der *ersten Delegiertenversammlung im* Oktober in Detmold, bei der die „Basokraten" des radikal-oppositionellen Flügels triumphierten, ist es vor allem dem Vorstand zuzuschreiben, daß die Grünen jetzt zu einer erstaunlich einheitlichen Linie zurückfanden. Dies allerdings gelang Happe u.a. auch nur dadurch, daß er ziemlich unverblümt mit dem Rücktritt des gesamten Vorstandes drohte.

Wie auch in den großen Parteien macht sich beim Landesverband der Grünen die Trennungslinie Rheinland und Westfalen deutlich bemerkbar. Während Happe warnt: „Wir dürfen das Rad nicht überdrehen" und stets eine „landespolitische Umsetzbarkeit" bedenkt und dabei auf die Mehrheit der Rheinländer zählen kann, demonstrieren die Westfalen *mit ihrer Hochburg Bielefeld für radikale* Basisdemokratie. Zu ihren Wortführern gehört der Bundestagsabgeordnete Eckhard Stratmann aus Bochum, früher im „sozialistischen Büro" und Gründungsmitglied der NRW-Grünen.

Zur Landtagswahl am 12. Mai setzen die Grünen bei ihrer Listenaufstellung der Kandidaten den Türken Ali Kamil Oezenc demonstrativ auf Rang eins mit 161 von 240 Stimmen. Der 37Jährige, der bei der Arbeiterwohlfahrt in Dortmund beschäftigt ist, wird allerdings vom Landeswahlleiter nicht anerkannt werden, da Ausländer weder aktives noch passives Wahlrecht besitzen. Dennoch erreichen *die Grünen damit ein Ziel*, nämlich deutlich zu machen, daß „in Nordrhein-Westfalen Menschen leben, die nicht wählen und gewählt werden dürfen".

Fast Zweidrittel der 68 Bewerber arbeiten im öffentlichen Dienst, 15 Kandidaten gaben an, sie hätten früher in der DKP, der KPD und in anderen kommunitischen Gruppen gearbeitet. 13 Bewerber sind frühere *SPD-Mitglieder*.

Die eigentlichhe Nummer eins der Rangliste ist die auf Platz zwei gewählte Marianne Hürten, eine Chemielaborantin aus Leverkusen. Die Grünen hoffen, bei einem realistischen Abschneiden von sieben bis acht Prozent der Stimmen am 12. Mai etwa 15 Abgeordnete in den Düsseldorfer Landtag entsenden zu können. Eine Koalition mit anderen Parteien lehnen sie *strikt* ab.

Seite 2: Im Sandkasten

Wehrerziehung: „DDR" beschließt neue Programme

AP, Berlin

In der „DDR" soll die vormilitärische Ausbildung von wehrpflichtigen Jugendlichen weiter intensiviert werden. Die dafür zuständige Gesellschaft für Sport und Technik (GTS) werde in den nächsten Wochen neue „Kampfprogramme" beschließen, die die zweijährige vormilitärische Wehrerziehung noch stärker an den „hohen Anforderungen" der „DDR"-Armee ausrichten soll, berichtete das Berliner Informationsbüro West. Besondere Aufmerksamkeit gelte der Erziehung zu strenger militärischer Disziplin und zu „politischer Standfestigkeit". Verbessert werden soll ferner die „physische Leistungsfähigkeit der Jugendlichen".

Fastenbrief gegen „wilde Ehen"

dpa, Köln

Der Kölner Erzbischof Kardinal Joseph Höffner hat den „nichtehelichen Verbindungen" eine scharfe Absage erteilt. Ihre heute so große Zahl sei Beispiel für die Verunsicherung der Gewissen im Bereich des Geschlechtlichen. In Deutschland lebten Hunderttausende von Paaren in nichtehelichen Verbindungen, die „unter dem beiderseitigen Vorbehalt jederzeitiger, formloser Kündigung" stünden, *bedauerte der Vorsitzende der Deutschen* Bischofskonferenz in einem Hirtenbrief zur Fastenzeit.

Verschweigt Wörner Umfrageergebnisse?

AP, Hamburg

Mehr als 80 Prozent der Wehrpflichtigen, zwei Drittel der Unteroffiziere und über die Hälfte der Bundeswehr-Offiziere, haben sich nach Informationen des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel" in einer Bundeswehr-internen Umfrage gegen eine Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland mit atomaren Waffen auf westdeutschem Gebiet ausgesprochen. Der „Spiegel" berichtet, diese vom sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr in München erarbeitete Untersuchung werde vom Verteidigungsministerium unter Verschluß gehalten. Immer mehr Bundeswehrsoldaten lehnten die NATO-Strategie der flexiblen Erwiderung ab, die auch den Einsatz von Atomwaffen im Bundesgebiet vorsehe. Die Veröffentlichung der Untersuchung sei vom Planungschef der Hardthöhe, Hans Rühle, abgelehnt worden, weil sie nicht die erwarteten Ergebnisse geliefert habe. Die Studie sei methodisch falsch angelegt und unwissenschaftlich, habe Rühle erklärt.

Zeitliche Begrenzung

Berliner Initiative im Bundesrat zum Asylverfahrensgesetz

F. DIEDERICHS, Berlin

Der Berliner Senat will im Bundesrates einen Novellierungsantrag zum Asylverfahrensgesetz einbringen, der vor allem auf eine zeitliche Beschränkung der Asylgewährung abzielt. Der Entwurf von Berlins Innensenator Heinrich Lummer sieht hier einen Zeitraum von zwei bis drei Jahren vor, danach soll im jeweiligen Einzelfall geprüft werden, ob die Voraussetzungen zur Asyl-Anerkennung noch vorliegen. Darüber hinaus strebt der Senat eine Beschleunigung der Asylverfahren sowie eine wirksamere Mißbrauchsprüfung an. Nach den Worten von Lummer schließt sich Berlin mit den Forderungen, die „einen Mindestbedarf an zusätzlichen Regelungen" darstellen, ähnlichen Vorschlägen Bayerns und Baden-Württembergs an.

Aktueller Hintergrund der Berliner Bundesrats-Initiative ist die Befürchtung, daß die notwendige Weiterleitung der Asylbewerber in das übrige Bundesgebiet auf Grund des enormen Andrangs ganz oder teilweise zum Erliegen kommen könne. So ist im Januar mit 1900 neuen Asylbewerbern allein in Berlin die bisher dritthöchste Zahl von Neuzugängen erreicht worden.

Die Aufnahmefähigkeit wird vom Berliner Senat als „erschöpft" angesehen. Auch die räumlich beengte Bundesrepublik ist nach Worten Lummers „nunmehr an der Grenze ihrer Aufnahmefähigkeit und Belastbarkeit ihrer Bürger" angelangt. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Rolf Olderog: Die Zahl der Asylbewerber sei in der Bundesrepublik im vergangenen Jahr um 75 Prozent auf über 35 000 gestiegen. Während 1983 insgesamt 19 000 Asylsuchende die Grenze überschritten hatten, waren es im Dezember 1984 allein 6000 Asylanten gewesen. Fast ein Drittel der Einreisenden kam über den sogenannten „Ameisenpfad" zwischen Ost- und West-Berlin ins Bundesgebiet.

Wie Olderog verwies jetzt auch Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen auf die Tatsache, daß „der Schlüssel zur Begrenzung des Zustroms bei der DDR liegt". Diepgen setzte sich dafür ein, alle Kontakte für mögliche Absprachen mit Ost-Berlin zu nutzen.

Neben einer zeitlichen Begrenzung der Asylgewährung will der Senat in Bonn auch darauf drängen, daß ein in der Bundesrepublik eingereister Ausländer nur in der allerersten Zeit seines Aufenthalts Asyl beantragen kann. Diskussionen konzentrieren sich derzeit im Senat auf eine Frist zwischen zwei bis vier Wochen.

Blüm für Reform der Rentenstruktur

DW. Hamburg

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat für die nächste Legislaturperiode *eine große Rentenstrukturreform* angekündigt. Die Renten dürften künftig nicht höher steigen als die verfügbaren Einkommen, sagte er gegenüber der „Bild"-Zeitung.

Nach den Vorstellungen Blüms sollen die Renten nach 1987 nicht mehr am Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer, „sondern an dem, was übrig bleibt nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben" bemessen werden. Dies solle für die Zeit nach der Reform Maßstab für die Erhöhung sein. Damit würden die Renten langsamer steigen als bisher. Der Bundesarbeitsminister sei sich klar, daß die neue Rentenformel auf große Widerstände stoßen würde, es sei aber „der sozial gerechteste und einzig seriöse Weg, das Rentensystem langfristig zu sichern".

Der *Minister betonte, die Renten* seien „so sicher wie das Amen in der Kirche". Der Staat garantiere, daß jeder die Rente bekommt, auf die er Anspruch hat. Sollte die Rentenfinanzierung nach der Reform noch immer nicht ausreichend gesichert sein, werde das Loch durch automatische, zusätzliche Belastungen von Staat, Beitragszahlern und Rentnern gestopft.

Heuss-Preis für Leber

„Über die Parteigrenzen hinweg Vertrauen gewonnen"

PETER SCHMALZ, München

Im vergangenen Jahr würdigte die FDP-nahe Theodor-Heuss-Stiftung einen CDU-Politiker, der wenig später aus der Berliner Regierungszentrale ins höchste deutsche Staatsamt gewählt wurde.

In diesem Jahr wurde der Theodor-Heuss-Preis einem SPD-Politiker verliehen, der nicht zuletzt aus parteiinterner Ignoranz Abschied nehmen mußte vom politischen Tagesgeschäft, der Nation aber weiterhin als Schlichter in verfahrenen Tarifverhandlungen seine Fähigkeiten zur Verfügung stellt. Dennoch haben Bundespräsident Richard von Weizsäcker *und der frühere Bundesverteidigungsminister* Georg Leber eine Gemeinsamkeit, die bei der Benennung zum Preisträger den Ausschlag gab: Beide haben über Parteigrenzen hinweg Vertrauen zu gewinnen vermocht.

„*Noch lange*", so der Bundespräsident in seinem Glückwunschschreiben an seinen Preis-Nachfolger Leber, „werden Bauarbeiter und Soldaten von 'ihrem' Schorsch Leber sprechen". Weshalb in der öffentlichen Beziehung Vertrauen kaum Verwendung findet, versuchte der Pädagoge Hartmut von Hentig in seinem Festvortrag zur diesjährigen Preisverleihung in der Münchner Residenz mit der Überlegung zu erklären, in unserer Gesellschaft, deren Motor der Wettbewerb sei, herrsche organisiertes Mißtrauen und der Rechtsanspruch. Hentig: „Wenn es dabei einem Politiker gelingt, als Person Achtung und Sympathie zu erwerben, dann ragt er heraus, dann wird Vertrauen zur Auszeichnung."

Hildegard Hamm-Brücher lobte als Stiftungsvorsitzende den diesjährigen Preisträger als einen Menschen, „*der politisch und menschlich aus* jenem Holz geschnitzt ist, mit dem unsere freiheitliche Demokratie haltbar, belastbar und glaubwürdig wird". Er gehe mit Zivilcourage und Zähigkeit an scheinbar unlösbar verhärtete Ineteressenskonflikte heran.

Mit der Theodor-Heuss-Medaille wurden der Schauspieler Karlheinz Böhm für die von ihm initiierte Stiftung „*Menschen für Menschen*" *und* Rupert Neudeck für das „Deutsche Komitee Notärzte" ausgezeichnet. Frau Hamm-Brücher würdigte beide Projekte als „kleine Oasen im Meer der anonymen Verelendung, des Hasses, der Vernichtung, der Ausbeutung, der Vorteilnahme". Von ihnen gehe eine starke Wirkung nach innen und nach außen aus.

Genscher lobt Banater Schwaben

dpa, Göppingen

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien gibt es nach den Worten von Bundesaußenminister Genscher keine besseren Mittler als die Banater Schwaben und die Siebenbürger Sachsen. Diese *Landsmannschaften hätten in ihrer* politische und kulturelle Arbeit stets Behutsamkeit und politisches Augenmaß bewiesen, erklärte Genscher, der am Dienstag nach Bukarest reist, beim traditionellen „Schwabenball" in Göppingen. Mit ihrem Engagement und ihrem Fleiß, ihrem Mut und ihrer Zuversicht hätten die Schwaben einen großen Beitrag zur Entwicklung des Landes geleistet.

„Geistige Einstellung zur Familie kann Politik nicht verordnen"

Der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht hat in einem Gespräch mit der WELT Stellung bezogen zum Verhältnis Kirche und Staat, zur geistig-moralischen Wende und zu den Landsmannschaften 40 Jahre nach der Vertreibung. Mit Ernst Albrecht sprach Norbert Koch.

Albrecht: Die Kirche hat keinen unmittelbaren politischen Auftrag. Sie hat einen einzigen Auftrag, das ist, die Botschaft vom Sterben Jesu *Christi und von der Erlösung* der Menschheit durch Jesus Christus zu verbreiten. Sie muß der Versuchung widerstehen, diesem Auftrag auszuweichen in innerweltliche Geschäftigkeit. So nützlich und richtig diese Geschäftigkeit auch sein mag, wenn man sie vom Standpunkt der Welt aus betrachtet.

WELT: Die Kirche sollte sich also aus der Tagespolitik heraushalten?

Albrecht: Wenn die Kirche versuchen wollte, zu politischen Tagesfragen Stellung zu nehmen, so würde sie damit in doppelter Weise Schiffbruch erleiden: Zum einen deshalb, weil sie hier über weniger Sachkenntnis verfügt als etwa politische Parteien; zum anderen aber auch, weil in politischen Fragen notwendigerweise Meinung gegen Meinung steht. Der Streit ist aus der Kirche nicht wegzudenken. Wollte die Kirche sich politisch verstehen, würde sie notwendigerweise den Streit selbst in die Kirche hineintragen und letztlich zu Kirchenspaltungen Anlaß geben.

WELT: Politisch engagierte Pastoren berufen sich auf die Barmer Erklärung, wenn sie zur Wehrdienstverweigerung aufrufen oder ihre „Friedenspolitik" von der Kanzel herab vertreten.

Albrecht: Die Kirche hat der Politik zwar menschliche und sittliche Ziele vorzugeben. Sie hat Autorität in Fragen der Sitte und des Glaubens. Aber die Frage, mit welchen innerweltlichen Mitteln bestimmte Ziele, etwa das Friedensziel oder das Ziel, den Hunger in der Welt zu bekämpfen, am besten verwirklicht werden können, sind Fragen, die über die Kompetenz der Kirche hinausgehen. Jesus Christus, so sagt die Barmer Erklärung zu Recht, beansprucht den ganzen Menschen, d. h. auch, daß der Christ unter dem Anspruch Christi steht, wenn er politisch tätig wird. Aber dies ist etwas anderes. Das heißt nicht, daß die Kirche Politik betreibt, sondern daß wir Christen *uns bemühen sollen*, wenn wir Politik betreiben, dies auch als Christen zu tun.

Der niedersächsische Ministerpräsident, dem in diesem Jahr der Schlesier-Schild verliehen wird, warnte in dem WELT-Gespräch davor, über den Streit um das Schlesier-Motto die Leistungen der Vertriebenen für Aufbau und Ausbau der Demokratie im freien Teil Deutschlands zu vergessen. Schon 1950 hätten die Vertriebenen in der berühmten Stuttgarter Charta ein bemerkenswertes Signal gesetzt, in dem sie dem Gedanken an Vergeltung, an Gewalt eine klare Aussage erteilten und den Weg der Aussöhnung und der europäischen Einigung beschritten. Er habe keinen Zweifel, daß auch das kommende Schlesiertreffen in diesem Geiste stattfinden wird.

WELT: Bei den Vertriebenen hat ein Generationswechsel eingesetzt. Die Nachwuchsorganisationen der Landsmannschaften melden stark steigende Mitgliedszahlen. Sind diese Organisationen so etwas wie ein Ventil für enttäuschte junge Patrioten? Ist der Fall Finke *vielleicht nur die Spitze eines* Eisberges?

Albrecht: Nein, der Fall Finke ist so unbedeutend, daß es sich nicht lohnt, darüber länger zu reden. Interessant ist in der Tat, daß sich auch die jüngere Generation in den Landsmannschaften in erheblicher Zahl engagiert. Mein Eindruck ist, daß hier die Überzeugung dieser jungen Menschen maßgeblich ist, daß auch *sie aus der Geschichte heraus eine* Verpflichtung übernommen haben. Sie wollen nicht, daß das geschichtliche und kulturelle Erbe verlorengeht.

WELT: Der bayerische Ministerpräsident Strauß hat angesichts der *jüngsten Konsolidierungserfolge* bei den Staatsfinanzen die Ansicht vertreten, nun sei es an der Zeit, sozialpolitische Einbrüche zu begradigen. Tut der tüchtige Finanzminister Stoltenberg des Guten zuviel?

Albrecht: Es gibt keine Entscheidung, die von Herrn Stoltenberg alleine getroffen wäre. Alle Entscheidungen waren Entscheidungen der Koalition. Alle Gesetze sind Gesetze, die von Bundestags- und Bundesratsmehrheit gemeinsam verabschiedet worden sind. Ich halte es nicht für gut, wenn einzelne, die an diesen Entscheidungen maßgeblich beteiligt waren, nun ohne Absprache mit ihren anderen Partnern Teile dieser Maßnahme wieder in Frage stellen.



Ernst Albrecht, Ministerpräsident von Niedersachsen
FOTO: POLY-PRESS

WELT: Um noch einmal Strauß heranzuziehen. Er hat den Kanzler, vor allem im Zusammenhang mit der Familienpolitik, ermahnt, mit der *geistig-moralischen* Wende ernst zu machen.

Albrecht: Die geistig-moralische Wende ist ja nichts, was einzelne bewirken können. Jeder tut gut daran, bei sich selber zu beginnen. Aber *letztlich* ist es ein gesamtgesellschaftlicher Prozeß. Für meinen Teil würde ich schon sagen, daß wir in den letzten Jahren als Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland Fortschritte gemacht haben. Wir sind nüchterner geworden. Die Bereitschaft und die Erkenntnis, daß man sich selber anstrengen muß, damit es einem persönlich oder der Gesellschaft als ganzer einigermaßen gut geht, ist gewachsen. Wir haben interessante Tendenzen in unserer Gesellschaft zu verzeichnen. Offensichtlich streben die Menschen *nach mehr Menschlichkeit in ihrem* Leben und ziehen aus den anonym gewordenen Großstädten hinaus ins Umland. Das Vereinsleben blüht wie nie zuvor. Die örtliche Gemeinschaft hat sich hervorragend entwickelt. All dies ist Teil jener geistig-moralischen Wende, die der Bundeskanzler immer als notwendig bezeichnet hat.

WELT: Gab es in der Familienpolitik jene Wende, die von der Union in Oppositionszeiten versprochen wurde?

Albrecht: Wir werden jetzt im Jahre *1985* das familienpolitische Paket für 1986 verabschieden, das eine beachtliche Wende in der Familienpolitik bringt. Noch nie in der Geschichte dieser Republik ist ein solch anspruchsvolles Programm konzipiert und verwirklicht worden. Beginnend mit der steuerlichen Entlastung von Familien, fortschreitende Erhöhung des Kindergeldes; dann aber auch Erhöhung von Erziehungsgeld von Müttern, wenn sie bei ihren Kindern im ersten Lebensjahr bleiben, bis hin *zur Berücksichtigung der Kindererziehung* in den Rentenansprüchen der Frau. All dies ist schon bahnbrechend neu. Was die geistige Einstellung zur Familie betrifft, die kann die Politik nicht verordnen.

WELT: Vor zwei Jahren haben Sie in einem Gespräch mit der WELT gesagt, die Union werde für weit länger als ein Jahrzehnt die politische Richtung bestimmen, wenn „*die ideale politische Struktur*" erhalten bliebe. Die Linke sei in SPD und Grüne aufgespalten und die FDP rechts von der Union stabilisiert. Stehen Sie zu Ihrer Prognose?

Albrecht: Ich sehe das noch ganz genauso. Ich glaube sogar, sagen zu können, daß das letzte Jahr diese Sicht der Dinge bestätigt hat. Jeder spürt, daß die SPD in tiefen Schwierigkeiten steckt. Die inneren Auseinandersetzungen, die sich daraus ergeben, gelangen von Zeit zu Zeit auch an die Öffentlichkeit. Ich erinnere an den Brief von Frau Renger und anderen, in dem Kritik an der Haltung Jochen Vogels zu den Grünen geübt wird. Die einzige stabile politische Kraft, die einzige Kraft, die in der Lage ist, verläßliche Regierungsverantwortung zu tragen, ist in der Tat die Union. Was die FDP angeht, so hat sie mancherlei Schwierigkeiten in den Bundesländern, aber auch unsere niedersächsischen Umfragen zeigen, daß sie bei Bundestagswahlen verläßlich über fünf Prozent kommen würde.

Klein bekräftigt Gewaltverzicht

AP, Stuttgart

Die Politik des Gewaltverzichts gegenüber Polen ist nach Auffassung des Außenpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans Klein, die „logische Entwicklung" der Grundsätze der Stuttgarter „Charta der Heimatvertriebenen" von *1950. Klein hob in einem Interview* des Süddeutschen Rundfunks die von der CDU/CSU getroffene Feststellung hervor, „daß der Warschauer Vertrag mit Polen eine politische Bindungswirkung hat, die auch von einem wiedervereinigten Deutschland nicht ignoriert werden könne". Für die Lösung aller noch offenen Fragen einschließlich einer endgültigen Festlegung der Grenzen brauche das *deutsche Volk die Zustimmung aller* Nachbarn im Westen und Osten. Dieses Ziel setze eine Politik des Gewaltverzichts voraus, die bisher von allen Bundesregierungen verfolgt worden sei.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Moskau: Bemühtes Lob für „Friedenskämpfer"

Das Beispiel der Grünen / Empfehlungen an die SPD

ROSE-M. BORNGÄSSER, Moskau

Die sowjetische Nachrichtenagentur „Nowosti" hat in der Bundesrepublik Deutschland einen „Demokratieknüppel gegen Friedenskämpfer" ausgemacht. Und damit werde die deutsche Friedensbewegung derzeit heftig geschlagen. Dabei fliege diesen „Friedenskämpfern", mit denen die sowjetische Presse auch die Grünen verbindet, „die ganze Sympathie zu". Denn sie versäumten keine Gelegenheit, um den Rest der Welt an die Stationierung der Pershing 2 auf dem europäischen Kontinent zu erinnern. Die eigenen aufgestellten SS 20 werden bei solchen Anlässen freilich als Schutzwall gepriesen.

So oder ähnlich beschreiben die sowjetischen Medien die Lage im Kampf um den Frieden in der Bundesrepublik. Die Friedensbewegung, ein Wunschkind Moskaus, ist wieder in -wenigstens in der sowjetischen Presse. Die Versuche zu ihrer Wiederbelebung sind unübersehbar. Offensichtlich will man sie über den langen Transmissionsriemen der sowjetischen Propaganda wieder aufmuntern oder, für den Hausgebrauch, wenigstens aufblähen. Sichtlich begeistert erklärt denn auch der Nowosti-Verfasser Georgi Kusnezow, daß die Zeiten endlich vorbei seien, „da sich die Reihen der Friedenskämpfer in den westlichen Ländern vorwiegend aus linken Intellektuellen" zusammensetzten. Jetzt solidarisierten sich mit der Friedensbewegung nicht nur linke Elemente der Gesellschaft, sondern auch viele Vertreter der herrschenden Klasse, der Regierungskreise, des Beamtenapparates, Generale und Admirale, geistliche Würdenträger, Geschäftsleute, Ärzte, Juristen, Lehrer, Umweltschützer. Da sich die regierenden Kreise der NATO-Länder „durch die Friedensbewegung in ihren militaristischen Plänen ernsthaft bedroht" fühlten, würden sie zu dem einzig verfügbaren Mittel für den Kampf gegen „Andersdenkende" greifen: nämlich zur Gewalt.

Es entspricht dem Wesen und Auftrag der sowjetischen Medien, aufmunternde Worte im Sinne der Moskauer Außenpolitik zu finden. Und dazu gehören eben Unterstellungen wie diese: Offener Polizei-Terror, körperliche Mißhandlungen, widerrechtliche Festnahmen. Gleichzeitig wird den Lesern eine breitangelegte Palette, die von Bespitzelung, öffentlicher Diffamierung, Sondergesetzen mit künstlich fabrizierten Standardanschuldigungen bis zu den sogenannten Berufsverboten reicht, vorgeführt. Wie ernst die Situation in der Bundesrepublik sei, zeige auch die Tatsache, daß die Gerichte in Bayern und Baden-Württemberg Menschen allein nur dafür zur Verantwortung zögen, daß sie sich für friedliche Koexistenz mit sozialistischen Ländern einsetzten.

„Ist dies nicht Mc-Carthyismus in Reinkultur?", fragt der Verfasser von Nowosti. Und damit die Leser auch optisch beeindruckt werden, wird ein Foto mitgeliefert, das angeblich bei einer Frankfurter Demonstration aufgenommen worden sein soll. Es zeigt jedenfalls einen Polizisten, der schlagend mit seinem Gummiknüppel Demonstranten auseinandertreibt.

Mit der gleichen methodischen Sympathiewelle werden auch die Grünen überschüttet. So überschreibt die „Literaturnaja Gaseta" ihren Artikel: „Gegen amerikanische Raketen – Farbe der Hoffnung". Als erstes konstatieren die Verfasser Prukow und Frenkin, daß „die Grünen, im fünften Gründungsjahr, zu einer politischen Kraft geworden sind, die man ernst zu nehmen hat".

Sie seien an die Macht gekommen durch die Stimmen derer, die „endlose Arbeitslosigkeit, Elend, Angst und Rechtlosigkeit" bekämpfen wollten. Gelobt wird besonders die „deutliche" Sprache der Grünen. So würden sie bei den Haushaltsdebatten von „Aufrüstungs- und Kriegs-Budget" sprechen, bei Arbeitslosigkeit von „Massenarbeitslosigkeit", beim NATO-Doppelbeschluß heiße es bei den Grünen „Vergrößerung von Kernwaffenrüstung" und NATO-Strategie laute „Strategie des Krieges". Und sie unterstützten „die friedliche sowjetische Initiative", die eine Militarisierung des Weltraums verhüten wolle.

Der SPD wird von der „Literaturnaja Gaseta" empfohlen, sich mit den Grünen zu vereinen, „dann könnten sie eine große, überzeugende Kraft" werden. Der Artikel schließt hoffnungsfroh-poetisch: „Wenn wir an Farben glauben, dann kann man wirklich über die Grünen wie über eine Partei der Hoffnung sprechen."

Sucht Arafat in Sidon eine neue Machtbasis?

Der Kampf um die beherrschende Stellung in Südlibanon

PETER M. RANKE, Tel Aviv

Unter den libanesischen Milizen, Parteien und Religionsgruppen ist der Machtkampf um die Stadt Sidon (Saida) offen ausgebrochen. Wer Sidon beherrscht, der hat Südlibanon im Griff, erklären israelische Sicherheitsoffiziere. Sie sprechen von einem regelrechten Wettlauf nach Sidon, denn der Abzug der israelischen Truppen aus dieser Stadt wird aller Voraussicht nach bis zum 18. Februar beendet sein.

Die Schiiten und ihre „Amal"-Miliz liegen vorn, betonen libanesische Beobachter. Obwohl Sidon mehrheitlich eine Stadt der Sunniten ist, will der Chef der Amal und Minister für Südlibanon, Nabih Berri, die Stadt künftig beherrschen und sie zur Zentrale des mehrheitlich schiitischen Südens machen (etwa 300 000 Schiiten). Er hat dafür auch die Unterstützung radikaler Gruppen.

Berri hat sein Ministerium in Beirut in „Ministerium des Widerstandes" umbenannt und eine Verschärfung des Terrorkrieges gegen israelische Soldaten angekündigt. Er will den Widerstandskämpfern monatlichen Sold zahlen. Am Donnerstag gelang es Berri, durch einen Generalstreik Städte wie Sidon, Tyr und Nabatiye völlig lahmzulegen und damit seinen Einfluß zu demonstrieren.

Berri sucht Verbündete

Am Streik beteiligten sich auch die rund 40 000 Christen in Südlibanon, denn sie hoffen auf ein gutes Verhältnis zur Amal. Angeblich gibt es Zusicherungen von Nabih Berri an christliche Parteiführer in Beirut, man werde den Christen im Süden kein Haar krümmen und mit ihnen zusammenarbeiten. Ob dieser Optimismus begründet ist, wird sich nach dem 18. Februar erweisen.

Christen und Schiiten, die unter der PLO und den Palästinensern in den Lagern am meisten litten, haben ein gemeinsames Interesse, daß die PLO nicht zurückkehrt und die Palästinenser nicht in Sidon an die Macht gelangen. Die Arafat-PLO gilt als Schutzmacht der sunnitischen Bevölkerung von Sidon, sie hat die Oberhand in den Lagern und bereits auch einige Guerrilla-Verbände im Süden. Eine Herrschaft der Arafat-PLO über Sidon wollen nicht nur die Schiiten verhindern, sondern auch die pro-syrische PLO-Fraktion von Abu Mussa, der im Schuf-Gebirge eine Kampftruppe von etwa 300 Mann für Operationen in Sidon bereitgestellt hat.

Abu Mussa hat sich mit dem ebenfalls von Syrien protegierten Drusen-Chef Walid Dschumblatt verbündet, der die gesamte Küstenstraße bis Sidon beansprucht. Nach dem israelischen Abzug können die Drusen-Milizen die sechs Christen-Dörfer im Kharoub-Gebiet völlig isolieren und erobern. Massaker an den Christen sind erneut zu befürchten.

Syrien im Hintergrund

Die libanesische Armee will 1200 Mann nach Sidon schicken, doch mißt dem niemand Bedeutung bei, da die Soldaten keinen Kampfauftrag haben und noch nicht einmal die Hauptstadt Beirut kontrollieren. Wichtiger ist, was die Syrer unternehmen. Mit einem syrischen Vorstoß nach Sidon wird nicht gerechnet, da Damaskus seine Hilfstruppen einsetzen kann, die Drusen-Miliz und die Palästinenser-Kommandos.

Weder bei den Libanesen noch bei den Israelis bestehen die geringsten Zweifel darüber, daß es in Sidon zu schwersten Auseinandersetzungen unter den Palästinensern kommen wird, wenn dort die Arafat-PLO die Macht an sich reißen will. Damaskus hat Arafat nicht aus Beirut und Tripolis entkommen lassen, damit er sich in Siodon festsetzen kann. Arafat kann in Sidon allerdings mit der einheimischen Bevölkerung und mit der Hilfe der Moslem-Bruderschaft rechnen.

Angesichts der Gefahr, daß Südlibanon im Chaos versinkt, hat sich die israelische Armee nun doch entschlossen, in einem zehn Kilometer breiten Grenzstreifen in Südlibanon durch Patrouillen und Stützpunkte auf unbestimmte Zeit eine symbolische Präsenz aufrechtzuerhalten. Dieser Grenzstreifen mit offenen Zugängen nach Israel soll vor allem den Christen Südlibanons Zuflucht bieten, ebenfalls der Miliz „südlibanesiche Armee", die ohne israelische Rückendeckung auseinanderlaufen würde. (SAD)

Linke Präsidentenpartei will Portugal verändern

Eanes' Popularität greift weit ins konservative Lager

ROLF GÖRTZ, Lissabon

Portugal erlebte ein Wochenende, dessen politische Bedeutung nur schwer abzusehen ist: Im Insel-Hotel von Troia wurde die Partei der „Eanisten", des Staatspräsidenten General Ramalho Eanes aus der Taufe gehoben. In Lissabon beriet der erweiterte Vorstand der sozialdemokratischen Partei – mit den Sozialisten in der Koalitionsregierung – die Lage nach dem Rücktritt des Parteichefs und die Konsequenzen für die Koalition.

Professor Carlos Mota Pinto legte zwar sein Amt als Chef der sozialdemokratischen Partei nieder, ließ sich aber von Ministerpräsident Mario Soares bewegen, als Vize-Regierungschef und Verteidigungsminister in der Regierung zu bleiben. Nachfolger als Parteichef wurde Justizminister Rui Machete.

Pintos Rücktritt in der Partei wird denn auch von Kennern als ein Manöver betrachtet, um – getragen von der Masse der Partei – beim nächsten Kongreß gewissermaßen im Flankenangriff seine Gegner innerhalb der Parteispitze aus ihren Sätteln zu werfen. Im erweiterten Vorstand der Partei hatte er vor einer Woche die Vertrauensfrage gestellt und so knapp gesiegt, daß er die Konsequenzen zog wie vor ihm der verunglückte Ministerpräsident Sa Carneiro.

Mota Pinto hatte auch seine Regierungsämter „zur Verfügung" gestellt – zur Regelung durch den Kabinettschef Mario Soares. Hätte er nämlich sein Amt „niedergelegt", dann hätte Staatspräsident General Eanes eingreifen können. Der General, der der Koalitionsregierung in seiner Neujahrsansprache schlichtweg „Unfähigkeit" vorwarf, könnte nach der Verfassung einen in jedem Fall gefährlichen Prozeß einleiten mit dem Ziel, die Regierung abzusetzen, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben. Aber die Verfassung erlaubt ihm ein solches Eingreifen nur bis zum Juni – sechs Monate vor der Präsidentenwahl.

Uneinigkeit nicht nur zwischen den Koalitionspartnern, Korruption, ein fruchtloser Bürokratismus, vor allem in den hoffnungslos unrentablen Staatsbetrieben – das Erbe der kommunistisch dirigierten Revolution nach der Revolution der Roten Nelken – das alles sorgte für eine Staatsverschuldung, die bereits neun Prozent des Bruttoinlandsproduktes ausmachen. Schon jetzt beträgt die Inflation über 30 Prozent. Und die Preiserhöhungen werden noch mehr Menschen vor die Armenküchen der Kirchen führen.

Um so heftiger bohrt die Kommunistische Partei Cunhals – hauptverantwortlich für die Misere –, um den Sturz der Regierung herbeizuführen. Der Einfluß der Kommunisten geht dabei weit über ihre parlamentarische Beteiligung und die von ihnen kontrollierte Industrie- und Landarbeitergewerkschaften hinaus. Sie stellen einen wichtigen Teil jener Kommissionen (CNARPE), die am Wochenende in Troia die Partei des Staatspräsidenten aus der Taufe hoben. „Keine Partei, vielmehr eine Volksbewegung und das ist das Gefährliche," sagte der WELT voller Sorge Mario Soares.

Der Anstoß zur Unruhe auf der politischen Bühne Portugals geht denn auch von dem bevorstehenden Wechsel in Belem, dem Präsidenten-Palais am Tejo aus. Im Dezember dieses Jahres wird der neue Präsident gewählt. General Eanes, der die Mehrheit der Nation hinter sich weiß, darf nicht ein drittes Mal kandidieren. Als Parteichef aber kann er die politische Landschaft erheblich verändern. Seine Partei muß links der Koalition der Sozialisten und Sozialdemokraten angesiedelt werden. Sein persönlicher Anhang aber reicht bis weit ins konservative Lager.

Aussichtsreichster Kandidat für den Präsidentenstuhl wäre Mario Soares. Im Interesse der Kontinuität der Koalition jedenfalls bis zum Ende der Legislaturperiode 1987 setzte sich deshalb auch Mota Pinto in seiner Partei für Mario Soares ein. Aber damit stieß er auf den heftigsten Widerstand seines rechten Parteiflügels, der ihm ohnehin vorwirft, dem sozialistischen Koalitionspartner zu viel nachzugeben.

Die bisher gefährlichste Koalitionskrise ist für diesmal noch abgebogen worden. Und wenn sie doch noch nach dem Parteikongreß der Sozialdemokraten Ende Juni stattfindet, dann muß sie nicht auch den Bruch der Koalition bedeuten. Denn darüber herrscht Klarheit: Eine tiefgehende politische Krise kann das Land sich angesichts der bitteren Armut nicht mehr leisten.

Frischenschlager entschuldigt sich bei Israelis

hav, Jerusalem

Der österreichische Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager hat sich „vor der israelischen Öffentlichkeit entschuldigt", daß er den Kriegsverbrecher SS-Sturmbannführer Walter Reder auf dem Grazer Flughafen empfangen hat.

Reder war vor kurzem nach vierzigjähriger Haft aus seinem Gefängnis in Gaeta, Italien, entlassen worden und in seine österreichische Heimat gefolgen. Frischenschlager hatte einen Sturm der Entrüstung entfacht, weil er Reder abgeholt, ihm die Hand gereicht und ihn in eine Militär-Krankenhaus hatte überführen lassen.

In einem Interview mit dem Wiener Berichterstatter der Tel Aviver Zeitung „Yediot Achronot" sagte nun Frischenschlager: „Ich bereu meinen Fehler. Ich werde alles tun, um den Eindruck, den mein Fehler erweckt hat, gutzumachen." Er betrachte es als seine Pflicht, die Angelegenheit der israelischen Öffentlichkeit zu erklären.

Er habe mit der Begegnung Reders keine persönliche oder politische Absicht verknüpft. Überdies habe er sich kein Bild von den potentiellen politischen Auswirkungen gemacht. Außenminister Gratz habe ihn gebeten, dafür zu sorgen, daß die Ankunft Reders geheim bleibe. „Man wollte vermeiden, daß Neo-Nazis Reder einen begeisterten Empfang bereiten und Graz zu einem Wallfahrtsort machen. Daher beschloß ich, die Sache persönlich zu überwachen. Nur zwei Leuten vertraute ich die Nachricht an. Doch als wir ankamen, sahen wir, daß die italienischen Medien, entgegen unserer Vereinbarung, Reders Entlassung schon veröffentlich hatten. Einige Journalisten hatten sich schon eingefunden."

Frischenschlager betonte, daß er Reder als Kriegsverbrecher und nicht – „wie dies einige Kreise wollen – als Österreichs letzten Kriegsgefangenen" betrachte. „Ich kann die Gefühle der Juden und anderer Verfolgter verstehen." Er befasse sich mit der Erziehung der österreichischen Jugend, indem er sie mit der jüdischen Tragödie vertraut mache. Als Beweis dafür wies Frischenschlager auf die Neuerung hin, die er eingeführt hat: Neue Rekruten der östereichischen Streitkräfte legen jetzt ihren Soldateneid an der Stätte des Konzentrationslagers Mauthausen ab.

Die Länderchefs mal Manager mal Monarch

Kennen wir die Ministerpräsidenten unserer Bundesländer? Horst Stein hat diesen Männern beim Regieren zugeschaut. Diese Folge der WELT-Serie porträtiert den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, der sich am 10. März zur Wiederwahl stellt.



Eberhard Diepgen, Regierender Bürgermeister von Berlin FOTO: KLAUS MEHNER

„Endlich mal einer, der nicht klagt"

Von HORST STEIN

Ne scheene Mai-Frische heute, wa?" knurrt der Wachmann am Werkstor von TeDeWe ironisch, weil der Februarwind gar so eisig durch die Kreuzberger Straßen pfeift. Es ist sechs Uhr morgens und stockdunkel, und man fragt sich, was, um alle Welt, Wahlkampf in solcher Jahreszeit soll. Wären nicht die Fotografen und die Handscheinwerfer eines Fernsehteams – nur wenige von der Frühschicht hätten in der Düsternis richtig mitgekriegt, wer ihnen da die Flugblätter in die Hand drückt: Eberhard Diepgen, Berlins Regierender Bürgermeister, wirbt um Wählerstimmen. Und 17 Stunden später, nach einem harten Arbeitstag im Rathaus, ist er immer noch an der Front.

Hartnäckig, zäh und scheinbar allgegenwärtig, kämpft dieser 43jährige, der die Stadt wie kein anderer kennt, buchstäblich um jede Straßenzeile – vor Fabriken und Einkaufszentren, auf Seniorentreffs und Gemeindeabenden, wie in Diskotheken. So lautlos fast vollzieht sich diese Kraftentfaltung, obwohl die ganze Stadt mit seinen Plakaten überzogen ist, daß sich viele von Diepgens politischen Gegnern täuschen lassen: „Wer da glaubt, Berlin befinde sich im Wahlkampf", zeterte beispielsweise die linke „Tageszeitung" (taz), „der unterliegt einer optischen Täuschung. Wir erleben vielmehr ein Förderprogramm für die Werbebranche mit gelegentlichen verbalen Pflichtübungen von Spitzenpolitikern."

Millionendampfer zu neuen Ufern

Dem Regierenden kann dies nur recht sein, denn er hält nichts von der Schmähung seiner Opponenten und bleibt sich auch bewußt, daß er aus einer „konjunkturellen Mehrheit", die 1981 der Union zur Macht verhalf, eine „strukturelle Mehrheit" machen muß, wenn die CDU auf Dauer obsiegen soll. Ein solcher Prozeß aber braucht seine Zeit. Und er vollzieht sich nicht von selbst. Sein saalgroßes Büro im Schöneberger Rathaus begreift der arbeitswütige, aktenfressende Eberhard Diepgen denn auch als Kommandobrücke, von der aus er – Kapitän, Chefingenieur und Lotse zugleich – den Millionendampfer Berlin zu neuen Horizonten steuern muß.

„Drückt Sie denn nicht die Last", frage ich ihn später, als er rasch in der ersten Post blättert, „an einem Schreibtisch zu sitzen, an dem Männer wie Ernst Reuter, Willy Brandt und, zuletzt, Richard von Weizsäcker regierten?" Dies Büro immerhin war nie bloß ein Zentrum urbaner Administration sondern vier Jahrzehnte lang geometrischer Ort, Schnittpunkt deutscher und europäischer Schicksalslinien, für das Buch der Geschichte in Stichworte gefaßt wie: Luftbrücke, Volksaufstand vom 17. Juni 1953, Bau der Mauer, Kennedys Visite, Berlin-Abkommen. „Ich spüre die Verantwortung", antwortet Eberhard Diepgen ernst, „für diese Stadt und ihre Menschen alles zu tun, daß sie im Wohlstand und Frieden leben können." Es klingt pathetisch, aber er sagt es schlicht.

Die Einbindung Berlins in die großen Weltverhältnisse, seine Rolle als Wetterküche zwischen Ost und West gehören zu den politischen Urerfahrungen dieses Regierenden Bürgermeisters und bestimmen ihn bei all seinen Unternehmungen und Konzepten. Freilich: Er ist bei aller Nüchternheit jung genug, keine Berührungsängste zu empfinden. „Der Status dieser Stadt ist nicht dazu da", stellt er beispielsweise fest, „etwas zu verhindern, sondern, bei allem Respekt vor den Gegebenheiten, *Fortentwicklungen im Interesse der* Berliner anzustreben und zu sehen, was gemacht werden kann." Den westlichen Schutzmächten hat er sich mit dieser Maxime bislang bestens empfohlen und mehr vielleicht noch mit seiner von einem grundsätzlichen Optimismus getragenen Entschlossenheit, zusammen mit den Bürgern der Stadt die Ärmel aufzukrempeln. „Endlich mal einer, der nicht klagt und Sorgenfalten auf der Stirn trägt!" sagte David Kornblum, Leiter der Abteilung Deutschland-Politik im US-Außenministerium, als Diepgen zum Antrittsbesuch nach *Washington kam.*

Weil die Kantine im Schöneberger Rathaus noch geschlossen hat, es ist schließlich gerade zwanzig nach sieben, und die Stellvertreter der Alliierten Stadtkommandanten sind für *neun angesagt, klappt der Bürgermeister* die Aktendeckel zu. Wir gehen in eine Bäckerei schräg gegenüber, „'n Kaffee, 'ne Schrippe"! Draußen macht sich allmählich der Tag breit, und mein Blick haftet an der Rathausfront mit dem Balkon, zu dem *die Ovationen der Hunderttausende* hinauf brandeten, als Kennedy sein berühmtes „Ich bin ein Berliner" rief. „Haben die Menschen hier, die jetzt Ihnen ihre Stimme geben sollen, Weizsäckers Wechsel nach Bonn schon verschmerzt?" frage ich. Seine Antwort kommt rasch, wie schon oft gedacht und ohne jede Verlegenheit: „Eine so *glänzende Gestalt* wie Richard von Weizsäcker vergißt man nicht einfach. Immerhin hat dieser Mann den Bann der Resignation gebrochen, der die Berliner so lange gefangenhielt und die Wendung zum Besseren eingeleitet." Aber mittlerweile, glaubt er, vertrauten sie auch ihm, dem Nachfolger, vielleicht auch, weil er seit bald zwanzig Jahren in und für diese Stadt tätig sei. „Ich denke, es war sogar ein Vorteil, daß ich so deutlich jünger und anders bin als er, womit sich die Versuchung verbot, ihn etwa kopieren zu wollen."

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Eberhard Diepgen, der sich selbst als „sozialengagiert" bezeichnet und „eher liberal als konservativ", muß nicht betonen, daß er über ein außerordentliches, festgegründetes Maß an Selbstbewußtsein verfügt; die Politik und das hohe Amt haben weder seine Natürlichkeit beschädigt noch seine Bescheidenheit – gäbe es einen stärkeren Beweis? Wenn er redet, im Gespräch wie im öffentlichen Vortrag, vermittelt Berlins Regierender den Eindruck von konzentrierter Kraft.

Daß er aus dem Wedding kommt, wo der Großvater noch bei der AEG als Einrichter sein Brot verdiente, merkt nur ein geschultes Ohr: am hellen, berlinischen Timbre, am singenden Verweilen auf dem Konsonanten „n" und, zuweilen, auf einem verirrten „ehmt" statt „eben". Die Herkunft indes spielt beim Kampf um die Gunst der Wähler nach dem Urteil aller Auguren eine nicht zu unterschätzende Rolle. Denn die Bürger dieser Stadt sind durch die Erfahrung traumatisiert, daß irgendwie immer „die Bonner" darüber befunden haben, wer die alte Reichshauptstadt regieren solle, auch wenn Berlin mal, wie mit Weizsäcker, Glück gehabt hat. So sagt *Hans Apel*, Diepgens sozialdemokratischer Herausforderer, wie Journalisten bemerkten, halt noch immer lieber „Köhm" statt Korn und „Klöhnschnack", wenn er Unterhaltung meint. Richtige Wahlkampfeslust wollte bei den Berliner *Genossen, die überdies zerstritten* sind, deshalb gar nicht erst aufkommen, und es konnte geschehen, daß sich der Junge von der Waterkant mittlerweile irgendwo zwischen Filz und Finsternis im Grabensystem der eigenen Seite verlaufen hat. „Ich bin *fest entschlossen*", hört man ihn sagen, „als Oppositionschef in Berlin zu bleiben, aber es gibt Umstände, unter denen man das bedenken muß."

Diepgen ist klug genug, derlei nicht zu kommentieren, so wenig, wie er sich Äußerungen über eine etwaige *Leihstimmenaktion für den maroden* Koalitionspartner FDP entlocken läßt; allerdings zieht er seine Schlüsse daraus: „Ein aufrechter Sozialdemokrat, der seine Stadt liebt, müßte jetzt eigentlich eine andere Partei wählen", predigt er und warnt vor linken Gedankenspielen mit einem rot-grünen Bündnis. Bei der Einweihung eines nigelnagelneuen AEG-Zweigwerkes – „Wir schaffen noch viele neue Arbeitsplätze" – hält sich der Bürgermeister nicht lange bei den Prominenten auf, sondern steuert zügig zum Tisch, an dem sozialdemokratische Bezirksfunktionäre ihr Festbier trinken. Er weiß, daß sie über die Alternativen, denen bis zu 14 Prozent der Stimmen prognostiziert worden sind, denken wie er; man kennt sich schließlich schon eine halbe Ewigkeit: „Ick weeß noch, wie Sie vor 15 Jahren an meener Türe klingelten", scherzt eine Genossin. „Sie und der kleene Peter Kittelmann" – heute CDU-MdB – „und ausgerechnet bei mir für Ihre Partei werben wollt'n." Wie die Frau und ihre Parteifreunde mit Eberhard Diepgen umgehen, dem „Berliner Jungen", so würden sie gerne mit dem „eigenen" Kandidaten freundschaftlich-flapsig hantieren.

Da spielt Lokalpatriotismus *hinein*, das Verlangen, auf Berlin stolz zu sein, und das, was man die „Kompetenz-Vermutung" nennt. „Kompetenz und Sympathie", so belegen Meinungsumfragen, „und seine Vertrautheit mit den Problemen der Stadt", schätzen die Berliner an Eberhard Diepgen am meisten. Auch, daß er zu Berlin passe. Auf die Frage nach dem „vermuteten Wahlgewinner" lauten die Antworten seit dem zweiten Quartal letzten Jahres unverändert im Verhältnis zwei zu eins: die CDU.

Die verbreitete *hohe Meinung von* seinem Sachverstand hat sich der Regierende durch harte Arbeit redlich erworben. Es spricht sich rum – in einer Stadt mit kurzen Wegen und rascher Rückkoppelung eben auch schneller als anderwärts –, wenn der Bürgermeister seine eigenen Senatoren immer wieder mit den präziseren *Detailkenntnissen überrascht.* Selbst Hanna-Renate Laurien, die ebenso charmant wie grimmig sein kann und um die Weizsäcker-Nachfolge sogar gegen Diepgen kandidierte, selbst die Schulsenatorin also bekannte vor Mitarbeitern, daß sie sich freue, in *jeder Senatssitzung auf einen Regie*renden Bürgermeister zu treffen, der „auf das genaueste vorbereitet" sei. Ein Urteil, das zählt.

In der Tat war selten eine Berliner Regierungsmannschaft so geschlossen wie das noch aus Weizsäckers Tagen erstklassig bestückte Diepgen-Kabinett. Der Mann, muß man folgern, dieser scheinbar sanfte Blondschopf, hat Führungsautorität, weiß, was er will und wie er es erreichen kann. Und: Da der Senat unter einem (Rathaus-)Dach logiert, können Abstimmungsschwierigkeiten auch kaum kulminieren. Seit Diepgen im Amte sei, so wird der Leiter der Senatskanzlei *zitiert*, drehe sich „das Aktivitätenkarussell um drei Runden schneller". Wenn der Regierende mit seinen Kollegen telefoniert, mit Wahlhelfern, Stabsleuten oder Wirtschaftsbossen, gleichviel, Stimme und Duktus bleiben selbst in der *allergrößten Hektik vollkommen ruhig*. Hat er jedoch gehört oder gesagt, was er hat hören oder sagen wollen, ist das Gespräch – „Danke, Tschüs, Tschüs, Wiederhören!" – augenblicklich zu Ende, fällt in sich zusammen wie ein Bildschirmtext nach dem An*schlag der Löschtaste*. Schwerthiebe sausen ähnlich nieder.

Vorsatzlose Freundlichkeit

Himmelsstürmer- und Talstürzer machen es so, die die Direttissima nehmen, weil sie für Serpentinen zu ungeduldig sind. Diepgen dankt es wohl seiner vorsatzlosen Freundlichkeit und einer strikten Abneigung ge*gen Prätention und Gehabe, daß man* ihm darin eine Art technokratischer Unschuld zuzubilligen scheint.

Jedermann weiß, die Nummer eins der Stadt Berlin hat Wichtigeres zu tun. Selbst in wahlkampffreien Zeiten sind 20, 30 Termine an der Tagesordnung, drängen die Probleme zuhauf: Da ist die Überalterung der Einwohnerschaft, die sich nicht nur als demographisches Problem darstellt, sondern auch als soziales, weil viele der alten Bürger mit knappsten Renten auskommen müssen. Da sind die 86 000 Arbeitslosen, unter ihnen viele, viele junge Leute, da ist der Mangel an preiswertem Wohnraum und die Umweltbelastung. Und kein Tag vergeht, an dem der Regierende Bürgermeister nicht auf den Zustrom der Asylanten und die türkische Arbeitsplatz-Konkurrenz angesprochen wird. Manches, eine ganze Menge schon, ist auf den richtigen Weg gebracht, Diepgen und seine Mannschaft können häufig nichts weiter tun, als ihre Maßnahmen und Planungen glaubwürdig darzulegen. Die Befriedung der Hausbesetzer-Szene und, damit verbunden, das Versiegen einer über Jahre hin grassierenden Demo-Wollust der alternativen Schwarmgeister, sind dabei oft ihr stärkstes Argument. Auch mit der Berliner Wirtschaft, die freilich lange noch am Dauertropf der Bonner Subventionen hängen muß, geht es Schritt für Schritt, aber sichtbar aufwärts. Diepgen und sein überaus agiler Wirtschaftssenator Elmar Pieroth haben schon eine ganze Menge neuer Unternehmen an die Spree geholt und wissen, daß da noch etliches nachkommen wird. „Jetzt", frohlockt Pieroth, „macht es wieder richtig Spaß, den Industriestandort Berlin zu verkaufen."

Diesen Optimismus, der nicht nur die Regierenden erfaßt hat, sondern auch im Gespräch mit Berlinern unüberhörbar zu Tage tritt, diesen Optimismus, dieses Bauen auf die eigene Kraft, hat Eberhard Diepgen konsequent auch zur Devise seines Wahlkampfes gemacht: „Berlin", verkünden seine Plakate, „ist wieder da. Weiter so."

Sein Revier hieß immer Berlin

Eberhard Diepgens Biographie gehorcht dem Gesetz der Standort-Treue. Sein Revier hieß *immer Berlin. Dort wurde er am 13.* November 1941 geboren, dort absolvierte er Schule und Universität. Und in der alten Reichshauptstadt entfaltete sich auch die politische Karriere des gelernten Juristen, der mit Frau Monika eine Tochter (Anne) und einen Sohn (Frederik) hat. Seit 1962 in der CDU, war Diepgen schon 1971 Geschäftsführender Landesvorsitzender seiner Partei. *Im gleichen Jahr* auch zog er in das Berliner Abgeordnetenhaus ein. 1980 übernahm er den Fraktionsvorsitz. Der Regierungswechsel in Bonn (Oktober 1982) machte schließlich auch in Berlin den Weg zu einer CDU/FDP-Koalition frei (März 1983). Nach der Nominierung Weizsäckers für das Amt des Bundespräsidenten wurde Eberhard Diepgen am 9. Februar 1984 zum Regierenden Bürgermeister von Berlin gewählt.

Haig sagt neue Terroristen-Angriffe gegen die USA in Nahost voraus

Eine Anhörung im Senat über Chancen und Zukunft der amerikanischen Außenpolitik

FRITZ WIRTH, **Washington**

Männer von gestern waren zum Kapitol gekommen, um die Zukunft und die Chancen der amerikanischen Außenpolitik abzuwägen. So hatte es sich der Gastgeber Richard Lugar, *Vorsitzender des außenpolitischen* Senatsausschusses, vorgestellt. Das Unternehmen geriet weitgehend zu einem Verriß der vergangenen amerikanischen Außenpolitik und ihrer gegenwärtigen Initiativen. Sinn und Ziel dieser einwöchigen außenpolitischen „Talkshow" war es, einen nationalen Konsens in der amerikanischen Außenpolitik herzustellen. Das *Unternehmen darf als gescheitert* betrachtet werden. Die Anhörung wurde zuweilen zum Forum beträchtlicher außenpolitischer *Differenzen*.

Der Konsens endete abrupt, nachdem Außenminister Shultz und Verteidigungsminister Weinberger, beide in der Vergangenheit häufig genug Pole außenpolitischen Dissenses in der Reagan-Administration, die Sze*ne geräumt hatten*. Cyrus Vance, Außenminister unter Jimmy Carter, erschien, um die altvertraute Rolle des außenpolitischen Oberlehrers zu spielen, James Schlesinger schlüpfte in die Kleider des außen- und verteidigungspolitischen Strategen, was der schlichten Verständlichkeit seiner Äußerungen schadete und Alexander Haig schließlich wollte nichts anderes als Alexander Haig sein: temperamentvoll und laut.

Haig erregte Aufsehen mit der Behauptung, daß die 241 Soldaten beim Terroranschlag im Oktober 1983 in Beirut nicht hätten sterben müssen, wenn Präsident Reagan rechtzeitig einen Präventivschlag gegen die syrischen Truppen in Libanon angeordnet hätte. Haig, der im Juni 1982 als Außenminister abtrat, vertrat die Meinung, daß der Terrorismus im Nahen Osten nicht so sehr von Iran kontrolliert und inszeniert werde, wie häufig zu hören sei, sondern vor allem von der syrischen und libyschen Regierung. Haig erklärte, daß die amerikanische Regierung nach dem *Bombenanschlag auf die amerikani*sche Botschaft im April 1983 in Beirut hinreichende Informationen über die Täter des Attentats gehabt habe, das über 50 Tote kostete. Von diesem Anschlag bis zur Attacke auf das Marine-Korps ein halbes Jahr später sei es nur ein kurzer Schritt gewesen. „Wir hätten die Syrer im Bekaa-Tal angreifen sollen", meinte Haig.

Er räumte ein, daß bei solchen Vergeltungsmaßnahmen Fehler gemacht werden könnten, „doch Untätigkeit ist auf lange Sicht wesentlich risikoreicher, weil es die Terroristen überzeugt, daß wir zu verwirrt und zu *furchtsam sind, ihnen Widerstand zu* leisten". Haig fuhr fort: „Die Luft zwischen unserer volltönenden Rhetorik und unserer tatsächlichen Entschlossenheit ist eine höchst gefährliche Unausgewogenheit." Er sagte schon für die nahe Zukunft neue Terroristen-Angriffe *gegen die* USA *voraus* und meinte, daß Präsident Reagan schon nach dem nächsten Anschlag gezwungen sein werde, mit militärischen Mitteln zurückzuschlagen.

Haig wurde in dieser Sache unterstützt von James Schlesinger, der in verschiedenen Funktionen unter den Präsidenten Nixon, Ford und Carter diente: „Die Vereinigten Staaten *müssen angesichts wiederholter Pro*vokationen zu selektiven Vergeltungsschlägen bereit sein."

Im übrigen *behauptete* Schlesinger nur zwölf Stunden nachdem Präsident Reagan in seinem Bericht zur Lage der Nation die neugewonnene Stärke der USA in der Welt gepriesen hatte, daß die Vereinigten Staaten ihre dominierende Position unter den Supermächten verloren hätten, und daß ihre militärische Macht nicht ausreiche, ihren politischen Verpflichtungen in der Welt nachzukommen. *Die* wahrscheinlichste physische Herausforderung für die USA sei in der Dritten Welt zu erwarten.

Mehr oder minder übereinstimmend kritisch äußerten sich die drei Männer über die „Strategische Verteidigungsinitiative" Präsident Reagans. Schlesinger vertrat die Ansicht, daß ein allumfassender Schutz für alle amerikanischen Städte unter diesem antinuklearen Abwehrschirm nicht zu realisieren sei. Dagegen sei eine begrenztere Abwehr, die die landgestützten Raketen schütze, sehr wohl einer Prüfung wert. Cyrus Vance sprach sich zwar für ein Forschungsprogramm zur Verteidigung gegen Nuklearangriffe aus, betonte aber, er sei dagegen, es in die Wirklichkeit umzusetzen, da es radikal die gesamte strategische Doktrin ändere. Außerdem glaube er, daß ein lückenloses nukleares Abwehrsystem ein unerfüllbarer Traum bleiben werde.

Haig dagegen äußerte sich positiv über dieses SDI-Programm („allein schon deshalb, weil wir den Weltraum nicht allein dem Vermögen der Sowjets überlassen können, Unheil *zu stiften*"), *war jedoch überaus kri*tisch über die Art, in der dieses Programm vor zwei Jahren in die Öffentlichkeit getragen worden sei. Der *Zeitpunkt* sei schlecht gewählt worden und hätte besser vorbereitet werden müssen. Die Unruhe und Verwir*rung unter den Alliierten* über das SDI-Programm habe hier ihre Ursachen. „Ich wünschte, der Präsident hätte diese SDI-Rede vor zwei Jahren niemals gehalten."

Deutsche Privathilfe für Afghanistan

Moskau droht Journalisten, bombardiert Hospitäler / Spendenboom nach ZDF-Sendung

WALTER H. RUEB, **Bonn**

Das Deutsche Afghanistan Komitee hat jetzt in der pakistanischen Grenzstadt Peschawar eine Geschäftsstelle eingerichtet und einen Repräsentanten eingesetzt. Zu ame*rikanischen, schwedischen, französi*schen, pakistanischen und anderen humanitären Organisationen wurden Kontakte aufgenommen und mit den Planungsarbeiten für den Bau eines Waisenheims sowie einer Kinderklinik in der Nähe der pakistanischen Stadt *Quetta begonnen.*

Das Projekt wird annähernd eine Million Mark kosten und nach der Installierung von drei medizinischen Zentren im Innern Afghanistans den Einstieg des Afghanistan Komitees auch in die humanitäre Arbeit für die *afghanischen Flüchtlinge in Pakistan* markieren. Geld ist vorhanden: Nach Fernsehsendungen im WDR und Appellen von Gerd Löwenthal im ZDF-Magazin gingen innerhalb von nur acht Tagen Spenden in Höhe von 1 263 200 Mark ein. „Früher gingen Spenden *zwischen fünf* und *50 Mark* ein, jetzt überweisen die meisten Spender Beträge zwischen 50 und 100 Mark", sagte ein Sprecher des Afghanistan Komitees. Der Spendenfluß erlaubt, noch weitere Ziele anzusteuern. Noch von diesem Frühjahr an sollen im *Auftrag* des Afghanistan Komitees mobile Ärzteteams durch Afghanistan ziehen und den Kampf gegen grassierende Seuchen aufnehmen. „Tausende von Afghanen müssen geimpft werden", sagte der Sprecher, „in weiten Teilen des Landes gefährden Typhus und Diphterie die Menschen."

In weniger als einem Jahr hat sich das vom Bonner *Friedensforum ins* Leben gerufene Afghanistan Komitee zu einem wirksamen Instrument humanitärer Hilfe in dem sowjetisch besetzten Land entwickelt. Trumpf-As des Komitees ist der deutsche Arzt Karl Viktor Freigang. Er richtete zwischen Frühjahr und Spätherbst 1984 drei *medizinische Zentren ein und* half dabei Tausenden von Verletzten und Kranken. Im Juni 1984 wurde eines seiner medizinischen Zentren 200 Kilometer nordwestlich von Kabul bei einem sowjetischen Luftangriff zerstört. Es wurde später an anderer Stelle wieder aufgebaut. Auch die anderen Mini-Hospitäler wurden aus Sicherheitsgründen verlegt. Die Sowjets schonen nämlich im unbesetzten Teil Afghanistans selbst medizinische Einrichtungen nicht.

„Freigangs kleines Hospital in Daob nordwestlich von Kabul wird jede Woche mindestens einmal bombardiert und mit Raketen beschossen", sagt der Sprecher des Afghanistan Komitees. In der pakistanischen Hauptstadt Islamabad drohte der sowjetische Botschafter, künftig jeden illegal nach Afghanistan eingereisten westlichen Arzt oder Journalisten nach der Ergreifung standrechtlich zu erschießen. Der *Vertreter Moskaus* in Islamabad begründete dies so: „Im Fall des französischen Fernseh-Reporters Abouchar wurde die sowjetische Regierung von Weltöffentlichkeit und Medien regelrecht erpreßt. Das wird sich nicht wiederholen. Wer *zusammen mit kriminellen Konterre*volutionären illegal ins Land eindringt, muß die Konsequenzen tragen." Bei dem französischen Fernsehreporter Abouchar, der im Herbst 1984 im Süden Afghanistans von den Sowjets gefangengenommen, wegen *illegalen Grenzübertritts* und *Kolla*boration mit Konterrevolutionären zu 18 Jahren Zuchthaus verurteilt, nach zwei Wochen jedoch freigelassen worden war, scheinen die Drohungen den erwünschten Eindruck gemacht zu haben: Er stellte für eine neue Reise nach Afghanistan bei den kommuni*stischen Machthabern in Kabul einen* Visum-Antrag.

Besonders scharf sind die Sowjets *hinter dem bisher einzigen deutschen* Arzt im Innern Afghanistans, Karl Viktor Freigang, her. Nach Informationen der WELT erhielt der KGB den Auftrag, den Deutschen im Frühjahr nach der Rückkehr vom Heimaturlaub schon in Pakistan zu überwachen, um ihn nach dem Grenzübertritt nach Afghanistan gleich festnehmen zu können. Freigang ist für die Sowjets in wenigen Monaten zu einem Alptraum geworden: er ist der einzige westliche Mediziner, der verletzten Mudschahedin und kranken Afghanen ärztliche Hilfe leistet und später in der freien Welt über die Zustände im Innern Afghanistans berichtet.

Die französischen und anderen ausländischen Ärzte dagegen wirken *im Lande anonym und äußern sich in* der Regel überhaupt nicht oder nur sehr zurückhaltend über die Situation im besetzten Land. Freigang aber durchlöchert mit Interviews und Vorträgen den von den Sowjets heruntergelassenen Vorhang aus Panzern, *Flugzeugen*, Hubschraubern und Minen rund umd das von ihnen besetzte Land. „Es wird schwierig sein, Freigang im März 1985 an sowjetischen und afghanischen Spitzeln vorbei nach Afghanistan zu schleusen", meinte der Sprecher des Komitees. Freigang aber zur WELT: „Aufgeben kommt nicht in Frage."

Moskau kritisiert Papst-Äußerung in Lateinamerika

dpa, **Moskau**

Aufrufe von Papst Johannes Paul II. an Geistliche in lateinamerikanischen Ländern, sich von der Politik fernzuhalten, haben ein kritisches Echo in Moskau ausgelöst. Die sowjetische Regierungszeitung „Iswestija" wies in einem Kommentar auf die „offensichtlich politische Natur" der jüngsten Lateinamerika-Reise des Papstes hin. Das Blatt erklärte, daß die „*Kampagne des Vatikans gegen* nicaraguanische religiöse Führer, die wichtige Posten in der Regierung innehaben, genau *zur Zeit der Papstrei*se ihren Höhepunkt erreicht hat".

So seien der nicaraguanische Außenminister *d' Escoto und andere in* der Regierung vertretene Geistliche ultimativ aufgefordert worden, entweder zurückzutreten oder ihr Priesteramt niederzulegen. „Mit dieser Verfolgung von nicaraguanischen Geistlichen gibt die Römische Kurie anderen katholischen Geistlichen, die sich an der nationalen Befreiungsbewegung beteiligen, zu verstehen, daß gegen sie Sanktionen des Vatikans verhängt werden könnten." In Peru habe der Papst vor Jugendlichen aus einem Vatikan-Dokument zitiert, das die „Befreiungstheologie" kritisiere.

Warschauer Pakt wird unverändert verlängert

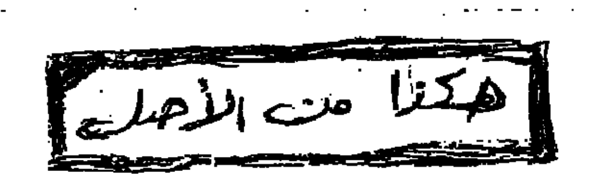
rtr, **Bukarest**

Der Warschauer Pakt wird nach Ende seiner 30jährigen Laufzeit in diesem Mai unverändert erneuert werden, erklärte ein Vertreter des rumänischen Außenministeriums vor westlichen Journalisten. Über die Zeitspanne der Verlängerung müßten die sieben Zeichnerstaaten noch entscheiden. „Der Text bleibt der gleiche, über die *Form gibt es keinen* Streit." Nach Angaben westlicher Diplomaten hatten rumänische Regierungsvertreter Ende vergangenen Jahres angedeutet, ihr Land denke an eine Verlängerung des Paktes vielleicht nur um fünf Jahre. Diesen Vor*schlag habe Ceausescu* bei seinem Gespräch mit dem britischen Außenminister Howe am Freitag in Bukarest nicht zur Sprache gebracht. *Er* habe dagegen seinen Wunsch nach Auflösung des Warschauer Paktes sowie der NATO geäußert. Dem habe Howe entgegengehalten, die NATO werde für ihre Mitglieder als Verteidigungsbündnis wichtig bleiben. Der Westen sei aber entschlossen, neue Rüstungskontrollvereinbarungen zwischen Ost und West zu ermöglichen. *Beide Politiker* hätten die Chance begrüßt, die die Genfer Abrüstungsverhandlungen böten.

Ägypten bestätigt Differenzen der PLO mit Jordanien

AP, **Kairo**

Der ägyptische Ministerpräsident Ali hat in einem Interview der Kai*roer Zeitung „Al Gumhuriya" die Er*gebnislosigkeit der Gespräche zwischen Jordanien und der PLO über eine gemeinsame Position bei zukünftigen Nahost-Verhandlungen bestätigt. Zwischen den Positionen der PLO und Jordaniens gebe es noch „*erhebliche Differenzen*". *Ali* bezeichnete eine Koordination zwischen der PLO und Jordanien als notwendigen Ausgangspunkt für eine Wiederbelebung der Friedensbemühungen. Ganz offenkundig sei die PLO noch zu keiner klaren Entscheidung über ihre Haltung zu den Vorschlägen Jordaniens gelangt. Jordaniens Strategie läuft dem Vernehmen *nach darauf hinaus*, daß *Israel im* Austausch gegen die Räumung der besetzten Gebiete sein Existenzrecht anerkannt bekommt, wie es die UNO-Resolution 142 vorsieht. Die PLO hat diese Resolution als Grundlage von Verhandlungen abgelehnt, weil sie nicht ausdrücklich den Palästinensern das Recht auf einen eigenen Staat bestätigt. Jordanien befürchte, eine derartige Vorbedingung könne die gesamten Friedensbemühungen gefährden.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Ein Bild der Armut

„Republik im Elend?": WELT vom 18. Januar

Sehr geehrter Herr Jentsch,

in der WELT vom 18. Januar behaupten Sie, daß die Sozialhilfe heute erhebliche Annehmlichkeiten eröffnet. Leider zeichnet sich der Artikel durch wenig Sachkenntnis aus. Fälschlicherweise wird unterstellt, daß die Sozialhilfeempfänger neben *ihrer Sozialhilfe noch Kindergeld* erhalten und ihr Bankkonto verschont bleibt. Tatsächlich jedoch werden alle Einkommens- und Transferleistungen wie Arbeitslosenunterstützung, Wohn- und Kindergeld angerechnet sowie eigenes Geldvermögen von über 2000 Mark.

Extrembeispiele mit überhöhten Mieten etc. werden konstruiert, um *auf ein angeblich überhöhtes Sozial*hilfeniveau verweisen zu können. „Tatsächlich nehmen die Empfänger von Sozialhilfe und von Wohngeld den ihnen rechtlich zustehenden Spielraum häufig nicht in Anspruch, d.h. sie leben in Wohnungen mit geringerer Wohnfläche und/oder schlechter Ausstattung", wie Heiner Geißler Mitte der siebziger Jahre richtigerweise feststellte.

Wie unzureichend die Existenzabsicherung der Sozialhilfeempfänger ist, wird aus dem Regelsatz ersichtlich, der für einen Haushaltsvorstand nur folgende Leistungen vorsieht: Täglich 47 Gramm Fleisch und einmal monatlich ein Suppenhuhn, täglich 40 Gramm Wurst und 21 Gramm Käse, alle 10 Tage eine Busfahrt, alle 10 Tage eine Flasche Bier, jährlich eine Glühlampe und einmal Schuhe besohlen.

Zum Sterben ist dieser Katalog wahrlich zu viel, zum Leben jedoch reicht es bei weitem nicht aus. Heute können sich die Sozialhilfeempfänger nicht einmal diesen aus dem Jahre 1970 stammenden Warenkorb leisten. Durch die Deckung der Sozialhilfesätze und die verhinderte Warenkorbreform wird ihnen amtlicherseits eine Unterernährung verordnet.

Bereits 1975 kam Heiner Geißler zu dem folgenden Ergebnis: „Bei rund zwei Millionen Haushalten – das sind rund neun Prozent aller Haushalte – mit 5,8 Millionen Personen lagen im Jahre 1974 die monatlichen Nettoeinkommen unter den Bedarfssätzen der Sozialhilfe." Seitdem hat sich die Kluft zwischen Wohlstand und Armut verschärft. Heute jedoch trägt er die politische Verantwortung für die Kürzung der Sozialhilfe unter das von ihm vormals als unzureichend kritisierte Existenzminimum. Durch den Sozialabbau der vergangenen Jahre und die Ausgrenzung aus dem Erwerbsleben bzw. die Abdrängung in unterwertige Beschäftigungsformen wurde Armut in alten und neuen Formen geschaffen.

Mittlerweile erhalten beispielsweise 13 Prozent aller Bremer Arbeitslosen so geringe Arbeitslosenunterstützung, daß sie zusätzlich zum Sozialamt gehen müssen. Je niedriger das Erwerbseinkommen, je länger die Arbeitslosigkeit und je häufiger der erzwungene Wechsel zwischen Arbeit und Arbeitslosigkeit ist, desto größer ist das Risiko, unter die Armutsschwelle zu sinken. Gerade die sowieso schon Benachteiligten des Arbeitsmarktes werden daher ins gesellschaftliche und ökonomische Abseits gedrängt.

Der Sozialstaat wird vollends auf den Kopf gestellt, wenn Bundespolitiker *mit einem Einkommen* von über 10 000 Mark im Monat zum „sozialen Fall" erklärt werden, während das gesellschaftliche Existenzminimum der Ärmsten der Armen eingefroren und zusammengestrichen wird. Den Erfindern des Neidsteuerbegriffs bzw. ihrer Klientel kann nur empfohlen werden, einen einzigen Monat von dem Sozialhilfesatz von 356 Mark zu leben.

Gerd Muhr,
Stellv. Vorsitzender des DGB

Wort des Tages

» Die Dinge sind wie ein Strom – dauernd im Fluß; ihre Auswirkungen in ständiger Wandlung und ihre Ursachen in tausendfachem Wandel begriffen; so gut wie nichts ist dauernd. «

Marc Aurel; röm. Kaiser und Philosoph (121–180)

Kranker Wald

Zum Urteil von Herrn D. Guratzsch über Fragen der Waldschadensforschung (WELT vom 8. Januar):

Anders als Herr Guratzsch behauptet, hat die Forstwissenschaft Vorgängen in den Waldböden immer größte Aufmerksamkeit geschenkt. Ob immisionsbedingte Waldkrankheiten vom Boden ausgehen, war schon nach 1905, aufgrund einer entsprechenden Theorie von A. Wieler, eine Streitfrage. Während der ersten Jahre meines Berufslebens (ab 1926) war das forstliche Denken und Handeln in Deutschland weitgehend von der Furcht vor einer Versauerung der Waldböden, damals in Abhängigkeit von der Holzartenwahl, bestimmt; unter dem Schlagwort „soil deterioration" ging sie in die forstliche Weltliteratur ein. Zur Abwehr der Versauerung der Waldböden wurden bei uns in den letzten 30 Jahren etwa eine halbe Million Hektar gekalkt.

Daß sich die Bodenkundler unserer drei forstlichen Fakultäten, in München und Freiburg nicht weniger kompetent als in Göttingen, mit den Vorgängen in unseren Waldböden beschäftigen, ergibt sich aus ihrer Verpflichtung als Leiter entsprechender Institute. Die anfänglich alle anderen Stimmen übertönende Wirkung der Ulrichschen Theorien war eine Folge ihrer beispiellosen Propagierung in einer für Untergangsvisionen empfänglichen Umwelt. Herrn Guratzschs Bericht ist dafür ein weiteres Beispiel.

Kein Fachkollege hat Herrn Ulrich je „verspottet". Ob das, sicher auf Gegenseitigkeit *beruhende „Kopfschütteln"*, zu dem auch ich mich bekenne, berechtigt ist, kann nur beurteilen, wer die Literatur kennt, nicht zuletzt auch unseres Kollegen Ulrich wenig zimperliche Art, anderen die Urteilsfähigkeit abzusprechen. Die Frage des Wirkungsweges der Luftschadstoffe bei der Verursachung der Waldschäden ist offen. Die Medien sollten jetzt helfen, sie bis zur wirklichen Klärung auch offen zu halten.

Prof. em. Dr. D. Mülder,
Oberforstmeister i.R., Göttingen

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Bahnhof Zoo

In Ihrer Ausgabe vom 23. Januar 1985 haben Sie unter der Überschrift „Dollinger von ‚DDR' in Berlin brüskiert" von einem „politischen Zwischenfall" im Bahnhof Zoo gesprochen.

Richtig ist, daß Dr. Dollinger im Bahnhof Zoo mit Berliner Senatoren zur Besichtigung der S-Bahn verabredet war, für deren Übernahme und Reaktivierung der Bundesverkehrsminister dem Senat mit Rat und Tat nachhaltig zur Seite gestanden ist. Da bis zur Abfahrt mit der S-Bahn eine kurze Zeitspanne verblieb, wollte der Minister diese spontan zu einem Abstecher auf den Fernbahnhof benutzen, für den Verbesserungen (u.a. Rolltreppen, Renovierung der Halle) geplant sind. Da die Gruppe leider noch keine Bahnsteigkarten (auf Bahnhöfen der Deutschen Bundesbahn sind diese in den 60er Jahren abgeschafft worden) gelöst hatte, als sie an der Bahnsteigsperre anlangte, wurde ihr von einer Angestellten der *Deutschen Reichsbahn der Zutritt* zum Fernbahnsteig verwehrt.

Dagegen war und ist nichts einzuwenden, da dies den geltenden Tarifbestimmungen entspricht. Schon aus diesem Grunde hat und konnte sich der Bundesverkehrsminister durch das Verhalten der Angestellten der Deutschen Reichsbahn nicht brüskiert fühlen.

F. Anslinger,
Bundesministerium für Verkehr

Zickzack-Kurs

Die SPD ist nicht nur „außer Tritt", wie Wilfried Hertz-Eichenrode in der WELT vom 23. Januar feststellt, sie ist offenbar auch vom Kurs abgekommen. Das heißt: Momentan fährt die SPD auf unbestimmtem Zickzack-Kurs. Keiner kann heute sagen, wohin die Reise morgen führt.

Daß der Konflikt bei den Sozialdemokraten jetzt offen ausgebrochen ist, spricht für die Zerrissenheit der Partei. Wenn Willy Brandt innerparteiliche Kritik in Interviews anbringen muß, um Gehör zu finden, wenn gestandene Sozialdemokraten wie Annemarie Renger und Herbert Ehrenberg in aller Öffentlichkeit gegen den Kurs der Partei rebellieren müssen, dann spricht dies Bände.

Eine Partei, die sich so an die Grünen anbiedert – Börner und Lafontaine sind hier Paradebeispiele –, wird (oder ist bereits) unzuverlässig und unberechenbar. Besonders prekär an der Situation ist, daß Leute wie Lafontaine auch dann noch mit einem rot-grünen Bündnis liebäugeln, wenn die Grünen längst arbeitnehmerfeindliche Forderungen auf den Tisch gelegt haben. So wollen die Grünen im Saarland drei Kohlekraftwerke dichtmachen – in einem Kohle-Land wohlgemerkt!

Der saarländische Ministerpräsident Werner Zeyer (CDU) hat deshalb auch klar und unmißverständlich gesagt: „Wenn Verantwortung für das Land und seine Menschen bei Herrn Lafontaine stärker wären als sein Wille, um jeden Preis an die Macht zu gelangen, dann hätte er spätestens jetzt sein Koalitionsangebot zurückziehen müssen." Hat der Landtagskandidat Lafontaine aber nicht – im Gegenteil! Deshalb ist die Koalition der Mitte von CDU und FDP die einzige Gewähr für eine stabile, arbeitnehmerorientierte Regierung an der Saar. Und die braucht das Land – keine Experimente in rot-grünen Sandkästen.

Armin König,
Pressesprecher der CDU-Fraktion im Saarländischen Landtag

Widerspruch

„Lehrgeld": WELT vom 22. Januar

Sehr geehrter Herr Hertz-Eichenrode,

Ihr Kommentar über den Smog hat mir sehr mißfallen. Es ist schon fast rührend, wie Sie sich um das Wohlergehen der Wirtschaft sorgen, jedoch erschreckend wenig um die Gesundheit Ihrer Mitmenschen.

Daß es die neue Smog-Bestimmung nur für bestimmte Teile von Nordrhein-Westfalen gibt, bedauere ich auch. Es ist aber ein Schritt auf dem richtigen Weg. In anderen Bundesländern gibt es diese verschärften Smog-Bestimmungen noch nicht, was ich den Menschen gegenüber für unverantwortlich halte. Ist für Sie erst dann eine Gefährdung der Gesundheit gegeben, wenn schon viele im Krankenhaus liegen? Muß es erst soweit kommen?

Über Ihre Einstellung zum Autofahrverbot habe ich mich jedoch am meisten geärgert. Wieso soll es nötig sein, eine sehr stark belastete Luft auch noch mit Autoabgasen zu schädigen?

Es wird sicherlich noch zu weiteren Fahrverboten kommen, wenn gegen die Umweltverschmutzung nicht bald etwas Konstruktives unternommen wird.

Mit freundlichen Grüßen
B. Priebe,
Köln 40

Personalien

GEBURTSTAGE

Professor Dr. **Jacob Wachter** von der TH Stuttgart feierte seinen 65. Geburtstag. Er wurde in Eßfeldt in Unterfranken geboren. Zur ersten Generation der Nachkriegsstudenten gehörend, absolvierte er in den Jahren 1946 bis 1950 an der TH Stuttgart ein Studium im Fach Maschinenbau und promovierte bei Professor **Siebel** über Festigkeitsprobleme. Nach Tätigkeiten bei der Siemens AG, wo er auf dem Gebiet der Anwendung von Großturbinen arbeitete, und zuletzt bei der Kraftwerk-Union (KWU) in Mülheim erhielt er 1970 einen Ruf an die Universität Stuttgart und übernahm als Nachfolger von Professor **Senger** den Lehrstuhl für thermische Strömungsmaschinen und Maschinenlaboratorium im Fachbereich Energietechnik.

*

Der Verleger und Mitherausgeber der „Nürnberger Nachrichten", **Heinrich G. Merkel**, feiert morgen seinen 85. Geburtstag. Merkel, der zu den profiliertesten Verlegern in der Bundesrepublik Deutschland zählt, wurde in Trebnitz in Schlesien geboren. An der Universität Breslau studierte er Rechts- und Staatswissenschaften und Volkswirtschaft. 1945 war Merkel Gründer und Herausgeber der in Würzburg erscheinenden „Main-Post". Seit 1949 wirkt er in Nürnberg. Sein spezielles Interesse gilt der modernen Nachrichtenübermittlung sowie dem Verhältnis der verschiedenen Kommunikationsmittel zueinander. Er arbeitet in verschiedenen berufsständischen Organisationen mit, ist Ehrenvorsitzender des Verbandes Bayerischer Zeitungsverleger, Ehrenmitglied des Präsidiums des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger sowie Ehrenmitglied des Deutschen Studentenwerkes und der Akademie der Bildenden Künste in Nürnberg. Mehrere Jahre lang war Merkel Vorsitzender des Aufsichtsrates der Deutschen Nachrichten-Aktiengesellschaft (DENA) und Mitglied des Aufsichtsrates der Deutschen Presse-Agentur (dpa).

AUSZEICHNUNGEN

Der Gründerin und Mitherausgeberin der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit", **Marion Gräfin Dönhoff** (75), wurde am Wochenende im Pariser „Institut Français" in einem Kreis profilierter Gäste der „Louise-Weiß-Preis 1985" für besondere Verdienste um die europäische Einigung verliehen. Er ist benannt nach der 1983 verstorbenen elsässischen Politikerin und Publizistin Louise Weiß, die sich nach beiden Weltkriegen mit großem persönlichen Engagement für die Wiederversöhnung der beiden Völker eingesetzt hatte und seit 1979 Mitglied der Straßburger Europäischen Versammlung war. In ihrer Dankesrede warb die Rezipientin um Verständnis für die besondere geopolitische und psychologische Lage der Deutschen in einem geteilten Vaterland an der Nahtstelle der Machtzonen der beiden Supermächte.

*

Der israelische Komponist **Josef Tal** erhielt jetzt aus der Hand des deutschen Botschafters in Israel, **Niels Hansen**, das Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland. Der 74jährige, in Pilsen geborene, in den 20er Jahren in Berlin ausgebildete Komponist, bekam die Auszeichnung für seine Verdienste um die Stärkung der „kulturellen und menschlichen Bande zwischen Deutschland und Israel".

UNIVERSITÄT

Berthold Burkhardt, bisher wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für leichte Flächentragwerke an der TU Stuttgart, hat den Ruf auf eine C 4-Professur an die Technische Universität Braunschweig angenommen.

Der Ordinarius für Strömungslehre und Direktor des Instituts Aerodynamik und Gasdynamik an der Fakultät für Luft- und Raumfahrttechnik der TU Stuttgart, Professor Dr. **Franz Xaver Wortmann**, ist verstorben. 1921 im Münsterland geboren, war er während des Krieges Flugzeugführer und Beobachter. Anschließend studierte er Physik in Münster und Stuttgart, wurde 1955 promoviert, habilitierte sich 1963 und wurde schließlich 1974 auf den Lehrstuhl berufen, den er bis zu seinem Tode innehatte.

Okinawa: Reise-Paradies mit blutiger Geschichte

Die bedächtigeren Brüder

Umspült vom Pazifischen Ozean, rund 1500 Kilometer südwestlich von Tokio, liegt Okinawa. Die Insel war im letzten Jahr das Ziel von rund 2,5 Millionen Besuchern der japanischen Hauptinseln – mehr als doppelt soviel wie die 1,1 Millionen zählende Bevölkerung der gesamten Ryukyu-Kette, die aus insgesamt 73 Inseln besteht und zu der Okinawa gehört. Die intensive Werbung von Reisebüros hat der Insel eine beständig zunehmende Zahl von Pauschalreisenden beschert. Täglich kommen Tausende von Flitterwöchnern und Sonnenanbetern an die weißen Stränden von Okinawa, die von klarem Meerwasser umspült werden. Umweltverschmutzung ist hier ein Fremdwort.

Vermutlich wissen die wenigsten jungen Japaner, daß dieses tropische Paradies, das im Jahre 1972 nach

Okinawa – ARD, 21.15 Uhr

27jähriger Verwaltung durch die Vereinigten Staaten unter japanische Staatshoheit zurückkehrte, während des Zweiten Weltkrieges der Schauplatz eine der erbittertsten Schlachten war. Hier verloren noch mehr Menschen ihr Leben als bei den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki. Rund 12 500 amerikanische Soldaten fielen. Etwa 66 000 Soldaten der japanischen kaiserlichen Armee, die die Insel verteidigten, wurden getötet. 84 000 Okinawer, die Seite an Seite mit ihnen kämpften, starben. Außerdem kamen knapp 100 000 Zivilisten ums Leben. Insgsamt war dies mehr als ein Drittel der damaligen Bevölkerung, die circa 450 000 Einwohner umfaßte. Heute leben auf Okinawa 900 000 Menschen.

Eine Mischung aus japanischen und amerikanischen Wesenszügen prägt das Leben auf Okinawa, mit 750 Quadrakilometern die größte der Ryukyu-Inseln. Die Haupteinnahmequellen sind Tourismus und Landwirtschaft, die im letzten Jahr 3,1 Milliarden bzw. 1,5 Milliarden Mark einbrachten. Dennoch gilt Okinawa wegen der geringen Einkommen als das Armenhaus Japans. Die Insel ist auf massive Hilfe der Zentralregierung angewiesen.

„Die Okinawer", erläutert Takashi Ohmine von der „Okinawa Association", „sind ein glückliches Volk, freundlich und offener als ihre Brüder auf der größeren Insel. Außerdem spielt sich das Leben auf Okinawa in einem viel bedächtigeren Tempo ab als auf der Hauptinsel – ein Grund mehr für die Unvergleichbarkeit beider Lebensstile."

Obwohl sich die Okinawer als Japaner fühlen, hegen sie einige Ressentiments gegen Japan. Aber ihre Unzufriedenheit schlägt nicht in *Feindschaft um.* Als Okinawa 1879 eine japanische Präfektur wurde, betrachteten Regierung und Öffentlichkeit die Bewohner der Insel als eine ethnische Minorität, die entsprechend benachteiligt wurde. Diese Einstellung, schrieb Masahide Ota, Professor an der Ryukyu-Universität auf Okinawa, herrsche heute immer noch vor. Als Beispiel führt er an, daß die Verbrechen, die in Okinawa von der japanischen kaiserlichen Armee während des Krieges begangen wurden, trotz heftiger Proteste noch immer nicht in den Geschichtsbüchern erwähnt würden.

Während z.B. die Okinawer Seite an Seite mit den japanischen Truppen kämpften, stahlen letztere nicht selten Nahrungsmittel von den Inselbewohnern und vertrieben sie aus ihren Schutzbunkern. Auch nach der Rückgabe an Japan fühlten sich die Okinawer verraten. Sie wollten selbstständig leben und foderten den Abbau der US-Stützpunkte. Aber die Insel blieb bei Japan. Und es wurde eine Base für die japanische Verteidigung errichtet. Zwei Drittel der 45 000 amerikanischen Truppen, die in Japan stationiert sind, befinden sich ebenfalls auf Okinawa.

Obwohl ihre Bewohner zugeben, daß es ihnen heute, unter der japanischen Regierung, besser gehe, beklagen sie sich dennoch darüber, daß die hochqualifizierten Berufe oft von Japanern der Hauptinseln ausgeübt würden: Diese Ungerechtigkeiten auszubügeln, meint Ohmine, werde noch viele Jahre dauern.

EDWIN KARMIOL



Klares Wasser, weiße Strände – Okinawa, Insel mit wechselvoller Vergangenheit FOTO: H. KANUS

KRITIK

Jenseits des Erträglichen

Irgendwann sagte wohl einer der planenden Fernsehmenschen: Wir brauchen einen eigenen Western, einen Euro-Western gewissermaßen. Man schaute sich in der Geschichte um und stieß auf die Landnahme Sibiriens, auf Kosaken und Tungusen, auf wilde Tiere und ganz viel Abenteuer. So wurde das Stichwort „Eastern" geboren. Der große Sibirien-Knüller „Soweit die Füße tragen" saß wohl auch noch im Nacken. Also beschloß man einen Film mit sibirischen Eingeborenen auf den Plätzen der Indianer. Auf die Plätze der Helden indes rückten deutsche Abenteurer *auf. Man (er)fand sie* verhältnismäßig schnell.

Und so stiegen denn einige leitende Angestellte des Kaufhauses Fugger im Jahre 1648 von Augsburg aus der Versenkung und ritten gen Osten: mitten durch Kriegsgetümmel und Sturmgebraus – **Jenseits der Morgenröte** (ARD). Sie ritten und ritten und wehrten ab, was an unsympathischen Völkerschaften ihnen den Weg verlegen *wollte. Kurz:* Vergessen *(als* Stoff) war, daß die tüchtigen russischen Kaufleute der aus der Hansestadt Nowgorod stammenden Familie Stroganoff schon ein Dreivierteljahrhundert zuvor die ersten Expeditionen nach Sibirien entsandt hatten, vergessen der wahrhaft abenteuerliche Zug des Kosaken Jermak durch das aufgeschreckte Land des Chans Kutschum, durch die Pelzreviere der *Tungusen und* Ostjaken, *der Tataren,* der Tschuwaschen, der Wogulen – vergessen das geschichtlich einmalige Abenteuer der russischen Landnahme, deren Ausläufer bis zum heutigen Kalifornien reichten.

Doch wer einen Publikumsfilm drehen will, darf soweit nicht denken. Der braucht Kostüme, fremde Gesichter, sympathische deutsche Abenteurer (beritten), etwas Liebe *(eine hübsche Nadja ist schnell ins* Drehbuch gehievt). Der braucht ferner in jeder Folge Abenteuer, die streng nach dem Muster alter Westernfilme abgespult werden, einschließlich des Forts, das die Flüchtenden aufnimmt, vor den Verfolgern aber blitzschnell die Balkentore schließt. Die einfältigen Einheimischen erschrecken natürlich vor dem Knall der Kanone, Pfeile fliegen heran, bleiben aber in den Bohlen stekken ...

In jeder Folge geschah mithin immer das Gleiche. So wurde gesichert, daß sich unsere „Jungs" hervorragend bewährten. Eine solch saubere Trennung zwischen Guten und Bösen ist selbst im dümmlichsten Western nicht so gelungen wie in diesem „Eastern". Freilich gab es Gute auch unter den Eingeborenen. Aber die waren nur gut, weil sie den eingedrungenen Fremden selbstlos dienten, als Hi-Wis, gewissermaßen.

Man sollte die authentischen Interpretationen nachlesen, die als Presseunterrichtung vorgelegt wurden. In der ersten Folge gibt es (O-Ton): Brandschatzende Söldnerheere, plündernde Bauernrotten, blutrünstige Tatarenstämme. In der zweiten: Strelitzen von berüchtigter Grausamkeit, eine Zwangstaufe zum „griechisch-orthodoxen" Glauben. Die dritte Folge zeigt „mordende Sibirtataren", die vierte einen „blindwütigen Kosaken-Überfall", die fünfte ein „grausames Massaker" (durch die Kosaken), in der sechsten Folge treten wieder die „mordgierigen Kosaken" auf.

Schließlich sind alle gerettet. Aber ein Wermutstropfen bleibt: Nadja, die den jungen Sohn des Expeditionsleiters auf Gegenseitigkeit liebt, muß natürlich zurückbleiben. Denn was soll der junge Fugger-Kontorist mit der Russin? Und schon gar in Augsburg!

V. P.



Ein neuralgischer Punkt des Fernsehens in der Bundesrepublik stand im Mittelpunkt der **Jahrespressekonferenz des ZDF-Chefredakteurs** Reinhard Appel, nämlich der sogenannte Verlautbarungsjournalismus, will sagen: die Fülle der Politikerköpfe, die das Fernsehen als Fenster ansehen, immer wieder ihre Meinung zu äußern: Fernsehen als Ansprachebalkon. Reinhard Appel versicherte in der jüngsten Konferenz in Hamburg, das werde jetzt anders werden. Mit dem Verkündigungsfernsehen im ZDF sei jetzt Schluß. Jetzt bekäme der Bürger das Wort.

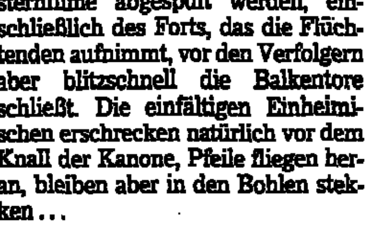
Freilich bleibe eine wichtige Mitteilung eines Politikers nach wie vor eine wichtige Nachricht, auf die der Bürger Anspruch habe. Doch das substanzarme Abfragen der einzelnen Meinungsträger in Bonn und den Ländern werde aufhören. Glükkauf! hätte man dem emsigen ZDF-Chefredakteur zurufen mögen.

Nur: Wer hängt der Katze die Schelle um? Wer unsere Politiker kennt, weiß, welcher Kunst es bedarf, ihnen Kamera und Mikrofon zu entziehen. Appel macht es mit der List der Programmgestaltung. In den neun Sonntagskästchen „Sonntagsgespräch" und „Reportage am Montag" (um zwei Ansätze zu nennen) werden grundsätzlich keine Politiker „auftreten".

Die Programmplanungen des ZDF sind, wie in der Hamburger Konferenz deutlich wurde, nicht unbeeinflußt von der neuen Konkurrenz. Es soll – so wurde versichert – den neu auf den öffentlichen Markt tretenden Programmen mit mehr Informationen entgegengetreten werden. Appel ist sich sicher, daß der deutsche Bürger informiert und nicht nur unterhalten werden will.

V. P.





ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Na, sowas!
10.50 Globus
11.20 Gott und die Welt
11.50 Umschau
12.10 Die ewigen Schwestern
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Montagsgeschichten
Von Herbert Asmodi
Von einem Vater, dessen erwachsene Tochter angeblich mit einem Ehebrecher verheiratet ist, einem zechfreudigen Maler, dessen Frau spurlos verschwindet, einem jugendlichen Boxer, der Schwierigkeiten in der Liebe hat, und von der ersten Beichte eines Jungen, der seine Oma ins Jenseits schikken will, erzählt die heutige Folge.
17.20 Anna, Ciro & Co.
7. Teil: *Ciro und seine Brüder*
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Jenseits der Morgenröte
Letzter Teil: Der Drache speit Feuer
Als Wolff erfährt, daß die hübsche Nadja in der Gewalt Wolkows ist, lockt er den Gauner zum Goldfluß, damit dieser Nadja freiläßt. Doch ehe die Befreite das Dorf Germogens erreicht, tauchen Kosaken auf, die sie gleich wieder gefangennehmen ...
21.15 Okinawa
Japans Kolonie im eigenen Land
Reportage von Gerd H. Pelletier
Im Jahre 1973 gaben die Amerikaner die Insel Okinawa an Japan zurück. Doch trotz der Rückgabe ändert sich die Lage für die von sozialen und wirtschaftlichen Mißständen geplagten Inselbewohner nicht, die mit einer doppelt so hohen Arbeitslosenquote leben müssen wie ihre Mitbürger im Mutterland.
22.00 Gespenstergeschichten
Im Schatten des Zweifels
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Tagebuch
Ungarischer Spielfilm (1982)
Mit Zsuzsa Czinkoczi, Anna Polony, Jan Nowicki, Tamas Toth u. a.
Buch und Regie: Marta Meszaros
0.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Einführung in das Mietrecht
6. Folge: Öfter mal was Neues
Da bald alle Wohnungen in der Georg-Friedrich-Straße 14 einen Käufer gefunden haben, arbeiten die Wohnungsbesitzer fieberhaft an der Ausarbeitung der neuen Mietverträge. Doch die neuen Eigentümer versuchen auch, Einfluß auf die Lebensgestaltung ihrer Mieter zu nehmen. Können sich die Bewohner dagegen wehren?
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Boomer, der Streuner
Georg und Emma
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Computermillionen
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Reportage am Montag
Zwischen Armee und Guerrilla
Nicht über die politischen Vorgänge in El Salvador, sondern auch über die Schwierigkeiten der *Kriegsberichterstatter in diesem* mittelamerikanischen Land, in dem Journalisten häufig ihr Leben bei der Arbeit aufs Spiel setzen, berichtet Michael Gregor.
20.15 Aufstand der Apachen
Amerikanischer Spielfilm (1965)
Mit Rory Calhoun, Corinne Calvet, John Russell u. a.
Regie: R. G. Springsteen
21.45 heute-journal
22.05 Abenteuer der Meditation
Drei Schriftsteller sprechen über ihre Erfahrungen
Film von Jutta Szostak
Kamera: Per Mustelin, Gerhard Engelhardt
22.50 Das kleine Fernsehspiel – Kamerafilm
Lebensläufe in einer lautlosen Welt
Von Carin Braun
0.10 heute

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Gesucht – gefunden
Live aus Witten
21.45 Landesspiegel
Von Chicago nach Gütersloh
22.15 Thema des Monats
Politik der starken Sprüche – Sind Schlesier-Treffen heute noch sinnvoll?
Moderation: Johannes Wicke
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Telekolleg II
18.30 Die Sprechstunde
Die Höhlen des Kopfes
19.15 Tauchen
19.45 Sonnenclub
20.00 Tagesschau
20.15 Schauplatz
Nasse Flughäfen
21.00 Das Montagsthema
Aktuelle Diskusssionssendung
22.00 Das Gruselkabinett
Schlag 12 in London
Englischer Spielfilm (1960)
23.25 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Catweazle (5)
18.55 Wombles (5)
19.05 Der Griff in die Trickkiste
20.00 Trends
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Drei aktuell
21.45 Direktion City
22.30 Vocal Summit I
Jazzgesang heute

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
Candy unter Verdacht
20.20 Das Leben hat auf Grün gesetzt
21.05 Klimbim
21.50 Näher betrachtet
Erben gesucht
22.50 Rückblende
23.05 Jazz
Das Michael Sagmeister Trio
23.25 Nachrichten

BAYERN
18.15 Hereinspaziert
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Überdosis Umwelt
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Z. E. N.
22.50 Der Aufpasser
Kriminalfilm
23.35 Rundschau

SAT 1

13.30 Solid Gold
(amerikanische Hitparade)
14.00 Die Waltons
Olivias Wunschtraum
15.00 Indian River
Der Beweis
15.30 Musicbox
Videoclips der Pop- und Rockmusik, Pop-Infos, Interviews mit Stargästen, Gags und Überraschungen
16.30 Perrine
Ein Sonntag mit guten Freunden
17.00 Mondbasis ALPHA 1
Die Katastrophe
Mit Martin Landau, Barbara Bain, Barry Morse
„Mondbasis Alpha 1" schildert die *Erde zu einem Zeitpunkt,* als sie durch eine Katastrophe nuklear verseucht wurde. Ein Teil des Mondes, auf dem verschiedene Raumstationen errichtet sind, ist ebenfalls zerstört.
18.00 Westlich von Santa Fe
Die Erpressung
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Shillingbury Miracle – Das Wunder
Am Abend des Erntedankfestes sitzt der Bauer Jake vor seinem Kamin. Plötzlich hört er merkwürdige Geräusche, das Feuer erlischt und ein penetranter Gestank breitet sich aus.
19.30 Hardcastle und McCormick
Sein letzter Film
20.30 WM – Das Wirtschaftsmagazin
Wie immer montags berichtet WM über fünf brandaktuelle Themen aus allen Bereichen unseres wirtschaftlich bestimmten Lebens.
21.00 Galerie Buecher
6. Folge: Die Familie stellt sich vor
21.30 APF blick:
Aktuell, Rundblick, Sport und Wetter
22.15 Malizia
Italienischer Spielfilm (1973)
Mit Laura Antonelli, Turi Ferro, Alessandro Momo
Regie: Salvatore Samperi
0.00 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Löwenzahn
9. Peter, der Nachbar und ein Zaun
Kompass
Schnell und langsam
19.00 heute
19.30 Sportreport
Mit „Sport am Montag" aus Österreich
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 cinema international
Die Einsamkeit des Langstreckenläufers
Englischer Spielfilm (1962)
Mit Tom Courtenay, Michael Redgrave, Avis Bunnage u. a.
Regie: Tony Richardson
Colin Smith ist das Sport-As in der Erziehungsanstalt Rugstone Tower. Als ein Vergleichskampf gegen eine „normale" öffentliche Schule auf dem Programm steht, erhält Colin trotz seiner Widerspenstigkeit von dem ruhmsüchtigen Anstaltsdirektor eine Sonderstellung.
23.25 Kennwort: Kino
23.35 3SAT-Nachrichten

Herausgeber: *Axel Springer, Matthias Walden†* Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheller (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geltel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714 Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59-10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 42 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919 Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09 Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449 Fernkopierer (0 69) 72 79 17 Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13 Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966 Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813 Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39 Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 28,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Nachdem wir Ihr Auto gewaschen haben, waschen wir das Wasser.

WENN SIE IHR AUTO AN EINE TANKSTELLE ZUM WASCHEN BRINGEN, können Sie es normalerweise wenig später sauber wieder abholen.

Eine Menge Wasser dagegen ist verschmutzt. Das ist bei den meisten BP Tankstellen nicht anders als bei anderen.

Aber es wird anders: An einigen BP Tankstellen finden Sie schon eine hochwirksame Wasseraufbereitungsanlage.

Von den 200 Litern Wasser, die man zum Waschen eines Autos braucht, macht sie 160 Liter wieder nutzbar: der Wasserverbrauch sinkt um 80%.

BP und die Umwelt. Wir haben Antworten.

Wir kennen unsere Verantwortung für die Umwelt. Deshalb fördern wir mit hohem technologischen und finanziellen Aufwand eine Reihe von Projekten, deren Zielsetzung umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen sind.

Vieles von dem, was wir uns vorgenommen haben, ist schon Wirklichkeit geworden. Einiges davon finden Sie heute bereits bei Ihrer BP Tankstelle um die Ecke.

BP hat hochwertige Leichtlauföle entwickelt, die den Kraftstoffverbrauch senken. Weniger Kraftstoffverbrauch heißt aber auch weniger Schadstoffausstoß.

BP unterstützt mit hohen Investitionen die Verfügbarkeit von unverbleitem Kraftstoff.

BP hat als erster dem Selbstölwechsler Absauggeräte an der Tankstelle zur Verfügung gestellt, um das unkontrollierte Ablassen von Altöl zu verhindern.

Selbstverständlich entsprechen die an allen BP Tankstellen installierten Ölabscheider den gesetzlichen Anforderungen, so daß eine Verunreinigung des Grundwassers verhindert wird.

BP hat durch einen Weltrekord mit dem BMW M1 bewiesen, daß umweltfreundliches Autogas auch leistungsfähig ist.

Zukunftsweisend sind die Entwicklungen der BP Labors auf dem Gebiet biologisch abbaubarer Schmierstoffe.

Für Solaranlagen hat BP die ungiftige Wärmeträgerflüssigkeit Thermo-Frost P entwickelt und dafür gesorgt, daß sie biologisch abbaubar ist.

Alle Produktentwicklungen, die wir in unseren Labors durchführen, werden grundsätzlich auf ihre Auswirkungen und mögliche Umweltbelastungen überprüft, um Risiken weitestgehend auszuschließen.

Jeder Mitarbeiter von BP ist verpflichtet, dem Umweltschutz im Rahmen seiner Tätigkeit hohe Bedeutung beizumessen.

Denn die Wahrnehmung unserer Verantwortung für die Umwelt ist einer unserer wichtigsten Grundsätze – und damit eine zusätzliche Qualität von BP.



Berlin will den Handel mit China steigern

hrk. Berlin

Berlin will auch im Fernen Osten neue Freunde gewinnen und setzt darauf, sich die immer engeren Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und China zunutze zu machen. Am Sonntag flog Berlins Finanzsenator Gerhard Kunz mit einer Gruppe von Experten der „Berlin-Consult" nach Peking. Die Anlagenfirma gehört zur Hälfte dem Senat. Noch in diesem *Jahr will auch Wirtschaftssenator* Elmar Pieroth ins „Reich der Mitte" reisen und systematisch Berlins Wirtschaftskraft demonstrierten.

Kunz reiste als offizieller Gast der chinesischen Regierung und ohne die geringsten politischen Probleme, im Lande selbst vom deutschen Botschafter Per Fischer eskortiert, in die Volksrepublik. Kunz wird am 12. Februar in der Großen Halle des Volkes von Staatsrat Gu Mu empfangen und führt Gespräche mit maßgeblichen Vertretern der Ministerien für Außenhandel, Leichtindustrie, Landwirtschaft und Handel. Das Berliner Regierungsmitglied bereist drei Provinzen, darunter Quinghai, wo die „Berlin-Consult" bis 1987 für 60 Millionen Mark einen schlüsselfertigen Schlachthof errichtet.

Berlins verjüngte politisch-wirtschaftliche Rolle ist von chinesischer Seite vor wenigen Tagen auch protokollarisch gewürdigt worden, indem Senator Kunz ausdrücklich gebeten worden war, als Vertreter Berlins an der Eröffnung des chinesischen Handelszentrums in Hamburg teilzunehmen, das für den gesamten westeuropäischen Raum zuständig ist.

Kunz bezeichnete vor seiner Abreise gegenüber der WELT sein Gastland als „Markt der Zukunft" und erinnerte daran, daß eine Gruppe führender Berliner Wirtschaftler bereits 1981 unter Leitung des Präsidenten der Industrie- und Handelskammer, *Horst Elfe, China* seine Aufwartung gemacht hatte.

Berlins Universitäten – vor allem die TU – beherbergen seit geraumer Zeit häufig junge chinesische Akademiker. Die Freie Universität und die Alma mater von Peking sind durch einen Partnerschaftsvertrag (Sinologie und Germanistik) freundschaftlich verbunden.

Exil-Iraner demonstrieren

lim, Bonn

Rund 5000 Iraner aus Frankreich, Belgien, Italien, der Schweiz, Österreich und der Bundesrepublik Deutschland haben am Samstag in München *anläßlich des sechsten* Jahrestags der Islamischen Revolution gegen die „wirtschaftliche Verwüstung und die Ausschaltung der bürgerlichen Freiheiten im Iran" protestiert. Organisiert wurde der Protestmarsch von der deutschen Abteilung des iranischen Konstitutionsrats, eine Art Exil-Parlament, das die Einführung einer konstitutionellen Monarchie in Iran anstrebt. In einer Resolution forderte der Rat „die freie Welt" auf, auf die Einhaltung der Menschenrechte in Iran und auf eine Beendigung des Krieges zwischen Irak und Iran hinzuwirken.

Weinberger zerstreut Bedenken der Europäer

● Fortsetzung von Seite 1

Industrieminister Pattie, äußerten Zweifel an SDI, vor allem mit dem Hinweis, daß die ehrgeizigen Pläne der USA schwer zu finanzieren seien.

Für die SPD argumentierten Egon Bahr und Andreas von Bülow gegen die Nutzung des Weltraumes für eine strategische Verteidigung. Viel Zustimmung fand hingegen der bayerische Ministerpräsident Strauß auf der Konferenz mit seiner Analyse über die Richtigkeit der SDI-Vorhaben. Er sagte, damit werde ein neuer Weg zur „Relativierung und Eliminierung" der Atomwaffen für die Sicherheit eingeschlagen. Ihn zu gehen, sei notwendig zur Stärkung der westlichen Politik der Kriegsverhinderung. Diese Politik müsse so lange fortgelten, solange im Osten die Aggressivität der Ideologie nicht in einen Erosionsprozeß hin zu demokratischen Entwicklungen kraftlos geworden sei. Strauß empfahl, die SDI-Pläne gegen die sowjetische Propaganda mit dem Begriff „Weltraum für den Frieden" psychologisch zu stützen.

Verteidigungsminister Wörners Absicht, mit Hilfe einer ausführlichen Darstellung der deutschen Anstrengungen zur Besserung der NATO-Verteidigung in Europa die Bedenken von Vertretern des US-Kongresses zu zerstreuen, schlugen fehl. In diesem Zusammenhang wurde von Senator Cohen die abermalige Einbringung eines Amendements im Kongreß angekündigt. Er sagte, eine neue Bewertung der Leistungen in der NATO werde erforderlich. Das im Herbst 1984 von Senator Nunn eingebrachte Ammendement zielte auf den Abzug von US-Soldaten aus Europa, wenn die Europäer nicht noch mehr *zur gemeinsamen Verteidigung* beitragen.

*

DW. München

Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Bundestag, Alfred Biehle, hat auf der Münchner Tagung die USA aufgefordert, Klarheit über die Beteiligung der Europäer am amerikanischen Weltraumprogramm, und dem damit verbundenen technologischen Fortschritt, zu schaffen. Wie der CSU-Politiker sagte, nährten Presseveröffentlichungen den Verdacht, für die Europäer blieben lediglich „Blechschmiedearbeiten" über. Biehle erinnerte daran, daß die Europäer nicht immer die besten Erfahrungen mit der Technologiepolitik der USA gemacht hätten.

Belagerungszustand auch für Mannequins und Narren

PETER SCHMALZ, München

Am Eingang zum Luxusladen des Münchener Modefürsten Rudolph Moshammer steht ein Polizist mit Maschinenpistole vor der Brust, auch *das Entree zum Juweliergeschäft im* Erdgeschoß des Nobelhotels „Bayerischer Hof" ist von einem bewaffneten Doppelposten besetzt. An jeder Tür des mächtigen Gebäudekomplexes am Promenadenplatz sind Uniformierte aufgezogen.

Aber die Kostbarkeiten, zu deren Schutz sie am Samstag im Regen und gestern im eisigen Schnee standen, waren nicht die 254-Mark-Hemden oder das 13 800-Mark-Collier, ihre Pretiosen saßen in der Palaishalle des Hotels als Gäste der 22. Internationalen Wehrkundetagung: Helmut Kohl, der Bundeskanzler, Charles Hernu, der französische Verteidigungsminister, und sein deutscher Kollege Manfred Wörner. Am Sonntagmorgen schließlich sollte gar noch Ronald Reagans Verteidigungschef Caspar Weinberger das Sicherheitsrisiko auf den Höhepunkt treiben. Und das in der Stadt, vor deren Toren eine Woche zuvor Terroristen einen Manager der Rüstungsindustrie kaltblütig ermordet hatten. „Wir haben alle erdenklichen Sicherheitsmaßnahmen getroffen," erklärte ein Polizeisprecher. 400 Beamte aus ganz Bayern wurden herangezogen, im Hotel herrschte Belagerungszustand. Alarmstufe 1 war angesagt.

„Ja mei, so viele Parkplätze hams hier noch nie frei gehabt," wunderte sich gestern morgen ein Münchener Spaziergänger. Aber parken durften nur Polizeifahrzeuge: Politessen, *Streifenbeamte und Kriminaler in Zi*vil achteten wachsam darauf, daß kein parkplatzsuchender Autofahrer seinen Wagen hier abstellte, Fahrzeuge, die in die Tiefgarage des Hotels *fahren wollten, wurden an der Ein*fahrt angehalten und mit Spiegeln, selbst am Unterboden, nach Bomben untersucht.

Hotelgäste wurden nicht wie üblich vom blaubefrackten Portier empfangen, ihnen stellten sich zwei uniformierte Beamte in schwarzen Lederjacken in den Weg: „Grüß Gott, würden Sie bitte Ihre Tasche öffen?". Mäntel mußten ebenfalls aufgeknöpft werden, ein höfliches „Darf ich?" folgte, dann das Abtasten, das jedem Fluggast längst geläufig geworden ist. Auch nasse und zusammengeklappte Regenschirme wurden handgeprüft. In diesem Hotel, das eines der Hauptquartiere der 34. Münchener Modetage ist, mußten die Gepäckstücke sogar in einen orangefarbenen Röntgenkasten.

In das Gemurmel der Mannequins und Modemacher quäkten aus den Jackentaschen junger Männer in Konfektionsanzügen olivgrüne Sprechfunkgeräte. Der Tagungsraum *im Erdgeschoß war nochmals durch* einen zweifachen Sicherheitskordon geschützt. Ihn konnte nur passieren, wer eines der blauen oder roten Teilnehmerschildchen trug. Selbst die Faschingsbälle im Hotel sollten abgesagt werden, dann aber begnügten sich die Sicherheitsexperten mit scharfen Blicken auf die kostümierten Narren.

Gestern morgen kurz vor 11.00 Uhr räumte noch ein Schneepflug die Hotelanfahrt für den Gast aus Amerika, Taxis und Privatwagen der Hotelgäste wurden rasch weiterdirigiert. Aber kurz darauf löste sich die Spannung: der *US-Verteidigungsminister* kam nicht, sein Flugzeug blieb vereist in London am Boden, Weinbergers Rede wurde in der Palaishalle verlesen.

„Berlin könnte ein Scharnier für den Fortbestand der deutschen Nation sein"

WELT-Gespräch mit dem stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Jürgen Schmude

PETER PHILIPPS, Bonn

Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Jürgen Schmude hat dazu aufgefordert, „den Bestand der deutschen Nation nicht aufzugeben, sondern ihn mit neuem Leben zu erfüllen". *In einem WELT-Gespräch* sagte er, die deutsche Frage sei „dort offen, wo es darum geht, die Beziehungen zur DDR zu verbessern, die Menschen in beiden deutschen Staaten näher aneinanderzuführen und eine Regelung der Verhältnisse in Deutschland zu finden, die die Belastung und das Trennende überwinden hilft". In dieser Entwicklung könne Berlin „eine Scharnierfunktion für den Fortbestand der deutschen Nation erfüllen", für den weiteren Zusammenhalt – „aber als Scharnier, das zur Bundesrepublik gehört, nicht als selbständiges, das zu beiden Staaten gleichermaßen gehört". *Die* Stadt sei „in ihrer Lage geradezu herausgefordert und für eine gedeihliche Entwicklung auch darauf angewiesen, Brücken zu schlagen, Kontakte herzustellen, Begegnungsplatz zu sein".

Sonderstellung bleibt

Schmude forderte, die deutsche Frage nicht als eine „offene Wunde" anzusehen, die „schmerzt und ruhig auch schmerzen soll". Dies erscheine zwar „gerade auf Berlin bezogen plausibel", aber die Stadt könne nur „eine sichere und friedliche Zukunft haben, wenn nicht mit schmerzenden Wunden operiert wird".

Berlin werde in der innerdeutschen Entwicklung „auf unabsehbar lange Zeit seine Sonderstellung behalten. *Da es nun einmal umschlossen vom* Territorium der DDR liegt, bedarf es zu seiner Sicherheit auch auf unabsehbare Zeit des Schutzes anderer Mächte, den es jetzt hat". Doch er „schließe nicht aus, daß wenn eine befriedigende Regelung aller wichtigen Fragen gefunden ist, auch dieses Schutzbedürfnis gen null geht und man andere Regelungen für Berlin finden kann". Er hoffe, „es noch zu erleben, daß manche sehr belastende Abschottungsmaßnahme wie das DDR-Grenzregime und die Berliner Mauer" verschwinden. Dies sei möglich, wenn „die bisherige Entwicklung weitergeführt und Stagnation vermieden wird".

Zur Weiterentwicklung der Beziehungen gehöre auch „die Aufnahme eines regulären Kontaktes des Bundestages zur Volkskammer". Die Mehrheit – die Fraktionen von SPD, FDP und Grünen – seien dafür, „CDU und CSU haben sich anscheinend dagegen festgelegt, obwohl der Bundes*tagspräsident für einen solchen Kon*takt aufgeschlossen ist". Die SPD werde „Wege suchen, die es der CDU/CSU ermöglichen, ihr Gesicht zu wahren und doch herunterzukommen von ihrer harten Position."

Die SPD müsse auch ihre „Aufgabe richtig wahrnehmen". Als Opposition habe sie Alternativen vorzustellen, allerdings nicht „ohne Rücksicht auf die Sache". In diesem Sinne wer*de die SPD-Fraktion auch die* Debatte bestreiten, die sich um ihren Entschließungsantrag voraussichtlich am 27. Februar im Bundestag entwickeln wird. Während es bei der (mit Ausnahme der Grünen) einstimmig gefaßten Entschließung im Februar 1984 darum gegangen sei, „gemeinsame Positionen festzuschreiben, geht es jetzt darum, welche Schlußfolgerungen wir aus den gemeinsamen Po*sitionen ziehen*".

Dem Bundeskanzler wirft Schmude vor, „er würde Erfolge in der Deutschlandpolitik schon ganz gerne sehen. Aber er scheint nicht bereit zu sein, sich dafür anzustrengen, wozu auch gehörte, die feine Uhrmacherarbeit der Deutschlandpolitik mit der notwendigen Sorgfalt und Diskretion zu betreiben. Im Zusammenhang mit der Schlesier-Debatte ergänzte Schmude: „Nur wenn wir klarmachen, daß wir Deutschlandpolitik in unserem Verhältnis zur DDR und nicht darüber hinaus betreiben, werden Mißtrauen und Argwohn anderer Staaten im Osten wie im Westen gegen das, was die Deutschen miteinander treiben, einigermaßen in Grenzen zu halten sein." Die Deutschlandpolitik müsse „Schritt für Schritt" betrieben werden, „im engen Einvernehmen mit unseren drei westlichen Hauptverbündeten, am besten aber auch unter deutlicher Information der anderen europäischen Staaten".

Ziel sind die Menschen

Die Bundesrepublik wolle weder „eine gezielte Destabilisierung" der Verhältnisse in der „DDR", noch eine „gezielte Stabilisierung um der Stabilisierung willen". Das Ziel müßten „für die Menschen hilfreiche Beziehungen" sein. „Die Konfrontation der DDR mit ihren inneren Widersprüchen können wir ihr nicht ersparen und nicht darüberhinweghelfen."

Ebenfalls an die Adresse Ost-Berlin sagte Schmude, es gebe „keinen völkerrechtlichen Anspruch der DDR, daß unser Grundgesetz geändert wird". Zu der im „Neuen Deutschland" vollzogenen „Rückkehr zum harten Standpunkt" in der Frage der Staatsbürgerschaft meinte er, dies dürfe für Bonn aber nicht bedeuten, „*das Thema jetzt zu beerdigen*", *sonst* würde „diese Forderung als Abgrenzungsthema jederzeit wieder auf den Tisch gelegt werden können".

Äthiopier aus Unruhegebiet vertrieben

Tausende Männer zwangsweise von Familien getrennt / Deutsche Notärzte: Hilfe zu langsam

DW. Addis Abeba/London

Die von Addis Abeba eingeleitete Umsiedlung von rund 1,25 Millionen Bewohnern der äthiopischen Nordprovinzen Tigre und Wollo in den fruchtbareren Südwesten des Landes *hat sich zu einer Zwangsvertreibung* ausgewachsen. Die Zusicherung des marxistischen Regimes, daß die Umsiedlung nur auf freiwilliger Basis erfolgt, ist in jüngster Zeit auf eklatante Weise gebrochen worden. Mitarbeiter des Internationalen Roten Kreuzes und anderer in den Hungerregionen tätiger Hilfsorganisationen berichteten von brutaler Verschleppung und gewaltsamer Trennung von Familien. Offenbar soll – wie die *Londoner* „Times" berichtet – das Problem der Unruhen in Tigre durch Massenverschleppungen gelöst werden.

In den vergangenen zwei Wochen wurden mehr als 20 000 Menschen aus einem einzigen Lager zwangsweise abtransportiert. Im größten Lager des Landes in Mekele, der Provinzhauptstadt von Tigre, wo 60 000 Flüchtlinge auf Lebensmittelrationen *hoffen, wurden vor wenigen Tagen* rund 3000 Männer zusammengetrieben, auf 17 Lastwagen verfrachtet und in Transportmaschinen des sowjetischen Typs Antonow-12 ausgeflogen. Der „Times" zufolge wurden die Männer durch das Versprechen geködert, daß Getreide verteilt werde. „Die Leute wurden auf die Lastwagen verfrachtet, ohne Rücksicht darauf, ob Familien vollzählig waren *oder nicht", sagte ein Vertreter einer* Hilfsorganisation.

Äthiopiens Staatschef Mengistu Heile Mariam hat am Samstag über Radio und Fernsehen einen Sieben-*Punkte-Plan zur Bekämpfung der* Dürre bekanntgegeben, die nach seinen Worten 7,5 Millionen Äthiopier zugrunde richtet. Die Bevölkerung wurde aufgerufen, möglichst viel Geld zu spenden. Ingenieure und Ärzte sollten sich in den Dienst der Hilfsaktionen stellen. Der Import von Luxusgütern wurde untersagt, die Treibstoffrationierung verschärft. Am selben Tag erklärte Außenminister Goschu Wolde, große Spendenbeträge aus Europa und den USA für die vom Hunger Betroffenen seien nicht eingetroffen. Während Spenden in Form von Getreide, Kleidung und *Ausrüstungen großzügig angeliefert* würden, blieben die Geldspenden weit hinter den Berichten über Spendenaufkommen im Westen zurück, sagte Goschu.

E.N. Bonn

Alle bisherigen Hilfsmaßnahmen für die Hungerzonen in Afrika „kranken an notorischer Langsamkeit und schleppender Ausführung". Diese Kritik hat der Leiter des „Komitees Cap Anamur / Deutsche Notärzte e. V.", Rupert Neudeck, in einem Brief an Außenminister Hans-Dietrich Genscher vorgetragen. Neudeck bittet darin, seiner Organisation für *eine begrenzte Zeit von drei bis sechs* Monaten eine Transall-Maschine der Bundeswehr zur Verfügung zu stellen, mit der man zum Beispiel Dekken, die bei herrschender bitterer Kälte jetzt und nicht erst in 12 Wochen gebraucht würden, in die Not-Lager bringen lassen will.

Der Brief sei „ein in Briefform gezwängter Schrei", meint Neudeck, der im übrigen auf die auch von den Notärzten vertretene Hilfe zur Selbsthilfe statt der Dauerbetreuung verweist. So seien in einem Falle 2200 Familien in einem neugegründeten Dorf angesiedelt worden, die im wesentlichen nur Werkzeuge und Saatgut bekommen hätten. Jetzt blühe es auf einer Strecke von fünf Kilometern, da die Leute sich auch selbst Brunnen gegraben hätten.

Planten Araber Anschläge gegen Arafat-Feinde?

WERNER KAHL, Bonn/Berlin

Die Berliner Polizei hat mehrere Araber unter dem Verdacht festgenommen, daß sie bei internen Machtkämpfen in dem Kreis der Gegner des PLO-Führers Yassir Arafat Mordanschläge verüben sollten. In der Vernehmung bestritten die Verdächtigen, die kürzlich via Ost-Berlin aus dem Nahen Osten eingereist waren, terroristische Aufträge.

Wegen der Weigerung des Ermittlungsrichters der Berliner Justiz, gegen einige Festgenommene Haftbefehl zu erlassen, da die Verdachtsgründe nicht ausreichend seien, wurden alliierte Stellen bei zuständigen Senatsbehörden vorstellig, heißt es in politischen Kreisen. *Die Alliierten,* vor allem die britische Abwehr, hätten dem Vorgang eine erhebliche Bedeutung beigemessen. Der Sprecher der Senatsverwaltung für Inneres, Birkenbeul, bestätigte zwar auf Anfrage die polizeilichen Maßnahmen, wollte sich jedoch zu dem deutsch-alliierten Disput nicht äußern. Die verdächtigen Araber waren mit offensichtlich gefälschten Pässen über den vom *„DDR"-Geheimdienst* kontrollierten Ost-Berliner Zentralflughafen Schönefeld nach West-Berlin gereist.

Kanzlerkandidat Rau für Vogel denkbar

DW. Berlin

Ein Wahlsieg in Nordrhein-Westfalen wäre nach Ansicht des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Jochen Vogel, „natürlich die beste Empfehlung für einen künftigen Kanzlerkandidaten" der Sozialdemokraten. In einem Interview mit *dem* SPD-Blatt *„Berliner Stimme"* sagte Vogel am Samstag weiter, wenn die Entscheidung über den sozialdemokratischen Herausforderer von Bundeskanzler Helmut Kohl 1987 auf den Düsseldorfer Ministerpräsidenten Johannes Rau und ihn selbst hinauslaufen sollte, würden „wir uns selbstverständlich in Freundschaft und Offenheit darüber verständigen". Es sei aber noch keineswegs ausge*macht, daß die Wahl des Spitzenkan*didaten zwischen Rau und ihm getroffen werde, sagte Vogel.

„DDR nicht auf hartem Kurs"

DW. Bonn

Kanzleramtschef Schäuble ist der Ansicht entgegengetreten, die jüngsten öffentlichen Äußerungen des „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Honecker seien als ein Umschalten auf einen harten Kurs zu interpretieren. Wie der CDU-Politiker gestern unterstrich, sei der *Gesprächsfaden* zwischen Bonn und Ost-Berlin „überhaupt nicht abgerissen". Alle Vereinbarungen würden planmäßig eingehalten und die begonnenen Verhandlungen Schritt um Schritt weiterentwickelt. Nach dem Eindruck der Bundesregierung müsse sich die „DDR"-Führung aber zur Zeit in der Weiterentwicklung der Beziehungen eine gewisse Zurückhaltung auferlegen. Zur Zeit gibt es nach Meinung Schäubles für die Frage offizieller Beziehungen zwischen dem Bundestag und der „DDR"-Volkskammer keine aktuellen Notwendigkeiten.

Monopol-Gebaren

fu (London) – Schwer vorstellbar, daß es noch ein derart verbraucherfeindliches Monopol geben könnte wie jenes, das von der Sendeanstalt BBC auf der einen und den kommerziellen britischen Sendern auf der anderen Seite schamlos ausgenutzt wird. Dabei geht es um das Recht, die Fernseh- und Radiosendungen dem interessierten Publikum mittels Programmzeitschriften anzukündigen.

Es ist nicht nur traurig genug, daß die Briten zwei Programmzeitschriften kaufen müssen, wollen sie sich vorab über das komplette Sendeangebot informieren: Die eine, „Radio Times", wird von der BBC *herausgegeben und informiert ausschließlich* über die BBC-Sendungen der kommenden Woche; die andere, „TV Times", ist die Monopolzeitschrift der kommerziellen Sender und kündigt ausschließlich deren Programm an.

Beide Sendeorganisationen als Herausgeber ihrer Programmzeitschriften sind auch nicht bereit, ihr „copyright" anderen Publikationen entgeltlich zur Verfügung zu stellen. Das bedeutet, daß Zeitschriften genauso wie Tageszeitungen bei ihren Programm-Ankündigungen vollständig von beiden Anstalten kontrolliert werden. Entsprechend *erfährt die Bevölkerung erst am* Tag selbst, was aus ihren Geräten kommt.

Das Monopol-Gebaren ging neulich sogar so weit, daß sich beide Sende-Organisationen weigerten, eine Ausnahme zu machen, als ihre Programmzeitschriften streikbedingt nicht erscheinen konnten. Das brachte das Faß denn auch zum *Überlaufen. Die* britische Monopol-Kommission nimmt dies dreiste Spiel jetzt endlich einmal unter die Lupe.

Eine Lehre

Bm. – Niedersachsen beschert uns eine Lehre: Wo der Fortschritt zu Hause ist, da gedeihen auch Arbeitsplätze. In Lingen läuft der Bau des 1300-MW-Kernkraftwerkes wie ein Uhrwerk. Fünf Milliarden Mark pumpen dort die VEW aus Dortmund und die Elektromark aus Hagen in diese moderne Kraftwerkstechnik. Zwei Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen also, die auszogen, um kostengünstigen Strom produzieren und ihren Kunden anbieten zu können. Ihr Plan, bei Hamm ein Kernkraftwerk zu bauen, wurde von der Landesregierung in Düsseldorf verworfen. Das Wort von „Kohle plus Kernenergie" kommt bei den Politikern nur in Fensterreden vor. So bleibt es bei Kohle und Stahl, bei verkrusteten Monokulturen und Subventionen. Daß das Revier die höchste Arbeitslosenquote hat, wird, zwar beklagt, aber moderne Technik, die Arbeit schafft, läßt man nach Niedersach*sen auswandern, wo Realisten* an den Rudern sitzen und keine versponnenen Ideologen.

MINERALÖLMARKT / Forscher: Schutz vor dem Staat, nicht vor dem Wettbewerb!

Weitere Stillegungen von Raffinerien gefährden eine sichere Versorgung

HANS BAUMANN, Essen

Eine zu starke Ausdünnung der Raffineriestandorte in der Bundesrepublik und eine weitere Stillegung von Tankstellen wird die Versorgung einiger Bundesländer – vornehmlich Bayern und Niedersachsen – gefährden und Preisnachteile mit sich bringen. Zu dieser Prognose kommt eine neue Arbeit des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität Köln, die heute an der Universität Regensburg vom Leiter des Ölreferats des Instituts, Heinz Jürgen Schürmann, vorgetragen wird.

Eine weitere Verringerung der Zahl der Anbieter, wozu auch Heizölhändler zählen, wird nach Schürmann zwangsläufig zu einer Konzentration auf die Ballungsräume führen. Damit werde die Transportlogistik wieder stärker auf die Kalkulation *durchschlagen. Nach Meinung des* Instituts wird die bisherige Flächenpräsenz der großen Markengesellschaften immer mehr in Frage gestellt. Da in Bayern und in Niedersachsen weitere Stillegungen von Mineralölkapazitäten bevorstünden, müßten diese Länder besonders daran interessiert sein, daß die Bundesregierung ihre Politik der Öldiskriminierung abbaut.

Die Mineralölwirtschaft der Bundesrepublik muß ihre Wirtschaftlichkeit wiedererlangen, wenn nicht auch die Verkehrswirtschaft und die Chemie von Mineralölimporten abhängig werden sollen. Staatliche Eingriffe (Genehmigungsverfahren, Umweltauflagen, Mineralölverbrauchssteuern, Verdrängung des Schweröls aus den Kraftwerken) verringern nicht nur die Auslastung der Raffinerien, sie behindern die heimische Industrie auch bei ihren Investitionsentscheidungen. Ausländische Raffineure verfügten über günstigere Rahmendaten und über höhere Ausgleichspotentiale über die gesamte Produktenpalette. Schürmann bringt die Sorgen des Instituts auf die Kurzformel: „Die deutsche Mineralölindu*strie braucht Schutz vor dem Staat* – nicht vor dem Wettbewerb!"

Eine künftige Minderauslastung von teurer Sekundärverarbeitung (Konverter zur Verarbeitung von Schwerölen) wird nach Schürmann zu einer noch größeren Herausforderung der Ölindustrie. Mit Zahlen belegt er, daß die Konversionsspannen heute schon zum Teil „deutlich unterhalb der durchschnittlichen Größenordnung für wirtschaftliche Konversion liegen". Sein Fazit: „Der deutsche Raffineriestandort ist im internationalen Wettbewerb gefährdet." Der Importsog für Fertigprodukte aus den arabischen Raffinerien und aus dem Ostblock nehme deutlich zu. Dort aber stünden keine betriebswirtschaftlichen Überlegungen im Vordergrund, sondern entwicklungs- und devisenpolitische.

Das Kölner Institut stellt an die Energiepolitik zwei Fragen: 1. Wird nicht die bisherige Versorgungsflexibilität, die auch in Ölkrisenzeiten reibungslos funktionierte, durch Zurückdrängung der heimischen Mineralölverarbeitung reduziert? 2. Ist es angesichts der Öl-Importabhängigkeit von 95 Prozent nur eine Frage der *betriebswirtschaftlichen Kostenoptimierung*, wenn zu Lasten der Rohölverarbeitung die Produktenimporte massiv erhöht werden, oder hat ein solcher Strukturwandel nicht auch volkswirtschaftliche Sicherheitsaspekte?

1978 arbeiteten in der Bundesrepublik noch Raffinerien mit einer Durchsatzkapazität von über 159 Mill. Tonnen im Jahr. Zur Zeit sind es noch 106 Mill. Tonnen. Wenn Mobil Oil und die BP ihre angekündigten Stillegungen beendet haben, werden es 1986 noch knapp 80 Mill. Tonnen und 1989 wahrscheinlich nur noch 71 Mill. Tonnen sein.

Auch das Tankstellennetz wird weiter ausgedünnt werden. Hatten die Bundesrepublik und West-Berlin einst 42 000 Zapfsäulen, so sind es heute nur noch rund 20 000. Schürmann sieht diese Zahl um ein weiteres Viertel schrumpfen. Von den heute noch tätigen rund 11 000 Heizölhandelsfirmen werden um 1990 noch 7000 bis 8000 existieren. Mit der Konzentration der Anbieter aber werden die Erlösspielräume nicht größer, sie werden eher eingegrenzt durch eine steigende Flut von Fertigprodukten aus dem Ausland.

US-AKTIENMÄRKTE

Die Wall Street rätselt über Paul Volckers Warnungen

H.-A. SIEBERT, Washington

An den US-Aktienmärkten sind die Weichen für eine Fortsetzung der Hausse gestellt, nachdem Präsident Reagan die Steuerbombe, die in den Vereinfachungsvorschlägen des Schatzamtes tickte, entschärft hat. In einem Interview sprach er sich deutlich gegen eine höhere Belastung der Unternehmen aus. Nun doch nicht angetastet werden sollen die Investitionsanreize, die 1981 geschaffen worden sind.

Damit hat das Weiße Haus die Warnung der US-Wirtschaft akzeptiert, wonach bei einer Rücknahme der An*reize das neben der ebenfalls steuer*lich begünstigten Verbrauchernachfrage wichtigste Antriebselement des derzeitigen Konjunkturaufschwungs demontiert würde. Das damalige Steuerpaket hat ohne Zweifel den Boom der betrieblichen Investitionen ausgelöst, die seit Ende 1982 im Jahresschnitt preisbereinigt um 15,4 Prozent gestiegen sind.

Über den geplatzten Versuchsballon freut sich die Wall Street noch mehr, weil der Präsident auch die 1981 eingeführten Freibeträge für Kapitalgewinne – 60 Prozent beim Verkauf von Aktien und anderen Vermögenswerten – nicht zurückschnei*den will. Was hier drohte, war vor* allem ein Austrocknen des Wagniskapitals für „High Tech"-Firmen. Überhaupt sieht es jetzt so aus, als werde die Administration dem Kongreß nur allgemeine Verordnungen und kein spezifisches Steuergesetz vorschlagen. Die Klarstellung bestätigt, daß unter dem neuen US-Finanzminister James Baker Ausgabenkürzungen Vorrang haben.

Viele Broker glauben, daß die Börsenstimmung vorerst nicht umschlagen wird. So kann der Dow-Jo*nes-Industrie-Index, der in der ver*gangenen Woche eine Pause einlegte und sich „nur" um 12,25 (Freitag: minus 0,11) auf 1289,97 Punkte erholte, Ende Februar die 1350-Marke erreichen. Die eigentliche Erfolgsstory spielt sich aber zur Zeit bei den Standardwerten und zweitklassigen Aktien ab, die über dem Schalter gehandelt werden. So schnellte der Nyse-Index über die Woche um 2,16 (plus 0,21) auf 105,39, der Nasdaq-Index um zehn (1,15) auf 288,35 Punkte. Seit Jahresbeginn haben die beiden Barometer 8,5 und 16,6 Prozent zugelegt.

Morgen tagt in Washington das Offen-Markt-Komitee des US-Notenbanksystems; kurz danach verkündet „Fed"-Chef Paul Volcker im Kongreß die Geldziele. Am Freitag forderte er vor dem Haushaltsausschuß des Senats Defizitschnitte um mindestens 50 Mrd. Dollar, glaubt aber nur an 25 Mrd. Dollar. Laut Volcker wächst die amerikanische Wirtschaft eher zu *schnell als zu langsam – real 3,5 bis* vier Prozent in diesem Jahr. Die US-Kapitalmärkte und -Zinsen seien „die Geiseln eines fortgesetzten Zustroms von Auslandskapital". Die Wall Street rätselt, was das alles bedeuten mag.

Wettbewerbsnachteile

Von GÜNTHER DEPAS, Mailand

Das von der Kommunistischen Partei angestrengte Volksbegehren, mit dem die Anfang vorigen Jahres von den Sozialpartnern vereinbarte Abschwächung des automatischen Indexmechanismus der gleitenden Lohnskala wieder rückgängig gemacht werden soll, droht, die Bemühungen der Regierung Craxi um einen schnellen Abbau der Inflation zu verzögern.

Sollten die Stimmbürger den kommunistischen Vorstellungen folgen, werden die Löhne in diesem Jahr nicht um sieben Prozent, wie ur*sprünglich von der Regierung ins Au*ge gefaßt, und auch nicht um zehn oder elf Prozent, womit inzwischen Zentralbank und Spitzenverband der Industrie rechnen, sondern um zwei zusätzliche Prozentpunkte steigen.

Damit wären alle Chancen vertan, um im laufenden Jahr die Zunahme der Lohnstückkosten mit der in den Hauptkonkurrenzländern in Einklang zu bringen. Gleichzeitig besteht die Gefahr, daß auch die Inflation, die 1984 um fünf Prozentpunkte auf knapp unter elf Prozent herabgeschleust werden konnte, in diesem Jahr nicht wie von der Regierung vorgesehen auf sieben Prozent sinkt, sondern sich, wie von den OECD-Experten und anderen ausländischen Beobachtern erwartet, einige Prozentpunkte darüber einpendelt.

Nach einer soeben von der Zentralvereinigung der italienischen Industrie- und Handelskammern vorgelegten Untersuchung wird die Inflati*on in den OECD-Ländern 1985* durchschnittlich weniger als fünf Prozent betragen. Das entspräche im Falle einer etwas über siebenprozentigen Preisrate in Italien einer Inflationsdifferenz von drei Prozent. Gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, dem größten Kunden und Lieferanten mit einem Anteil am italienischen Außenhandel von insgesamt beinahe einem Fünftel, errechnet die Kammer-Vereinigung für das laufende Jahr eine Inflationsdifferenz von fünf Prozentpunkten.

Selbst wenn es dabei bleiben sollte, was als ziemlich unwahrscheinlich erscheint, bedeutet die seit Jahren kumulierte Inflationsdifferenz bei nahezu festen Wechselkursen, daß die italienische Währung ihre angesammelte Überbewertung auch 1985 kaum verlieren dürfte. So wie sich die Überbewertung in den letzten Jahren nach oben entwickelt hat, würde auch die volle Ausnutzung der Italien zugestandenen Sonderbandbreite von sechs Prozent im Europäischen Währungssystem (EWS) nicht ausreichen, um die Wettbewerbsnachteile voll auszumerzen. Es müßte schon zu einer völligen Neuangleichung der EWS-Währungen untereinander kommen, um die heute zu starke Lira etwas abzuschwächen.

Dazu wäre aber nicht nur eine Schwächung des US-Dollars notwendig, sondern auch eine drastische Senkung der italienischen Nominal- und Realzinsen. Diese zweite Voraussetzung wollen die italienischen Währungs- und Kreditbehörden jedoch als allerletztes Mittel einsetzen. Schließlich ist die Kreditbremse angesichts noch immer ungelöster Defizitprobleme in der Haushaltspolitik und der weiter ausgeprägten Lohndynamik das einzige Mittel, um die Stabilisierung einigermaßen auf Kurs zu halten.

Die italienische Wirtschaft begegnet unter diesen Umständen zunehmenden Schwierigkeiten, ihre Wettbewerbspositionen im Ausland zu verteidigen. Trotz Rationalisierungsfortschritten, die sich die Unternehmen gegen weiter hinhaltenden Widerstand der Gewerkschaften erkämpften, stiegen in Italien die Lohnstückkosten 1984 um fünf bis sechs Prozent, während sie in der französischen und in der deutschen Industrie zurückgingen. Die Folge waren Mar*genverluste und Einbußen an Kon*kurrenzfähigkeit, die sich in einer deutlichen Verschlechterung der Austauschverhältnisse im Außenhandel niederschlugen und das Defizit im Warenverkehr mit dem Ausland verdoppelten.

Um das Volksbegehren zu verhindern *sucht die Regierung jetzt nach* einer legislativen Lösung. Um die Abstimmung unnötig zu machen, darf dieses Ersatzgesetz den Verfassungsnormen zufolge aber nicht schlechter ausfallen als die von dem Volksbegehren angestrebte Lösung. Das heißt, daß eine lohnpolitische Patt-Situation nur noch dann herbeizuführen wäre, wenn sich die Gewerkschaften zum Einfrieren aller Tarifverhandlungen bereit fänden und sich in diesem Jahr mit der bloßen Indexautomatik begnügten.

AUF EIN WORT

„Wir sind überzeugt, daß Unternehmen unserer Größe und Struktur, Unternehmen mit umweltrelevanten Produktionen keine Zukunftsperspektiven haben werden, wenn sie den Anspruch der Allgemeinheit auf den Schutz der Umwelt nicht ernstnehmen und im Rahmen aller technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten befriedigen."

Martin Gruber, Hauptgeschäftsführer der Joh. A. Benckiser GmbH, Ludwigshafen. FOTO: BINZ

IWF setzt Zahlung aus

dpa, Lissabon

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat die Zahlung der letzten Rate eines Gesamtkredits von 400 Mill. Dollar an Lissabon ausgesetzt. Die Zahlung der Restrate von 90 Mill. Dollar wäre in diesen Tagen fällig gewesen. Als Grund für die Suspendierung wurde angegeben, daß Portugal einige der vom IWF für die Kreditgewährung gemachten Auflagen nicht eingehalten habe. Besonders seien die Gelder für Staatsunternehmen nicht stark genug reduziert worden.

RISIKOKAPITAL

Zahl der Finanzierungsfirmen hat sich seit 1984 verdoppelt

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Zahl der Gesellschaften, die Risikokapital für technologieorientierte Unternehmensgründungen zur Verfügung stellen, hat sich 1984 auf 24 verdoppelt. Auf diese „begrüßenswerte" Entwicklung verwies Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber in Hannover. Nach seinen Worten *kommt nur noch ein geringer Teil der* Risikokapitalgesellschaften aus der Abschreibungsbranche. Rund 70 Prozent des repräsentierten Beteiligungskapitals in Höhe von 700 Mill. DM entfällt auf die vier größten Anbieter.

Von den etablierten Gesellschaften, so der Minister, kommen sieben aus dem Bereich der Unternehmensberatung, vier seien Gemeinschaftsgründungen von Banken und Industrieunternehmen, weitere drei von Banken und Vermögensverwaltungen. Von einem Mangel an Risikokapital könne „keine Rede mehr sein".

Beträchtliche Impulse habe die Risikokapitalbewegung in der Bundesrepublik durch das von seinem Ministerium 1983 gestartete Programm „Technologieorientierte Unternehmensgründungen" erhalten, mit dem *bisher 200 Firmengründungen unter*stützt wurden. Die positiven Erfahrungen mit diesem Programm habe die Bundesregierung veranlaßt, den Modellversuch auf die Fachbereiche Zellkulturtechnik, Gen-Technologie und Biotechnik auszuweiten.

Gefördert werden können Neugründungen, die in Technologieparks und Gründerzentren angesiedelt sind. Die Wirtschaftsminister der Länder können insgesamt 15 Zentren benennen, die für eine Förderung in Frage kommen.

NEUER STREIT USA–EG

Diesmal geht es um Exporte halbfertiger Stahlprodukte

dpa/VWD, Brüssel

Zwischen der Europäischen Ge*meinschaft und den Vereinigten Staa*ten droht nach den Streitigkeiten um Rohstahl- und Röhrenexporte ein neuer Konflikt. Diesmal geht es um Lieferungen halbfertiger Stahlprodukte.

EG-Kreise, die der Brüsseler Kommission nahestehen, nannten eine Aufforderung der Amerikaner zu Gesprächen über diese Lieferungen am Wochenende „widersprüchlich und gefährlich".

Sie erinnerten daran, daß sich die Gemeinschaft bei halbfertigen Stahlprodukten keine Selbstbeschränkung in ihren Exporten in die USA auferlegt habe. Deshalb könne die *Menge auch nicht beschränkt* werden. Der neue Streit sei deshalb so gefährlich, weil man zwischen Washington und Brüssel gerade dabei sei, letzte Hand an eine Vereinbarung über die Röhrenexporte der EG zu legen.

Brüssel wies dabei in diesem Zusammenhang darauf hin, daß das Wachstum der EG-Exporte halbfertiger Stahlprodukte in die USA vornehmlich dem unverminderten Kursanstieg des Dollar zu verdanken sei, der EG-Ware deutlich billiger auf den US-Markt kommen lasse.

Außerdem seien viele US-Stahlunternehmen dazu übergegangen, Halbfertigprodukte im Ausland zu kaufen. Zwischen 1979 und 1981 hatten die Vereinigten Staaten jährlich rund 427 000 Tonnen halbfertige Stahlprodukte importiert. In den ersten zehn Monaten des letzten Jahres *waren es dagegen schon knapp 1,11* Millionen Tonnen; davon kamen 504 000, also weniger als die Hälfte, aus den Ländern der Europäischen Gemeinschaft.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Für neue Gatt-Runde ausgesprochen

Kyoto (dpa/VWD) – Japan, die Europäische Gemeinschaft, die USA und Kanada haben sich für eine neue Runde internationaler Handelsgespräche im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) ausgesprochen. Zu Beginn einer zweitägigen Handelskonferenz dieser Länder in Kyoto (Japan) legte am Sonntag der Handelsbeauftragte der US-Regierung, William Brock, dabei den Schwerpunkt auf Erleichterungen für den Austausch von technologieintensiven Produkten sowie von Dienstleistungen. Nach Auffassung des japanischen Industrie- und Handelsministers, Keijiro Murata, müsse bei der neuen Runde besondere Rücksicht auf die Probleme der beteiligten Entwicklungsländer genommen werden.

Investitionsschub

Brüssel (dpa/VWD) – Mit einem kräftigen Anstieg der Investitionen in der Industrie rechnet die EG-Kommission für 1985. Die Investitionspläne der Industrieunternehmen in der EG weisen danach einen Anstieg der Bruttoanlageinvestitionen 1985 von 14 Prozent aus. Preisbereinigt entspricht dies einer Erhöhung um neun Prozent.

US-Bankfusionen

Washington *(Sbt.) – Für Europäer* unvorstellbar ist diese Zahl: Nach einer Aufstellung des Federal Reserve Board, unter dessen Dach zwölf regionale Notenbanken arbeiten, haben in den Jahren 1960 bis 1983 in den USA 4805 Geschäftsbanken fusioniert oder sind aufgekauft worden. Die erworbenen Bilanzsummen addierten sich auf 206,3 Mrd. Dollar (rund 670 Mrd. Mark). Registriert sind heute in Amerika 14 700 Privatbanken mit Staats- und Bundescharter.

Zugang zur Technologie

Paris (rtr) – Die Vereinigten Staaten und ihre Alliierten wollen nach *Angaben westlicher Diplomaten* China den Zugang zu modernen Technologien erleichtern. Nach einem zweitägigen Treffen des Koordinationskomitees für Strategische Exporte (Cocom) sagten die Diplomaten, welche bislang als militärisch brisant eingeschätzten Technologien für China freigegeben werden sollten, müsse *aber im einzelnen noch geklärt* werden. Dafür seien mehrere Arbeitsgruppen eingerichtet worden.

Höhere Vorsorge

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Deutsche Bank wird in ihrem Abschluß 1984 trotz der Entspannung an der *Schuldenfront nochmals einen deut*lichen Anstieg der Risikovorsorge für Länderrisiken zu verkraften haben. Nach Angaben von Vorstandssprecher Wilfried Guth ist dies – abgesehen von der Situationsverschlechterung in einigen kleineren Schuldnerländern – vor allem durch die 1984 im Rahmen von Umschuldungsabkommen gemachten Neukreditzusagen begründet. Diese hätten nicht nur das Gesamtengagement der Bank in den Schuldenländern, sondern auch den Wertberichtigungsbedarf weiter erhöht.

Abwertung in Bolivien

La Paz (dpa/VWD) – Die Regierung Boliviens hat am Wochenende eine drastische Abwertung der Landeswährung sowie eine Erhöhung der Benzin- und Lebensmittelpreise beschlossen. Der offizielle Kurs des bolivianischen Peso wurde von bisher 9 000 auf 45 000 pro Dollar angehoben. Auf dem Schwarzmarkt wird der Dollar seit Wochen zu über 100 000 Peso gehandelt. In bolivianischen Wirtschaftskreisen wird geschätzt, daß 90 Prozent aller Geschäfte auf der Basis des Schwarzmarkt-Dollars abgewickelt werden.

Ölpreis gesenkt

Quito (dpa/VWD) – Ecuador hat am Samstag den Preis für seine Erdöl-Exporte um einen Dollar auf 26,50 Dollar pro Barrel (159 Liter) gesenkt. Gleichzeitig teilte Energieminister Javier Espinosa in Quito mit, daß das südamerikanische Land innerhalb von vier Monaten seine Ölförderung *von 275 000 auf 290000* Barrel pro Tag erhöhen werde, um den durch die Preissenkung verursachten Verlust von jährlich 60 Mill.lionen Dollar aufzufangen.

GROSSBRITANNIEN / Bereitstellung von Risikokapital

Geld für Auslandstöchter

WILHELM FURLER, London

Ginge es allein um die Bereitstellung von Risiko-Kapital, dann wären britische Firmen eigentlich fein heraus. Denn in London sitzt mit der 3i-Gruppe (3i steht für Investors in Industry) *die, wie sie selbst von sich* behauptet, „größte Bezugsquelle von Risiko-Kapital in der Welt". Alle Anteile an der Gesellschaft werden von den englischen und schottischen Geschäftsbanken (85 Prozent) und von der Bank von England (15 Prozent) gehalten.

Bis heute hat die 3i-Gruppe mehr als zwei Milliarden Pfund (7,2 Mrd. DM) *in rund 8000 Unternehmen* aller Größenordnungen investiert. Allein im letzten Jahr wurden 263 Mill. Pfund in mehr als 800 Firmen gesteckt. Zusätzlich zur reinen Mittelvergabe ist 3i vor allem als Berater in allen Unternehmensfragen tätig.

Der Hauptgeschäftsfüher von 3i beschreibt die Strategie mit „kreativer Einsatz von Kapital". Dabei werde versucht, den Kunden eine möglichst maßgeschneiderte Kapitalhilfe zukommen zu lassen.

Immer wichtiger wird für 3i nach Angaben der Geschäftsführer auch der kontinentaleuropäische Markt, insbesondere der deutsche. Nachdem 3i bereits vier Auslandsniederlassungen unterhält – in Boston, Paris und zwei in Irland –, wird im kommenden Jahr auch eine Niederlassung in Düsseldorf eröffnet. Damit wird britischen Firmen geholfen, sich auf ausländischen Märkten zu entfalten und günstige Investitionsgelegenheiten auf wichtigen Exportmärkten zu realisieren.

Denn die eigentliche Absicht von 3i ist, eine möglichst starke Rolle bei der Entfaltung der britischen Wirtschaft zu spielen. Dafür stehen 650 Mitarbeiter, die fast alle vieljährige Praxis sowohl in der Finanzwirtschaft als auch in der Industrie haben, sowie 1,5 Mrd. Pfund (5,4 Mrd. DM) auf der Vermögensseite zur Verfügung.

In der Regel kommt 3i dann mit seinen Klienten in Berührung, wenn diese an einer kritischen Stelle ihrer Geschäftsentwicklung angelangt sind: sei es bei der Neugründung, bei einer größeren Expansion oder Produktumstellung oder auch bei einem drohenden Kollaps. Mit der kombinierten Hilfe aus Kapitalbereitstellung und langfristiger Unternehmensberatung werden nicht nur Arbeitsplätze gesichert und geschaffen, sondern auch Technologie-Transfers und Innovationsschübe ermöglicht.

Das Ergebnis ist beeindruckend: Über die 22 Außenstellen überall in Großbritannien und die vier ausländischen Niederlassungen hält 3i heute Beteiligungen an rund 2000 kleinen und mittleren Unternehmen, insbesondere in den Bereichen Computer-Ausrüstung und Software, Halbleiter, Telekommunikation, Automation, Bürosysteme, Biotechnologie und Gesundheit.

Das durchschnittliche Alter der Investitionen von 3i beträgt sieben Jahre. Etwa ein Drittel der mit Risiko-Kapital versorgten Unternehmen wird in den ersten drei Jahren versagen; weitere 40 Prozent „überleben", und der Rest bringt „hervorragende Renditen", weiß das 3i-Management aus seinen Erfahrungen zu berichten.

ÖSTERREICH / Die verstaatlichte Industrie konnte ihre Verluste halbieren

Stahlfirmen größte Hilfsempfänger

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Eine Halbierung der seit Jahren anhaltenden Verluste von rund fünf Milliarden Schilling (700 Mill. DM) aus dem Jahr 1983 im ordentlichen Ergebnis brachte die anhaltend gute *Konjunktur 1984 der verstaatlichten* Industrie in Österreich. Das größte Unternehmen des Landes, die VÖEST-Alpine samt ihrer Tochtergesellschaft VEW (Vereinigte Edelstahlwerke), profitierte noch in der ersten Jahreshälfte 1984 von der für die erste Konjunkturphase typischen international lebhaften Nachfrage nach Vorprodukten und Rohstoffen, so daß die Stahlerzeugung der VÖEST in der Hütte Linz Gewinne einbrachte; in einem zweiten Stahlwerk reduzierte sich der seit Jahren anhaltende Milliarden-Verlust auf rund 900 Mill. Schilling.

Nach wie vor verlustbringend blieb aber trotz der günstigeren Konjunktur der Finalbereich. Auch der Industrieanlagenbau, ebenso wie der Finalbereich während der 70er Jahre als *zukunftsträchtiger* Unternehmenszweig aufgebaut, dürfte nach wie vor die Erwartungen nicht erfüllen. Insgesamt hat sich der Jahresverlust der VÖEST-Alpine in zwei Jahren von 2,6 auf unter zwei Milliarden Schilling im ordentlichen Betriebsergebnis verringert. Bei der Tochtergesellschaft VEW lag der Jahresverlust 1984 bei 1,5 Mrd. Schilling.

Die VÖEST-Alpine wird übrigens von US-Steel Cop. beschuldigt, Stahlbleche zu Dumpingpreisen auf dem amerikanischen Markt verkauft zu haben. Tatsächlich konnten die Österreicher sowohl die Exporte von heißgewalzten wie auch kaltgewalzten Blechen binnen zwei Jahren enorm ausweiten.

Die beiden Stahlfirmen VÖEST und VEW werden jedenfalls weiterhin die größten Zuschußempfänger innerhalb Österreichs verstaatlichter Industrie bleiben. Denn die übrigen Verlustfirmen der letzten Jahre konnten die konjunkturelle Erholung besser nutzen. Der Aluminiumkonzern Austria Metall AG (vormals Ranshofen-Berndorf) konnte nach einschneidenden Sparmaßnahmen dank der stark gestiegenen Aluminiumpreise im Vorjahr einen Gewinn von rund 200 Mill. Schilling erzielen. Auch die Chemie-Linz wandelte einen Verlust von rund 500 Mill. Schilling (1983) in einen Gewinn von 150 Mill. Schilling um. Der Mineralölkonzern ÖMV-AG konnte nach vorläufigen Ergebnissen denn Gewinn aus 1983 (1,5 Mrd. Schilling) noch erhöhen. Wogegen der Elektrokonzern Elin (130 Mill. Schilling) sowie die Buntmetallgruppe der Bleiberger Bergwerksunion weiterhin in der Verlustzone operieren.

Zur Gewißheit ist inzwischen der weiterhin hohe Zuschußbedarf der Verstaatlichten-Gruppe insgesamt geworden. Erst im Herbst 1983 waren vom Nationalrat in Wien 16,6 Mrd. Schilling als Zuschuß aus Steuergeldern bis zum Jahr 1986 genehmigt worden. Von diesem Betrag hatten die Verstaatlichten-Holding ÖIAG bislang rund elf Milliarden Schilling *an Krediten aufgenommen und als* Finanzhilfe zugeführt; der Rest soll bis zum nächsten Jahr vergeben werden. Tilgungsraten sowie Zinsen, die den Betrag annähernd verdoppeln, werden künftig aus Steuergeldern beglichen.

Ab 1986 werden aber dann weitere Milliardenstützungen nötig sein, um insbesondere die Umstrukturierung der Edelstahlfirmen auch tatsächlich ermöglichen zu können. Um welche Summen es dann geht, steht vorerst nicht exakt fest. Nach ersten Schätzungen dürften es weitere zehn Milliarden Schilling sein.

BAHLSEN / Süßwaren weiter ohne Mengenwachstum

Das neue Konzept greift

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Mit einer Belebung des seit Jahren stagnierenden Süßwarenmarktes in der Bundesrepublik ist nicht zu rechnen. Sowohl im Handel wie in der Industrie ist die Stimmung eher gedämpft. Dieses Fazit zieht Götz von Winterfeld, Verkaufschef der H. Bahlsens Keksfabrik KG in Hannover, nach der Kölner Süßwarenmesse. Ein 10-Jahres-Vergleich zeige, daß der Pro-Kopf-Verbrauch kaum noch zunimmt. Wenn es zu Verschiebungen innerhalb der Branche komme, dann seien das Substitutionserfolge.

In besonderem Maße, so von Winterfeld, werde das bei Schokolade deutlich, wo der Verbrauch pro Kopf seit vielen Jahren bei gut sechs Kilogramm stagniert. Ähnliches gelte aber auch für Zuckerwaren (knapp sechs Kilogramm) und für Dauerbackwaren (rund fünf Kilogramm). Lediglich im Bereich der Knabberartikel gebe es noch nennenswerte Zuwachsraten.

Vor dem Hintergrund des weiter verschärften Wettbewerbs werde in der Branche, die im wesentlichen von kleinen Firmen mit Umsätzen bis zu 30 Mill. DM, einer Gruppe mittlerer Unternehmen (bis 300 Mill. DM Umsatz) und einigen wenigen Großen repräsentiert wird, hart um Marktanteile gerungen. Daraus erkläre sich die in diesem Jahr ausgeprägte Tendenz zum „Kopieren von Artikeln".

Die Geschäftsaussichten für das eigene Unternehmen beurteilt der Bahlsen-Verkaufschef zuversichtlich. Das neue Konzept sei vom Handel voll akzeptiert worden. Besonders erfreulich sei das große Interesse aus dem Ausland. Bei einem Gruppenumsatz von rund 1,44 Mrd. DM entfielen bereits 1984 rund 40 Prozent auf das Auslandsgeschäft. Sorge indes bereite die Kostenseite. Die Rohstoffpreise, vor allem für Kakao und Nüsse, kletterten unaufhaltsam nach oben; der hohe Dollarkurs verstärke diesen Trend.

Die neue Bahlsen-Strategie sieht die stärkere Ausrichtung auf einige ausgewählte Produkte vor, ohne jedoch den Status als Süßwaren-Vollsortimenter aufzugeben. Immerhin verzeichneten die mit erheblichem finanziellen Aufwand im Markt forcierten Erzeugnisse zweistellige Zuwachsraten. Allerdings habe es beträchtlicher Überzeugungsarbeit beim Handel bedurft. Letztlich habe die um gut 15 Prozent höhere Rendite mit diesen Produkten beim Handel den Ausschlag gegeben. Zugleich habe sich das Problem der „Konditionen-Gespräche" etwas nivelliert.

JUGOSLAWIEN / Knapp zwanzig Milliarden Dollar Auslandsschulden im Westen

Bürokratie behindert die Privatinitiative

dpa/VWD, Belgrad

Privatwirtschaftliche Initiative wird in Jugoslawien im Keim erstickt. Schuld ist die übermäßige Bürokratie. Obwohl das vor zwei Jahren verabschiedete Reformprogramm für die krisengeschüttelte Wirtschaft ausdrücklich eine stärkere Förderung privater Unternehmer vorsieht, ist ihr Kreis mit 300 000 Personen nach wie vor sehr klein. Dagegen sind im vergesellschafteten Sektor über sechs Millionen Menschen beschäftigt.

Potentielle Unternehmensgründer müssen sich häufig gegen merkwürdige Argumente durchsetzen: Einmal sind es die fehlenden Räume oder die vermeintlich unzureichenden Sanitäreinrichtungen; ein anderes Mal wird die Genehmigung wegen angeblich ungenügender Berufserfahrung oder nur im Ausland erworbener Fachkenntnisse verweigert. Dabei ist kaum einzusehen, warum ein Jugoslawe mit zwanzigjähriger Kellner-Erfahrung in Frankreich oder nach zehnjähriger Arbeit als Automechaniker in der Bundesrepublik nicht ohne Zusatzprüfung auch in seiner Heimat diesen Job ausführen kann.

Der eigentliche Grund für die mangelnde Förderung privater Kleinunternehmen liegt in der Furcht vieler lokaler Funktionäre, ihre unangefochtene Macht könnte durch erfolgreiche Manager eingeschränkt werden. Daneben herrscht oft immer noch die ideologisch bedingte Ansicht vor, nur Großbetriebe könnten die sozialistische Wirtschaft fördern.

Gelegentlich gibt es für Privatbetriebe als Anreiz zwar Steuererleichterungen: So muß der Privatunternehmer in Belgrad im ersten Jahr gar keine und in den beiden folgenden Jahren nur geringe Steuern zahlen. Diese zaghaften Ansätze werden jedoch auf der anderen Seite wieder durch 17 verschiedene Steuerarten beschnitten, die der Privatunternehmer später entrichten muß.

Nach Schätzungen heimischer Wissenschaftler haben jugoslawische Gastarbeiter in westlichen Länder wenigstens zehn Milliarden Dollar auf ihren Sparbüchern liegen. Wenn man diesen Personenkreis durch großzügige Zollvorschriften und Entgegenkommen der Behörden zu Existenzgründungen in der Heimat bewegen könnte, würden nach einigen Prognosen rund zwei Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen.

Heute ist Jugoslawien mit rund 19 Mrd. Dollar im Westen verschuldet und besitzt knapp eine Million Erwerbslose. Da Unklarheit über die künftige wirtschaftspolitische Linie herrscht, fahren zahlreiche Privatunternehmer zur Zeit zweigleisig: Der Arbeitsplatz im vergesellschafteten Betrieb dient zur sozialen Sicherung; Geld bringt die Beschäftigung am Feierabend.

EG / Streik der britischen Kohlearbeiter wirkte sich aus

Ein Drittel weniger erzeugt

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Kohleerzeugung ist 1984 in der Europäischen Gemeinschaft um fast ein Drittel zurückgegangen. Hauptgrund dafür war der britische Kohlenarbeiterstreik. Wie das Statistische Amt der Gemeinschaft mitteilte, kam die britische Produktion nur auf 57,7 Prozent eines normalen Jahres. Statt *116,4 Millionen Tonnen (1983) konnten* nur 49,3 Millionen Tonnen gefördert werden.

Auch ohne Berücksichtigung dieses Produktionsausfalls war die Entwicklung der EG jedoch durch eine deutlich geringere Produktion, höhere Drittlandsimporte und eine Reduzierung der Vorräte bei den Zechen und Kokereien gekennzeichnet. In der Bundesrepublik sank die Erzeugung nach sieben Prozent im Vorjahr erneut um sechs Prozent. Frankreich registrierte eine 2,5 Prozent geringere Produktion und nur Belgien konnte die Förderung um 3,3 Prozent steigern.

Die Kohlennachfrage in der Gemeinschaft stieg mit fortschreitender konjunktureller Belebung deutlich an. So wurden bei den Hauptverbrauchern – Stromerzeugern und Kokereien – sieben Millionen Tonnen mehr angeliefert als 1983. Gedeckt wurde der zusätzliche Bedarf durch Importe. Ausnahmslos alle Mitgliedsstaaten erhöhten ihre Einfuhren, so daß die Gesamtimporte der EG um 15 Millionen Tonnen (mit Großbritannien um 19 Millionen Tonnen) zunahmen und einen Rekord von rund 80 Millionen Tonnen erreichten.

Auch unter den Erzeugerländern der Gemeinschaft haben die Importe inzwischen teilweise einen erheblichen Marktanteil. So führte Frankreich 1984 mit 16,6 Millionen Tonnen ebenso viel Kohle ein wie es förderte. Nur in der Bundesrepublik blieben die Importe mit zehn Prozent gering.

HANSE-MERKUR / 500 Millionen Mark Beiträge

Billigere Krankentarife

HARALD POSNY, *Hamburg*

Entgegen spürbaren Belastungen der Versicherungswirtschaft insgesamt hat sich der fast ein Jahrzehnt andauernde Ausbau der Hamburger Hanse-Merkur Versicherungsgruppe auf die Gesellschaften deutlich stabilisierend gewirkt. Ihr Vorstandsvorsitzender Gerd-Winand Imeyer hob für 1984 hervor, daß rückläufige Schaden- und Kostenquoten zu einer Leistungsverbesserung für viele Versicherte geführt haben.

In der Krankenversicherung, die mit 325 (313) Mill. DM rund zwei Drittel des jetzt über 500 Mill. DM liegenden Gruppen-Beitragsvolumens repräsentiert, war 1985 das dritte Jahr hintereinander ohne Beitragserhöhungen und das, obwohl die Leistungen um 4,6 Prozent gestiegen sind. Bei verschiedenen Ambulant-Tarifen werden 1985 sogar die Beiträge um zehn bis 20 Prozent gesenkt, ab Jahresmitte auch die meisten Tarife für ambulante Behandlung mit Selbstbehalt und einige Zahn-Tarife.

Ähnlich günstig sieht die Hanse-Merkur im Leistungsbereich aus: hier stiegen die GKV-Ausgaben im Ambulant-Bereich um 6,7 Prozent, bei der Hanse-Merkur gingen sie um ein Prozent zurück. Hier haben sich inbesondere die von 50 Prozent der Versicherten in Anspruch genommenen Beitragsrückerstattungen mit Vor*aussage für das laufende Jahr als kostendämpfend* erwiesen.

Das erste Jahr nach Übernahme der Braunschweigischen Leben durch die Hanse-Merkur hat fusionsbedingte Belastungen im Kostenbereich und im Neugeschäft (509 nach 604 Mill. DM) gebracht. Das Beitragsvolumen stieg – rechnet man den Effekt durch die neu eingeführte Direktgutschrift heraus – um 7,7 Pro*zent auf 136 Mill. DM. Der Bestand* liegt bei knapp 3,5 Mrd. DM. Der einmalig anfallenden Ergebnisbelastung wird, so Imeyer, 1985 ein deutlich besseres Ergebnis folgen. Die Vermögensanlagen wuchsen um sieben Prozent auf 971 Mill. DM, die Erträge daraus auf 81 (76) Mill. DM (Durchschnittsrendite: 7,7 Prozent).

In der Sach- und HUK-Versicherung sank die Bruttoschadenquote *auf 64 (71) Prozent der 38 (35) Mill.* DM Beiträge. Werden die Gesamtergebnisse zuletzt noch durch das forcierte Wachstum und deren überproportionale Abschlußkosten belastet, führt die eingeschlagene Geschäftspolitik dazu, daß in den kommenden Jahren ausgeglichene technische Ergebnisse zur Aufnahme der Dividendenzahlung führen werden.

Für 1985 rechnet Imeyer mit einem Anstieg des Neugeschäfts um 15 Prozent, und zwar über alle Sparten. Der Beitragsanstieg dagegen wird nur knapp auf Vorjahresebene zu halten sein.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Der Welthandel morgen. Konsequenzen für entwickelte und unterentwickelte Länder, Verlag Bonn Aktuell, Stuttgart 1984, 275 Seiten, 48 Mark.

Die alarmierende Verschuldung vieler Entwicklungsländer ist eines der schwierigsten und gleichzeitig aktuellsten Probleme der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Eine Krise des internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems hätte fa*tale Folgen sowohl für Entwick*lungs- wie auch für Industrienationen. Protektionistische Strömungen und Rufe nach einer dirigistischen Umgestaltung der Weltwirtschaftsordnung würden den freien Welthandel ernsthaft in Gefahr bringen. Mit möglichen Maßnahmen für eine konstruktive Fortentwicklung des Welthandels befaßte sich das 3. Malenter Symposium der Dräger Stiftung, dessen Inhalt und Diskussionsbeiträge in diesem Buch zusammengefaßt sind.

Umsatzsteuerrichtlinien 1985. Rudolf Haufe Verlag, Freiburg 1984, 438 Seiten, 38 Mark.

Neben dem Umsatzsteuergesetz und der Umsatzsteuer-Durchführungsverordnung, bieten die Umsatzsteuer-Richtlinien eine wichtige Hilfe bei der Klärung grundsätzlicher Fragen des Umsatzsteuerrechts in der Praxis von Wirtschaft und Verwaltung. In den Richtlinien sind alle relevanten Verwaltungsvorschriften, Erlasse und Stellungnahmen, sowie Schlußfolgerungen zur Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs und der Finanzgerichte zusammengefaßt und verarbeitet.

Helmut Schuhmann: Steuer-ABC der freien Berufe, Forkel-Verlag, 1984, 280 Seiten, 69 Mark.

*Das Buch will durch die Darstel*lung spezifischer Besonderheiten dem „Freiberufler" die Berührung mit dem Steuerrecht erleichtern. Für diese Berufsgruppe werden die wichtigsten Steuerbereiche hervorgehoben und mit den jeweiligen Schwerpunkten erläutert. Besonderen Wert legte der Verfasser auf die Darstellung steuerrechtlicher Detailfragen im Einkommensteuer-Teil. *Rechtsprechung und Finanzverwal*tungspraxis sind berücksichtigt.

Meinhard Miegel: Arbeitsmarktpolitik auf Irrwegen, Verlag Bonn Aktuell, Stuttgart 1984, 199 Seiten, 24,80 Mark.

Wie in vielen Bereichen der Wirtschaft liegen auch hier die Ursachen für die kritische Lage auf dem Arbeitsmarkt in einer verfehlten Arbeitsmarktpolitik der vergangenen Jahrzehnte. Der Arbeitsmarkt funktioniert bereits seit den frühen sechziger Jahren nur noch unzureichend. Damals wurde die Anwerbung von ausländischen Arbeitnehmern in Gang gesetzt, mit dem Ziel, „Arbeitskräftelücken" in den westlichen Industrieländern zu schließen. Der Autor zeigt als Quintessenz seiner Analyse der Situation der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland auf, wo Schwerpunkte in der zukünftigen Arbeitsmarktpolitik gesetzt werden müßten.

Bernert, Handels- und Wirtschaftsgesetze, Textausgabe, Luchterhand Verlag Neuwied, 927 Seiten, 29,80 DM.

Auf die Bedürfnisse von Teilnehmern beruflicher Aus- und Fortbildungsveranstaltungen und für Studierende ist die vorliegende Textausgabe abgestellt. Die Sammlung ermöglicht es diesen Benutzern, rasch und zuverlässig die Vorschriften aufzufinden, die sonst zum Teil schwer zugänglich sind. Der sehr kleine Druck ermöglicht die Aufnahme so vielfältiger Gesetze wie BGB, HGB, AktG, WechselG, KWG mit Zusatzgesetzen, gewerbliche Schutzgesetze und GWB mit Auszug aus dem Europarecht.

PARMA PARFÜMERIEN / Konzept der Selbsthilfe

Warnung an die Hersteller

JAN BRECH, *Hamburg*

Vor dem Hintergrund tiefgreifender Veränderungen auf dem deutschen Kosmetikmarkt hat der Geschäftsführer der parma Parfümerie-Markterschließungs-Gesellschaft mbH, Bielefeld, Gerhard H. W. E. Müller, die großen französischen Zulieferanten des Parfümeriefachhandels gewarnt. Wenn die internationalen Hersteller ihre Zusage nicht wahrmachten, den, wie Müller formuliert, „Parasitärmarkt" auszutrocknen, werden die parma und ihre Mitgliedsfirmen Konsequenzen ziehen und preislich ruinierte Marken aus dem Sortiment entfernen. Nach Angaben von Müller habe die parma aus dem Kernsortiment von Duft- unf Kosmetikdepots für ihre Mitglieder bereits einige Hersteller und Marken herausgenommen.

Die am deutschen Markt aufgetauchten Discounter, die ihre Ware über graue Kanäle von großen Shops in Frankreich und der Schweiz beziehen und bis zu 50 Prozent billiger anbieten als die Parfümerie-Fachgeschäfte, haben nach Müllers vorsichtiger Schätzung wertmäßig etwa 100 Mill. DM vom Gesamtmarkt von 1,4 Mrd. DM auf sich gezogen. Mengenmäßig dürfte der Anteil weit größer sein.

Auf einem stagnierenden Markt könne der Fachhandel solchen Wettbewerbsveränderungen nicht tatenlos zusehen, erklärt *Müller. Das vergangene Jahr sei unter diesen Bedingungen für die Parfümerien bereits* sehr schwer gewesen.

Nach Angaben von Müller haben die Mitgliedsfirmen der parma 1984 einen Umsatz von 250 Mill. DM und damit nur eine geringe Ausweitung erzielt. Für dieses Jahr sind 280 bis 285 Mill. DM vorgesehen, wobei sich die Zahl der Mitglieder von zur Zeit 71 mit 140 Geschäften auf 85 erhöhen soll.

Bei der parma habe sich das „Konzept von der Selbsthilfe" bewährt, erklärt Müller. Die Gesellschaft ist 1971 mit dem Ziel gegründet worden, den Mitgliedsfirmen ein betriebswirtschaftliches Serviceprogramm zu bieten, verbunden mit Informationen, Marktdaten und Analysen, sowie gleichzeitig optimale Einkaufsbedingungen zu schaffen.

Für die Gesellschafter, die über eine Einlage von 2000 DM Kommanditisten und Miteigentümer sind, übernimmt die parma Zentralregulierung und Datenverarbeitung und zentrale Aufgaben in Marketing, Sortimentspolitik und Werbung. Für Werbung sind nach Angaben von Müller 1984 rund 8,5 Mill. DM ausgegeben worden. *Der Umsatz von 250 Mill. DM* stuft die parma hinter dem Parfümerie-Verbund Douglas auf Platz zwei vor Aldro auf dem deutschen Parfümeriemarkt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Achim: System Metallbau GmbH, Riede; **Arnsberg:** Ralf Voss, Maurermeister, Baugeschäft, Schmallenberg-Fredeburg; **Baden-Baden:** Kurhaus u. Sanatorium Bühlerhöhe GmbH & Co. KG; **Bersenbrück:** RU-MON Elektro Handels-GmbH, Quakenbrück; **Bitburg:** Heinrich & Josef Nahrings GmbH, Prüm; Nahrings-Schaaf KG, Prüm; **Burgwedel:** Mode Shop Buchmann GmbH, Isernhagen; **Deggendorf:** IFA Hotelges. mbH & Co. KG; BAWA Wohnungs- u. Gewerbebau GmbH; **Detmold:** Wippermann Beteiligungs-GmbH, Lemgo-Lieme; **Dortmund:** HAPRI Baubetreuungsges. mbH; Erwin Breloer KG, Garten- u. Landschaftsgestaltung; Erwin Breloer, Garten- u. Landschaftsbauunternehmer; **Düsseldorf:** Nachl. d. Norbert Friedrich Meezech, Heizungsingenieur; **Duisburg:** Wilhelm Rehmann, Mühlheim a. d. Ruhr; Gebrüder Broggiato GmbH; **Frankfurt:** INKAB Investitions- u. Kapitalberatungsges. mbH; Nachl. d. Matthias Paulus, Pförtner; **Hamburg:** Nachl. d. Gerd Winkelhake; **Hameln:** Kumane Hausgeräte Vertriebsges. mbH; **Hamm:** Hartmuth Schwager Bauunternehmung GmbH, Unna; **Hannover:** Biewendt-Transport KG; **Hof:** Herbert Flügel, Dipl.-Ing., Zell; Nachl. d. Alfred Georg Baumgärtel, Schlosser, Münchberg; **Karlsruhe:** Heinz Rudolf Häfele, Bauunternehmen; **Kassel:** Schuhverkauf Führer GmbH; **Kiel:** Dr. med. Eckhard von Löwensprung-Lölhöffel, Molfsee; **Langen:** Ysotex Bautechnik-Energiespartechnik GmbH; **Lübbecke:** H. + W. Dachbau GmbH, Hüllhorst; **Mönchengladbach:** Viscotex Futterstoff Vertriebs GmbH; **Nordhorn:** Johann Moddemann, Bad Bentheim; BENTMIN Mineralölhandels GmbH Bad Bentheim; **Nördlingen Zwgst. Donauwörth:** Gunzner Holzwerk GmbH, Monheim; **Passau:** Haas Asphalt- u. Betonbelag-Bau GmbH i. L., Schönberg; **Pirmasens:** W. Bischoff GmbH & Co. KG, Ludwigswinkel; **Plön:** Anneliese Martin, Inh. d. Texaco-SB-Station Wilhelm Martin, Lütjenburg; **Rosenheim:** Fiora Products Handelsges. f. textile Blumen u. Pflanzen GmbH; **Schwäbisch Hall:** Ziegelwerke Gebr. Löhlein GmbH & Co. KG, Künzelsau-Garnberg; **Saarlouis:** Hermann Kronenberger, Bauing., Inh. d. Hermann Kronenberger Straßen-, Tiefbau u. Transporte, Beaumarais; **Trier:** Bau-Lübeck GmbH, Konz; **Vechta:** Nachl. d. Paul Förster, Visbek; **Wesel:** Rudolf Rademacher, Estrichlegemeister; **Wolfratshausen:** Rolf Richter, Wirtschaftsberater, Lenggries; **Würzburg:** Krebs GmbH & Co. KG i. L., Eisingen; **Wuppertal:** Nachl. d. Waltraud Therese Klinz geb. Hinkelmann, Haan.

Anschlußkonkurs eröffnet: Bonn: Dymax Maschinenbau- u. Handelsges. mbH.

SPIELWARENMESSE NÜRNBERG / Die Marktanteile sind hart umkämpft

Es wird mehr mit System gespielt

WERNER NEITZEL, Nürnberg

Für Systemspielzeug gibt es trotz mancher Klagen unter dem Hinweis *auf sinkende Geburtenraten einen* weiter wachsenden Markt. Nach Expertenschätzung dürften in der Bundesrepublik in dieser Sparte Spielwaren im Werte von jährlich 250 bis 280 Mill. DM über die Ladentheke gehen. Allerdings ist die Tatsache, daß es offenbar nicht „drin" ist, Kostenerhöhungen weiterzugeben, ein Zeichen für den harten Kampf um Anteile in diesem Marktsegment.

Lego expandiert weiter

Die dänische Lego-Firmengruppe setzt auch weiterhin auf ein „gesundes Wachstum". Weltweit stieg der Umsatz 1984 um „mehr als 15 Prozent". Er dürfte damit bei über einer Milliarde DM gelegen haben. Die deutsche Vertriebstochter Lego GmbH, Hohenwestedt, baute ihren Umsatz nach Angaben von Geschäftführer Gerd Balke um zehn Prozent auf etwa 140 Mill. DM aus. Balke führt dies auf die Qualität und die Spielmöglichkeiten des Produkts sowie auf neue Spielideen zurück. Lego beschäftigt rund 4000 Mitarbeiter, darunter 170 in der Bundesrepublik.

Geobra kooperiert

Um auf dem amerikanischen Markt besser Fuß fassen zu können, hat die Geobra Brandstätter GmbH & Co. KG („Playmobil"), Fürth, mit dem US-Konzern Mattel eine Vertriebskooperation vereinbart. Die Brandstätter-Gruppe steigerte 1984 ihren Umsatz um knapp drei Prozent auf rund 258 Mill. DM. Beim Playmobil-Spielzeugsystem gab es einen Rückgang der Auslieferungen um 4,5 Prozent, was auf einen erreichten Umsatzwert von rund 175 Mill. DM hinausliefe. Für 1985 sind Investitionen von etwa 15 Mill. DM vorgesehen.

BIG gut gepolstert

Die BIG-Spielwarenfabrik Dipl. Ing. Ernst A. Bettag, Fürth, hat 1985 mit einem guten Auftragspolster begonnen. Mit dem Geschäftsverlauf in 1984, der eine leichte Umsatzzunahme auf 33,1 (1983: 33,0) Mill. DM brachte, ist Firmenchef Bettag zufrieden. Die Exportquote erhöhte sich auf 50 (48) Prozent. Hauptumsatzträger sind die erfolgreichen Kindertret- und Lauffahrzeuge. Nach der durchgeführten Konsolidierungsphase habe sich der Ertrag „mehr als zufriedenstellend" entwickelt. BIG beschäftigt über 150 Mitarbeiter.

Hegener erwägt Bonus

Noch erhebliche Marktchancen auf dem Gebiet der Schachcomputer sieht die Hegener + Glaser AG (Marke „Mephisto"), München, deren Aktien im vergangenen Jahr an der Börse eingeführt worden sind. Etwa 10 Mill. Bundebürger behaupten von sich, gern Schach zu spielen. Demgegenüber wurden bislang erst 0,5 Mill. Schachcomputer am deutschen Markt abgesetzt. Das Münchner Unternehmen hat seinen Umsatz 1984 kräftig auf 36 (28) Mill. DM gesteigert, wovon etwa 40 Prozent auf Schachcomputer entfallen. Für 1984 werde – so Hegener – neben einer Dividende von 11 DM je 50-DM-Aktie auch die Ausschüttung eines Bonus erwogen.

RENTENMARKT / Verstört und verschüchtert

Beschleunigter Zinsanstieg

Der Rentenmarkt ist verschüchtert und verstört. Als Folge der Lombardsatzerhöhung hat sich der Zinsanstieg in der letzten Woche deutlich beschleunigt. Der hohe Tagesgeldzins, der mit sechs Prozent und leicht darüber nach wie vor am Lombardsatz klebt, belastet den Markt. Nachdem das jüngste Wertpapierpensionsgeschäft trotz der höher als erwartet ausgefallenen Zuteilung von 13 Mrd. DM zum Zins von 5,7 Prozent keine Entspannung gebracht hat, setzt der Handel nun Hoffnungen auf ein neues umfangreiches Pensionsgeschäft in dieser Woche. Aber es kommt auch Furcht vor einer neuerlichen Lombardsatzerhöhung auf. Auch wird der Markt durch die staatliche Kapitalnachfrage belastet. (cd.)

Emissionen	8.2. 85	1.2. 85	28.12. 84	30.12. 83	30.12. 82
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,09	6,84	6,58	7,88	7,45
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,13	6,93	6,72	7,72	7,04
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,10	6,77	6,56	7,83	7,61
Schuldverschreibungen der Industrie	7,01	6,96	6,94	8,29	8,24
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,10	6,87	6,65	7,90	7,65
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,86	6,58	6,34	7,64	7,43
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,51	7,35	7,14	8,30	7,94
Inländische Emittenten insgesamt	7,10	6,86	6,64	7,89	7,63
DM-Auslandsanleihen	7,54	7,39	7,20	8,08	8,45

PFAFF / Probleme mit der brasilianischen Tochter

„Außerordentliche Vorfälle“

VWD, **Kaiserslautern**

Der Maschinenbaukonzern Pfaff AG, Kaiserslautern, hat Probleme mit seiner brasilianischen Tochter Pfaff Industria de Maquinas, Curitiba/Brasilien. Bei der Gesellschaft wurden, wie Pfaff jetzt mitteilt, überraschend „außerordentliche Vorfälle“ festgestellt, die den Verdacht betrügerischer Manipulation nahelegten. Da die unverzüglich eingeleitete Prüfung noch nicht abgeschlossen sei, halte es Pfaff im Hinblick auf die für den 12. bis 26. Februar angekündigte Bezugsfrist für die neuen Aktien aus der Kapitalerhöhung 1985 für geboten, die Aktionäre vorsorglich über die Probleme in Brasilien zu informieren.

Mit dem Bankenkonsortium, das die neuen Aktien bereits im Januar übernommen hat, wurde vereinbart, das Bezugsgeschäft zunächst aufzuschieben. Die neue Bezugsfrist werde „zu gegebener Zeit“ bekanntgegeben.

Pfaff hatte Mitte Januar den Beschluß der Kapitalerhöhung um 10 Mill. DM aus genehmigtem Kapital auf 53 Mill. DM bekanntgegeben.

Wegen der Vorgänge in Brasilien, zu denen Pfaff noch keine Einzelheiten mitteilt, war die Börsennotierung der Pfaff-Aktie am Freitag überraschend ausgesetzt worden. Wenn diese Vorfälle auch das gute Ergebnis des Geschäftsjahres 1984 beeinträchtigten, so schmälerten sie andererseits nicht die Leistungskraft des Unternehmens, wird in der Pfaff-Erklärung betont. Bei einer Steigerung des Konzernumsatzes um 12 Prozent auf rund 935 (832) Mill. DM hatte Pfaff zuletzt im Börsenprospekt auf eine Ertragsverbesserung im vergangenen Jahr hingewiesen.

Die Pfaff Industria produziert mit knapp 300 Beschäftigten Industrieschnellnäher. Der Exportanteil beträgt 75 Prozent.

MH BAUSPARKASSE / Ertragsschwelle erreicht

Expansion hält weiter an

DANKWARD SEITZ, **München**

Ein unvermindertes Expansionstempo hat die MH Bausparkasse AG, München, in ihrem fünften Geschäftsjahr 1984 eingehalten. Während die Branche ihr Netto-Neugeschäft lediglich um etwa zwei (4,8) Prozent auf rund 76 (74,5) Mrd. DM Bausparsumme ausweiten konnte, kam der Branchenneuling bei über 25 700 eingelösten Verträgen mit einer Bausparsumme von 888,5 Mill. DM erneut auf eine stolze Zuwachsrate von 41,3 (49,4) Prozent. Im Brutto-Neugeschäft wurde mit einem Plus von 36,8 (47,2) Prozent auf 1017,5 Mill. DM sogar erstmals die Milliarden-Marke übertroffen.

Zugeteilt wurden 1984 nach Angaben von Vorstandsmitglied Gerhard Hörter 2177 (1054) Verträge über 89,2 Mill. DM. Gegenüber dem Vorjahr waren dies 37,4 Mill. DM mehr. Ende 1984 verwaltete die MHB 75 420 Verträge (plus 47,4 Prozent) mit einer Bausparsumme von 2,58 Mrd. DM (plus 49,1 Prozent). „Sehr positiv“ war die Entwicklung der Bauspareinlagen, die um 53 Prozent auf 276,9 Mill. DM stiegen. Die Zuteilungsfristen im Schnellspargeschäft liegen unverändert bei 23 bis 26 Monaten.

Die Bilanzsumme des Instituts erreichte 298 Mill. DM (plus 51,3 Prozent). Dabei kann Hörter jetzt mit sichtlichem Stolz feststellen, daß nun erstmals ein kleiner Gewinn von 0,1 Mill. DM erwirtschaftet worden ist. Im Vorjahr war ein Verlust von 0,7 Mill. DM – insgesamt waren seit 1979 rund 7,7 Mill. DM aufgelaufen – angefallen, der von den Aktionären der MHB ausgeglichen worden war. Am Grundkapital von zehn Mill. DM sind die Magdeburger Versicherungsgruppe mit 50,1 Porzent, die Baseler Versicherungen mit 9,9 Prozent sowie die Helvetia Versicherung, Vereinigte Versicherungsgruppe, Schweizerische Rentenanstalt und Winterthur Versicherung mit jeweils zehn Prozent beteiligt.

Mit Optimismus sieht Hörter auch dem Jahr 1985 entgegen. Während die Branche mit einem Wachstum von fünf bis zehn Prozent rechnet, hofft er das Bruttoneugeschäft um etwa 20 Prozent auf 1,2 Mrd. DM ausweiten zu können. Dabei setzt er vor allem auf die 5000 Außendienstler seiner Aktionäre, aber auch auf die eigenen 550 Mitarbeiter, die bereits 1984 rund 300 Mill. DM Bausparsumme „produzierten“. Vorrang vor Wachstum räumt er aber dem Ertrag ein: Der Gewinn soll über eine Mill. DM steigen.

DG HYP / Zahl der Zwangsmaßnahmen ist um 37 Prozent angestiegen – Trend zu längeren Zinsbindungsfristen

Neugeschäft mit Hypotheken hat sich halbiert

JAN BRECH, **Hamburg**

Die erst in den letzten Monaten des Jahres 1984 eingetretene Nachfrage-Belebung nach Hypothekendarlehen hat bei der Deutschen Genossenschafts-Hypothekenbank AG (DG Hyp), Hamburg, im ersten Monat dieses Jahres angehalten. Nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden Karlheinz Soesters sind vor dem Hintergrund des Wiederanstiegs der Zinsen bis Ende Januar Anträge über insgesamt 422 Mill. DM eingereicht worden. Die unerwartete Erholung der Rentenrenditen in den letzten Tagen werde sich nun aber wieder dämpfend auf die Nachfrage auswirken.

Die Planungen für das Neugeschäft im Jahr 1985 gestalteten sich generell sehr schwierig, erklärt Soesters. Unsicherheit bestehe nicht zuletzt über die weitere Entwicklung der Zinsen. Wenn sich die augenblicklichen Nebel verzogen hätten und ein wenig Aufwertungs-Phantasie für die D-Mark hinzukomme, könnten sie sich vielleicht wieder ein wenig nach unten bewegen. Allgemein aber gelte, daß die Senkungsspielräume erheblich eingeengt seien.

Zum Geschäftsjahr 1984 erklärt Soesters, daß sich bei der DG Hyp nicht alle Erwartungen erfüllt hätten. Einbrüche hat es vor allem im Neugeschäft mit Hypotheken gegeben. Einmal sei der Umfang der Baufinanzierungen aufgrund einer zunehmenden Normalisierung am Wohnungsmarkt geringer geworden, zum anderen hätten die Volksbank und Raiffeisenbanken ihre Mittel verstärkt im langfristigen Kreditgeschäft eingesetzt. Im schwachen Hypotheken-Neugeschäft der DG Hyp schlage sich schließlich angesichts der Arbeitsmarktlage und der Preissenkung bei Immobilien eine strenge Prüfung der Anträge nieder.

In diesem Zusammenhang weist Soesters darauf hin, daß bei der DG Hyp analog zur Gesamtbranche die Zahl der Zwangsmaßnahmen stark zugenommen hat. Sie erhöhten sich um 37 Prozent auf 1200 Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen. Die Kapitalforderungen erreichten 175 Mill. DM.

Fortgesetzt hat sich im Hypothekengeschäft der Trend zur Verlängerung der Zinsbindungsfristen. Vereinbarungen über 5 Jahre und mehr erreichten bei der DG Hyp einen Anteil von 90 Prozent, 53 Prozent aller Darlehen sind auf 10 Jahre und mehr festgelegt worden.

Die Ertragslage des Instituts bezeichnet Soesters als zufriedenstellend. Da man Neugeschäft nur zu akzeptablen Margen gemacht habe, sei das Wachstum der Bilanzsumme und Ergebnisverbesserung im Gleichschritt verblieben. Der Bruttoüberschuß erhöhte sich um 10,2 Prozent, das Betriebsergebnis aufgrund einmaliger Sachkosten im Zusammenhang mit dem Bezug des von der Neuen Heimat gekauften Geschäftshauses nur um 2,5 Prozent.

Um fast 50 Prozent ausgeweitet hat die DG Hyp nach Angaben von Soesters die Risikovorsorge. Im Saldo ist das außerordentliche Ergebnis auf minus 16,7 Mill. DM gestiegen. Der dadurch bedingte Rückgang der ertragsabhängigen Steuern führte zu einem höheren Jahresüberschuß von 54 Mill. DM, der voll ausgeschüttet wird, zum Teil über Rücklagenzuzahlungen der Bank aber wieder zufließt.

DG Hyp	1984	±%
Hypo-Zus. (Mill. DM)	1445	- 50,5
Kom. Darl-Zus.	1973	+ 19,0
Karl. Auszahl.	3578	- 20,7
Darl. Bestand	26 640	+ 5,5
Bilanzsumme	27 820	+ 5,4
Eigenkapital	547	+ 8,3
Betriebserg.	121	+ 2,5
Jahresüberschuß	54	+ 11,7
Zinsüberschuß	153	+ 5,9

HUTA-HEGERFELD

Anschlußkonkurs angemeldet

dpa/VWD, **Essen**

Für das mit finanziellen Schwierigkeiten kämpfende Essener Bauunternehmen Huta-Hegerfeld AG haben sich die Hoffnungen auf einen Sanierungsvergleich zerschlagen. Nur zwei Tage nach dem Vergleichsantrag meldete der Vorstand am Freitag beim Amtsgericht Essen Anschlußkonkurs an, bestätigte das Unternehmen.

Keine Chance für eine Eröffnung dieses Anschlußkonkursverfahrens wird allerdings in informierten Kreisen der Huta-Hegerfeld AG gesehen. Der am Mittwoch gestellte Vergleichsantrag sei daran gescheitert, daß die Bankengläubiger nicht bereit gewesen seien, unter einer Mindestvergleichsquote von 35 Prozent mitzuziehen. Gleichzeitig hätte der Betriebsrat auf Erfüllung des Sozialplans bestanden. Der Gesamtschaden, der durch die Insolvenz des Bauunternehmens entstehen könnte, werde bei rund 480 Mill. DM liegen.

Der zum 30. November 1984 genannte Verlust von Huta-Hegerfeld in Höhe von 46,1 Mill. DM entspreche den Informationen zufolge nicht den Realitäten. Es handele sich um 53 Mill. DM. Es sei bereits im Dezember klar gewesen, daß eine Rettung von Huta-Hegerfeld nur dann in Frage gekommen wäre, wenn die Banken tief in die Tasche gegriffen hätten.

NAMEN

Walter Hoyer, geschäftsführender Gesellschafter der Speditionsorganisation Hoyer, begeht am 13. Februar seinen 70. Geburtstag.

Dr. **Volker Triebel**, Rechtsanwalt beim OLG Düsseldorf und Barrister at Law, London, wurde für die Amtszeit 1985 bis 1987 zum Mitglied des Schiedsgerichtshofes der Internationalen Handelskammer, Paris, ernannt.

Prof. Dr. **Klaus von Klitzing**, Extraordinarius für Festkörperphysik der TU München, wurde zum wissenschaftlichen Mitglied des Max-Planck-Instituts für Festkörperforschung, Stuttgart, gewählt und zum Direktor am Institut ernannt.

Dr. **Emilio Humouda**, Vorsitzender des Vorstandes der Agip Deutschland AG, feierte am 10. Februar seinen 60. Geburtstag.

Ludwig Sindzinski, Inhaber und Seniorchef der E. Begerow & Co, Langenlonsheim, ist im Alter von 77 Jahren gestorben.

Dr. **Jost Prüm**, Vorstandsmitglied der Deutsche Bank Saar AG, Saarbrücken, wurde für vier Jahre zum Präsidenten der Industrie- und Handelskammer des Saarlandes gewählt. Er tritt die Nachfolge von Minister a. D. Dr. **Manfred Schäfer** an.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Renault-Verlust höher

Paris (dpa/VWD) – Der Verlust des staatlichen französischen Autokonzerns Renault ist vermutlich größer als bisher angenommen. Aus Gewerkschaftskreisen wurde bekannt, daß mit 12 bis 14 Mrd. Franc (4 bis 4,7 Mrd. DM) für 1984 gerechnet werden müsse. Bisher wurde von 10 Mrd. Franc gesprochen.

100-Millionen-Auftrag

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Elektrokonzern AEG-Telefunken AG, Frankfurt, hat aus China einen Großauftrag für rund 100 Mill. DM zur Lieferung elektrotechnischer Ausrüstungen erhalten. Sie sind für ein Warmbreitbandwalzwerk im Hüttenwerk Baoshan vorgesehen.

Warsteiner im Plus

Essen (Bm.) – Die Warsteiner Privatbrauerei im Sauerland hat im Geschäftsjahr 1984 gegenüber dem Vorjahr ein Ausstoßplus von 6,2 Prozent auf 2,12 Mill. Hektoliter erzielt. Der Umsatz stieg noch kräftiger als der Ausstoß mit plus 7,9 Prozent auf 298,5 Mill. Mark. Im Berichtsjahr gewann Warsteiner 1500 neue Absatzstätten in der Gastronomie hinzu. Der Faßbieranteil erhöhte sich um 9,6 Prozent und der der Drittel-Liter-Luxusflaschen um 7,1 Prozent. Das Haus beschäftigt zur Zeit 544 Mitarbeiter und investiert 1985 rund 25 Mill. DM aus eigenen Mitteln, vornehmlich für ein neues Verwaltungsgebäude und für einen Ganzjahresspeicher für Brauwasser, mit dessen Bau Mitte des Jahres begonnen werden soll.

Canon übernimmt

Düsseldorf (Py.) – Die Canon Euro-Photo Handelsgesellschaft mbH für Foto-, Film- und Videogeräte in der Bundesrepublik des japanischen Kameraherstellers Canon Inc., Tokio, befindet sich jetzt ganz im Besitz von Canon. Das Unternehmen hat die 40 Prozent-Anteile vom niederländischen Handelshaus Borsumij-Wehry übernommen. Neuer General Manager wurde Horst Schiller (47), zuletzt als Geschäftsführer in Wien für den österreichischen und osteuropäischen Markt verantwortlich.

Verstärkter Export

Lübbecke (hdt.) – Trotz rückläufiger Tendenz auf dem Kinderbekleidungsmarkt verzeichnet die zur Hukke-Gruppe gehörende Kleiderfabrik Königsmühle, Lübbecke, im 25. Jahr ihres Bestehens ein beachtliches Wachstum. Während der Umsatz im Geschäftsjahr 1983/84 noch mit 59 Mill. DM ausgewiesen war, wird für 1984/85 mit 78 Mill. DM gerechnet. Da nach Meinung der Unternehmensleitung die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes nicht mehr zu erweitern ist, sollen die Exportbemühungen wesentlich verstärkt werden. Mittelfristig ist geplant, den Umsatzanteil arabischer Länder, derzeit bei 5 Prozent, zu verdoppeln. Gute Chancen werden auch auf dem US-Markt gesehen.

Marley optimistisch

Wunstorf (dos) – Eine Umsatzsteigerung um 8,5 Prozent auf knapp 65 (60) Mill. DM erzielte die Marley Werke GmbH, Wunstorf, im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.). Nach Angaben der Geschäftsführung schwächte sich das Wachstum allerdings in der zweiten Jahreshälfte deutlich ab. Lediglich bei Kunststoff-Fenstern blieb die Entwicklung erfreulich. Zufrieden äußert sich Marley zur Tochtergesellschaft Hanno Export GmbH, die eine Reihe großer Aufträge im Vorderen Orient hereinnehmen konnte. Für 1985 bleibt das Unternehmen „gedämpft optimistisch“, wenngleich die geringe Neubautätigkeit beträchtliche Anstrengungen erforderlich machen.

NACHRICHTEN

Bunge und Graf weiter

Delray Beach (dpa) – Steffi Graf und Bettina Bunge haben als einzige deutsche Teilnehmer das Achtelfinale des mit umgerechnet 5,76 Millionen Mark dotierten Tennis-Turniers von Delray Beach (USA) erreicht. Steffi Graf schlug die Französin Catherine Tanvier mit 6:3, 7:5, Bettina Bunge setzte sich gegen Larissa Sawtschenko aus der UdSSR mit 6:4, 6:3 durch.

Säbelfechter Siebte

Budapest (sid) – Der Deutsche Mannschaftsmeister VfL St. Augustin belegte beim 20. Europapokal der Säbelfechter in Budapest unter 14 Teams den siebten Platz. Sieger wurde Titelverteidiger ZSKA Moskau vor Honved Budapest.

Im Halbfinale

Düsseldorf (sid) – Der SC Brandenburg Berlin und Eintracht Braunschweig haben sich am 12. Spieltag der Gruppe Nord der Hallen-Hokkey-Bundesliga der Damen vorzeitig für das Halbfinale der Meisterschaft qualifiziert. Berlin gelang ein 8:2-Sieg beim DHC Hannover, Braunschweig siegte mit 9:7 gegen den Tabellen-Dritten THC Klipper Hamburg.

Ralf Gölz führt

Cabra (sid) – Neu-Profi Ralf Gölz aus Bad Schussenried führt weiterhin bei der Rad-Rundfahrt Ruta del Sol in Spanien. Er gewann die vierte Etappe über 184 Kilometer von Priego de Cordoba nach Cabra im Spurt vor den Spaniern Jesus Blanco Villar und Miguel Indurian.

Albin Killat vorne

Aachen (sid) – Der Münchner Albin Killat und Elke Heinrichs aus Aachen gewannen im Wettbewerb vom Ein-Meter-Brett die ersten Titel der deutschen Hallenmeisterschaften im Kunst- und Turmspringen in Aachen. Vom Drei-Meter-Brett siegte der Gelnhausener Dieter Dörr, im Turmspringen der Frauen setzte sich die Aachenerin Gisela Mingers durch.

Aufgebot für Bob-EM

St. Moritz (dpa) – Die Weltmeisterschafts-Achten Anton Fischer/Franz Nießer aus Ohlstadt, sowie Christian Schebitz/Leroy Hieber aus Königssee und Franz Locher/Gerhard Oechsle aus Unterhaching vertreten den Deutschen Bob- und Schlittensport-Verband bei der Zweierbob-Europameisterschaft am 16./17. Februar in St. Moritz.

Breitner bestraft

Günzburg (dpa) – Paul Breitner, ehemaliger Fußball-Nationalspieler, ist am Freitag vom Amtsgericht Günzburg zu 10 500 Mark Geldstrafe und zwei Monaten Führerschein-Entzug verurteilt worden.

40. Sieg für Lewis

Los Angeles (sid) – Dem viermaligen Olympiasieger Carl Lewis aus den USA gelang beim Hallen-Leichtathletik-Grand-Prix in Los Angeles mit 8,27 m sein 40. Weitsprung-Sieg in Folge.

Gewichtheber-Rekord

Frankfurt (sid) – Martin Zawieja aus Soest gelang am dritten Wettkampftag der Gewichtheber-Bundesliga ein deutscher Rekord mit 173 kg im Reißen der Klasse bis 110 kg.

Weltmeisterin Schöne

Sarajewo (dpa) – Die Dresdnerin Andrea Schöne sicherte sich bei der Eisschnellauf-Weltmeisterschaft den Titel im Vierkampf. Sie entschied die Wettbewerbe über 500, 1500, 3000 und 5000 Meter jeweils für sich.

Dressursieg für Dänin

Bremen (sid) – Die Dänin Annegrete Jensen gewann auf Marzog mit 1494 Punkten den „Grand Prix Special" der Dressurreiter beim internationalen Bremer Hallen-Reitturnier vor der Mülheimerin Gabriela Grillo auf Grandison (1404). Doppel-Olympiasieger Reiner Klimke wurde auf Pascal Vierter.

Judotitel für Ritschel

Fürstenfeldbruck (sid) – Die Rüsselsheimerin Gabriele Ritschel siegte bei den internationalen deutschen Meisterschaften der Judo-Damen in Mammendorf in der Klasse bis 61 Kilogramm. Die Titelverteidigerin in der Klasse bis 72 Kilogramm, Ex-Weltmeisterin Barbara Claßen aus Grenzach-Wyhlen, wurde Dritte.

Sprinttitel für Smuda

Inzell (sid) – Sigrid Smuda aus Ottobrunn gewann in Inzell die deutschen Sprint-Meisterschaften der Eisschnelläuferinnen. Die 25jährige sicherte sich in Abwesenheit der verletzten Titelverteidigerin Monika Holzner-Gawenus (Inzell) den Titel mit Siegen über alle vier Strecken. Bei den Herren siegte Uwe Streb aus Landshut.

Das große Wochenende des Wintersports: Bilanz der WM von Bormio – Born/Schönborn gewannen die Bronzemedaille

● Mit einer Überraschung ging die Weltmeisterschaft in Bormio zuende: *Der Schwede Jonas Nilsson gewann* den Slalom vor Marc Girardelli und Robert Zoller. Zurbriggen, der Superstar der Titelkämpfe wurde disqualifiziert. Dennoch war die Schweiz die erfolgreichste Nation. Österreiche steckt in einer Krise.

● Die Goldmedaille für Markus Wasmeier überstrahlt das Abschneiden der deutschen Mannschaften. Enttäuschungen gab es besonders bei den Damen. Im Slalom gab Maria Epple-Beck auf. Dennoch: Eine Steigerung im Vergleich zu Olympia ist sichtbar, die Leistungen des gesamten Teams wurden gesteigert.

● Hanni Wenzel, eine der erfolgreichsten Ski-Läuferinnen aller Zeiten kommentiert für die WELT abschließend die WM von Bormio. Ihr Fazit: Diese Titelkämpfe, eingezwängt zwischen die des Weltcups, werden immer mehr zum Alltag – auch, weil Persönlichkeiten fehlen.

Wasmeier – sonst nur Hoffnung auf bessere Zeiten

KLAUS BLUME, **Bormio**

Diese Woche beginnt nicht gut für die früheren österreichischen Ski-Weltmeister Karl Schranz und David Zwilling. Beide müssen kraft ihres Amtes im österreichischen Rennsport-Ausschuß zum Rapport erscheinen: Schranz beim österreichischen Sport- und Unterrichtsminister, Herbert Moritz, Zwilling vor der Bundeswirtschaftskammer in Wien. *Beide werden erläutern müssen,* warum Österreich in der Nationenwertung der alpinen Ski-Weltmeisterschaften hinter der Schweiz, den USA und Deutschland lediglich den vierten Platz belegt hat. Denn dank der nicht geplanten Goldmedaille des Schlierseers Markus Wasmaier rangiert der Deutsche Ski-Verband (DSV) noch vor den Österreichern, deren Team in Bormio sieglos blieb.

Ansonsten bleibt im deutschen Verband nur die Hoffnung auf bessere Zeiten. Sicher, seit den Olympischen Winterspielen 1984 in Sarajevo ging es aufwärts und Medaillenplätze waren in Bormio und Santa Caterina durchaus möglich: durch Traudl Hächer, Marina Kiehl und auch durch den Riesentorläufer Egon Hirt, der Vierter wurde. Helmut Weinbuch, der Sportdirektor des Deutschen Ski-Verbandes, sagt deshalb auch: „Ich werde alles tun, um vor allem ein Auseinanderdividieren des Damen-Teams zu vermeiden. Denn diese Mannschaft ist durch ihre Geschlossenheit überaus schlagkräftig geworden."

Was übrigens auf die Herren auch *zutrifft. Slalom-Spezialist Florian* Beck erklärt: „Weil unsere Mannschaft durchgehend stärker geworden ist, sind bereits im Training die Anforderungen höher, das gesamte Niveau ist gestiegen."

Überragend war die Schweiz (siehe auch unten stehendes Interview mit Cheftrainer Frehsner) mit Erika Hess, Michaela Figini und Pirmin Zurbriggen, dem Superstar von Bormio. Das wird *David Zwillings Argumentation* vor der österreichischen Bundeswirtschaftskammer noch schwerer machen. Denn schon vor den Titelkämpfen in Bormio und Santa Caterina hatte ein österreichisches Firmenkonsortium eine Analyse des Ski- und Ferienlandes Österreich für den amerikanischen Markt erstellen lassen. Danach haben die befragten US-Bürger die Begriffe Berge, Schnee *und Ski ausschließlich mit der* Schweiz in Verbindung gebracht, niemals mit Österreich. Und die Frage: „Wo liegt Kitzbühel?", beantworteten die Amerikaner so: „In der Schweiz". Und nun blieben auch noch die notwendigen Ski-Erfolge aus, um dieses Bild zu korrigieren.

Korrektur bis hin zur Manipulation war deshalb wohl kaum noch zu vermeiden. So hielt sich in Bormio hartnäckig das Gerücht, die österreichische Ski-Firma Atomic habe vor dem überaus werbewirksamen Abfahrtslauf der Herren die Ski-Bretter seiner Stars vertauscht, um durch einen neuerlichen Erfolg des amerikanischen Olympiasiegers Bill Johnson Erfolge auf dem amerikanischen Ski-Markt zu erreichen. Ohne Wissen des schwer geschlagenen österreichischen Favoriten Helmut Höflehner, ohne Wissen des scheidenden österreichischen Cheftrainers Charly Kahr, einem Onkel Höflehners, habe man die Ski des Abfahrtssiegers von Gröden, Wengen und Garmisch-Partenkirchen Bill Johnson gegeben. Aber auch dieser Griff in die Trickkiste des eiskalten Geschäftes Skirennsport *war ein Reinfall.*

Eine andere Variante: Der österreichische Ski-Hersteller Kästle, Ausrichter Pirmin Zurbriggens, setzt auf den chinesischen Markt und rüstete deshalb die chinesische Nationalmannschaft aus, die in Bormio zum erstenmal an einer Weltmeisterschaft teilnahm. Die Geschäftsinteressen basieren derzeit auf 5000 organisierten chinesischen Ski-Rennläufern, die noch mitten in der Entwicklung stecken. Guo Hong aus Nord-China brauchte zwar im ersten Durchgang des WM-Slaloms 36 Sekunden länger als die Schweizerin Erika Hess, doch hinterher sagte sie vernügt: „Wir *müssen noch viel lernen, für uns ist es* schon ein Erfolg, wenn wir ankommen."

Das Geschäft mit den Titelkämp*fen: Die Liste der offiziellen WM-*Sponsors enthielt Firmen, die sich dieses Engagement etwas kosten ließen, die wichtigsten von ihnen wohl mit Beträgen in hoher sechsstelliger Zahl. Der irische Bierbrauer Guinness, eigentlich nicht unbedingt als Skisport-Ausrüster zu sehen, beherrschte mit Plakaten und beschrifteten Spiegeln beinahe jedes Schaufenster im nur 4000 Einwohner zählenden Bormio – ob beim Metzger oder beim Hutmacher. Die Brauerei verspricht sich auf diese Weise eine intensive Aufbereitung des italienischen Marktes. Banken, Versicherungen und Fluggesellschaften standen beim großen Werbeeinsatz nicht abseits, und die Einladungen an die Presse jagten sich in geradezu beängstigendem Tempo. Die Via Roma in Bormio, so schien es mitunter, hatte die Via Veneto in Rom zehn Tage lang als Hauptstraße Italiens abgelöst.



Der Aufsteiger der Saison: Marcus Wasmeier wurde in seinem Heimatort Schliersee gefeiert. Der Schützenverein schoß Salut, die Trachtenkapelle spielte und der Gemeinderat machte ihn zum Ehrenbürger. Wasmeier blieb dabei fröhlich bescheiden. Und Mutter Johanna hatte zur Feier des Tages die alte Tracht angelegt. Markus: „Ich bin stolz auf sie, das ist eine tolle sportliche Frau. Mit ihr gehe ich zum Bergsteigen." FOTO: SIMON

Pirmin Zurbriggen und die geschlagenen Österreicher – das hätte in Bormio das ständige Tagesthema sein können. Statt dessen aber: Girardelli und kein Ende. Der Österreicher hatte versichert, die Einbürgerung als luxemburgischer Staatsbürger ernsthaft zu betreiben, was ihm ebenso die Starterlaubnis wie den Verdacht der Irreführung eingebracht hat. Nun möchte der Internationale Ski-Verband (FIS) Girardellis WM-Medaillen am liebsten wieder einsammeln. Die Möglichkeit dazu: Obwohl Girardelli *die Werbeaufschriften eines engli*schen Tabakkonzerns (Marlboro) an seiner Skibekleidung vorschriftsmäßig überklebt hatte, soll doch noch ein Zipfelchen zu erkennen gewesen sein. Die FIS stützt sich dabei auf einen mündlichen Protest der deutschen Mannschaftsführung.

In zwei Jahren, bei den nächsten Weltmeisterschaften im schweizerischen Crans Montana, wird sich wahrscheinlich niemand mehr darüber *mokieren.* Der (Werbe-)Zug der Zeit läßt sich nicht aufhalten, erst recht nicht im alpinen Skisport. In Crans Montana werden alpine Ski-Weltmeisterschaften dann auch endgültig dem Zeitraum Olympischer Winterspiele angeglichen – der neue Wettbewerb Super-Riesenslalom und die Überarbeitung der Kombination liefern dafür die Argumente.



Kommentiert für die WELT: Hanni Wenzel FOTO: SIMON

Traurig: Die WM wird zum Alltag

Von HANNI WENZEL

Eingezwängt zwischen den Terminen des Weltcups, verloren diese Weltmeisterschaften den Charakter des Besonderen, des Außergewöhnlichen. Es macht traurig, wenn Weltmeisterschaften zum Alltag werden. Denn auch die vielgepriesene weltweite Erwartung – die Wettbewerbe wurden via Fernsehen sogar in Saudi-Arabien und in Afrika gesehen – war im Grunde gar nicht vorhanden. Das Interesse an alpinen Skirennen konzentriert sich doch nur auf drei Länder: auf Österreich, auf die Schweiz und auf Deutschland.

Sicher, der Internationale Ski-Verband hat sich auch diesmal bemüht, Skiläufer aus aller Welt, sogar aus China, Australien und Chile, an den Start zu bekommen. Dieser Ehrgeiz ist zwar lobenswert, doch in Bormio wurde damit auch das Niveau der Rennen gesenkt. Und das kann nicht Sinn einer Weltmeisterschaft sein. Es ist ein Kreislauf, der sich nun schon seit Jahren wiederholt.

Im Riesentorlauf der Damen siegte zum Beispiel überraschend die 17 Jahre alte Amerikanerin Diann Roffe. Diesen Erfolg gab es nicht nur, weil sich mal wieder die amerikanische Mentalität, dieses schon bei den Sommerspielen in Los Angeles so erfolgreich aufmunternde „Go for the Gold", durchsetzte. Diesen Erfolg gab es auch, weil es relativ leicht war, bei diesen Weltmeisterschaften zu siegen. Ich glaube, auf einem schweren Hang mit schwierigen Passagen, dort, wo sonst Könner zum Erfolg kommen, hätte Diann Roffe keine Chance gehabt.

Diann Roffe wird schon übermorgen vergessen sein. Wer erinnert sich noch daran, daß ihre Landsmännin Debbie Armstrong in Sarajewo Olympiasiegerin im Riesenslalom war?

Was mich stört: Es gibt zu wenige Persönlichkeiten im alpinen Rennsport. Wenn Franz Klammer und Ingemar Stenmark die Skibretter in die Ecke stellen, wird es noch trauriger. Wo sind sie, die neuen Persönlichkeiten? Die beiden Schweizerinnen Erika Hess und Michaela Figini sind hervorragende Rennläuferinnen – kein Zweifel. Doch Persönlichkeiten sind sie nicht. Warum das so ist? Es gibt so gut wie keine Möglichkeit, sich in diesem Sport heutzutage zur Persönlichkeit zu entwickeln.

Da ist die Eingespanntheit in den Trainings- und Wettkampfbetrieb, wobei die Entwicklung der Physis im Vordergrund steht. Für die Psyche geschieht hingegen so gut wie nichts, denn Gefühle – so scheint es – werden allemal unterdrückt. „Cool" muß man sein, heißt es so schön modern. Aber ist Sport nicht das Gegenteil? Ist sportliche Höchstleistung nicht in Bewegung umgesetzte Emotion, die letztlich nicht erklärbar ist? Für mich jedenfalls war früher ein großes Rennen stets auch etwas Unerklärbares, etwas, was sogar die Grenze zum Unwirklichen überschritt.

Der Druck der Ausrüster-Pools, der Druck der Trainer – das alles verhindert die Entwicklung von Persönlichkeit. Wer wagt es denn, aufzumucken? Wer kann es sich leisten, dennoch einen eigenen Weg zu gehen? In einem Bereich, in dem über das notwendige Fachliche hinaus kaum noch Kommunikation stattfindet. Das ist das eigentliche Problem: Da ist der Rennläufer, dort der Trainer, dort der Servicemann. Wer versteht den anderen noch? Eine festgefahrene Situation, ein Babylon des Skisports.

*

Die in Bayern geborene Liechtensteinerin Hanni Wenzel gehört zu den erfolgreichsten Ski-Läuferinnen aller Zeiten. 1978 und 1980 war sie Gewinnerin des Gesamt-Weltcups, 1980 in Lake Placid Olympiasiegerin im Slalom und im Riesenslalom. Ende der Saison 1984 trat Hanni Wenzel vom aktiven Rennsport zurück.

Durchbruch mit einer kitschigen Geschichte

UWE PRIESER, **Göteborg**

Als der Eistanz zu Ende war, hatte die UdSSR sieben von zwölf Medaillen errungen, hatten Petra Born und Rainer Schönborn zwölf Jahre nach den Geschwistern Buck wieder eine Eistanz-Medaille für die Deutsche Eislauf-Union (DEU) geholt, war die DEU der einzige Verband neben dem sowjetischen, der durch seine Tänzer und Claudia Leistner mehr als eine Medaille gewinnen konnte. Dazu war der vierte Rang von Heiko Fischer wahrscheinlich eine Medaille wert, die noch in der Zukunft liegt. Der deutsche Meister hatte sich zum er*sten Mal in seiner Karriere auch als* Kunstläufer international Respekt verschafft.

Eine Eiskunstlauf-Europameister*schaft war zu Ende gegangen, die mit* weniger als 10 000 Zuschauern an sechs Wettkampftagen einen noch nie dagewesenen Kursverlust beim Publikum hinnehmen mußte, die sportlich eher Rückschritt als Fortschritt bot. Nur bei den Damen war die Tendenz langsam steigend, Eistanz konstant, Herren fallend, Paare stark fallend. Die Traumnote 6,0 wurde auch in Göteborg gezogen: gleich achtmal für die Eistanzsieger Bestemjanowa/Bukin. Das war allerdings, als wollte *sich die Eislaufwelt gewaltsam von* dem Bann befreien, den die unvergleichlichen Torvill/Dean über die Eisbahn gelegt haben. Lediglich viermal wurde noch die 5,9 bei diesen Titelkämpfen vergeben: dreimal an sowjetische Läufer und einmal an Petra Born und Rainer Schönborn.

Dem Trio Born/Schönborn und Trainer Martin Skotnicky fielen Zentnerlasten von der Seele. Die gesamte Saison hindurch waren sie im eigenen Land von Preisrichtern, Läufern, Trainern wegen des von ihnen gewählten Stils kritisiert worden. Als sie jedoch unmittelbar nach Bestemjanowa/Bukin als letztes Paar des Wettbewerbs zum Kampf um Bronze auf das Eis mußten, waren selbst die Kritiker erleichtert. Keine andere Form als die des modernen Ausdruckstanzes, bei der eine Geschichte interpretiert wird, hätte nach der überschwenglich aufgenommenen Carmen-Vorführung der neuen Europameister bestehen können. Born/Schönborn hatten in Göteborg glänzend das Risiko derer bestanden, die das Besondere wollen und dabei in Gefahr geraten, das Lächerliche zu produzieren.

Ein selbst im Eistanz nahezu beispielloser Aufstieg hat für das aus dem Saarland stammende, für Würzburg startende, in Oberstdorf trainierende Tanzpaar seinen Höhepunkt gefunden. Bei der Weltmeisterschaft vor vier Jahren waren Born/Schönborn noch 21. und Letzte geworden. 14 Plätze lagen zwischen ihnen und den Briten Barber/Slater, mit denen sie jetzt um die Bronzemedaille kämpften. Vor elf Jahren hat dieser Weg in der Vogelgesangstraße in Zweibrücken begonnen, als Petra Born einen Partner fürs Eistanzen suchte und auch mal im Nachbarhaus nachfragte – bei Rainer Schönborn.

Jahrelang sind sie von der Schule direkt mit dem Auto über die französische Grenze ins 120 Kilometer entfernte Metz gefahren worden. Dort arbeitete der aus der CSSR emigrierte Martin Skotnicky, der inzwischen französischer Staatsbürger war. Erst als 1980 das Bundesleistungszentrum in Oberstdorf beschlossene Sache war, konnte die DEU Skotnicky ein Angebot als Honorartrainer machen. Skotnicky nahm an, der Weg nach oben begann – für die Läufer und ihren Trainer gleichermaßen.

Umsorgt und gefördert wurden sie von dem Würzburger Juristen Wolfgang Kunz, vor 20 Jahren selbst EM-Teilnehmer im Eistanz und als Mitglied der Tanzkommission in der Internationalen Eislauf-Union (ISU) einer der Männer, die dem Eistanz jenen Spielraum innerhalb der Regeln einräumten, durch den er zum Leitwettbewerb des gesamten Eiskunstlaufs werden konnte.

„Ich glaube, daß Petra und Rainer mit ihrem Stil bei den internationalen Preisrichtern gut aufgehoben sein werden", hatte Kunz bereits gesagt, als *man Born/Schönborn daheim* noch die Banalität ihres Themas vorgehalten hatte: Die Urfrau als Prinzip der Liebe begegnet dem Mann, die Nebenbuhlerin als Prinzip der Zwietracht tötet ihn, die liebende Frau holt ihn aus dem Tod zurück, um den Preis des eigenen Todes.

Als Born/Schönborn in Göteborg ihren Kürtanz zeigten, spielte der epische Hintergrund keine Rolle mehr. Sie waren besser als ihre Story. Später, trotz des Glücks über die erworbene Medaille (Petra Born: „Richtig daran glauben konnten wir erst, als wir sie hatten"), warf die Zukunft ihren Schatten. Beide wollen ihr Studium beginnen, doch für den Eiskunstlauf sind sie an die Marktgemeinde Oberstdorf gebunden. Die Hoffnung, daß der lange Weg Born/Schönborn nicht nur zu einem kurzen Glück geführt hat, daß sie also weiterlaufen werden, wird international geteilt: Schließlich hat es mit Ausnahme der Bucks und der Ungarn Regöczy/Sallay seit 20 Jahren nur britische und sowjetische Medaillengewinner im Eistanz gegeben.

Auch Heiko Fischer wird international künftig als Medaillenkandidat notiert. Nach seiner guten Kür wurde er zum ersten Mal in seiner Karriere auch als Kunstläufer akzeptiert und nicht bloß als Schlittschuh-Athlet. Die englische Preisrichterin Sally-Ann Stapleford sagte: „Das hätte ich ihm nicht zugetraut. So habe ich Fischer wahrhaftig noch nie gesehen." Merke: Wer mit seiner Leistung die Richter so überrascht, daß sie ihm nicht die Noten zu geben wagen, die er eigentlich verdient, erhält Kredit für die Zukunft ...

Nervenkrieg gegen Marc Girardelli
Maria Epple-Beck vor dem Rücktritt

K.Bl. **Bormio**

Überraschungssieg beim letzten Wettbewerb der alpinen-Skiweltmeisterschaften in Bormio. Nicht der für Luxemburg startende Österreicher Marc Girardelli, nicht die favorisierten Italiener, sondern der Schwede Jonas Nilsson gewann den Titel im Spezialslalom. Girardelli, der Slalom-Seriensieger dieser Saison im Weltcup, belegte den zweiten Platz vor dem Italiener Robert Zoller, der von seinen Landsleuten am Hang umjubelt wurde, als trage sich die Entscheidung im Sansiro-Fußball-Stadion von Mailand zu.

Keine Medaille für Florian Beck aus Seeg („An so etwas hatte ich auch nie gedacht"), sondern Platz zehn. Auch keine Medaille für den 27jäh*rigen Schweden Ingemar Stenmark,* den Titelverteidiger und ehedem überragenden Slalomläufer der letzten Jahre. Doch Stenmark, der älteste in der schwedischen Mannschaft, wird deshalb nicht zurücktreten, sondern weiterhin im Weltcup starten – denn noch binden ihn seine Werbeverträge.

Der neue Weltmeister Jonas Nilsson, 22 Jahre alt, startet erst seit dem letzten Winter im Weltcup. Der Sieg von Bormio ist zugleich auch sein erster großer internationaler Erfolg. Bereits nach dem ersten Durchgang lag er mit der drittbesten Zeit auf einem Medaillenrang. Im entscheidenden Durchgang erkämpfte Nilsson dann mit einem ganz hervorragenden Lauf die Goldmedaille.

Geschlagen wurde dabei vor allem Marc Girardelli. Er hat offensichtlich nicht ertragen, daß es um ihn einen Nervenkrieg gab, weil er schnell noch die Staatbürgerschaft (von Österreich nach Luxemburg) wechselte, um überhaupt starten zu können. Betreuer und Serviceleute anderer Mannschaftenn sollen ihn vor dem Start unflätig beschimpft haben. Ingemar Stenmark, Ohrenzeuge der Aktion: „Das ist eine Schweinerei". Christian Neureuther: „Das war eine Unsportlichkeit übelster Sorte."

Zuvor, am vorletzten Tag dieser Weltmeisterschaften, schien es, als sei erneut die große Ära der überragenden französischen Slalomläuferinnen angebrochen: Doppelsieg durch Perrine Pelen und Christelle Guignard vor der italienischen Olympiasiegerin Paoletta Magoni. Erika Hess, die Schweizer Titelverteidigerin, schied im zweiten Durchgang aus. „Ich habe schon vorher gedacht, die übersteht diesmal das vierte Tor nicht", sagte hinterher Maria Epple-Beck aus Seeg.

Aber auch Maria Epple-Beck schaffte nicht den Weg bis ins Ziel. Hatte sie zu verkrampft, zu verbissen gekämpft? „Das sah nur so aus. Ich mußte doch Druck auf die Skibretter geben." Als einzige der deutschen Läuferinnen erreichte Marina Kiehl das Ziel – mit sieben Sekunden Rückstand auf Perrine Pelen. Fazit: Die Slalom-Misere der deutschen Damen hält unvermindert an. Bundestrainer *Willi Lesch:* „Abgesehen von *Maria* Epple-Beck brauchen wir noch etwa zwei Jahre, um wieder den Anschluß zu finden." Was schon deshalb notwendig sein wird, weil Maria Epple-Beck spätestens nach den Weltmeisterschaften 1987 zurücktreten wird.

Elf Jahre lang haben die Französin*nen auf einen Damen-Erfolg* bei einer alpinen Ski-Weltemisterschaft warten müssen. Zum letzten Mal gewann 1974 in St. Moritz die damals 17jährige Fabienne Serrat im Riesenslalom. Den letzten französischen Doppelsieg der Damen bei einem Weltmeisterschafts-Slalom gab es gar vor 14 Jahren im chilenischen Portillo durch Annie Famose vor Marielle Goitschel. Nun knüpfte Perrine Pelen, die 23jährige aus Grenoble, an die frühere Erfolgsserie der französi*schen Slalom-Spezialistinnen an.*

14 Weltcup-Slaloms hat Perrine Pelen bereits gewonnen. 1980 war sie gar Weltcup-Gewinnerin in dieser *Disziplin* – doch der ganz große Erfolg blieb ihr bisher versagt.

„Ein unheimliches Selbstvertrauen"

KLAUS BLUME, **Bormio**

Die Schweiz war die erfolgreichste Nation der Ski-Weltmeisterschaft. Einer derjenigen, der diesen Erfolg verursacht hat, ist Cheftrai*ner Karl Frehsner (46) – ein gebürti*ger Österreicher. Die WELT sprach mit ihm.

WELT: Warum sind Schweizer Ski-Rennläufer derart dominierend geworden?

Frehsner: Auf den kurzen Nenner gebracht: Bei einem relativ kleinen Team sind die Trainer mit großen Kompetenzen ausgestattet. Mir zum Beispiel redet niemand drein, kein Präsident und kein Sportdirektor. Mein Rahmen ist nur das Budget. Sämtliche Trainer, die ich haben will, stelle ich selber ein.

WELT: Handeln Sie autoritär?

Frehsner: Autoritär? Ich bin in vielen Dingen sogar diktatorisch.

WELT: Als Österreicher in der Schweiz?

Frehsner: Ich werde manchmal attackiert, so nach dem Motto: Haben wir das nötig? Aber mir macht das wenig aus.

WELT: Sie sind der erfolgreichste Skitrainer der Welt. Welche Kollegen akzeptieren Sie als Fach-Autorität neben sich?

Frehsner: Meinen Landsmann Charly Kahr, denn das ist ein sehr exponierter Mann. Klaus Mayr in Deutschland und Sepp Messler in Italien.

WELT: Warum nur diese drei?

Frehsner: Ein Teil meiner, na, nennen wir sie Kollegen, handelt doch völlig unrealistisch, jagt nur dem momentanen Erfolg nach. Das ist alles so lächerlich.

WELT: Abgesehen von den Goldmedaillen: Warum stufen Sie sich denn so hoch ein?

Frehsner: Weil ich ein unheimliches Selbstvertrauen habe, denn auch in der Niederlage muß man selbstsicher sein. Dadurch wird man manchmal unumgänglich, aber das ist nun mal der Preis.

WELT: Gibt es auch den kooperativen Karl Frehsner?

Frehsner: Ich stehe im ständigen Kontakt mit den Trainern in anderen Sportarten und picke aus deren Arbeit das heraus, was ich brauchen kann. Und wenn im Skisport die anderen Größen etwas entwickeln, dann heißt es zufassen.

WELT: Was bedeutet das für die praktische Arbeit?

Frehsner: Jeder Spitzenathlet ist steuerbarer als man es glaubt. Prognostizieren läßt sich trotzdem nichts, weil die Konkurrenz nur von außen, nur flüchtig gesehen werden kann.

WELT: Läßt sich Ihre Formel von steuerbaren Athleten auch auf Zurbriggen anwenden?

Frehsner: Er ist einfacher zu behandeln als andere Athleten, weil er rea*listischer ist. Die technische, die* konditionelle und die geistige Linie auf einen Nenner zu bringen – das ist Pirmin Zurbriggen. Ich habe ihn deshalb schon vor zwei Jahren als Ausnahmeathlet eingestuft, doch das wollte in der Schweiz niemand hören.

WELT: Was heißt, er ist realistischer?

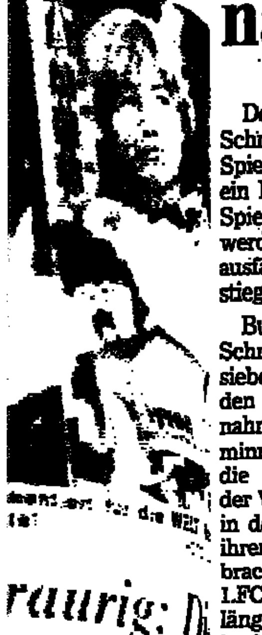
Frehsner: Pirmin weiß, daß Ruhm nur kurzlebig ist. Danach handelt er. Das ist zugleich auch Ursache seiner Zurückhaltung. Er wird nie ein Sprücheklopfer werden.

WELT: Pirmin Zurbriggen ist so etwas wie das Sinnbild der schweizerischen Skierfolge ...

Frehsner: Zugegeben. Doch würde er sich lediglich für nur eine Ski-Disziplin entschieden haben, wäre es vielleicht nicht so. Der Druck wäre viel zu groß, weil er stets nur eine einzige Chance hätte.

WELT: Aber Glück gehört dazu.

Frehsner: Für mich ist Glück die Summe aus Tüchtigkeit, Konsequenz und Perfektion. Nur das Zusammentreffen dieser Faktoren verheißt auch Glück.



FUSSBALL / Der Winter und Werder Bremen schlugen zu. Bittere Niederlage für Meister Stuttgart in Braunschweig

Verstärkte Forderungen nach der Winterpause

DW. Bonn

Der neuerliche Wintereinbruch mit Schnee, Eis und Regen hat den 19. Spieltag der Fußball-Bundesliga auf ein Mini-Programm reduziert. Sechs Spiele konnten nicht ausgetragen werden, wodurch die Zahl der Spielausfälle in dieser Saison auf 12 anstieg.

Bundesliga-Spielleiter Hermann Schmaul, der am Samstag morgen ab sieben Uhr am Telefon saß und mit den Bundesliga-Orten Kontakt aufnahm, gerät immer mehr in arge Terminnot. Wie selbstverständlich kam die Forderung einer Verlängerung der Winterpause. Den Wunsch hatten in der letzten Woche 16 Trainer auf ihrer Tagung in Frankfurt vorgebracht. Hannes Löhr, Trainer des 1.FC Köln, sagte: „Ich bin für eine längere Winterpause. Auch wenn wir im 22. Bundesligajahr schon die längste hatten. Gute äußere Bedingungen sind letztlich Voraussetzung für guten Fußball – und den wollen und sollen die Zuschauer sehen."

Bremens Mittelstürmer Rudi Völler meinte trotz des Erfolges über die Bayern: „*Ich bin für die Winterpause.* Fußball ist ein Sommersport und mir blutet das Herz, wenn wir im Juli und August nur trainieren und frei haben." Nach der 2:4-Niederlage in Bremen sah es Udo Lattek, Trainer des FC Bayern München, ähnlich: „Die äußeren Verhältnisse waren eine Werbung für eine längere Winterpause."

Noch schlimmer sieht es in der zweiten Liga aus. Nach 23 von 38 Spieltagen gibt es bereits 31 ausgefallene Begegnungen. Das ist mehr als in allen drei Spielzeiten zuvor. Ein trauriger Rekord für die zweite Liga. An diesem Wochenende fanden nur drei der angesetzten zehn Begegnungen statt: St. Pauli – Ulm 0:0, Stuttgart – Kassel 1:1 (0:0), Freiburg – Hannover 1:1 (1:0).

Welche Probleme auf einzelne Vereine zukommen, wird am Beispiel von Hertha BSC deutlich. Die Berliner müssen noch fünf Spiele nachholen, eins davon (bei Hessen Kassel) sogar aus der Vorrunde. Die Berliner werden also genauso einige Zeit dreimal in der Woche spielen müssen wie Saarbrücken oder Homburg, die mit je vier Spielen im Rückstand sind.

Münchens Spitzenplatz in Gefahr

							Heim		Auswärts	
1. München	19	11	4	4	44:28	26:12	27:14	15:5	17:14	11:7
2. Bremen	19	9	7	3	56:33	25:13	39:14	17:3	17:19	8:10
3. Köln	18	11	2	5	43:33	24:12	24:17	14:6	19:16	10:6
4. Uerdingen	18	10	3	5	37:22	23:13	24:13	17:3	13:9	6:10
5. M'gladbach	18	8	5	5	47:34	21:15	26:13	12:4	21:21	9:11
6. Hamburg	18	7	7	4	34:29	21:15	24:10	15:3	10:19	6:12
7. Bochum	18	6	8	4	28:25	20:16	9:8	8:8	19:17	12:8
8. Mannheim	18	8	3	7	29:33	19:17	18:13	12:8	11:20	7:9
9. Stuttgart	19	8	3	8	49:31	19:19	29:12	13:7	20:19	6:12
10. Frankfurt	18	6	6	6	37:39	18:18	21:12	13:5	16:27	5:13
11. Schalke	18	6	5	7	35:39	17:19	24:16	14:6	11:23	3:13
12. K'lautern	18	5	7	6	23:29	17:19	15:10	11:5	8:19	6:14
13. Düsseldorf	19	6	5	8	35:38	17:21	21:16	13:7	14:22	4:14
14. Leverkusen	18	4	6	8	27:32	14:22	16:13	10:6	11:19	4:16
15. Karlsruhe	19	3	7	9	27:52	13:25	14:16	9:9	13:36	4:16
16. Braunschweig	19	5	2	12	25:45	12:26	16:10	10:8	9:35	2:18
17. Dortmund	17	5	1	11	22:37	11:23	15:13	8:8	7:24	3:15
18. Bielefeld	17	1	9	7	19:38	11:23	14:21	6:10	5:17	5:13

Wenn die Bayern verlieren, beginnt das große Zetern: Vorwürfe an Schiedsrichter Ahlenfelder

Von ULRICH DOST

Irgend jemand muß immer schuld sein, wenn die Bayern einmal verlieren: In Bremen haben sie sich diesmal Schiedsrichter **Wolf-Dieter Ahlenfelder** (41) ausgeguckt. Zweimal soll er ein Stürmerfoul von **Rudi Völler** (24) übersehen haben, und zudem ein Foulspiel im Strafraum am Münchner Mittelstürmer **Roland Wohlfarth** (21). Das bringt die Bayern wortgewaltig auf den Plan:

Manager **Uli Hoeneß** (34): „Wenn in allen entscheidenden Situationen gegen einen gepfiffen wird, kann man nicht gewinnen. Was soll ich zu dieser Schiedsrichterleistung noch sagen?"

Verteidiger **Wolfgang Dremmler** (30) soll das gesagt haben: „Wir sind hier eindeutig verschaukelt worden."

Trainer **Udo Lattek** (50) darf selbstverständlich nicht fehlen: „Warum er uns dreimal so kraß benachteiligt hat, dieses Geheimnis wird er wohl mit ins Grab nehmen."

Ungewollt lag Lattek mit seiner Auffassung richtig, denn tatsächlich ließ sich Ahlenfelder zu keinem Kommentar verleiten. Dennoch: Die Bayern sollten mal halblang machen. Denn später im Fernsehen hatte der Zuschauer gar nicht mehr den Eindruck, als habe der Schiedsrichter so falsch gelegen. Ahlenfelder muß in Sekunden entscheiden, er hat keine Zeitlupe und auch keine Wiederholungen. „Der Ahlenfelder ist doch auch nur ein Mensch", hat er später gesagt, also dürfe er auch Fehler machen.

Verwundern kann aber immer noch, warum es Vereine gibt, die sich über die Schiedsrichter aufregen. Es hat sich doch längst erwiesen, daß sich die Fehlentscheidungen im Laufe einer Saison ausgleichen: Einmal wird man bevorteilt, einmal benachteiligt. Bei den Strafstößen ist es ebenso. Diesmal waren vieleicht die Bremer die Nutznießer, die aber auch schon zweimal bezahlt haben. Manager **Willi Lemke** (36): „In Schalke wurde uns beim Stand von 2:2 nach einem klaren Handspiel von **Bernard Dietz** ein Elfmeter verweigert. In Düsseldorf verloren wir 2:3. Bei diesem Spiel mußten wir ein Tor hinnehmen, obwohl der Ball eindeutig nicht die Linie überschritten hatte."

Ausgleichende Gerechtigkeit nennt die Branche so etwas, was jetzt in Bremen passierte. Nur die Bayern wollen sich damit nicht abfinden. Manager Lemke glaubt den Grund zu kennen: „Wenn die Bayern mal verlieren, bricht immer gleich eine Welt zusammen. Auch sie müssen mit Niederlagen leben können wie alle anderen auch."

*

Die Trainer der beiden Spitzenklubs, Udo Lattek und **Otto Rehhagel** (45), hatten selbstverständlich auch wieder ihren unrühmlichen Auftritt. Sie mögen sich nicht, schauen sich nicht an und reden nicht miteinander. Das sei noch nicht einmal ein gestörtes Verhältnis, meint Lattek, das sei schlicht überhaupt kein Verhältnis.

Das kann schon mal vorkommen, bei Star-Trainern wie Lattek und Rehhagel, die sich für die Größten der Branche halten. Offen reden sie nicht darüber, doch es ist so, daß beide sich aus sachlichen Gründen meiden. Rehhagel hält dem Münchner Kollegen vor, daß er sich nur ins gemachte Bett legen kann. Junge, unbekannte Spieler herausbringen, einer Mannschaft Gesicht und Konturen geben, aus wenig viel machen, dies alles könne Lattek nicht. Lattek glaubt, daß Rehhagel einfach nur neidisch auf seine Erfolge sei. Einen wirklich großen sportlichen Erfolg, *den könne Rehhagel nun wirklich* nicht nachweisen. Bei diesen Meinungen ist es kein Wunder, daß sie sich aus dem Wege gehen.

*

Die Wege von Eintracht Braunschweig und dem jugoslawischen Trainer **Aleksandar Ristic** (40) scheinen sich nun doch nicht zu trennen. Vor Wochen teilte der Klub seinem Trainer schriftlich mit, daß ein neuer Vertrag für die nächste Saison nur dann möglich sei, wenn die Bezüge erheblich reduziert würden. Ristic kassiert immerhin 300 000 Mark pro Jahr. Eintracht-Präsident **Günter Mast** (56) jedoch ist der Auffassung, daß ein Trainer nicht mehr als 160 000 Mark verdienen brauche.

Ristic erklärte nach diesem Brief, daß er nicht länger in Braunschweig bleiben wolle. Nicht aber etwa wegen des neuen Gehalts, das er zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht kannte. Ausschlaggebend war vielmehr, daß Ristic sich nicht noch einmal vom Klub auf den Arm nehmen lassen wolle. Vor dieser Saison waren ihm namhafte Verstärkungen versprochen worden. Was passierte aber? Ristic mußte Stammspieler abgeben. Das sollte ihm nicht noch einmal passieren. Ristic sagt: „Ich habe nie gesagt, daß ich für 160 000 Mark in Braunschweig nicht arbeiten würde, wie es in einer Zeitung stand. Was sollen denn die Leute auf der Tribüne denken? In der Region Braunschweig beträgt die Arbeitslosenquote 17 Prozent. Da kann man sich doch nicht hinstellen und sagen: Für 160 000 Mark arbeite ich nicht."

Nach dem 3:1-Erfolg über den deutschen Meister VfB Stuttgart meinte Ristic jetzt: „Wenn ich weiß, welchen Kader ich zur Verfügung habe, kann ich über einen neuen Vertrag sprechen." Die Deutsche Presse-Agentur (dpa) meldete gestern, daß es in Hamburg Spekulationen gebe, daß Ristic zum Hamburger SV zurückkehren werde. Von 1978 bis 1983 arbeitete der Jugoslawe als Assistent beim HSV, zuletzt unter **Ernst Happel** (59). Nun soll er Nachfolger von Happel als Cheftrainer werden. Heute nachmittag will Ernst Happel endgültig bekanntgeben, wo er in der nächsten Saison arbeiten wird. Spätestens dann sind alle Spekulationen über den Haufen geworfen.

*

Michael Harforth feierte am Samstag seinen 26. Geburtstag. An diesen Tag wird er sich jedoch noch lange erinnern – allerdings sehr unangenehm. „Was er da gemacht hat, kann den Klub noch viele Millionen kosten", glaubt Harforths Trainer **Werner Olk** (47) vom Karlsruher SC.

Karlsruhe, inzwischen im Abstiegskampf, führte gegen Düsseldorf 2:1, als sich Harforth wenige Minuten vor dem Ende plötzlich auswechseln lassen wollte. Dazu lief er quer über den Platz, ohne sich um die Abwehraufgaben zu kümmern. Das nutzte der Düsseldorfer **Günther Thiele** (23) prompt zum 2:2-Ausgleich. Werner Olk: „Nicht nur Harforth war kaputt, wir alle sind es jetzt." Und Präsident **Roland Schmider** (54) ärgerte sich: „Dieses Pünktchen kann für uns noch verhehrende Folgen haben."

Fußball-Kulisse

Zahlen, Fakten, Hintergründe aus der Bundesliga

ERGEBNISSE

Bremen – München	4:2 (2:1)
Braunschweig – Stuttgart	3:1 (1:0)
Karlsruhe – Düsseldorf	2:2 (1:0)
Bielefeld – Köln	ausgefallen
Gladbach – Hamburg	ausgefallen
K'lautern – Mannheim	ausgefallen
Leverkusen – Frankfurt	ausgefallen
Dortmund – Uerdingen	ausgefallen
Bochum – Schalke	ausgefallen

DIE SPIELE

Bremen – München 4:2 (2:1)

Bremen: Burdenski – Pezzey – Schaaf, Otten – Sidka, Möhlmann, Okudera, Hermann – Reinders, Völler, Maier. – **München:** Aumann – Augenthaler – Dremmler, Eder, Willmer – Matthäus, Lerby, Nachtweih, Dürnberger (29. Rummenigge) – Wohlfarth, Mathy. – **Schiedsrichter:** Ahlenfelder (Oberhausen). – **Tore:** 1:0 Völler (7.), 2:0 Reinders (22., Foulelfmeter), 2:1 Nachtweih (44.), 3:1 Hermann (48.), 3:2 Wohlfarth (61.), 4:2 Völler (71.). – **Zuschauer:** 40 000 (ausverkauft). – **Gelbe Karte:** Augenthaler (3).

Braunschweig – Stuttgart 3:1 (1:0)

Braunschweig: Franke – Pahl – Gorski, Bruns – Geiger, Tripbacher, Lux, Hintermaier (77. Kindermann), Ellmerich – Sackewitz (66. Plagge), Worm. – **Stuttgart:** Roleder – B. Förster – Schäfer, K.-H. Förster – Niedermayer, Allgöwer, Ohlicher, Kempe (69. Lorch), Müller – Claesen, Reichert. – **Schiedsrichter:** Wuttke (Oberhausen). – **Tore:** 1:0 Worm (43.), 2:0 Worm (62.), 3:0 Plagge (74.), 3:1 Ohlicher (76.). – **Zuschauer:** 11 334. – **Gelbe Karten:** K.-H. Förster (3), Claesen (3).

Karlsruhe – Düsseldorf 2:2 (1:0)

Karlsruhe: Kargus – Groß – Roth, Boysen – Hertwig, Keim, Harforth (85. Löw), Becker, Künast – Günther, Bühler. – **Düsseldorf:** Greiner – Zewe – Bunte (14. Kuczinski), Grabotin (77. Kaiser) – Bockenfeld, Bommer, Fach, Edvaldsson, Weikl – Thiele, Holmquist. – **Schiedsrichter:** Wiesel (Ottbergen). – **Tore:** 1:0 Keim (37.), 1:1 Thiele (48.), 2:1 Bühler (61.), 2:2 Thiele (83.). – **Zuschauer:** 8000. – **Gelbe Karten:** Günther (4), Künast (3).

VORSCHAU

Samstag: Pokal-Viertelfinale
Union Solingen – Mönchengladbach
Bayer Leverkusen – Bayern München
1. FC Saarbrücken – Hannover 96
Bayer Uerdingen – Werder Bremen

Bundesliga: Nachholspiele
Bielefeld – Borussia Dortmund
VfL Bochum – Schalke 04

Bundesliga: Vorgezogene Spiele
Frankfurt – Karlsruhe (2:2)
Mannheim – Braunschweig (1:0)

Spiele der 2. Liga
Freitag (15. 2.): Wattenscheid – Alemannia Aachen. – **Samstag:** Nürnberg – Freiburg, Duisburg – Bürstadt, Hertha BSC – Stuttgarter Kickers. – **Sonntag:** FC Homburg – Blau Weiß Berlin, Ulm 46 – Oberhausen.

Bundesliga am 26. Februar
München – Uerdingen (3:1)

Bundesliga am 27. Februar
Köln – Werder Bremen (2:6)
Stuttgart – Bielefeld (7:2)
Düsseldorf – Kaiserslautern (1:3)
Schalke – Leverkusen (2:2)
M'gladbach – Dortmund (3:2)
Hamburg – Bochum (0:0)
In Klammern die Ergebnisse der Hinspiele

HANDBALL / Schwankende Leistungen der deutschen Nationalteams

Wunderlich kämpft um seine Position

sid/dpa, Hamburg

Unbeständigkeit ist die einzige feste Größe, mit der die beiden deutschen Handball-Bundestrainer derzeit kalkulieren können. Sowohl die Frauen beim internationalen Turnier in Cheb (CSSR) als auch die Männer in ihren Länderspielen gegen Polen geben den Trainern Ekke Hoffmann (Frauen) und Simon Schobel Rätsel auf. Zehn Monate vor beginn der Frauen-B-Weltmeisterschaft in Niedersachsen ließ die deutsche Mannschaft zwar durch einen 20:19-Sieg gegen Vize-Weltmeister Ungarn und ein 16:16-Unentschieden gegen Olympiasieger Jugoslawien aufhorchen, doch am Ende reichte es nur zum sechsten Platz. Trainer Hoffmann wertet das Ergebnis zwar als Enttäuschung, die Teilnahme an dem traditionsreichen Turnier als positiv.

Ähnlichen Gefühlsschwankungen sieht sich Herren-Trainer Simon Schobel ausgesetzt. Eine Woche nach der blamablen Niederlagen gegen Holland traf seine Mannschaft in drei Freundschaftsspielen auf Polen. Ihre schwankenden spielreichen Leistungen schlugen sich in den Ergebnissen nieder: Einem 22:18-Auftaktsieg in Hamburg folgte ein 25:25-Unentschieden in Kiel. Noch vor dem abschließenden dritten Spiel (Ergebnis lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor) hatte Simon Schobel erkannt, daß seine Probleme noch längst nicht gelöst sind.

Die Mittel- und Rechtsaußenposition sind die Schwachpunkte im deutschen Spiel. Die anhaltende Misere zwang den Bundestrainer sogar dazu, den Gummersbacher Frank Dammann in die Nationalmannschat zurückzuholen. Vor 14 Monaten wegen mangelnder Perspektive ausgemustert, zählte der 27jährige in beiden Spielen zu den Lichtblicken. Obwohl er wegen unaufschiebbarer Klausurarbeiten erst drei Stunden vor Spielbeginn eingeflogen wurde, spielte er souverän und nutzte seine Chance durch eine solide Abwehrleistung und drei Tore.

Dagegen ist der Spielmacher auf der Mittelposition immer noch nicht gefunden. Besonders enttäuscht zeigte sich Schobel dabei von der Leistung Erhard Wunderlichs, den er als „formbedingten Ausfall" kritisierte. Nach zwei Spielen ohne Torerfolg erzielte Wunderlich im zweiten Spiel gegen Polen zwar zwei Tore, doch warf ihm der Trainer mangelndes Engagement und Trianingsrückstand vor. Wunderlich dagegen zeigte sich unzufrieden mit der ihm zugedachten Rolle: „Um Tore zu machen, muß ich auf meiner gewohnten Halbposition spielen." Dort jedoch steht der Gummersbacher Rüdiger Neitzel, der von Schobel für diese Position favorisiert wird und das Vertrauen mit sieben Toren im zweiten Spiel gegen Polen rechtfertigte. Erhard Wunderlich aber hat die Herausforderung angenommen: „Bei uns hat der Machtkampf um die Positionen angefangen."

LEICHTATHLETIK / Niederlage im Länderkampf gegen Großbritannien

Mit 21 Neulingen eine Nummer zu klein

sid, Cosford

Großbritannien war für die mit 21 Debütanten gespickte Nationalmannschaft des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV) beim Hallen-Länderkampf in Cosford eine Nummer zu groß: Die junge DLV-Auswahl mußte im fünften Vergleich mit den Briten seit 1979 mit 118,5:134,5 Punkten erstmals eine Niederlage hinnehmen. Die Männer unterlagen mit 65,5:71,5, die Frauen mußten sich mit 53:63 geschlagen geben.

Dennoch war man im deutschen Lager eine Woche vor den nationalen Hallen-Meisterschaften in Dortmund (15./16. Februar) zufrieden, schließlich sollte der Länderkampf kein Prestige-Duell sein, sondern der Aufbauarbeit innerhalb des DLV dienen. „Wir haben uns keine Sieg-Chance ausgerechnet. Trotzdem ist es knapp geworden. Hätten wir nicht die verletzungsbedingten Ausfälle gehabt, wäre sogar ein Sieg möglich gewesen", sagte Horst Blattgerste, der Leistungssport-Referent des DLV.

Betroffen war unter anderem Margrit Klinger aus Obersuhl. Die WM-Vierte über 800 m mußte im 1500-m-Rennen an zweiter Stelle liegend zweieinhalb Runden vor dem Ziel wegen eines Krampfes aufgeben. Bei den Männern konnte der Dortmunder Jörg Vaihinger wegen einer Fußverletzung nicht in der abschließenden 4 x 400-m-Staffel antreten. „Mit Vaihinter hätte die Staffel gewonnen", sagte Blattgerste.

Für das erfreulichste Resultat im deutschen Team sorgte der deutsche Dreisprung-Meister Ralf Jaros. Der 19jährige verbesserte sich bei seinem Sieg mit 16,77 m um 14 Zentimeter und verfehlte dabei den deutschen Hallenrekord seines Vereinskameraden Peter Bouschen nur um 20 Zentimeter.

Die deutsche Meisterin Heike Redetzky aus Kronshagen sorgte bei ihrem Erfolg im Hochsprung mit 1,91 m ebenso für einen positiven Lichtblick wie der Wattenscheider Sprinter Hans Fritzsche. Der 24jährige, der in dieser Saison mehrmals unter 6,70 Sekunden gelaufen war, rang den britischen Junioren-Europameister Lincoln Asquith im zweiten 60-m-Lauf in 6,76 Sekunden nieder.

Erschreckend waren aber die Schwächen in den Sprung-Wettbewerben: Im Weitsprung kam Uwe Palm (Andernach/Neuwied) mit enttäuschenden 7,16 m auf Rang zwei, bei den Frauen reichten der Handorferin Ulrike Keller 6,09 m zum Sieg. Im Hochsprung der Männer gewann Gerd Nagel (Oberursel) mit 2,16 m.

Das international wertvollste Resultat erzielte die gebürtige Südafrikanerin Zola Budd über 3000 m. Die 18 Jahre alte Barfußläuferin stellte unter dem tosenden Beifall der 3000 Zuschauer mit 8:56,13 Minuten einen britischen Hallenrekord auf, der zugleich Commenwealth-Rekord bedeutete.

FUSSBALL

Portugal auf Malta 3:1

sid, La Valletta

In einem Qualifikations-Spiel zur Fußball-Weltmeisterschaft 1986 in Mexiko kam die Nationalmannschaft Portugals in La Valletta zu einem 3:1 (2:0)-Sieg über Malta.

Auch ohne ihre verletzten Mittelfeld-Stars Chalana und Pacheco unterstrichen die Portugiesen in La Valetta. daß der deutsche Teamchef Franz Beckenbauer sie mit Recht als Favoriten in der Gruppe betrachtet, aus der sich zwei Mannschaften für Mexiko qualifizieren.

Beckenbauer. der das Spiel auf Malta beobachtete, zeigte sich sichtlich beeindruckt von der Spielweise des Teams, das trotz des Anschlußtreffers durch die Malteser nicht in Gefahr geriet.

Mittelfeldspieler Carlos Manuel (6. Minute) mit einem Freistoß sowie Torjäger Fernando Gomes (13. Minute) hatten für die schnelle 2:0-Führung gesorgt, ehe Farrugia in der 59. Minute auf 1:2 verkürzen konnte. Gomes entschied die Begegnung mit seinem zweiten Treffer zum 3:1 (73. Minute) endgültig.

„Wir werden es in Lissabon sehr schwer haben, zumal wir durch die Spielausfälle wenig Spielpraxis haben", sagte Beckenbauer.

In der Tabelle führt jetzt Portugal, das ein Heimspiel gegen Schweden verlor, mit 6:2 Punkten vor Deutschland (4:0), das am 24. Februar in Lissabon antreten muß.

VOLLEYBALL

Niederlagen für Lohhof

sid/dpa, Forli

Mit zwei Niederlagen begann der deutsche Vollkeyball-Meister der Damen, der *SV Lohhof*, die Endrunde des Europapokals im italienischen Forli. Nach dem 0:3 gegen Olimpia Teodora Ravenna verloren die Schützlinge von Vereins- und Bundestrainer Andrzej Niemczyk am Samstag auch gegen den sowjetischen Meister ADK Alma Ata mit dem gleichen Resultat. Lohhof, in den letzten Jahren zweimal Dritter und einmal Vierter des Landesmeisterpokals, spielt nun gegen Tungsram Budapest um den dritten Platz.

Trotz der weitgehenden Unterlegenheit bleibt man in Lohhof gelassen. „für unsere junge Mannschaft war dieses Europapokal-Finale einfach zu früh, um ganz oben mitspielen zu können", sagte Niemczyk nach den Niederlagen. Im Spiel gegen Alma Ata hatte seine Mannschaft angedeutet, zu welch variantenreichem Spiel sie fähig ist.

Am Rande des Turniers gab Niemczyk ein vom Trainer-Rat ausgearbeitetes Fünf-Punkte-Programm zur Professionalisierung des Volleyball-Sports bekannt. Kernpunkt ist die Einführung von Firmen-Teams, die den Spielerinnen die nötige soziale *Absicherung bieten soll*. Niemczyk: „Was wir bislang erreicht haben, ist für die Struktur des deutschen Sports optimal. Doch wir wollen wir zur Weltspitze gelangen."

SCHWIMMEN / Kurzstreckler Michael Groß schwamm sensationelle Weltbestzeit über 800 Meter

„Es war einfach nur so, just for fun"

ULLA HOLTHOFF, Bonn

„Es war einfach *nur so, just for fun*. Weil es Spaß gemacht hat und weil es sonst so selten Gelegenheit gibt, 800 Meter auf der Kurzbahn zu schwimmen." *Michael Groß kommentierte* seine sensationelle Weltbestzeit von 7:38,75 Minuten über 800 m Freistil wie gewohnt. Nüchtern, sachlich, äußerlich unbewegt. „Es macht Spaß", sagt der Mund. Doch die Augen schweigen. Auch Mimik und Gestik geben keine Hinweise auf Gefühle. Er freute sich, doch er konnte seine Freude nicht beschreiben.

Michael Groß hat eine andere, eine eigene Art, sich auszudrücken. Er teilt sich in Rekorden mit, in unmißverständlichen Ziffern und Zeiten. Weil er klare Angelegenheiten liebt. Ohne Wenn und Aber. Er bleibt nichts schuldig, obwohl er nie etwas verspricht. Das sichert ihm die angestrebte Unabhängigkeit. Auf diese Weise kann er nicht enttäuschen. muß sich nicht rechtfertigen. Er ist *mit sich zufrieden, wenn er sein* Bestes gegeben hat. Doch wenn er sein Bestes gibt, bleibt die Konkurrenz auf der Strecke.

Michael Groß sprengt Dimensionen und Konventionen. In der Vergangenheit konnten sich die Schwimmer auf eine Art Gentleman-Agreement verlassen, ein unausgesprochenes, stillschweigend akzeptiertes Abkommen, wonach man dem Gegner gewisse Strecken zuerkannte und sich auf bestimmte Distanzen beschränkte. Diese Zeiten sind jetzt vorbei. Allerdings schien bislang auch kaum vorstellbar, daß ein Schwimmer in so unterschiedlichen Disziplinen wie 100 m Schmetterling und 800 m Freistil gleichzeitig so dominieren könnte wie jetzt Michael Groß.

Beim Arena-Meeting in Bonn kündigte er seinen zweiten Start über 800 m Freistil an und sofort war klar, daß dies einer Rekordankündigung gleich kam. Sogar der bisherige deutsche Rekordhalter Stefan Pfeiffer (Hamburg) war davon überzeugt. „Ich habe mich im Rennen nur an Sven Lodziewski orientiert. Mir war schon vorher klar, daß Michael schneller sein *würde als ich*."

Neben Stefan Pfeiffer, dem Bronzemedaillengewinner von Los Angeles und den beiden „DDR"-Stars Lodziewski und Steffen Liess, traf Michael Groß in Bonn auch noch auf die beiden amerikanischen Weltklasse-Schwimmer Dan Jorgensen und Dave Sims. Sie alle steigerten sich in dem schnellsten 800-m-Rennen, das je auf der Welt geschwommen wurde, zu neuen Bestleistungen. Dennoch hatten sie keine Chance.

Die Demonstration seiner Überlegenheit war eindrucksvoll und ein wenig beklemmend. Angesichts seiner langen, kraftvollen Züge erschien das 25-m-Becken plötzlich zu klein. Wie ein Käfig. Der Mann, den sie Albatros nennen, bewegte sich darin wie ein Roboter: mit ausgreifenden, gleichmäßigen Zügen, Atmung nach jedem dritten Zug, nicht im hektischen Zweier-Rhythmus der Konkurrenz. Unerschütterlich schwamm er dem angestrebten Rekord entgegen. 14 Sekunden von Wand zu Wand, 32 Bahnen, 31 Wenden. Die Gedanken waren dem Ziel untergeordnet: „Es ging alles furchtbar schnell. Es waren so viele Wenden und ich mußte mich auf jede Wende voll konzentrieren."

Weil er bei den Wenden den entscheidenden Vorsprung holen konnte. Seine Körpergröße von 2,01 m erlaubt ihm, bereits einen Meter vor der Wand zu wenden. Zwar sind Sven Lodziewski (2,00 m) und Stefan Pfeiffer (1,90 m) nur unwesentlich kleiner, doch Groß dreht schneller und drückt sich kräftiger von der Wand ab. Bereits an der ersten Wende gewann er so fast einen halben Meter.

Doch gleichgültig, wo er seinen Vorsprung holte: Die 800-m-Schwimmer müssen künftig damit leben, daß ein Kurzstreckenspezialist schneller ist. „Und das ist schon ein komisches Gefühl", meinte der bisherige Rekordhalter Stefan Pfeiffer.

Auf drei Schmetterlings- und vier Freistilstrecken hält er jetzt die deutschen Rekorde. Nur 50 m und 1500 m Freistil fehlen noch in seiner Sammlung. „Und wenn er will, kann er auch die 1500 m schaffen", ist Bundestrainer Manfred Thiesmann überzeugt. Doch Michael Groß wehrt ab: „Kein Gedanke. 1500 m sind einfach zu lang." Auszuschließen ist ein 1500-m-Versuch dennoch nicht. Denn wenn seine Überlegenheit auf den Kurzstrecken langweilig wird, muß er neue Ziele suchen.

SCHACH / Der Weltmeister zeigt Schwächen

Kasparows dritter Sieg

LUDEK PACHMAN, Bonn

Die Schach-Weltmeisterschaft in Moskau wird doch noch spannend. Seit 22 Partien kann Weltmeister Anatoli Karpow, der schnell mit 5:0 führte, nicht mehr gewinnen. Herausforderer Garri Kasparow gewann in der 48. Partie seinen dritten Punkt und zum zweitenmal hintereinander. Nun steht es nur noch 5:3 für Karpow, der weiterhin mit einem Sieg alles entscheiden kann. Aber: Der Titelverteidiger zeigt Schwäche. Wird er müde? Als Kasparow seinen schnellen Rückstand mit seiner angegriffenen Gesundheit erklärte, glaubte ihm kaum einer. War er am Anfang wirklich krank? Ist es Karpow jetzt?

Die Notation (Weiß Kasparow, Russisch): 1.e4 e5, 2.Sf3 Sf6, 3.Sxe5 d6, 4.Sf3 Sxe4, 5.d4 d5, 6.Ld3 Sc6, 7.0-0 Le7, 8.c4 Sf6,

In der 41. Partie (Karpow hatte Weiß) hatte Kasparow mit 8.... Sb4 fortgesetzt und besaß nach 9.Le2 dxc4, 10.Lxc4 0-0, 11.Sc3 Sd6!?, 12.Lb3 Lf6 schlechteres Spiel. Er konnte sich mit einem Bauern weniger erst nach einem schweren Fehler seines Gegners retten. Verständlicherweise weicht Karpow nun mit Schwarz von dieser Variante ab.

9.Sc3 0-0, 10.h3 dxc,

In einer im Jahre 1979 gespielten Partie (Velimirovic – Schüssler) geschah *10.... Sb4, 11.Le2 c5, 12.a3 Sc6*, 13.dxc5 dxc4, 11.Le3 und Weiß hatte Vorteil. Offenbar hält Karpow das Manöver Sb4 für keine Verstärkung der Verteidigung.

11.Lxc4 Sa5,

Der Sinn des Zuges: Schwarz will das Feld e6 für seinen Läufer freimachen.

12.Ld3 Le6, 13.Te1 Sc6, 14.a3 a6, 15.Lf4 ...

Nun hat Weiß aktivere Figuren, dafür jedoch einen isolierten Bauern. Die natürlichste Fortsetzung wäre nun 15.... Sd5, 16.Sxd5 Lxd5, 17.Se5 mit der Drohung 18.Dh5 und Weiß steht etwas besser. Die nächsten Züge des Weltmeisters sind recht unverständlich.

15.... Dd7?, 16.Se5! ...

Natürlich geht nun nicht 16.... Dd4??, 17.Sc6 bxc6, 18.Lxh7+ mit Damengewinn.

16.... Sxe5, 17.dxe Sd5, 18.Sxd5 Lxd5, 19.De2 g6!?,

Nach 19.... h6, 20.Tad1 Dc6, 21.Dxc6 Lxc6, 22.e6 hätte Weiß besseres Endspiel. Zusätzlich könnte er mit 20.De2 nebst Tad1 und Dh5 oder Dg4 auf Angriff spielen.

20.Tad1 c6!?,

Auch jetzt ergäbe sich nach Dc6, 21.Dxc6 Lxc6, 22.e6! ein vorteilhafteres Endspiel für Weiß. Allerdings wird es in der Partie für Schwarz auch nicht besser.

21.Lh6 Tfd8, 22.e6! fxe,

Natürlich nicht Lxe6, 23.Lxg6 und Weiß gewinnt.

23.Lxg6 Lf8, 24.Lxf8 Txf8, 25.Le4 ...

Nun hat Schwarz Bauernschwächen auf e7 und h7, außerdem ist sein König in Gefahr. Strategisch hat der Weltmeister die Partie unerwartet schnell verloren!

25.... Tf7, 26.Te3 Tf7, 26.Te3 Tg7, 27.Tdd3 Tf8, 28.Tg3! Kh8, 29.Dc3 Tff7, 30.Tde3 Kg8,

Verliert schon forciert einen Bauern, aber man kann kaum eine bessere Verteidigung finden. Falls 30.... Lxe4, 31.Txe4, Kg8, so folgt 32.Txg7+ Txg7, 33.Df6 und Schwarz kann Verluste ebenfalls nicht abwenden.

31.De5 Te7,

Oder Txg3, 32.Txg3+ Tg7, 33.Lxd5 exd5, 34.Txg7+ Dxg7, 35.Db8+ usw.

32.Txg7+ Txg7, 33.Lxd5 DxDe5,

Das Turmendspiel ist zwar glatt ver*loren, aber sonst wäre der Verlust* noch schneller. Zum Beispiel: exd5, 34.Db8+ Kf7, 35.Tf3+ Ke6, 36.Df8. Oder 35.... Kg6, 36.Dg3+ Kh5, 37.De5+ Tg5, 38.g4+ Kh6, 39.Df6+ Tg6, 40.Df8+ Dg7, 41.Df4+ Tg5, 42.h4 und gewinnt.

34.Lxe6+ Dxe6, 35.Txe6 Td7, 36.b4 Kf7, 37.Te3 Td1+, 38.Kh2 Tc1, 39.g4 b5, 40.f4 c5.

Hier wurde die Partie abgebrochen, so verwertete Kasparow seinen Mehrbauern zum Sieg:

41.bxc5 Txc5, 42.Td3 Ke7, 43.Kg3 a5, 44.Kf3 b4, 45.axb4 axb4, 46.Ke4 Tb5, 47.Tb3 Tb8, 48.Kd5 Kf6, 49.Kc5 Te8, 50.Txb4 Te3, 51.h4 Th3, 52.h5 Th4, 53.f5 Th1, 54.Kd5 Td1, 55.Td4 Te1, 56.Kd6 Te8, 57.Kd7 Tg8, 58.h6 Kf7, 59.Tc4 Kf6, 60.Te4 Kf7, 61.Kd6 Kf6, 62.Te6+ Kf7, 63.Te7+ Kf6, 64.Tg7 Td8+, 65.Kc5 Td5+, 66.Kc4 Td4+, 67.Kc3 aufgegeben.

TENNIS / Walther Rosenthal ist zurückgetreten

Stauder neuer Präsident

H.-J. POHMANN, Berlin

Mit Laierkasten und einem „Alt-Berlin-Buffet" wurde im feinen Schloßsaal der Berliner Nobelherberge Kempinski die 37. Mitgliederversammlung des Deutschen Tennis-Bundes (DTB) beendet. Die Delegierten der 14 Landesverbände hatten ein abwechslungsreiches Wochenende mit Besuchen beim Regierenden Bürgermeister und dem Parlamentspräsidenten hinter sich, und manch einen hatte es auch zum Boulevardkönig Harald Juhnke gezogen. Kein Wunder bei dieser Konstellation, daß der eigentliche Anlaß zur reinen Routine wurde. Dabei standen Neuwahlen auf der Tagesordnung.

Nach dem Rücktritt des Berliner *Walther Rosenthal, der zehn Jahre* Präsident des mit 1,7 Millionen Mitgliedern drittstärksten deutschen Sportverbandes war, mußte ein Nachfolger gewählt werden. Mit dem Essener Unternehmer Claus Stauder stand ein Mann bereit, der als Sportwart und Vizepräsident des DTB eine zehnjährige Tätigkeit im Präsidium nachweisen konnte.

Keine Frage daher, daß das Votum für Stauder einstimmig ausfiel. Erstaunlich jedoch die klaren Worte, die der neue Präsident in seiner Antrittsrede fand. Es klang nicht nach einem Lippenbekenntnis, wenn Stauder von einer „persönlichen Herausforderung" sprach. Vielmehr setzte er klare Schwerpunkte für seine Arbeit. Fast selbstverständlich mag es da klingen, daß Stauder den „Sport und die Sportler" in den Mittelpunkt seiner Aktivitäten stellen wird. „Wir müssen auch bei den Herren Anschluß an die Weltspitze finden. Dabei ist es mir allemal lieber, mit einem Weltklassespieler über sehr viel Geld zu verhandeln als mit einem guten Aktiven über viel Geld reden zu müssen." Doch schon im Anschluß daran wurden Probleme der Kommerzialisierung des Tennsisports deutlich auf den Tisch gelegt. Schon Walther Rosenthal, der vom neuen Präsidium unter demonstrativem Beifall der Versammlung zum Ehrenpräsidenten gewählt wurde, sprach von der „Steuerehrlichkeit und der Steuergefährlichkeit". Angenehm ist die derzeitige Situation für die Verantwortlichen nicht, denn ohne Steuerberater und Anwalt kann kaum noch ein Vertrag mit den Aktiven abgeschlossen werden.

Ausgeschöpft werden soll demnächst in verstärktem Maße auch die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Verbandes. „Es gilt die Chancen wie ein Unternehmer auszunutzen, ohne dabei Rücksicht auf ethische oder *moralische Bedenken zu nehmen*." Probleme der Umweltfragen wurden von Stauder genauso behandelt wie die Öffentlichkeitsarbeit, die „in Zukunft noch intensiver betrieben werden muß, um das Image des DTB zu verbessern".

Was im Anschluß an den Ausführungen vom neuen Präsidenten übrigblieb, war dann nichts weiter als ein Abklatsch früherer Verammlungen. Mit endlos langen, ohnehin schon vorher abgeklärten Absprachen, wurden an die 30 Neuwahlen (inklusive Ausschüsse), durchgezogen. Einstimmigkeit hieß hier die Formel. Und als gar Sportwart Peter von Pierer sein Sportprogramm und die Planungen für 1985 in genau 60 Sekunden vortrug, war die Luft endgültig raus. Keine Fragen zur Mannschaftsaufstellungen im Davis- oder Federationscup, kein Nachfassen zum umstrittenen Pool-Abkommen, nachdem die Aktiven lediglich mit DTB-Pool-Artikeln bei offiziellen Anlässen starten dürfen. Und als selbst eine neugefaßte Jugendordnung im Zufriedensein der Gäste unterging, stand die Gemütlichkeit wieder im Vordergrund.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

FUSSBALL

Erste englische Division, 27. Spieltag: Newcastle – Manchester United 1:1, Nottingham – Queens Park 2:0. – **Länderspiele:** USA – Schweiz 1:1, Chile – Finnland 2:0.

BASKETBALL

Bundesliga-Qualifikation, Herren, 2. Spieltag, Gruppe Süd: Bamberg – Langen 58/70. – Gruppe Nord: Oldenburg – Düsseldorf 74:71. – **Damen**, Meisterschaftsrunde, 4. Spieltag: Düsseldorf – München 97:70, Köln – Osterfeld 68:67.

EISHOCKEY

Bundesliga-Qualifikation: Frankfurt – Rießersee 2:7, Bayreuth – Füssen 6:2, Augsburg – Duisburg 12:3, Bad Tölz – Krefeld 2:3, Preußen Berlin – Essen-West 6:2.

HANDBALL

Länderspiele, Herren: Deutschland – Polen in Hamburg 22:18, Deutschland – Polen in Kiel 25:25. – **Damen**, Turnier in Cheb: Deutschland – CSSR 24:17, Jugoslawien – Dänemark 21:18. – **Bundesliga**, Damen, Gruppe Süd, Nachholspiel vom 12. Spieltag: Malsch – Humboldt Berlin 12:17.

HOCKEY

Bundesliga, Halle, Herren, 12. Spieltag. Gruppe Nord: Leverkusen – SW Köln 9:8, Gladbach – RW Köln 11:9, Großflottbek – Berlin 14:12, Braunschweig – Hannover 16:9. – Gruppe Süd: Limburg – Stuttgart 10:7, München – Heidelberg 8:10, BW Köln – Bad Dürkheim 7:14, Frankenthal – Mülheim 7:5. – **Damen**, 12. Spieltag. Gruppe Nord: DHC Hannover – Brandenburg 2:8, UHC Hamburg – Berlin 4:5, Braunschweig – Klipper Hamburg 9:7, HC Hannover – Charlottenburg 11:8. – Gruppe Süd: Raffelberg – Frankenthal 3:4, BW Köln – Leverkusen 5:8, Düsseldorf – Frankfurt 10:15, Hanau – Stuttgart 9:6.

VOLLEYBALL

CEV-Pokal, Damen in Augsburg, Endrunde: Bari – Maribor 3:0, Augsburg – Parma 3:1, Parma – Bari 0:3, Augsburg – Maribor 3:0. – **Europapokal**, Finale, Landesmeister Dmaen in *Forli/Italien: Ravenna – Lohhof 3:0*, Budapest – Alma Ata/UdSSR 0:3, Lohhof – Alma Ata 0:3, Ravenna – Budapest 3:1. – **Bundesliga**, Herren, 17. Spieltag: Paderborn – München 2:3, Berlin – Leverkusen 3:2, Fort. Bonn – SSF Bonn 3:1. – **Damen**, Nachholspiel: Oythe – Feuerbach 3:2.

SKI ALPIN

Weltmeisterschaften in Bormio, Slalom, Damen: 1. Pelen 1:29,58 Min., 2. Guignard (beide Frankreich) 1:29,93, 3. Magoni (Italien) 1:29,98, 4. Kronbichler (Österreich) 1:30,18, 5. Örtli (Schweiz) 1:30,21, 6. D. Tlalka 1:30,43, 7. M. Tlalka (beide Polen) 1:30,54, 8. Schmidhauser 1:30,72, 9. Gadient (beide Schweiz) 1:30,79, 10. Twardokens (USA) 1:31,35, ... 21. Kiehl 1:36,59. – **Slalom** der Herren: 1. Nilsson (Schweden) 1:38,82 Min., 2. Girardelli (Luxemburg) 1:38,88, 3. Zoller (Österreich) 1:39,35, 4. Stenmark (Schweden) 1:39,74, 5. Krizaj (Jugoslawien) 1:40,07, 6. de Chiesa (Italien) 1:40,27, 7. Mougel (Frankreich) 1:40,63, 8. Frommelt (Liechtenstein) 1:40,95, 9. Beck (Deutschland) 1:41,63, 10. Edalini 1:42,33, 11. Giorgi (beide Italien) 1:42,81, 12. Hangl (Schweiz) 1:43,19, 13. Berge (Norwegen) 1:43,40, 14. Neurlesser (Schweden) 1:43,72, 15. Cerkovnik (Jugoslawien) 1:44,63.

SCHWIMMEN

„Arena-Festival" in Bonn (25-m-Bahn), zweiter Tag, Endläufe, Herren: 100 m Freistil: 1. Schowtka (Deutschland) *49,99 Sek. – 400 m Freistil:* 1. Henkel (Deutschland) 3:46,44. – 200 m Brust: 1. Vermes (Ungarn) 2:15,71, ... 3. Kleinert (Deutschland) 2:16,62. – 200 m Schmetterling: 1. Groß (Deutschland) 1:54,78 (*Weltbestzeit*). – 100 m Rücken: 1. Richter („DDR") 55,05, ... 3. Rolko (Deutschland) 56,56. – 4x50 m Freistil: 1. Deutschland (Henter/Wiegel/Gösgen/Schadt) 1:30,81. – Damen: 200 m Freistil: 1. Strauß („DDR") 1:58,90, ... 6. Schuster (Deutschland) 2:03,48. – 100 m Brust: 1. Lempereuer (Belgien) 1:09,98. – 100 m Schmetterling: 1. Johnson (USA) 1:00,91, ... 3. Seick (Deutschland) 1:01,88. – 200 m Rücken: 1. Hayes (USA) 2:13,89, ... 4. Schlicht (Deutschland) 2:15,16. – 200 m Lagen: 1. Campbell (Kanada) 2:16,77, ... 5. Schulz (Deutschland) 2:20,56. – 4x50 m Freistil: 1. USA I 1:43,00, 2. Deutschland I (Zscherpe/Rödder/Schuster/Seick) 1:44,67.

WASSERSPRINGEN

41. Deutsche Meisterschaften im Kunst- und Turmspringen in Aachen. Turmspringen, Frauen: 1. Mingers (Aachen) 383,43 Punkte, 2. Pecher (Köln) 365,70, 3. Finke (Aachen) 356,94. – 3-Meter-Brett, Männer: 1. Dörr (Gelshausen) 665,70, 2. Killat (München) 663,03, 3. Strasek (Aachen) 609,27.

JUDO

Bundesliga, Gruppe Nord, erster Wettkampftag: Köln – Remscheid 7:9, Düsseldorf – Wolfsburg 4:15, Berlin – Bremen 13:4.

REITEN

21. Hallen-Turnier in Bremen: S-Springen mit Stechen: 1. Koof (Willich) *auf Domlerche 0/26,7, 2. Kenn* (Winningen) auf Feuergeist 0/27,4, 3. Sloothaak (Damme) auf Whisky) 0/30,2, 4. Astolfi (Mühlen) auf Baroness 0/30,4, 5. Henkel (Wedemark) auf Mr. Miller 0/31,1. 6. Nagel (Friedrichskoog) auf Gaucho 0/31,4. – S-Dressur für Amazonen: 1. Grillo (Mülheim) auf Losander 493, 2. Winter (Wedemark) auf Taifun 473, 3. Bemelsmann (Krefeld) auf Don Bijou 471, 4. Schad (Bremen) auf Ajaimel 465, *5. Jensen (Dänemark) auf Tarokko 451*. 6. de Bary (Schweiz) auf Lysander 441.

BOXEN

Bundesliga, 6. Wettkampftag. Frankfurt – Mülheim 13:13, Leverkusen – *Ahlen 14:12, Württemberg* – Eichstätt 18:0.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 6, 7, 15, 20, 27, 34, Zusatzzahl: 36. – **Spiel 77:** 8 7 4 5 4 1 2. – **Toto, Elferwette:** 0, 0, 1, 1, 2, 1, 0, 0, 0, 2, 2. (*Ohne Gewähr*).

Golf und Naturschutz

GERD A. BOLZE, Frankfurt

„Golf – Sport in Landschaft und Umwelt", unter diesem Titel legte der Deutsche Golf-Verband (DGV) den über *220* Delegierten auf seinem 66. Verbandstag in Frankfurt eine Broschüre vor. Mit dieser wird auf 28 Seiten bewiesen, das Golfplätze *die* Landschaft *nicht* zerstören, sondern sie erhalten. Voraussetzung dafür ist jedoch, daß Golfer mit den Natur- und Umweltschützern zusammenarbeiten. Dieses bejahte und bestätigte auch der eingeladene Nicht-Golfer Professor Wolfgang Haber, der bekannte Landschaftsökologe.

Der schon seit drei Jahrzehnten anhaltende Aufwärtstrend des deutschen Golfsports setzte sich auch in *1984* mit weiteren sieben Prozent Zuwachs fort: Die Golfzahl stieg um 4415 auf nunmehr 67 332, davon sind 9837 Jugendliche bis 21 Jahre. Die Zahl der Klubs vergrößerte sich um weitere zehn auf nunmehr 201. Damit beträgt das Wachstum des DGV seit seiner Wiedergründung in 1952 im statistischen Mittel 10,7 Prozent pro Jahr.

Als Verbandspräsident wurde Jan Brügelmann (Köln) nach seiner *ersten Amtsperiode auf weitere drei* Jahre einstimmig wiedergewählt. Neulinge im erweiterten Präsidium sind die Rekordnationalspielerin Marion Thannhäuser als Vorsitzende des Jugendausschuß, Herrmann Busch (beide Hamburg) und Christian Strenger (Kronberg).

Pankraz, Parmenides und die Chaosforscher

Eine neue Forschungsrichtung belästigt Pankraz, die sogenannte Chaosforschung. Lästig ist dabei nicht so sehr die von Physikern betriebene Forschung selbst als vielmehr das unzuständige, pseudo-sensationelle Gerede im Umfeld der Physiker. Wieder einmal haben es die Philosophen vom Fach versäumt, sich rechtzeitig interpretierend einzuschalten. Hätten sie es getan, dann wäre es gar nicht zu einer so mißverständlichen Formulierung wie „Chaosforschung" gekommen. Über das Chaos, das schlechthin Ungeordnete, läßt sich nicht forschen, läßt sich nicht einmal sinnvoll reden. Forschung ist auf Regel, Gesetz, Norm aus, und wo sich Regeln, Gesetze und Normen entdecken lassen, ist eben kein Chaos.

Man sollte statt von „Chaosforschung" lieber von Forschung über die Instabilität von Systemen sprechen. Das Regelgebäude der klassischen Mechanik ist zum Beispiel ein solches System. Daß es sich bei ihm um die Idealisierung eines in Wirklichkeit durchaus unstabilen, temporären Naturzustands handelt, überrascht Philosophen sehr viel weniger, als Physiker vielleicht glauben. „Alles fließt", konstatierte schon Heraklit, und Epikur sprach vom „freien Fall der Atome", d. h. von der Regellosigkeit auch der unbelebten Natur, auf deren „Entdeckung" Ilja Prigogine heute so stolz ist.

Die „Chaosforscher" sind sich übrigens völlig im unklaren darüber, was nun zuerst da war, das Chaos oder doch die Ordnung. Die meisten Experimente gehen von der Ordnung aus, vom meßbaren Pendelschlag etwa, dessen Antriebskraft man minimal verstellt, wodurch man letztlich ein „Chaos" erzeugt, eine nicht mehr vorherbestimmbare Änderung dieses Pendelausschlags. Deshalb spricht man ja auch vom „determinierten Chaos", wiederum einer logischen Unmöglichkeit, die jedem philosophisch Gebildeten wehtut.

Andererseits gibt es auch Experimentatoren, die vom Chaos ausgehen und schließlich zu neuen Ordnungen gelangen. Mitchell Feigenbaum tat das, als er wahllos Computermüll immer wieder ins System einspeiste, das daraufhin über kurz oder lang mit der Produktion regelmäßiger Ergebnismuster reagierte. Dieses „Feigenbaum-Phänomen" hat hier und da die Hoffnung geweckt, daß es mit Hilfe der „Chaosforschung" gelingen möge, bisher undurchschaute Strukturen normativ in den Griff zu bekommen. Pankraz wagt dagegen die Voraussage, daß die neue Forschungsrichtung eine strikt akademische Disziplin bleiben wird, deren praktischer Ertrag für Technik und Lebenswelt gegen Null tendiert.

Und auch der theoretische Ertrag, der sich bisher aus der neuen Disziplin ausmünzen läßt, wirkt ein wenig banal. Zeiten vergleichsweiser hoher Systemstabilität, so lernen wir, werden abgelöst von solchen der Unordnung, des Chaos und der Revolution, und umgekehrt. Ein System befindet sich zum Beispiel schon seit geraumer Weile im schönsten Gleichgewicht – da fällt es plötzlich einem winzigen Elektron ein, sich einmal statt nach rechts nach links zu drehen, mit der Folge, daß sich allmählich das ganze System revolutioniert. Warum das Elektron aber seinen „Sinn" änderte – niemand weiß es, und niemand wird es je wissen.

Es gibt also eine grundsätzliche Unschärfe des Seins, die nicht nur im beobachtenden Menschen liegt, wie noch Werner Heisenberg glaubte, sondern in der Natur selbst. Nichts „muß" so sein, wie es ist oder zu sein scheint. Nicht die Einheit ist Trumpf, sondern die Vielheit. Kein Elektron, kein Bakterium, keine geklonte Maus ist genau wie die andere, und niemand „muß" sich an irgendwelche Gesetze halten. „Any thing goes" oder ist wenigstens „possible".

Wer diesen ontologischen Anarchismus nun aber für einen kompletten Sieg des Heraklit über Parmenides hält, der sei gewarnt. Gerade die ungeheure Beliebigkeit des sinnfälligen Seins ist ein starkes Argument zugunsten des letzteren, der die Vielfalt für nichtig und zur bloßen Illusion erklärte. Wenn wirklich am Anfang das Chaos steht, wie schon Hesiod lehrte, weshalb dann allenthalben der Drang nach Struktur und System, nach Ordnung und Gesetz? Das populäre neodarwinistische Argument, daß komplexe Strukturen eben „zufällig" entstünden, überzeugt wenig. Man denke nur an die ungeheure, trilliardenfache Zusammenballung von Zufällen, die notwendig wäre, um eine komplexe Struktur spontan entstehen zu lassen. Man kann eine solche Zusammenballung natürlich tapfer ebenfalls Zufall nennen, doch die Position, in die man dadurch gerät, ist sehr viel weniger glaubhaft als die Annahme, daß dem „Chaos" von Anfang an Ordnung und Gesetz eingeimpft waren.

Mit anderen Worten: Am Anfang stand nicht das Chaos, sondern das „Wort", das die Vielheit gewissermaßen als Resonanzboden brauchte, um sich selber vernehmbar zu werden. Zwar mag alles im Sinne von Heraklit fließen, zwar mag die Natur im Sinne des „Chaosforschers" Prigogine eine eigene Geschichte haben und damit die Naturgesetze immer wieder verflüssigen – an der Grundannahme des Parmenides, daß Bewegung und Geschichte nur selbstvergewissernde Funktion des Einen und unveränderbaren Seins seien, muß sich dadurch nichts ändern. So dachte auch der alte Heidegger, für den alle Philosophie letztlich auf das Sagen des Einen hinauslief und im „Geläut der Stille" kulminierte.

Der Honig, den einige politische Chaotiker von der grünen Couleur aus der physikalischen Chaosforschung ziehen möchten, schmeckt bitter. Sie sollten sich lieber an den „grünen" Stammvater Ralph Waldo Emerson halten, der geschrieben hat (Essays, 3. Teil): „Des Menschen Aufgabe ist es, das Chaos zu zähmen und auf allen Seiten die Saat des Wissens und des Gesanges auszustreuen, auf daß Klima, Frucht und Getier milder werden und der Same der Liebe und des Wohltuns sich mehre."

Pankraz

Kölner Funkhaus: Alban-Berg-Uraufführungen

Wache Todessehnsucht

Der Rundfunk hat einen neuen Star: er heißt Wilhelm Matejka und ist Redakteur für Kammermusik beim WDR in Köln. Aber mehr als das: er ist ein musikalischer Causeur mit präzisem Wissen und österreichischem Charme. Von morgens neun bis nachts um zwei am Tag des 100. Geburtstags moderierte er ein Alban-Berg-Marathon, ohne daß man seiner oder gar Bergs müde geworden wäre. Im Gegenteil: nach wenigen Stunden war man so mit den Lebensumständen Bergs und seiner Zeit vertraut, daß man die musikalischen Saalschlachten von vor 75 Jahren noch einmal schlug.

Die Krönung des langen Tages mit Alban Berg freilich war ein abendliches Konzert im Kölner Funkhaus, bei dem insgesamt 14 frühe Lieder und drei instrumentale Kammermusikwerke Bergs zur Uraufführung kamen. Das gegen alle Widerstände der Alban-Berg-Gesellschaft in Wien durchgesetzt zu haben ist schon ein rechtes Husarenstück.

14 Lieder, nachdem schon weitere sechs im Laufe des Tages über den Sender gegangen waren: das ist die Auswahl aus einem dreimal so dicken Pandekt, die Dietrich Fischer-Dieskau und Aribert Reimann getroffen haben. Sie versichern, daß dies die guten, aufführungswerten Stücke des jungen Autodidakten Berg seien, die entstanden, bevor er von Arnold Schönberg unterrichtet wurde. In der Tat hört man hier schon sehr viel Berg; die langsamen Tempi, die langen Melodieverläufe, die oft so lang sind wie das Stück selbst, aber auch der Wille und die Fähigkeit, Emotionen musikalisch zu formulieren und auszusprechen, alles das ist in diesen Frühwerken schon voll ausgebildet. Woran es hapert, ist bloß das Handwerkszeug, das Wissen um das Wie.

In der noch tonalen, aber harmonisch sich komplizierenden Musik drückt sich ganz die Wiener Jahrhundertwende aus, Weltschmerz, Dekadenz, Todessehnsucht, Selbstquälerei. Fischer-Dieskau und Reimann rufen dieses schwerlastende Fin-de-siècle-Gefühl eindrucksvoll wach.

Das Alban-Berg-Quartett aus Wien stellte seine Kompetenz nicht nur mit Aufführungen des Streichquartetts Opus 3 und der „Lyrischen Suite" heraus, sondern auch mit der Uraufführung von vier Streichquartett-Variationen über ein eigenes Thema in D-Dur von 1904, wohl eine der ersten Früchte des Unterrichts bei Schönberg, denn vorher hatte Berg überhaupt nicht daran gedacht, Instrumentalmusik zu schreiben.

Wie wenig es ihm bald darauf schon um das Klangfarben ging, wie sehr hingegen um musikalische Architektur, das zeigen seine Bearbeitungen von Werken für Klavier vierhändig, von denen hier eine Fassung von Schönbergs Kammersinfonie Opus 9 und des eigenen Streichquartetts Opus 3 zur Uraufführung kamen. Ob Berg und seine Schwester Smaragda, die wohl begeisterte Spieler zu vier Händen waren, mit der Fulminanz das haben aufführen können, wie jetzt die Brüder Anthony und Joseph Paratore, sei dahingestellt. Sie jedenfalls machten diese Klavierfassungen zu genau dem, was Berg von ihnen verlangte: Stücke von eigenem Wert zu sein, nicht bloß Bearbeitungen.

REINHARD BEUTH

Hier werden auch englische Theaterfans bedient – Das kulturelle Zentrum der Exilpolen in London

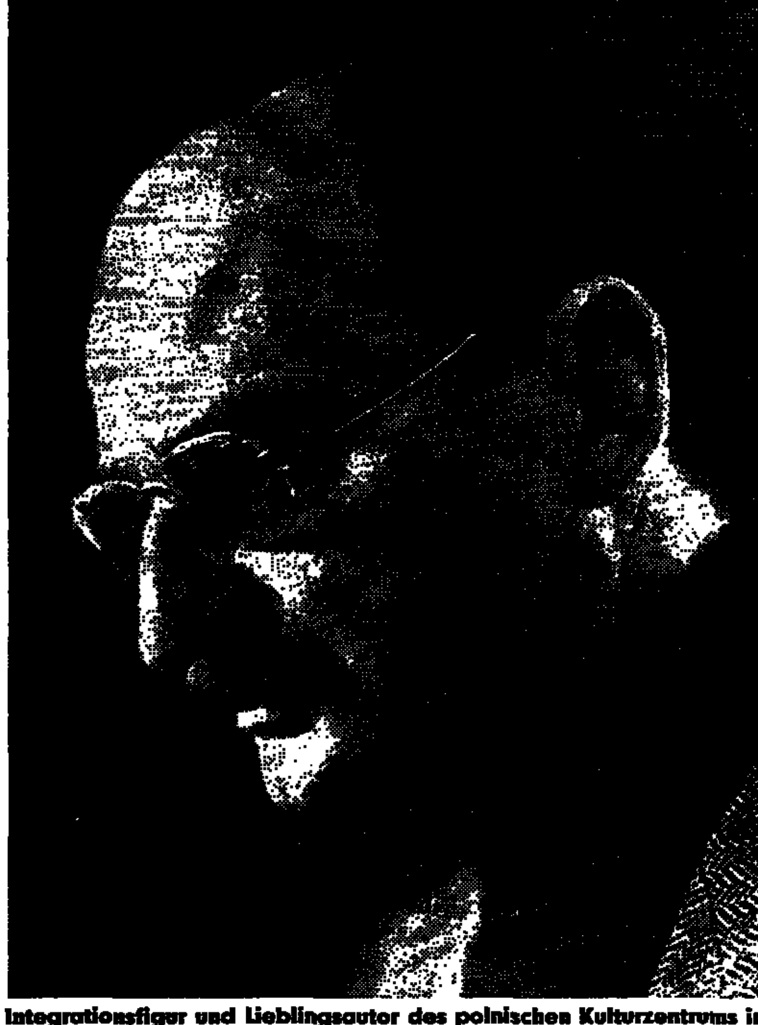
Ein Duell zwischen Sux und Unsux

Wer sich etwas gründlicher auf die zahlenmäßig große, kulturell außerordentlich vielfältige polnischen Emigrantenszene in London einläßt, wird von einer Welle der Herzlichkeit empfangen. Hier herrscht der echt europäische Geist gegenseitigen Verständnisses und gemeinsamen Erkundens neuer Möglichkeiten. Kein Wunder also, daß Londons Exilpolen ihr vor knapp drei Jahren im „Polenviertel" Hammersmith eröffnetes Theater auch dem Gastland mit englischsprachigen Inszenierungen polnischer Stücke zugänglich machen.

So kam es, daß jetzt Slawomir Mrozeks 1983 am Königlichen Theater Stockholm uraufgeführte Komödie „Sommertag" in ihrer englischen Version ausgerechnet an der polnischen Exilbühne herausgebracht wurde. Die Londoner pilgerten in Scharen zum „Teatr Polski" in die King Street, denn ein neuer Mrozek ist allemal ein Ereignis, auch für das verwöhnte Londoner Publikum.

Regisseur Peter McAllister ist zwar Engländer, aber mit der polnischen Theaterszene bestens vertraut (er war Andrzej Wajdas Assistent bei dessen Krakauer „Antigone" im letzten Jahr). Er verpflichtete mit Jonathan Hacket und Philip Voss die zwei Meister des Mimischen, die Mrozeks manchmal recht abstrakten Dialogen jene menschliche Dimension zu geben vermögen, die Denkspiele erst in lebendiges Theater umsetzt. Die unverkennbare Hinwendung des in Paris lebenden Autors zum dezidiert politischen Theater, zu beobachten in den Stücken „Der Botschafter" und „Alfa", ist im „Sommertag" allerdings wie aufgehoben. Es scheint, als wolle Mrozek da bewußt an die frühen Stücke des absurden Theaters eines Eugène Ionesco oder Samuel Beckett anknüpfen.

Wenn sich der Vorhang zu einer Szene mit Parkbank, Baum, Strick mit Schlinge und einem (fast) entschlossenen Selbstmörder hebt, meint man, um zwei Jahrzehnte zurückversetzt zu sein. Um so mehr, als bald ein Passant hinzukommt, eine Pistole aus der Westentasche zieht und sich ebenfalls zu suizidalen Absichten bekennt. Das Stück gewinnt seine Komik und seine abgründigen Dimensionen durch den immer wieder ins Absurde ausufernden Dialog der beiden Selbstmordkandidaten.



Integrationsfigur und Lieblingsautor des polnischen Kulturzentrums im Londoner Stadtteil Hammersmith: Slawomir Mrozek FOTO: DPA

Der erste, Unsux, ist der geborene Versager, für den das Leben bedeutungslos geworden ist, weil er nichts zuwege gebracht hat – und der natürlich auch noch seinen Abgang mit dem Strick vermasselt. Hacket spielt die chaplinesken Clownszüge dieser Figur köstlich aus. Sux, der Mann mit der Pistole, ist bis in die Handschuhspitzen der Mann von Welt, der an Weltschmerz leidende Tragöde, der einer sterilen Welt den Rücken kehren will.

Mrozek entfesselt ein hintersinniges Duell zwischen den beiden, in dem immer wieder messerscharfe Paradoxa aufblitzen. Sux beweist Unsux, daß dieser im Grunde ein positiver Charakter sei, denn vor jeder drohenden Niederlage würde er immer wieder von der Hoffnung eingeholt. Dann schwebt eine geheimnisvolle Schöne vorbei, die verhinderten Selbstmörder stellen ihr nach, der Erfolgsmann jagt dem Versager das Wild ab, indem er den erklärten Nichtschwimmer glauben macht, daß er in seinem Liebesüberschwang alles könne, eben auch schwimmen. Er läßt ihn, kühl zusehend, absaufen.

Das „Polnische Theater" mit seinen 300 Plätzen ist inzwischen zum natürlichen kulturellen Treffpunkt der polnischen Emigranten geworden, von denen es allein in London über 40 000 gibt. Ein gutes Café-Restaurant ist angeschlossen, es gibt eine respektable Bibliothek und noch manch andere „Facilitäten".

„Polnisches Theater gibt es in London schon seit 43 Jahren", erzählt uns stolz Irena Delmar, Vorsitzende des 100 Mitglieder starken „polnischen Künstlerverbandes im Ausland". Dieser Verband kümmert sich in London um polnische Kultur und eben auch um polnisches Theater. Lange Zeit spielte man im Zimmertheater des „Polish Hearth Club", konzentriert nun aber seine Aktivitäten auf das Zentrum in Hammersmith.

Der Verband war immer wieder Auffangbecken für neue Flüchtlingswellen, es kamen Sänger, Tänzer, Schauspieler. „Den letzten großen Schub gab es nach dem Verbot von Solidarność", berichtet Frau Delmar, die zur gegenwärtigen Situation in Polen erklärt: „Die Repression hat erheblich zugenommen. Wir bekommen das ganz konkret an der Zunahme der Texte zu spüren, die in Polen keine Aufführungschance haben. So berücksichtigt unser Spielplan zwar zur Hälfte unsere polnischen Klassiker, die andere Hälfte aber sind Texte zeitgenössischer Autoren."

Vor zwei Jahren entstand außerdem das „Teatr Nowy", das die polnische Premiere von Mrozeks „Alfa" bot. Es ist eine kleine, aber sehr rührige Truppe, die im Jahr an die vier Inszenierungen in Hammersmith herausbringt. Wie stark das Interesse der Exilpolen gerade am Theater ist, zeigen schließlich auch noch die Gruppe „Pro Arte" und ein gut frequentiertes Kindertheater.

Betreibt das offizielle polnische Kulturinstitut die von Warschau für das Ausland festgelegte Kulturpolitik, so ist das Zentrum in Hammersmith ein von Spenden getragenes, als wohltätige Stiftung anerkanntes Haus, wo die erste Sprache der Teenager Polnisch geblieben ist. Die schon 1942 gegründete Bibliothek umfaßt stolze 100 000 Titel und hat selbst inzwischen 10 000 Arbeiten veröffentlicht. Bemerkenswert der Fanklub für den größten polnischen Autor englischer Zunge, Joseph Conrad. Und das Essen im Restaurant ist ausgezeichnet. Natürlich bietet man herzhafte polnische Küche, von der auch mancher genuine Engländer angezogen wird.

SIEGFRIED HELM

München: Das New Japan Philharmonic Orchestra aus Tokio unter Seiji Ozawa auf Europa-Tournee

Johann Sebastian Bach als klingende Software

Mozart, Beethoven und Tschaikowskij sind die musikalischen Staatsgötter in Japan. Das Inselreich bietet einen der ergiebigsten Märkte für Klassik-Schallplatten auf der Welt. Diese sieht staunend zu, wie nach Hunderten zählende Kinderscharen nach der Suzuki-Methode die Geige zu kratzen lernen. Japans junge Musiker kassieren die Wettbewerbspreise, wo immer sie auftauchen. Der Konzern Yamaha baut vorzügliche Klaviere. Japanische Dirigenten genießen Weltruhm und haben sich, von Seiji Ozawa in Boston abwärts, Klasse-Orchester der Alten und der Neuen Welt gesichert. Nur an einem scheint es in Japan zu knappen: an eigenen Orchestern, die mit denen Europas und Amerikas um den Lorbeer streiten könnten.

Daß dies eine vorschnelle Meinung ist, wollen die Japaner den Europäern künftig beibringen. Europa soll die Orchester Japans kennenlernen. Ein löbliches Unterfangen, aber ohne japanische Mäzene ist da nichts zu machen. So kam die Mitsui-Gruppe auf die Idee, ein „Close-up of Japan" nach vergleichbaren Kulturwochen in San Francisco und New York nun auch einmal in London zu veranstalten und zum Auftakt gleich das ganze „New Japan Philharmonic Orchestra" von der einen Seite her einzufliegen, von der anderen Seite, aus Boston, Seiji Ozawa, der diesem Orchester seit seinem Beginn vor zwölf Jahren ständig verbunden ist.

Die musikalische Hundertschaft bloß für ein einziges Konzert um die halbe Welt fliegen zu lassen wäre nun doch ein zu unsinniger Luxus gewesen, so finanzierte die NEC-Corporation noch gleich eine kleine Europa-Tournee mit den feinsten Adressen hinterdrein: am Wochenende München, dann Rom, Paris und schließlich Düsseldorf (12. Februar), wo allerdings dann nicht mehr Ozawa, sondern Michi Inoue, der jetzige Chef des Orchesters, dirigieren wird.

In München nun gab es Beethoven und Bach als Vorspeise und Dessert: Das New Japan Philharmonic Orchestra erwies der deutschen Musikkultur seine Reverenz, ohne sich zutiefst vor ihr zu verbeugen. Das Hauptprogramm aber enthielt Beethovens dritte Leonorenouvertüre, die „November Steps" von Takemitsu und Tschaikowskijs „Pathétique". Deutsche Sinfonien von Beethoven, Schumann oder Brahms haben die selbstbewußten Japaner ausgespart. Ihrer sprichwörtlichen Höflichkeit verdankte das kräftig applaudierende Münchener Publikum Bachs berühmte „Air" aus der 3. Orchestersuite. Der ätherisch feine Klang der Streicher stellte eine bestrickende Form der Software aus dem Land der aufgehenden Sonne dar.

In den hinteren Reihen des Orchesters sitzen Bläser, die tadellos und makellos intonieren, denen jedoch die Strahlkraft und der satte Klang ihrer amerikanischen Kollegen fehlen. Es ist aber erstaunlich, wie sich dieses Orchester zu einem beachtlichen Klangkörper gefestigt hat, der unter Seiji Ozawas energischem Taktstock Tschaikowskijs sechste Sinfonie sachlich, weich und schmiegsam zu Gehör brachte, ohne eine Spur von Larmoyanz. Ozawa dirigierte wieder einmal das ganze Programm auswendig, wobei er gerade die „Pathétique" bis ins letzte Detail zu kennen scheint. Das Allegro con grazia des 2. Satzes ist samtweich gespielt. Die eleganten Bögen fallen wie Spitzen von den Stäben der ersten Geigen, geklöppelt von zarten Damenfingern. Der Tränenfluß im 4. Satz wird unterbunden. Russische Melancholie ist nicht die Sache der Japaner. Yoko Seto, grazile Konzertmeisterin, exerziert mit ihren Pultkolleginnen und den wenigen männlichen Geigern disziplinierte Phrasieren.

Ungebunden und frei improvisieren durften indessen Katsuya Yokoyama auf der Shakuhachi, der japanischen Klarinette, und die alte Dame Kinshi Tsuruta auf der Biwa, der japanischen Laute. Sie gaben eine Kostprobe der alten japanischen Musik, die dumpf, nachdenklich, melancholisch und für deutsche Ohren allzu archaisch klingt. Toru Takemizu baute die beiden altjapanischen Solisten mit ihren Instrumenten in seine Komposition „November Step" ein, die 1967 vom New Philharmonic unter Ozawa uraufgeführt worden ist. Takemitsus in Noten gesetzter west-östlicher Diwan, die Synthese von uralter japanischer Musik und europäischer Moderne, klingt doch sehr gezwungen versöhnend, wo einfach Meilen des Kunstverständnisses und des Klangbildes zwischen Stilelementen liegen.

Als Ausdruck der japanischen Emanzipation von der europäischen Musiktradition und der selbstbewußten Besinnung auf eigene musikalische Werte hat diese Komposition sicher ihren festen Platz im Repertoire des New Japan Philharmonic. Dennoch wäre es wünschenswert, wenn dieses Orchester beim nächsten Zwischenstopp in Deutschland Beethoven und Bach nicht nur als Randbemerkungen brächte. Wieviel spannender klängen darüber hinaus Schumann, Mendelssohn oder Beethoven, wenn sie mit der Verve gespielt würden wie Tschaikowskijs aufgewühlte „Pathétique", die der Zauberstab Seiji Ozawas ihrer Schwermut beraubte.

FERRY KEMPER

Das Düsseldorfer Stadtmuseum zeigt das Werk des Malers Robert Pudlich

Gustaf Gründgens war hell begeistert

„Frau Ey als Spanierin" (um 1930) von Robert Pudlich FOTO: LANDESBILDSTELLE NIEDERRHEIN

Robert Pudlich war eine der liebenswürdigsten Erscheinungen im rheinischen Kulturleben der 20er bis 50er Jahre. Der geborene Dortmunder starb 1962 in Düsseldorf; in diesen Tagen wäre er 80 Jahre alt geworden. Er blieb unvergessen durch eine Reihe von Wandbildern in rheinischen und westfälischen Städten, in Düsseldorf vor allem, wo nach ihrer Restaurierung die vier Sgraffiti im Foyer des Opernhauses jetzt wieder in ihrer ganzen Schönheit uns auch an den ingeniösen Theatermaler Pudlich erinnern (der auch das Signum des Düsseldorfer Schauspielhauses gezeichnet hat: den Löwen, der sich hinter einer Maske verbirgt).

Von Pudlichs „Käthchen"-Bühne fühlte sich selbst Gustaf Gründgens – der den Maler sozusagen fürs Theater entdeckt hat – zu den Zeilen gedrängt: „Lieber Robert, es ist nicht üblich zwischen uns – aber diesmal muß es gesagt werden: Ich bin voller Bewunderung über Deine große Kunst in Käthchen. Es ist für mich einer der Höhepunkte meines künstlerischen Lebens."

Pudlichs Theaterbegabung konnte Kenner seiner Kunst eigentlich kaum überraschen. Es gab da immer schon Affinitäten in seiner Malerei, die es liebte, Personen und Gruppen szenisch zu arrangieren, dekorativ ins Bild zu setzen, lebendige Situationen zu „inszenieren". Dabei folgte er keiner Theorie, keiner Stilrichtung – allen Ismen wußte er stets elegant auszuweichen –, sondern er hielt sich an die sichtbare Welt und ihre Menschen. Hier fand er die unerschöpflichen Themen, denen seine geistreiche Phantasie die unverwechselbare Grazie und den sublimen Zauber abgewann, die seine Bilder und Zeichnungen auch in finsteren Zeiten auszeichneten. Denn seine Zeichnungen stehen mindestens gleichrangig neben den Ölbildern und Aquarellen.

Sein Studium an der Düsseldorfer Akademie – wo er später zu den beliebtesten Lehrern zählte – hatte sich Pudlich als zeichnender Reporter in Gerichtssälen, bei Radrennen, Boxkämpfen und anderen Veranstaltungen verdient. Schon dort bewährten sich seine rasche Beobachtungsgabe, seine sichere Hand, sein flinker, zupackender Strich, dessen Schwung mit der Zeit mehr und mehr an Melodie und Rhythmus gewann.

Die Geburtstagsausstellung des Düsseldorfer Stadtmuseums verzichtet leider auf die Zeichnungen wie auch auf Kostproben von Pudlichs phantasievollen Illustrationen (zu eigenen und fremden Texten) und konzentriert sich auf die Gemälde der 30er und frühen 40er Jahre (Leihgaben des Kunstmuseums und aus Privatbesitz); dabei zeigt sie sich nach Art des Hauses bemüht, den notorischen Einzelgänger im Zusammenhang mit der Düsseldorfer Kunstszene jener Jahre darzustellen und gleichzeitig nachzuweisen, was für ein ernsthafter Künstler Robert Pudlich doch im Grunde war, der nicht nur Theater, Zirkus, Märchen und antike Schönheit im Sinn hatte, sondern zum Beispiel auch eine beachtliche „Grablegung" gemalt und hinter dem schönen Schein auch viel Melancholie, Trauer und Wehmut versteckt oder verschleiert hat. (Bis 8. April.)

EO PLUNIEN

JOURNAL

Retrospektive der Berlinale eröffnet

dpa, Berlin

Mit den Filmen „Das Boot", „Die Vögel" und „Silent Running" (Lautlos im Weltraum) wurde in Berlin die Retrospektive der 35. Internationalen Filmfestspiele unter dem Motto „Special Effects" eröffnet. Zumeist bekannte Produktionen aus 80 Jahren Filmgeschichte führen in den nächsten zwei Wochen im Filmtheater „Astor" am Kurfürstendamm durch die phantastische Welt der kleinen und großen Monster, der Märchen, Fabeln und galaktischen Abenteuer. Ehemalige Kassenschlager wie „King Kong", „Der Exorzist" oder „Mary Poppins" stehen neben Experimentalfilmen oder Episoden aus der in den 60er Jahren beliebten Fernsehserie „Raumpatrouille" auf dem Programm.

Wajda dreht wieder einen Film in Polen

AFP, Warschau

Nach einer Unterbrechung von drei Jahren wird der polnische Filmregisseur Andrzej Wajda wieder einen Film in seinem Heimatland drehen. Als Vorlage dient ihm „Chronik der liebevollen Ereignisse", ein Buch seines Landsmannes Tadeusz Konwicki, der auch eine der Hauptrollen spielen wird. Daneben wird Wajda in seiner ersten Arbeit seit dem „Mann aus Eisen" vorwiegend mit unbekannten, jungen Schauspielschülern arbeiten. Wie Wajda erklärte, habe er von vornherein auf einen politischen Stoff verzichtet, den er in Polen nicht hätte drehen *können*. Das Buch Konwickis, das Erlebnisse junger Menschen aus dem Polen des Jahres 1939 schildert, sei jedoch sofort von der staatlichen Filmkommission akzeptiert worden.

Kritikerpreise für Reitz, Fechner und Bausch

dpa, Berlin

Der Filmregisseur Edgar Reitz („Heimat"), der Autor und Fernsehregisseur Eberhard Fechner („Der Prozeß") und die Choreographin Pina Bausch zählen zu den Trägern des Kritikerpreises 1984, der vom Verband der Deutschen Kritiker in der Akademie der Künste in Berlin verliehen wurde. Die anderen Preisträger sind in der Sparte Bildende Kunst der Bildhauer Ulrich Rückriem, in der Sparte Musik der Dirigent Gerd Albrecht, in der Sparte Literatur der Autor Gert Henniger und in der Sparte Theater der Regisseur Jürgen Gosch.

Georg-Baselitz-Zeichnungen 1958–1983

DW. Hannover

Wo deutsche Kunst der Gegenwart gezeigt wird, ist Georg Baselitz stets dabei. Seine Manie, oben und unten zu vertauschen, wirkt längst als Erkennungs- und Markenzeichen. Das war jedoch nicht immer so. Das belegt die Übersicht seiner Zeichnungen von 1958 bis 1983, die jetzt im Kunstverein Hannover zu sehen ist. Erst 1969 beginnt Baselitz, seine Bilderwelt auf den Kopf zu stellen. Ein Gewinn an zeichnerischer Qualität ist damit allerdings nicht verbunden. Das zeigt diese Auswahl deutlich. (Bis 17. März; Katalog 28 Mark.)

Warnung vor einem zweiten Kinosterben

dpa, Hamburg

Das Jahr 1985 wird nach Ansicht der Hamburger Arbeitsgemeinschaft Kino das Jahr des „zweiten großen Kinosterbens in der Bundesrepublik" werden. Auch einige Verleihfirmen dürften so große Umsatzverluste erleiden, daß sie ihre Arbeit nicht mehr weiterführen könnten. Die Etablierung des Kabelfernsehens, die Zulassung privater Fernsehgesellschaften sowie die „inflationäre Ausstrahlung" von Spielfilmen durch die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten führten zu Bedingungen, unter denen die Mehrzahl der deutschen Filmtheater nicht mehr bestehen könnten.

Letzte Station der „Phöniker im Libanon"

epl. Saarbrücken

Die Ausstellung „Frühe Phöniker im Libanon" (s. WELT vom 19. 3. 83) ist jetzt im Saarland-Museum in Saarbrücken zu sehen. Sie zeigt die überraschenden Ergebnisse zwanzigjähriger *Ausgrabungen, an denen* unter der Federführung des Instituts für Vor- und Frühgeschichte und Vorderasiatische Archäologie der Saarbrücker Universität mehrere in- und ausländische Institute beteiligt waren. Die unter schwierigsten Bedingungen in Kamid el-Loz, einem Marktflecken etwa auf halbem Wege zwischen Beirut und Damaskus, durchgeführten Grabungen förderten erstaunliche Zeugnisse einer bislang unbekannten eigenen phönizischen Frühkultur zutage, vor allem Elfenbein-, Silber- und Bronzearbeiten, Keramiken und geschliffene Gefäße. Der umfangreiche Katalog kostet 20 Mark.

Ein „Superflic" bekämpft den Terrorismus

A. GRAF KAGENECK, Paris

Der in der jüngsten Kabinettssitzung zum neuen Koordinator aller französischen Polizeidienste im Kampf gegen den Terrorismus ernannte „Sonderpräfekt" Robert Broussard tritt heute sein neues Amt im Pariser Innenministerium an.

Der 48jährige Beamte mit den blitzblauen Augen und dem leicht ergrauten Seemannsbart trägt den Ehrentitel „Superflic", seit er 1977 den Volksfeind Nummer eins, Jacques Mesrine, auf offener Straße in Paris zur Strekke brachte. 25 Monate lang war Broussard als Prokonsul auf Korsika mit der Bekämpfung der korsischen Freischärler betraut, die der „Kolonialmacht Frankreich" den Kampf bis zur „Befreiung" ihrer Insel angesagt haben. Die Zahl der Bombenattentate (mit meist nur Sachschaden) hat zwar nicht abgenommen, aber Broussard konnte dennoch einige Erfolge verbuchen. Man sagt, daß die „Front" seit der Ankunft Broussards keine Chance mehr hatte, ihre Ziele in einer weitgehend feindlich eingestellten Bevölkerung zu verwirklichen.

Nun wird sich Broussard, Ex-Rugbyspieler und Polizist aus Leidenschaft, einer anderen Art von Terrorismus annehmen müssen. Deren Mitglieder wechseln in Zeiten der Öffnung aller europäischen Grenzen



Robert Broussard
FOTO: FRANCE SOIR

ungehemmt von Land zu Land und verbrüdern sich international. Broussard wird auf ausdrücklichen Wunsch des Innenministers Joxe zur Nummer zwei der gesamten französischen Polizei, gleich nach deren Generaldirektor Pierre Verbrugghe.

Seine Ernennung erfolgte nach dem Besuch des Innenministers und des Premierministers Fabius in Bonn, bei dem eine „deutsch-französische gemeinsame Front gegen den europäischen Terrorismus" beschlossen wurde. Broussard (in deutscher Übersetzung: der Mann aus dem Busch) wird also Partner höchster deutscher Polizeibeamter.

Es wird noch einiger Geduld und Fingerspitzengefühls bedürfen, bis die Polizeidienste beider Länder voll koordiniert und mit dem nötigen technischen Apparat ausgerüstet sind, um blitzschnell auf jede neue Bedrohung antworten zu können. Aber der Terrorismus wird nun wissen, daß er in dem neuen „Superflic" einen zu fürchtenden Gegner hat.

Meteorologen sagen längere Frostperiode mit Tiefsttemperaturen von minus 20 Grad voraus / Oslo meldet 24,8 Grad unter Null



Die dunkle Seite des Winters: Autos bei Glatteis auf dem Nachhauseweg (links); die lichte Seite: ein Spaziergang auf der Frankfurter Zeil FOTOS: DPA



Zweiter Akt des Winters begann mit Eisregen und Chaos

DW. Bonn

Mit voller Wucht ist der Winter knapp vier Wochen nach der Rekordkältewelle vom Januar noch einmal nach Deutschland und Europa zurückgekehrt. Vor allem NRW und Süddeutschland präsentierten sich gestern nach den Schneefällen vom Samstag bei strahlendem Sonnenschein und Temperaturen von knapp unter dem Gefrierpunkt als reine Zuckerlandschaft. In Norddeutschland, wo der Schneefall weitgehend ausblieb, sanken die Temperaturen sogar auf minus zehn Grad. Nach Angaben von Meteorologen soll das Winterwetter die kommenden Tagen anhalten – bei Tiefsttemperaturen von bis zu minus 20 Grad.

Am Freitag nachmittag hatte sich über dem Rheinland eine „meteorologische Kraftprobe" abgespielt, als eisige Kaltluftströme aus dem Osten auf warme Luftmassen vom Mittelmeer prallten. Schneefälle und Glatteis waren die Folge und führten während des Feierabendverkehrs zu chaotischen Zuständen. Am Samstag setzte in Süddeutschland Eisregen ein. Dabei kam es zu einem verheerenden Auffahrunfall, als sich auf der Autobahn Nürnberg–München ein Viehtransporter querstellte. Während die Schweine über die spiegelblanke Fahrbahn irrten, krachten 23 Personenwagen, acht Lkw und Busse in das Hindernis. Dabei starben sechs Menschen. 26 wurden zum Teil schwer verletzt. Die Autobahn mußte Richtung Süden stundenlang gesperrt werden.

„Ganz schlimm, stellenweise geht nichts mehr", hatte die Kölner Polizei das plötzlich einsetzende Verkehrschaos Freitag abend bilanziert. Sie registrierte innerhalb von zwei Stunden 105 Unfälle. Seit 16.00 Uhr hatte die Polizei in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt mehr als 100 Unfälle aufzunehmen. In Essen krachte es innerhalb von eineinhalb Stunden 80 Mal, in Aachen kam es zu 36 Unfällen. In bergigen Regionen kam der öffentliche Nahverkehr völlig zum Erliegen. Bei Kleve am linken Niederrhein entgleisten zwei Waggons eines leerfahrenden Nahverkehrszuges, als auf einem unbeschrankten Überweg ein Personenwagen im Schneetreiben gegen den Zug prallte. Fahrer und Beifahrer erlitten leichte Verletzungen.

Auf den Autobahnen und Fernstraßen zwischen Rhein und Weser wurden innerhalb einer Stunde 45 Unfälle registriert. Die längste Autoschlange von 25 Kilometern gab es auf der Autobahn Düsseldorf–Wuppertal. Bei den Unfällen gab es jedoch nur Blechschäden.

Der Norden blieb vom Schnee verschont. Dafür wurde es bitterkalt, nachts bis zu minus 15 Grad. Im eisigen Wasser der Nordsee ertranken in der Nacht zum Samstag 24 Seeleute eines polnischen Frachters, dessen Ladung bei Windstärke sieben verrutscht war. Das Schiff sank innerhalb einer Viertelstunde. Nur ein Mitglied der Besatzung konnte gerettet werden, neun Tote wurden geborgen. Gestern nachmittag wurde die Suche eingestellt.

Auch Nordeuropa meldete arktische Temperaturen. In Oslo erreichte die Temperatur von 24,8 Grad unter Null bis auf einen halben Grad den Februar-Kälterekord aus dem Jahre 1893. Kattegat und Skagerrak sind zugefroren. In der Londoner Innenstadt fielen am Samstag sieben Zentimeter Neuschnee. Der Flughafen Gatwick mußte geschlossen werden. Mit Hubschraubern und Booten sind an die 900 sowjetische Sportangler von einer Eisscholle gerettet worden, die sich vom Ufer des Golfs von Taganrog im Asowschen Meer gelöst hatte und auf See hinaustrieb.

Nachfrage nach bleifreiem Benzin in Apothekerdosen

dpa/VWD, Hamburg

Die Nachfrage nach bleifreiem Benzin bewegt sich zur Zeit noch in Apothekermengen. Durchschnittlich verkaufen Tankstellen, die diesen Kraftstoff anbieten, etwa 150 Liter pro Tag, soviel wie etwa fünf Kunden für ihren Tank benötigen. Der normale Benzinabsatz einer Tankstelle liegt bei etwa 5000 bis 6000 Litern pro Tag. Wie Esso-Chef Wolfgang Oehme meinte, dürfte die Nachfrage nach bleifreiem Kraftstoff erst langsam steigen, wenn mehr Katalysator-Fahrzeuge zugelassen werden. Anfang 1985 waren nach Angaben des Verbandes der Automobilindustrie erst rund 2100 dieser Autos zugelassen, größtenteils Behördenfahrzeuge. Mitte dieses Monats wird der bleifreie Kraftstoff an rund 1000 Stationen in der Bundesrepublik Deutschland angeboten. Damit sei, gemessen an der Nachfrage, ein flächendeckendes Netz geschaffen worden, meinte Oehme. Die vom Gesetzgeber vorgesehene Veränderung der Mineralölsteuer könnte den Preisunterschied von heute etwa sieben Pfennig vermindern. Dann dürfte nach Oehmes Ansicht die Nachfrage nach Katalysator-Wagen steigen.

Massentod von Vögeln

AP, Mountain View/Kal.

Gärende Beeren wurden Hunderten von Vögeln in Kalifornien zum Verhängnis. Die Vögel hatten zuviele Beeren des Feuer-Weißdorns gefressen, der auf der Ostseite der Autobahn rund 80 Kilometer südlich von San Francisco wächst. Die Wanderdrosseln schwirrten im Vollrausch umher und prallten entlang der Autobahn 101 gegen die Autos. Es entstand ein stundenlanger Stau.

„Vorbeugen und helfen"

fuß, Hamburg

Mehr als vier Millionen registrierter Straftaten verzeichnet die Kriminalstatistik alljährlich in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Zahlen gab am Wochenende der „Weiße Ring", ein Verein zur Unterstützung von Kriminalitätsopfern unter Vorsitz von Eduard Zimmermann, Chef der „XY"-Fahnder, an. Der 20 000 Mitglieder zählende Verein unterstützte die Opfer von Verbrechen bisher mit mehr als 16 Millionen Mark, die aus Mitgliedsbeiträgen und Bußgeldern zusammenkamen. Darüber hinaus fordert der „Weiße Ring" eine bessere Opferentschädigung, den Schutz des Opfers im Strafverfahren und einen „Opferanwalt" auf Staatskosten. Auf der Tagung wurde außerdem ein Lernspiel vorgestellt, das unter dem Titel „Vorbeugen und helfen" Kinder ab vier Jahren vor kriminellen Handlungen schützen soll. Staatliche Einrichtungen der Kindererziehung können das Spiel kostenlos über den „Weißen Ring", 6500 Mainz 26, Postfach, anfordern.

114jähriger starb

rtr, Djakovica

Der älteste Jugoslawe ist tot. Der 114jährige Hodscha Tahir Syle Morina starb eines natürlich Todes. Nach Angaben von Freunden war der Viehbauer bis zum Ende rüstig und im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte. Er hinterläßt 185 Enkel und Urenkel.

Gegen „schwarze Sheriffs"

hs. Hamburg

Arbeitslose sollen die öffentlichen Verkehrsmittel Hamburgs sicherer machen. Die SPD-Fraktion der Hansestadt unterbreitete einen entsprechenden Vorschlag, nach dem sich 1000 Arbeitslose vor allem in den Abendstunden in Schnellbahnen aufhalten sollten, „um das Sicherheitsgefühl der Fahrgäste zu stärken". Sie sollen lediglich „Präsenz zeigen" und ohne Bewaffnung und Hoheitsrechte auftreten. Die Regierungsfraktion will diese Verbesserung im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) erreichen. Kritiker sprachen sich gegen den Aufbau einer Truppe von „schwarzen Sheriffs" aus.

LEUTE HEUTE

Beruhigungsmittel

„Oldies", alte Filmschnulzen und Liebeslieder spielt die Frau eines amerikanischen Zahnarztes auf der Gitarre, während er die Zähne bohrt. **Suzanne**, Ehefrau des Zahnarztes **Steven Pastorius** in St. Petersburg (US-Bundesstaat Florida) betätigt sich als völlig unbedenkliches Beruhigungsmittel. Als ihr Mann vor drei Jahren einen Patienten hatte, der fast vor Angst starb, da ihm ein Zahn gezogen werden sollte, holte Pastorius seine Frau, *die ein hübsches Lied* zur Gitarre sang. Die Methode bewährte sich, der Patient überstand die Prozedur ohne Angst.

Immer noch „en vogue"?

Die „Aktuelle Stunde" im Deutschen Bundestag wurde 20

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Die „Aktuelle Stunde" im Deutschen Bundestag ist 20 Jahre alt geworden. Eine fast vergessene Situation wurde zum Anlaß, die erste Ausgabe dieser parlamentarischen Auseinandersetzung am 10. Februar 1965 anzuberaumen: Die SPD nahm den amerikanischen Präsidenten gegen „rüde Angriffe" und „wilden Amoklauf" der CDU in Schutz; denn Konrad Adenauer hatte sich angeblich antiamerikanisch geäußert und der *französische Staatspräsident Charles* de Gaulle stellte fest, das deutsche Problem sei so kompliziert, daß es nur durch die Europäer gelöst werden könne.

Zwar gab es seit 1952 im Parlament schon die „Fragestunde" als Mittel, die parlamentarische Diskussion zu beleben. Hier ließ aber die Frage- und Antwortform nur sehr begrenzte Bewegungsfreiheit für Politiker zu. Und die „Große Anfrage" brauchte erst innerhalb von 14 Tagen beantwortet zu werden.

Jetzt aber konnte nach der Neuregelung schon eine Gruppe in „Fraktionsmindeststärke", damals 15, heute 26 Abgeordnete, das Parlament für 60 Minuten, unter bestimmten Bedingungen 90 Minunten an ein aktuelles Thema zwingen. Zuletzt geschah dies in der letzten Sitzungswoche, als die Grünen über das Thema Zwangsernährung inhaftierter Terroristen diskutieren ließen.

1965 waren zwei Ereignisse zu Beginn des Jahres eingetreten, die dann über Wochen zu großer Aufregung zumindest in der Politik führten.

Der 1961 zurückgetretene Bundeskanzler Konrad Adenauer hatte der „New York Times" ein Interview gegeben, in dem er aufsehenerregende Äußerungen über die angeblich europamüden Amerikaner machte. Und in Paris hatte de Gaulle in einer Pressekonferenz Sätze gesagt, die so klangen, als ob er die Viermächte-Verantwortung für Deutschland auflösen wolle. Da war von einer Verantwortung auch der Sowjetunion für die deutsche Wiedervereinigung gesprochen worden, und vor allem die SPD kritisierte, daß nicht einmal die Atlantische Allianz erwähnt worden war. Die erste Frage an den französischen Staatschef in der Pressekonferenz lautete: „Herr de Gaulle, wie geht es Ihnen?" Der General, damals im 75. Lebensjahr, in Erkenntnis der so verpackten Kritik: „Danke, es geht mir gut, aber seien Sie versichert, eines Tages werde ich sterben."

Im Deutschen Bundestag herrschte am 10. Februar 1965 Premierenstimmung. Bundestagsvizepräsident Carlo Schmid erläuterte vor der ersten Aktuellen Stunde die strengen Spielregeln, an die sich heute niemand mehr hält. Das Ablesen fertiger Texte war untersagt, nach fünf Minuten Redezeit wurde jedem Debattenteilnehmer das Wort entzogen.

Wenige Tage zuvor hatte der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Herbert Wehner, dem damaligen Präsidenten des Bundes der Vertriebenen und SPD-Bundestagsabgeordneten Wenzel Jaksch versichert, die Vertriebenen „könnten die Gewißheit haben, daß die SPD das Heimatrecht, das Selbstbestimmungsrecht und den deutschen Rechtsstandpunkt in Grenzfragen überall und immer vertreten werde". So spitzte sich die Debatte in der ersten Aktuellen Stunde auf die Frage zu, ob durch die Äußerungen von Paris und New York diese Standpunkte irgendwie tangiert worden seien. Fazit der Antworten: Es gibt keinen Ausspruch de Gaulles, der so interpretiert werden könne, als ob die Viermächte-Verantwortung aufhören solle. Bundeskanzler Ludwig Erhard: „Was der General gesagt hat, war eine Schau auf lange Sicht."

Seither gab es in jeder der vierjährigen Wahlperioden bis zu 20 Aktuelle Stunden. Gemeinsam von SPD und Union beantragt war als Besonderheit die um den Spion im Kanzleramt Guillaume vom 26. April 1974.

Haben zwei Supertypen den smarten Frank geleimt?

A. SCHMITZ, Buxtehude

Ist das überhaupt möglich, was da Samstag abend zwei junge Leute Frank Elstner in der ZDF-Show „Wetten dass ...?" vorgemacht haben? Mit dem bloßen Auge und einem kurzen Blick auf die Rillen einer unbeschrifteten Schallplatte wollen Ralf Jürgen K. und Wolfgang L. jeweils den Titel herausgefunden haben. Und das mit traumwandlerischer Sicherheit gleich fünfmal. Die WELT fragte Experten. Deren einhellige Meinung: Nach menschlichem Ermessen ein Ding der Unmöglichkeit. „Es sei denn, so ein Hamburger Musikverleger und Studioinhaber, die beiden hätten in ihren Augenlidern Vergrößerungsgläser eingebaut. Der Grund für die Skepsis: Die Seitenausschläge der Rillen seien mit bloßem Auge nicht erkennbar.

Was indes sehr wohl auch mit nur passabler Sehfähigkeit erkennbar ist, sind die in fast jede Platte deutlich sichtbar eingeritzten Nummern, Bestell- oder Fertigungsnummern – Codes, die aus mehreren Ziffern und/oder Buchstaben bestehen. Im allgemeinen stehen sie am Ende der Auslaufrillen auf dem freien Vinylteil zwischen musiktragenden Rillen und dem für die beschrifteten Aufkleber reservierten Zentrum. Für diesen Fall mag dann der kreisrunde Firmenaufkleber getrost fehlen. Es bedürfte nur noch eines guten Gedächtnisses, reiner Lernarbeit, um zu wissen, welcher Code zu welchem Titel gehört. Die beiden Kandidaten waren bereit, ihre Fähigkeiten an fünf von 150 Schallplatten unter Beweis zu stellen.

Knapp 108 Jahre ist es nun schon her, daß der Amerikaner Thomas A. Edison auf den genialen Einfall kam, Tonschwingungen aufzuzeichnen, indem man ihre Schallenergie mittels einer Membrane sichtbar machte, die Membrane mit einem Stichel verband und diesen Stichel seine Spuren in eine Stanniolwalze ritzen ließ. „Tiefenschrift" nannte man das.

Zehn Jahre später machte ein aus dem Druckgewerbe stammender Deutscher in Amerika, Emil(e) Berliner, aus Edisons „Phonographen" ein „Grammophon": Er profitierte von den Erfahrungen Alexander G. Bells, der für die Edisonsche Stichelei eine mit Wachs bezogene Papp-Platte benutzte und umging das Edison-Patent durch Einführung der sogenannten „Seitenschrift": Nicht mehr die Tiefe der Rille machte die Musik, sondern der seitliche Ausschlag.

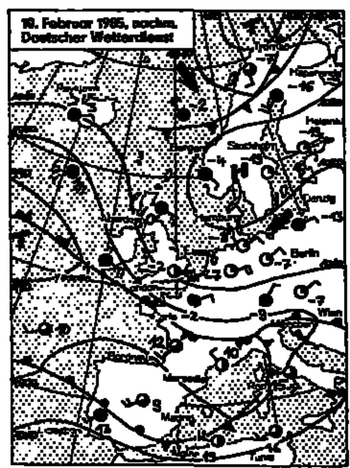
1931 tüftelte ein Brite namens Blumlein etwas aus, das 1948 durch den Ungarn Peter Goldmark als Langspielplatte die Welt revolutionierte – durch die Möglichkeit, in der Kombination von Edison- und Berliner-Schrift zwei Übertragungskanäle in einer Rille zu vereinen: Die Stereo-LP war geboren.



Ein „Ding der Unmöglichkeit?" Da staunt selbst Frank Elstner. Rechts die siegreichen Kandidaten, die die Musik an den Rillen erkannten.
FOTO: KNOSOWSKI/DPA

WETTER: Kalt, niederschlagsfrei

Wetterlage: An der Südflanke eines Hochs über Skandinavien fließt kalte Festlandsluft nach Mitteleuropa, die für die nächsten Tage wetterbestimmend sein wird.



Stationen: 12 bedeckt West Stärke 5, 16°C. ● bedeckt, still ≡ Nebel ● Sprühregen ● Regen ✻ Schneefall ▼ Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch T-Tiefdruckgebiete Luftströmung ⇒ warm ⇒ kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdrucks (1000mb=750mm).

Vorhersage für Montag:

In Ostbayern anfangs noch stärker bewölkt und gelegentlich Schneefall. Später auch hier wie im übrigen Bundesgebiet überwiegend heiter bis wolkig. Tageshöchsttemperaturen zwischen minus 7 und minus 10 Grad. Tiefstwerte nachts minus 10 bis minus 15 Grad, in ungünstigen Lagen bis minus 20 Grad. Mäßiger, zeitweise in Böen auffrischender Wind um Nordost.

Weitere Aussichten:

Keine wesentliche Änderung.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	-7°	Kairo	22°
Bonn	-6°	Kopenh.	-11°
Dresden	-11°	Las Palmas	20°
Essen	-7°	London	-2°
Frankfurt	-9°	Madrid	9°
Hamburg	-8°	Mailand	2°
List/Sylt	-8°	Mallorca	15°
München	-9°	Moskau	-19°
Stuttgart	-8°	Nizza	7°
Algier	19°	Oslo	-19°
Amsterdam	-4°	Paris	-2°
Athen	15°	Prag	-11°
Barcelona	16°	Rom	15°
Brüssel	-7°	Stockholm	-19°
Budapest	-4°	Tel Aviv	19°
Bukarest	-1°	Tunis	16°
Helsinki	-19°	Wien	-7°
Istanbul	14°	Zürich	-2°

Sonnenaufgang* am Dienstag: 7.41 Uhr, Untergang: 17.32 Uhr; **Mondaufgang:** *1.33 Uhr. Untergang: 10.38 Uhr*
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

ZU GUTER LETZT

„Otto Rehhagel und Udo Lattek haben ‚kein Verhältnis'", dpa zu der Stimmungslage zwischen beiden Fußball-Bundesligatrainern.